

Bitte ein modernes Bleiberecht; Özlem Topçu/Bernd Ulrich: "Deutschland durchgehend geöffnet" ZEIT NR. 41

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

17. Oktober 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: LESERBRIEFE; Bitte ein modernes Bleiberecht; S. 83; Ausg. 43

Length: 484 words

Body

Der Artikel ruft zu einer anderen Wahrnehmung des Themas **Migration** auf: weg von einem "Problemthema" zu einem "Lösungsthema". Eine darin angedachte personelle wie institutionelle Lösung sei eine Beauftragte oder Ministerin, der die Autoren Topçu und Ulrich allerlei Attribute und Verhaltensweisen zuschreiben wollen. Dabei heißt es: "Diese Persönlichkeit müsste auch zur Mehrheitsgesellschaft sprechen und ihr etwas mehr Integrationsbereitschaft abverlangen: ein paar Festtage hier, ein wenig Geschichtswissen da. Ein Volk, das die Mülltrennung gelernt hat, wird auch den Unterschied zwischen Sunniten, Schiiten und Alawiten kapieren."

Ich wünsche mir, dass das "Lösungsthema" Inklusion weniger lapidar behandelt wird und so wirklich die Chance hat, von einem "Problemthema" wegzukommen. Denn der unglückliche Vergleich zwischen der Unterscheidung von Sunniten, Schiiten und Alawiten und der Mülltrennung, also von islamischen Glaubensrichtungen und Müllkategorien, lässt ein Problembewusstsein vermissen. Die Lösung des Problems erschöpft sich nicht in begrifflichem Feingefühl.

Barbara von Gayling-Westphal, Konstanz

Was gebraucht wird, ist ein modernes Bleibe- und Arbeitsrecht in Form einer vernünftig gestalteten Bluecard! Eine doppelte Staatsbürgerschaft für Zugewanderte hilft nicht wirklich weiter. Wenn es Zuwanderern in Deutschland nicht gefällt, werden sie sich - egal ob mit alleiniger oder doppelter Staatsbürgerschaft - die Freiheit nicht nehmen lassen, trotzdem woanders zu arbeiten! Wie übrigens wir Deutsche selber auch.

Wer hingegen hier heimisch geworden ist, dürfte kein Problem mit der alleinigen deutschen Staatsbürgerschaft haben. Für diejenigen sind auch das Wahlrecht und die Nutzung der solidarischen Sozialsysteme in Deutschland durchgehend geöffnet.

Hans Schmidt, Magdeburg

Die doppelte Staatsbürgerschaft zäumt das Pferd von hinten auf, meine ich. Wer gut integriert - besser: inkludiert - ist, wird sich hier zu Hause fühlen und keinen zweiten Pass brauchen; auf Dauer kann kein Gesunder eine doppelte Identität haben.

Bitte ein modernes Bleiberecht Özlem Topçu/Bernd Ulrich: "Deutschland durchgehend geöffnet" ZEIT NR. 41

Dass es Menschen mit "anderen Wurzeln" in unserer Gesellschaft gibt, ist so! Jeder hat "andere Wurzeln". Integration versucht, fremde Gruppen in die Mitte der Gesellschaft zu holen - und ist gescheitert, weil die Gruppen weiterhin als fremd wahrgenommen werden und sich als fremd wahrnehmen. Inklusion dagegen sieht den einzelnen Menschen mit seinen besonderen Fähigkeiten und Ressourcen, sieht ihn als Teil der Vielfalt in unserer Gesellschaft, will, dass er an ihr teilhat auf all ihren Ebenen und dass er sich einbringt mit seinem Können.

Natürlich gibt es Menschen, die ihr Anderssein betont leben: seien es Kopftuchmädchen, Punks, Grufties oder andere. Solange sie sich nicht außerhalb dieser Gesellschaft stellen (Segregation), muss sie das aushalten, ist auch das Teil der Vielfalt, die uns stark machen kann.

Dr. Ursula Augener, per E-Mail

Load-Date: October 17, 2013

End of Document

Davon lebt er; Gespräch mit Thilo Sarrazin: "Keinen Euro mehr" ZEIT NR. 22

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

6. Juni 2012

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: S. 87; Ausg. 24

Length: 454 words

Body

Wo war Sarrazin eigentlich als Euro-Warner in seiner Tätigkeit in Ministerien und der Bundesbank? Waren es erst die Gene von **Migranten**, die Deutschland in den Abgrund ziehen, sind es jetzt die Gene der Südeuropäer, die den Euro scheitern lassen. So erklärt sich Thilo die Welt - und findet Aufmerksamkeit von Jauch bis **ZEIT**. Er ist es nicht wert.

Dietrich Brieke, Bobenheim am Berg

Ich hätte nicht gedacht, dass Sie Thilo Sarrazin so viel Raum geben würden, Ihre Fragen überzeugend zu beantworten. Ich finde Ihre Berichterstattung ausgesprochen fair - ganz im Gegensatz zu Professor Enderlein, der Sarrazin im Feuilleton sogar das Bemühen, "eine solide wissenschaftliche Demonstration zu konstruieren", abspricht. Wahrscheinlich wird sich schon im nächsten Monat zeigen, dass Sarrazins Empfehlungen nicht so hypothetisch sind, wie sie heute noch scheinen: Wenn nämlich eine neue griechische Regierung von allen Zusagen abrückt und François Hollande die praktisch unbegrenzte Gemeinschafts-Haftung der EU und damit vor allem Deutschlands fordert.

Dr. Hans Georg von Heydebreck, Stadthagen

Thilo Sarrazin steht für eine Generation von Deutschen um die 50, die wirklich glaubt, ihr Reichtum sei das Ergebnis ihres Fleißes und ihrer Rechtschaffenheit. Die Angst dieser Bürger ist es, ihr Vermögen an ALG-II-Bezieher, Ostdeutsche, Ausländer oder Staaten wie Griechenland zu verlieren. Diesem Bürgertum dient Sarrazin als Kronzeuge und Rechtfertigung für Steuerhinterziehung, Lohnkürzungen in ihren Unternehmen, Spekulationen an den Börsen. Davon lebt dieser Mann.

Markus Meister, Berlin

Selbst **ZEIT**-Autor Peer Steinbrück gelang es in der Fernsehrunde von Günther Jauch nicht, Thilo Sarrazins Argumente ökonomisch zu entkräften, sondern nannte ihn "geschichtsvergessen" bei der Bewertung der deutschen Europapolitik ohne die Berücksichtigung der jüngsten deutschen Vergangenheit. Lassen wir uns also nicht von "Vor-Urteilen" leiten, sondern lesen wir selber und bilden uns eine eigene Meinung zu der heute entscheidenden Frage, ob Europa den Euro retten muss oder ob nicht vielmehr Europa vor dem Euro gerettet werden sollte!

Hans-Henning Koch, Berlin-Wannsee

Davon lebt er Gespräch mit Thilo Sarrazin : "Keinen Euro mehr" ZEIT NR. 22

Die Empörungs(über)reaktion in Bezug auf Sarrazins neues Buch stimmt mich bedenklich: Jeder hat das Recht, seine Meinung auszudrücken, solange er Rechte Dritter nicht verletzt, zum Beispiel durch beleidigende oder volksverhetzende Aussagen. Meinungsfreiheit schützt unsere pluralistische Gesellschaft. Der Aufstand gegen Sarrazins Gen-Thesen war nachvollziehbar, aber nicht die Boykottaufrufe hinsichtlich seiner neuen Veröffentlichung. Sie verletzt die Rechte von niemandem und stellt lediglich eine Meinung zur herrschenden Euro-Krise dar.

Christian Franke, per E-Mail

Load-Date: June 6, 2012

End of Document

Gehen wir zu Mustafa!; Der Türke ist einer von 200 Kleingärtnern auf der Internationalen Gartenschau im rauen Hamburger Stadtteil Wilhelmsburg. Dort gr nt und bl ht es zwischen Migration und Gentrifizierung

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

23. Mai 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: REISEN;Gehen wir zu Mustafa!; S. 61-62; Ausg. 22

Length: 2175 words

Byline: Ulrich Stock

Body

Mühsam, geradezu ruckelnd ist es dann doch noch Frühjahr geworden. Inzwischen kucken auch im Norden die Blümchen aus ihren Beeten, und das traditionell kühle Hamburg zieht von Sonnenstunde zu Sonnenstunde mehr Besucher an. Ihr Ziel nach Kirchentag und Hafengeburtstag ist jetzt die Internationale Gartenschau, die noch bis in den erhofft goldenen Oktober laufen wird, nachdem sie im April quasi aus Schnee und Eis heraus gestartet war.

Gartenschauen gibt es in Hamburg seit 1869. Die aktuelle Ausgabe ist so voluminös wie keine zuvor. Sie stellt nicht nur Hunderttausende *Planten un Blumen* aus, wie man hier gern sagt, sondern erstmals auch 200 Kleingärten samt ihrer Pächter. Die Kleingärtnern wohnen auf der Elbinsel Wilhelmsburg, hin- und hergerissen zwischen **Migration** und Gentrifizierung. Sie können Geschichten erzählen, die so bunt sind wie die gef llten Tulpen und so düster wie das Schwarz in den Stiefmütterchen. Man nimmt sich also besser Zeit. Die IGS, wie die Schau am Ort von Freund und Feind abgekürzt wird, lässt sich nicht in zwei, drei Stunden abschreiten. Drei Tage empfiehlt die Geschäftsleitung, das Tagesticket zu 21 Euro. Das Wegenetz misst 15 Kilometer, das Gelände ist riesig, und es liegt verbl ffenderweise mitten in der Stadt. Nur acht Minuten braucht die S-Bahn vom Hauptbahnhof hierher. So schnell ist man nicht in Eppendorf, geschweige denn in Blankenese.

Gleichwohl haben die feineren Hanseaten vom gr  yten Viertel ihrer Stadt bisher kaum Notiz genommen. Nach Wilhelmsburg f hrt man nicht, man kennt es nicht, man braucht es nicht, bloß für die Hafenwirtschaft und die Ausländer. Irgendwo müssen sich die Container ja auf rmen. Irgendwo müssen die Armen ja wohnen. Irgendwo müssen Lastwagen und Güterzüge ja endlos durchrauschen.

Diese über Jahrzehnte eingeübte Arroganz und Ignoranz wird jetzt schwinden. Die Hamburger, angelockt von Goldlack und Großer Schneeбанane, beginnen in diesen Tagen zögernd den ihnen fremden Stadtteil zu entdecken. Jeder Zweite ist hier ein Migrant, jeder zweite Migrant ein Türke. Wie Mustafa Kurden. Man kann ihn treffen am Zaun seines Kleingartens, der sich am südlichen Zipfel des IGS-Geländes befindet, nicht weit

Gehen wir zu Mustafa! Der Türke ist einer von 200 Kleingärtnern auf der Internationalen Gartenschau im rauen Hamburger Stadtteil Wilhelmsburg. Dort grünt und....

von der großen Bühne, von der nun monatelang Musik zu ihm herüberweht. Gerade ist es ein Spielmannszug, der *Amazing Grace* zum Besten gibt. Ein Klingeln und Rattern.

Dem Mittfünfziger ist seine türkische Staatsbürgerschaft nicht anzusehen. Sein Hamburgisch ist geschliffen. Man muss ihm länger zuhören, um die kleinen Fehler zu bemerken, die einer macht, der erst mit zwölf nach Deutschland kam und nur drei Jahre lang hier zur Schule gehen konnte, bevor er in die Arbeitswelt ausgespuckt wurde, derentwegen er ja hergezogen worden war.

»17.5.1971«, dieses Datum erwähnt er öfter, wenn er von sich erzählt: Es bezeichnet den Tag, an dem der Junge aus dem Dorf bei Izmir von seinem Vater in die Metropole Hamburg geholt wurde. Sieh zu, wie du klarkommst. 42 Jahre ist das her, und dazwischen liegen etliche Arbeitsstellen als Ungelernter am Hafenrand und etliche Umzüge, wenn das jeweilige Mietshaus wieder mal dran war mit Abriss oder Sanierung.

Was für ein Leben, unten und rau. Nie beim Sozialamt gewesen, da ist er stolz drauf, aber dann Krankheit und Frührente.

»Ich bin hier besser aufgehoben als in der Türkei, wenn man auch ein Mensch zweiter Klasse ist. Hier kann man sich alles leisten, in der eigenen Heimat nicht.« Er sagt es ohne Bitterkeit. Seine Elbinsel hat er lieb gewonnen. Gern radelt er am Deich entlang, in Richtung Moorfleet. Einen deutschen Pass hat er nicht, hat seine Frau nicht, haben seine beiden großen Kinder nicht.

Die Kinder würden Wilhelmsburg nicht so mögen, »zu viele Ausländer«. Der Sohn zog mit Frau und Kindern schon in eine andere Ecke der Stadt. Damit die beiden Enkel, Einwanderer in der vierten Generation, auf dem Rasen spielen und im Sand buddeln können, hat Mustafa Kurden sich um den Kleingarten beworben. Die Parzelle, eine von 25, gehört zu Hamburgs jüngstem Kleingartenverein, der kurz vor der Gartenschau auf dem Gelände gegründet wurde. Er ist ein Geschenk der IGS an Wilhelmsburg. Die Gärten werden bleiben, wenn die Schau geht.

Mustafa Kurden nimmt es gelassen, ein interkultureller Vorzeigegärtner zu sein. Er zimmert in Seelenruhe seine Laube zusammen. Stück für Stück hat er das Altholz aus der Unterlage von 40-Fuß-Containern gesägt, am Hafen für wenig Geld zu kriegen, »echte deutsche Eiche«. Die Fenster stammen aus Abbruchhäusern. Die Tür bekam er von einem Kleingärtner geschenkt, der sie sich eigentlich selbst hatte einbauen wollen, wäre sie nicht so massiv gewesen. »Wir haben die mit vier Mann eingehängt. Dessen hätte wäre glatt umgekippt.« Wochenlanges Leimen und Nageln, zum Schluss der Anstrich, die Flächen braun, die Kanten weiß. Das sind die Vereinsfarben von Sankt Pauli, haben seine Nachbarn gleich festgestellt, »das war aber Zufall«.

Bislang gibt es nur Ausländer in der Kolonie, Türken, Griechen, Russen. »Ein paar Deutsche würden mir Freude machen«, aber so sei es eben in Wilhelmsburg. In seinem vierstückerigen Mietshaus wohne von den ehemals zwei Deutschen nur noch einer; im Neubau gegenüber auch nur einer, »und das ist eigentlich ein Pole«.

Frau Kurden reagiert im Freien schnell allergisch, deshalb ist der Garten seine Sache. »Ich liebe Rosen.« Rundherum hat er sie gepflanzt, dazwischen Stiefmütterchen, »die Rosen brauchen ja bis Juni, Juli«. Und dann das Gemüse: Tomaten, drei Farben Paprika, Salat, Lauchzwiebeln, Dill, Petersilie. An Obst Zwetschge, Apfel, Kirsche, Birne. »Bäume lieb ich so sehr.«

Schon sehen IGS-Besucher seinem Gärtnern zu. Manche kennen ihn, wie der Trupp Wilhelmsburger Polizisten neulich: »Mustafa ist da!«, hätten die gerufen und gehofft, dass sie bei ihm einen Kaffee bekommen, ohne dafür 3,50 Euro bezahlen zu müssen wie an den teuren Buden der Gartenschau. »Gehen wir zu Mustafa!«

Auf der IGS gibt es drei weitere Kleingartenvereine, die schon existierten, als das Gelände noch städtisches Brachland war. Kampfmittel lauerten im Boden, Kampfhunde auf den Wegen, Müll lag herum. Jeder machte, was er wollte. Die Pächter, mehrheitlich Deutsche, ertrugen die Missstände und genossen die Anarchie. Ihre

Gehen wir zu Mustafa! Der Türke ist einer von 200 Kleingärtnern auf der Internationalen Gartenschau im rauen Hamburger Stadtteil Wilhelmsburg. Dort grünt und....

Hätten wucherten wie das Grün ringsum. Nachdem die Gartenschau von der Stadt beschlossen worden war, kamen die Ordnungshüter mit dem Kleingartengesetz (überdachte Fläche maximal 24 Quadratmeter), und die Landschaftsarchitekten schickten schweres Gerät. Die Lauben wurden gestützt, der Dschungel wurde gerodet. Und nun stapfen täglich bis zu 15000 Schaulustige vorbei.

Die Pächter erleben es wie einen Spuk. Sie hocken hinter dem Sichtschutz neben ihren Lauben, zu erkennen nur am Rauch, der vom Grill aufsteigt. Manch ein hungriger Besucher auf seinem langen Marsch setzte sich gern auf eine Wurst zu ihnen, aber sie ziehen es vor, weltabgewandt vor sich hin zu brutzeln, bis im Herbst die Ruhe wieder einkehrt.

Selbst der begeisterte Neugärtner Mustafa Kurden ist kein Gartenschau-Enthusiast. Er hat sie sich noch nicht einmal angesehen. »Was soll das so interessant sein? Das gibt's ja auch in Berlin.« Siebzig Millionen Euro habe das alles gekostet. »Die haben wir nicht. Wir haben nur, was wir uns erlauben können.« Und er rechnet vor, wie teuer das alles ist: »Würstchen und Kartoffelsalat 7,50 Euro, Cola 3,50 Euro - das sind 11 Euro.«

Seine Tochter indes hat nach einem ersten Bummel ihre Meinung geändert: »Papa, das ist doch ganz interessant.« Demnächst, wenn die Laube so weit ist, wird er wohl mal mitgehen.

»In 80 Gärten um die Welt« lautet das Motto der Schau. Es gibt einen Geysirgarten, einen Nebelwald, ein Wasserkino, einen Bollywoodgarten, einen Klettergarten, einen verlorenen Garten, einen Marsgarten und einen Landeplatz für Engel. Es gibt fliegende Erdbeeren und laserbeschriftete Äpfel, Zypressenromantik und Containergärten, Baumfarne und Treibholz und einen Beteiligungsgarten, in dem Wilhelmsburger Kinder pflanzen dürfen, was sie wollen. Es gibt eine raupenartige Gartenschaubahn, die mit 7,50 Euro pro Ticket durch das Portemonnaie der Fußgänger fährt, und es gibt den geschwungenen Beton einer Skater-Anlage, über den junge Artisten brettern, denen Dendrobium thyrsiflorum am Arsch vorbeigeht.

Wer nach dieser Aufzählung nicht recht verstanden hat, was auf der Gartenschau zu sehen ist, hat schon viel verstanden. Es gibt nichts, was es hier nicht gibt, mal abgesehen vom ökologisch unkorrekten Torf - die erste torffreie Gartenschau!

Es gibt Jazz around the World, Animatoren auf Stelzen, Mittagsgebete, Tanzen mit der Volkshochschule. Es gibt eine Präsentation der Heideregion Uelzen und ein Theaterstück der Grundschule Uetersen. Es gibt einen Fixmy-Bike-Contest für alle, die im Englischen sattelfest sind. Es gibt Expeditionen ins Wohnzimmer zum Thema Raumbegründung und vor 120 Mustergräsern auch Antwort auf die letzte aller Fragen: »Wer geht wo hinterm Sarg?«

Dazu inszeniert sich der NDR wie üblich als vermooster Heimatsender und präsentiert das Hafenkonzert zwischen Baum und Borke.

Die Gartenschau ist ein so kahnes wie biederer Spektakel für eine aufmerksamkeitsgestörte Gesellschaft. Sie muss laut in alle Richtungen tönen, um das Geld wieder einzuspielen, das sie verschlungen hat. Im Widerspruch zu dieser ernüchternden Feststellung kann man sich auf eine der schnittigen Holzbänke setzen, deren Silhouetten an die Kreuzfahrtschiffe erinnern, und die Farben im Grün genießen. Das geht erstaunlicherweise auch.

Am 1. Mai zogen 50 Autonome aus dem Hamburger Schanzenviertel vor den Haupteingang, um ihrer Forderung »nIGS da!« Ausdruck zu verleihen. Pflanzkäbel wurden umgepölpelt, Blumen herausgerupft, und Besucher erlebten innerstädtisches Uneinverstandensein als Showeinlage, für die sie nicht einmal bezahlen mussten. Würde die Demonstration angemeldet gewesen, hätte man sie glatt ins Programm aufnehmen können.

Mustafa Kurden findet den Protest nicht völlig absurd. Tausende Bäume seien für die IGS gefällt worden. Musste das sein? Andererseits werde Wilhelmsburg jetzt richtig schön. »Ich freue mich natürlich.« Wenn die Gartenschau vorbei ist, kommt der Zaun drum herum weg, und das Gelände wird auf Dauer zum Park. Hat sich

Gehen wir zu Mustafa! Der Türke ist einer von 200 Kleingärtnern auf der Internationalen Gartenschau im rauen Hamburger Stadtteil Wilhelmsburg. Dort gr nt und....

irgendwo je wer gegen einen öffentlichen Park gewandt, von reichen Anliegern abgesehen? Ist das ehemalige Gartenschaugel nde Pflanzen und Blumen nicht heute die beliebteste Grünanlage Hamburgs?

Das ist nicht die Sorge von Mustafa Kurden. Den Kleingärtner, der im Jahr 158 Euro Pacht zahlt, sorgen die neuen Zweieinhalbzimmerwohnungen für 250000 Euro. In Wilhelmsburg!

VON ULRICH STOCK

WilhelmsburgGartenschau (IGS)Idealerweise bequem mit dem Zug bis zum Hamburger Hauptbahnhof und dann mit der S-Bahn bis zur Station Wilhelmsburg. Alternativ von den Landungsbrücken quer durch den Hafen per Barkasse, die allerdings nur um 9.30 und 17 Uhr ablegt. Für den Rundgang empfehlen sich feste Schuhe. Auf dem Gelände f hrt in luftiger Höhe die Monorail-Bahn auf einem Rundkurs mit drei Haltestellen, kostet extra. Wer schnell durstig wird, nimmt sich etwas zu trinken mit oder reichlich Euros für die überall anzutreffende Gastronomie. Eintritt 21 Euro, abends von 18 Uhr an bis zur Dämmerung 9 Euro. Mehr Details und Programm unter www.igs-hamburg.deB cher In 80 Gärten um die Welt heißt das offizielle Begleitbuch zur IGS (Ellert & Richter Verlag; 336 S., 5,95  ,-). Es ist zwar handlich und voller Details, bringt einem die  berkomplexe Gartenschau aber auch nicht wirklich nahe. Besser geht man mit gesch rften Sinnen  bers Gelände und lässt sich inspirieren. Empfehlenswert dagegen ist Das grüne Hamburg (Ellert & Richter Verlag; 370 S., 19,95  ,-), in dem Politiker, G rtner und Historiker die Rolle des Grüns in der Hamburger Stadtentwicklung nachzeichnen. Tolle Fotos von Michael Zapf. Ein sinnvolles Geschenk auch für jeden Stadtplaner in weniger grünen deutschen OrtenBauausstellung (IBA)Wilhelmsburg ist Schauplatz auch der Internationalen Bauausstellung IBA. Hier gibt es viele interessante Gebäude zu sehen, neu gebaut oder umgenutzt. Da wäre etwa das weltweit erste Algenhaus, das aus blubbernden Biotanks in der Fassade beheizt wird, oder der letzte Flak-Hochbunker aus dem Zweiten Weltkrieg, der jetzt mit Sonnenkollektoren bestückt ist und von dessen Café auf dem Dach aus sich die Elbphilharmonie in den Blick nehmen lässt. Mehr auf der Homepage www.iba-hamburg.de

Die Schau, deren Teil er ist, hat er noch nicht gesehen: Mustafa Kurden neben seiner Laube auf dem IGS-Gelände

Die raupenartige Gartenschaubahn f hrt für 7,50 Euro pro Ticket über das Gelände

Load-Date: March 25, 2022

Im Wartezimmer für Deutschland; Rauchen, warten, hoffen: Tausend Menschen sprechen täglich in der Berliner Ausländerbehörde vor, um in Deutschland bleiben zu dürfen. Drei Schicksale. Von E. Gamperl

ZEIT-online

Montag 5. August 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: IMMIGRATION; Ausg. 29

Length: 1440 words

Byline: Elisabeth Gamperl

Body

Eine Frau zieht eine Wartemarke in Deutschlands größter Ausländerbehörde in Berlin-Moabit

© Andreas Rentz/Getty Images

Berlin-Moabit, Donnerstagvormittag. Im Hof von Deutschlands größter Ausländerbehörde, vor Aschenbechern und Parkbänken, sammeln sich Menschen aus unterschiedlichsten Ländern. Ihre Gesichter sind angespannt. Manche tragen gebügelte Hemden, andere haben sich seit Tagen nicht rasiert. Unter ihren Armen klemmen Klarsichtfolien oder Ledertaschen, vollgestopft mit jenen Dokumenten, die ihnen das Recht auf einen Aufenthalt in der Bundesrepublik sichern sollen. Die meisten kommen in Begleitung, mit der sie Strategien ausfeilen oder sich die Zeit totschiagen. Eine Frau Mitte Zwanzig sagt auf Englisch zu ihrer Bekannten: "Einfach nett sein. Viel lächeln und ja nicht widersprechen." Beide nicken ernst. Sie wissen, worum es geht.

Am Friedrich-Krause-Ufer 24 öffnen jeden Wochentag außer mittwochs und freitags die großen Eisengitter des grauen Gebäudekomplexes um sechs Uhr früh. Über Tausend Menschen haben hier täglich Termine. Zuvor stehen sie stundenlang für eine Wartenummer an.

13 Abteilungen auf drei Etagen: Jede Abteilung ist nach Ländern und Sachlagen, wie Asyl- und Visaangelegenheiten, gegliedert. Über 200.000 Ansuchen von Ausländern wurden 2012 bearbeitet, fast die Hälfte davon wurde genehmigt.

Döndü, Amir, Soling: Das sind die Protagonisten dieser Geschichte. Sie haben nicht viel gemeinsam. Trotzdem kennen sie die Sorgen der anderen; kennen dieses flaue Gefühl im Magen, die Angst, den benötigten Stempel, das fehlende Dokument oder den Ausweis nicht zu erhalten. Von ihnen wird heute keiner weniger als fünf Stunden in dieser Maschinerie aus Formularen, Stempeln und Hierarchien warten. Die Ausländerbehörde ist Dienstleistungsamt und Wächterbehörde zugleich. Sie wägt von Situation zu Situation immer wieder neu ab.

10.30 Uhr. Abteilung Z7: Türkei

Im Wartezimmer für Deutschland Rauchen, warten, hoffen: Tausend Menschen sprechen täglich in der Berliner Ausländerbehörde vor, um in Deutschland bleiben zu dürfen....

"Manchmal verläuft alles reibungslos, manchmal gibt es Stress", sagt die 19-jährige Döndü. "Es kommt immer darauf an, wie der Mitarbeiter gelaunt ist." Sie trägt Brille, schwarze Weste, und hat einen langen Haarzopf. Döndü ist in Berlin geboren, aber hier "irgendwie noch immer fremd", wie sie sagt. Laut Pass ist sie Türkin, so wie ihre Eltern. Sie ist jetzt volljährig und braucht eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung für Deutschland.

Die deutsche Staatsbürgerschaft möchte Döndü nicht beantragen. "Mir bringt ein deutscher Pass nicht so viele Vorteile, außer dass ich ohne Visum reisen kann", sagt sie. In 20, 30 Jahren möchte sie in die Türkei ziehen und dort ein Haus kaufen. "Zurückkehren" nennt sie das. Ohne türkischen Pass, so Döndü, könne sie in ihrem Heimatland kein Grundstück erwerben.

Doch zunächst einmal will sie hier bleiben. Dies ist ihr dritter Anlauf beim Ausländeramt. Bisher hatte sie jedes Mal mindestens ein Dokument vergessen. Mittlerweile ist ihre befristete Aufenthaltsgenehmigung abgelaufen. Um nicht das Land verlassen zu müssen, hatte sie also keine Wahl, als die Unterlagen zusammen zu suchen. Sie hat sie in ihrer violetten Adidas-Tasche mitgebracht.

Döndü sitzt im dritten Stock in einem der unzähligen Wartebereiche der Ausländerbehörde. Die Zonen sind alphabetisch geordnet und ähneln mit den Bänken aus Fichtenholz einer Kirche. Anstatt auf einen Priester starren die Menschen andächtig auf den Wartenummern-Anzeiger. In den Räumen und neonbeleuchteten Gängen drängen sich Gruppen von Menschen. Alle drei Minuten schellt es, die Anzeige schaltet auf die nächste Nummer, ein Mann springt auf und läuft wie ferngesteuert in das Beamtenbüro.

"Sobald die eigene Nummer aufplopt, fühlt man sich, als hätte man im Lotto gewonnen", sagt Döndü. Wie eine Melodie durchziehen die Töne der Anzeiger die Etagen: Ding-Dong. Döndü ist an der Reihe.

Die quirlige Frau wohnt noch bei ihren Eltern und jobbt täglich in einer Wäscherei. Vor Kurzem hat sie ihren Abschluss zur Mittleren Reife gemacht. Als Kind wollte sie Bundeskanzlerin werden, "damit es für die Leute nicht mehr so komisch ist, mit Türken zusammen zu leben", sagt sie.

Es läuft heute gut für Döndü. Ihre Unterlagen scheinen komplett zu sein, schon nach Minuten ist ihr Termin vorbei. Zwei Etagen tiefer schiebt sie 20 Euro in einen Kassenautomaten. Mit dem Beleg setzt sich Döndü wieder in den Warteraum, wartet wieder eine Stunde, muss wieder in das Zimmer der Mitarbeiterin und bekommt eine Fiktionsbestätigung. Der Ausweis aus rosafarbenem Karton ist ein vorläufiges Ersatzpapier bis sie in drei Monaten ihre dauerhafte Genehmigung abholen kann.

12.30 Uhr. Abteilung Z9: Asylangelegenheiten

Der gebürtige Iraner Amir sitzt auf einer Parkbank vor dem Eingang der für ihn zuständigen Abteilung. Er trägt ein grünes Shirt, hat kurz geschorene Haare und eisblaue Augen. Er raucht. Im Hintergrund zischt die U-Bahn vorbei.

Der Iran verweigert Amir, wie es im Fachjargon heißt, die Entlassung der Staatsbürgerschaft. Darum kann der 32-Jährige in Deutschland nicht eingebürgert werden. Den Behörden sind in diesem Punkt schlicht die Hände gebunden. Die Bundesrepublik hat ihm im Alter von zwölf Jahren Asyl gewährt, seitdem muss er halbjährlich seinen blauen Flüchtlingspass verlängern. Ärgerlich und aufwendig für ihn, aber es gibt derzeit keine andere Möglichkeit.

Das Prozedere dauere jedes Mal sechs bis zwölf Wochen, drei Mal mindestens müsse er persönlich vorsprechen, sagt Amir. "Die Begründung ist stets: Die Bundesstelle müsse meinen Status prüfen. Mich erinnert das eher an Willkür." Als wäre sein Fall den Sachbearbeitern nicht längst bekannt.

Amir strandete im Alter von sechs Jahren alleine in einem Flüchtlingsheim in München. Was aus seinen Eltern geworden ist, weiß er nicht. "Ich möchte von den Behörden und der Bevölkerung einfach auf Augenhöhe wahrgenommen werden", sagt er. Das heißt für ihn: einen deutschen Pass zu haben und wählen zu dürfen.

Nach der Zeit im Flüchtlingsheim schlug er sich alleine durch, studierte Volkswirtschaftslehre und machte sich vor vier Jahren als Unternehmensberater für die Internetbranche selbstständig. Heute hat seine Firma zwölf Mitarbeiter.

Im Wartezimmer für Deutschland Rauchen, warten, hoffen: Tausend Menschen sprechen täglich in der Berliner Ausländerbehörde vor, um in Deutschland bleiben zu dür....

Amir ist in Deutschland oft umgezogen und hat dementsprechend viele Ausländerbehörden von innen gesehen. Die Atmosphäre hier in Berlin-Moabit sei bisher am angenehmsten: "Die Mitarbeiter hier bemühen sich sehr, dagegen waren andere Ausländerbehörden katastrophal, da wurdest du richtig blöd angequatscht."

In diesem Moment wird direkt vor Amirs Augen ein Mann von zwei anderen abgeführt, die schwarze Lederhandschuhe tragen. Sie halten ihn an seinen Oberarmen fest. Der kleingebaute Mann um die 30 starrt zu Boden. Für ihn ist die Zeit in Deutschland vorbei. 363 Personen wurden 2012 in Berlin abgeschoben, fast 100 weniger als im Jahr zuvor.

Amir drückt seine Zigarette aus und geht in den Wartebereich. Für die Ausweisverlängerung zahlt er 59 Euro.

17.30 Uhr. Abteilung Z2: Studierende und Wissenschaftler aller Länder und deren Familienangehörige

Soling trägt eine schwarze, eckige Brille und ein weißes Hemd. Mit dem Thema Integration in Deutschland hat er sich noch nicht beschäftigt. Er hatte einfach noch keine Zeit dafür. Seit drei Monaten wohnt Soling in Berlin, seit drei Monaten lernt er Deutsch. Er möchte Operngesang studieren, deshalb braucht er eine Aufenthaltsgenehmigung.

"Alles hier ist schwer und schwierig", sagt Soling. Seine blonde Begleiterin lächelt. Die kleine Frau mit den kinnlangen Haaren heißt Monika, Soling kennt sie aus der Bibel-Stunde. Immer wieder übersetzt er Wörter mit seinem Smartphone ins Deutsche und liest es dann langsam ab.

Soling ist streng gläubig, seinen einzigen Kontakt mit Deutschen hatte er bislang über die katholische Gemeinde in Berlin und über den Deutschkurs an der Universität. Rückhalt bietet ihm die koreanische Community. Sein WG-Zimmer hat er so gefunden. Ohne seine Landsleute hier wäre er aufgeschmissen und könnte sich mit Vermietern und Behörden nicht unterhalten, denn auch Englisch spricht er nicht. Er habe nicht viele Vorstellungen von Europa gehabt, aber dass alles so kompliziert sei, hätte er sich nicht gedacht.

Kurz bevor Soling an der Reihe ist, muss Monika weg. Soling blickt nervös auf seine Unterlagen. Dann legt er den Kopf zurück, kneift die Augen zusammen und massiert mit einer Hand seine Schläfe: "Ich schaffe das nicht alleine."

Nach einer halben Stunde wird er wieder in das Beamtenzimmer gerufen. Für 15 Minuten verschwindet er hinter der Tür. Die Behörde prüft nun seine Unterlagen, so das Ergebnis. In vier Wochen muss er wiederkommen und das Warten beginnt von vorne. Aber das nächste Mal nicht ohne Monika, sagt Soling. Er tippt wieder in sein Smartphone und sagt dann: "Hier versteht mich niemand."

Load-Date: August 5, 2013

Union will geringere Asyl-Anreize durch Arbeitsverbot; CDU-Innenexperte Bosbach will das Arbeitsverbot für Asylsuchende höchstens um einige Monate verkürzen. Er reagiert damit auf einen Vorstoß der FDP.

ZEIT-online

Montag 15. Oktober 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: ASYLRECHT; Ausg. 42

Length: 451 words

Body

Die Union will an einem Arbeitsverbot für **Asylbewerber** festhalten. Wolfgang Bosbach, der Vorsitzende des Bundestagsinnenausschusses, forderte in der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* : "Wir sollten alles unterlassen, was Anreize bieten kann, aus wirtschaftlichen Gründen unter Berufung auf das **Asylrecht** einzureisen."

Der FDP-Innenpolitiker Hartfrid Wolff hatte vorgeschlagen, Asylbewerbern sofort Arbeitsmöglichkeiten einzuräumen. In der Europäischen Union gibt es Vorschläge, das einjährige Arbeitsverbot auf neun Monate zu verkürzen.

Bosbach warnte vor dem Vorschlag der FDP: "Wenn wir jetzt signalisieren, wer nach Deutschland kommt, kann vom ersten Tag an arbeiten, wird das ein zusätzlicher Anreiz sein, auch aus asylfremden Gründen einzureisen." Allenfalls könne die derzeit geltende Jahresfrist bis zur ersten Arbeitserlaubnis um einige Monate verkürzt werden.

Stattdessen müssen Bosbach zufolge die Anreize sinken, in Deutschland Asyl zu beantragen. Bosbach sprach sich für den Vorschlag von Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) aus, die Geldleistungen an Asylbewerber aus sicheren Drittstaaten zu reduzieren. "Barleistungen sind immer attraktiver als Sachleistungen", sagte Bosbach.

Die FDP erhielt dagegen Unterstützung von den Grünen. Der stellvertretende Vorsitzende der Grünen-Bundestagsfraktion, Josef Winkler, begrüßte den Vorschlag von Wolff und sagte der *Hannoverschen Allgemeinen* , dass jetzige Arbeitsverbot sei altmodisch.

Pro Asyl wirft Friedrich vor, Vorurteile zu schüren

Bosbach äußerte sich auch ähnlich wie Friedrich zur Visumsfreiheit für Serbien und Mazedonien. Friedrich hatte sich nach Bekanntgabe der neuen Zahlen zu den Asylanträgen dafür ausgesprochen, die Visumsfreiheit für die beiden Länder in der EU auszusetzen, weil es deutlich mehr Anträge aus den Staaten gab als in den Vormonaten. Auch Bosbach forderte nun eine neue Visa-Praxis in der EU. "Die Europäische Union muss angesichts der steigenden Asylbewerberzahlen prüfen, ob es bei der Visafreiheit bleiben kann", sagte Bosbach der *Saarbrücker*

Union will geringere Asyl-Anreize durch Arbeitsverbot CDU-Innenexperte Bosbach will das Arbeitsverbot für Asylsuchende höchstens um einige Monate verkürzen. Er

Zeitung . Zugleich brauche man schnellere Prüfungsverfahren, "auch um jenen gerecht zu werden, die tatsächlich vor Bürgerkrieg und politischer Verfolgung auf der Flucht sind".

Pro Asyl kritisierte Friedrichs Warnungen vor massenhaftem Asylmissbrauch. Mit der Debatte schüre er Vorurteile. "Man spielt mit ausländerfeindlichen Ressentiments." Das habe wohl auch mit der anstehenden Bundestagswahl und den Landtagswahlen in Niedersachsen und Bayern im kommenden Jahr zu tun. Pro Asyl vermutet, dass unter den Asylbewerbern aus Serbien und Mazedonien vor allem Roma sind, die vor schlechten Lebensbedingungen und dem nahenden Winter in ihrer Heimat fliehen.

Load-Date: October 16, 2012

End of Document

Auf nach Istanbul; Statt einen deutschen Pass zu beantragen, zieht es immer mehr junge Migranten aus Deutschland in die Türkei. Dort boomt die Wirtschaft und die Stimmung ist besser als hierzulande

ZEIT-online

Samstag 23. November 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: ONLINE;Auf nach Istanbul; Ausg. 13

Length: 1091 words

Byline: Michael Thumann

Body

Ein Sturm der Zuwanderer auf die feste Burg Deutschland? Die Debatte um Fragebögen für Zuwanderer erweckt den Eindruck, als würden die Ausländer nur so Schlange stehen, um endlich Deutsche zu werden. Hessens Fachleute für Eindeutschung verlangen von ihnen, aus dem Stand drei deutsche Mittelgebirge aufzählen zu können. Auf deren Kämmen scheint sich deutsch von nichtdeutsch zu trennen.

Tatsächlich aber wirkt das Fragebogengeraschel eigenartig gestrig. Längst nämlich drängt sich die Frage auf, warum sich von den über 2,6 Millionen **Migranten** mit türkischem Hintergrund in Deutschland nur ein knappes Drittel durchringen konnte, den deutschen Pass anzunehmen? Dazu passt die zweite Frage, warum denn eine wachsende Zahl von jungen, gut ausgebildeten Deutschtürken neuerdings in die Türkei zieht? Nicht in das anatolische Dorf des seligen Großvaters, sondern in die boomenden Metropolen des türkischen Westens.

Antworten auf diese und ähnliche Fragen finden sich in einer Studie, welche die Hamburger Körber-Stiftung beim Institut für Demoskopie Allensbach in Auftrag gegeben hat. Ihr Reiz liegt darin, dass sie die Stimmungen in beiden Ländern vergleicht. Die Körber-Stiftung versammelte Ende der Woche Politiker, Wissenschaftler und Journalisten aus der Türkei und Deutschland, um über die Ergebnisse zu diskutieren.

Die Türken sind in jüngerer Zeit deutlich optimistischer als früher und heben sich damit von den meist dunkelgrau bis schwarz sehenden Deutschen ab. Knapp die Hälfte aller Türken glaubt, die positiven Veränderungen in ihrem Land würden überwiegen, während sich nur 16 Prozent der Deutschen zu der gleichen Aussage durchringen können, 58 Prozent aber der Meinung sind, die Dinge hätten sich zum Schlechteren entwickelt. Auch sind mehr Deutsche als Türken der Ansicht, dass sich alles rasend schnell verändern würde - obgleich die Türkei in der Realität größere Veränderungen durchlebt als Deutschland.

Die Gründe dafür seien in der wirtschaftlichen Lage zu finden, bemerkten die meisten Teilnehmer der Körber-Tagung. Viele Deutsche sähen sich als Verlierer der Globalisierung, der EU-Osterweiterung, des Umbaus der Weltwirtschaft. Auch wenn Türken nicht weniger Angst vor Arbeitslosigkeit haben müssten als Deutsche (China produziert billiger als Anatolien!), würden viele Türken aus jährlichen Wachstumsraten von bis zu 10 Prozent

Auf nach Istanbul Statt einen deutschen Pass zu beantragen, zieht es immer mehr junge Migranten aus Deutschland in die Türkei. Dort boomt die Wirtschaft und die....

Selbstbewusstsein und Zuversicht ziehen. Das belegt die Umfrage: Nur 47 Prozent der Türken fürchten, ihren Job zu verlieren - im Kontrast zu einer großen Mehrheit der Deutschen von 71 Prozent.

Schutz vor Veränderungen suchen beide Völker beim Staat, auffällig ist allerdings, dass die Deutschen an ihren Staat die weitaus größeren Ansprüche stellen. Der Aufschwung? Staatsangelegenheit, sagen 82 Prozent der Deutschen, aber nur 62 Prozent der Türken. Arbeitsplätze? Die Regierung ist verantwortlich, meinen 82 Prozent der Deutschen im Vergleich zu 57 Prozent der Türken. Absicherung bei Krankheit? Ein Fall für die Behörden, sagen 74 Prozent der Deutschen, aber nur die Hälfte der Türken. Selbst dass die Preise in der Marktwirtschaft nicht steigen, halten 65 Prozent der Deutschen für eine Staatsaufgabe im Vergleich zu 48 Prozent der Türken. Auf die Frage schließlich, ob ihnen der Staat denn sympathisch ist, waren 40 Prozent der Deutschen unentschieden, nur 37 Prozent bejahten, 23 Prozent verneinten. 65 Prozent der Türken hingegen finden ihren Staat ziemlich sympathisch, nur 24 Prozent unsympathisch. Fazit: Wer weniger vom Staat erwartet, fühlt sich auch nicht so stark von ihm enttäuscht.

Die Staatsordnungen beider Länder sind demokratisch, auch wenn das in der Türkei noch vor einem knappen Jahrzehnt ein beschönigendes Etikett war. Die geringere Erfahrung mit der Demokratie spiegelt sich in der Türkei auch in einer geringeren Zustimmungsrage. Nur 56 Prozent der Türken halten die Demokratie für die beste Staatsform im Vergleich zu 65 Prozent der Deutschen. 36 Prozent der Türken können sich andere, "bessere" Staatsformen vorstellen. Das zeigt, wie jung die Demokratie in der Türkei doch noch ist. In Deutschland allerdings alarmiert das West-Ost-Gefälle: 71 Prozent der Westdeutschen schätzen die Demokratie als beste Staatsform, und nur 39 Prozent der Ostdeutschen.

Die Unsicherheit über die richtige Staatsform spiegelt sich in den Selbstbildern von Deutschen und Türken. Die Hälfte aller Deutschen meint, in ihrem vergleichsweise reichen Land gäbe es viel Armut. In der Türkei, in deren unterentwickeltem Osten bisweilen tatsächliches Elend herrscht, meinen nur 46 Prozent der Bevölkerung, dass es viel Armut gäbe. Immerhin 33 Prozent der Deutschen halten die politische Lage in ihrem Land für instabil, von den Türken glauben das nur 31 Prozent über ihr eigenes Land. Da ist er wieder, der relative türkische Optimismus. Entsprechend viel höher ist die Zahl der Türken, die ihr Land als guten Standort für ausländische Unternehmen ansehen: 39 Prozent. Nur 20 Prozent der Deutschen denken so über die Bundesrepublik.

Doch auch die Meinungen der Türken und Deutschen über das jeweils andere Land, hat Allensbach erfragt. Eine große Mehrheit der Deutschen hat - als Faustregel - eine schlechte Meinung über den türkischen Staat (zu instabil, großer Einfluss des Militärs) und die türkische Gesellschaft (Frauen haben zu wenig Rechte, Menschenrechte werden missachtet), aber sie schätzen die Türkei als Reiseland, seine Geschichte, seine Gastfreundschaft.

Die Türken haben überraschend wenig ausgeprägte Meinungen über Deutschland. Das einzige Merkmal, das mit 38 Prozent mehr als ein Drittel der Türken bejahen, ist Deutschland als Land mit Menschen aus vielen verschiedenen Ländern und Kulturen. Das ist ein interessantes Bild, das viele Deutsche nicht von ihrem Land haben. Andere Nationalcharakteristika (fleißige Leute, verlässliche Gesetze) erkennen knapp 30 Prozent der Türken, während Deutschland als schönes Reiseland nur von 14 Prozent der Türken wahrgenommen wird. Von bedeutenden Baudenkmälern und schönen Landschaften haben ebenso wenig Türken je gehört. Bemerkenswert ist, dass die Zahlen bei Türken mit Deutschland-Erfahrung nur um wenige Prozentpunkte höher sind.

Gut, dass die Körber-Stiftung ihre Gäste wenigstens an einen wunderschönen deutschen Ort eingeladen hatte, auf den Petersberg bei Bonn, von dem die Besucher auf den Rhein hinunterblickten. Zur schönen Rundumsicht gab es hier eine Information als Draufgabe, mit der man, zumindest in Hessen, neuerdings Deutscher werden kann. Denn der Petersberg liegt im Siebengebirge, einem deutschen Mittelgebirge.

Load-Date: November 23, 2013

In der Mitte das Meer; Jahrtausende alt ist die Kulturlandschaft des Mittelmeers. Der Historiker David Abulafia, University of Cambridge, hat ihre Geschichte verfasst. Ein Gespräch mit ihm über die Reiserouten antiker Vasen und die Chancen der Migration

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

28. November 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: LITERATURBEILAGE, ZEIT LITERATUR, POLITISCHES BUCH; In der Mitte das Meer; S. 30-33; Ausg. 49

Length: 1955 words

Byline: Maximilian Probst

Body

DIE ZEIT: *Das Große Meer* heißt Ihr Buch im englischen Original. Inspiriert diese Größe des Mittelmeers die Menschen zu Größenwahn?

David Abulafia: Das Mittelmeer ist eng und lang, deshalb ist die eine Seite oft versucht, ihre Macht auf die andere Seite auszudehnen. Bei den alten Römern verkörpert Augustus diese Versuchung. Generell liegen am Mittelmeer die Orte weit genug auseinander, bleiben aber erreichbar. Darum ist es für alle, die große Eroberungsambitionen hegen, der perfekte Ort.

ZEIT: Nun würden vielleicht einige sagen, eine Geschichte des Mittelmeers von 22 000 vor Christus bis heute zu schreiben, wie Sie es getan haben, grenzt ebenfalls an Größenwahn.

Abulafia: Ich habe da halt noch eine Lücke gesehen: Normalerweise wird viel geschrieben, was drum herum geschieht, was sich an den Rändern des Meers abspielt. Ich habe dagegen versucht, zu erkunden, was die verschiedenen Küsten zusammenbindet, die drei Kontinente, Afrika, Asien, Europa, die im Mittelmeer aufeinandertreffen.

ZEIT: Aber kann ein einzelner Historiker das Rüstzeug mitbringen für ein solches Unterfangen?

Abulafia: Ich hatte nicht das Gefühl, mich auf völlig fremde Gebiete zu begeben. Es finden sich bestimmte strukturelle Ähnlichkeiten zwischen den Mittelmeer-Epochen. Aus meiner früheren Forschung kannte ich die mittelalterliche Welt der genuesischen, venezianischen und katalanischen Kaufleute. Als ich die Philizier und die Antike zu studieren begann, sah ich, dass viele Aspekte ihres Verhaltens, die Weise, wie sie Handelskolonien aufbauten, der kulturelle Einfluss, den sie hatten, ganz ähnlich wie in späteren Zeiten waren.

ZEIT: Nun kommt auch heute keine Geschichtsschreibung an Fernand Braudel vorbei. *Das Mittelmeer und die mediterrane Welt in der Epoche Philipps II.* ist eines der großen Geschichtswerke, die uns das 20.

In der Mitte des Meeres Jahrtausende alt ist die Kulturlandschaft des Mittelmeers. Der Historiker David Abulafia, University of Cambridge, hat ihre Geschichte ver...

Jahrhundert geschenkt hat. Darin gibt Braudel den Historikern die Warnung auf den Weg, die Geschichte des Mittelmeers sei von der terrestrischen Welt, die es umgibt, ebenso wenig zu trennen wie der Ton von den Händen des Handwerkers, wenn der ihn modelliere.

Abulafia: Ich meine, dass Braudels Ansatz schlicht zu weit gefasst ist. Er interessiert sich stark für die Beziehung zwischen der Sahara und dem Meer oder dafür, wie der mediterrane Handel bis nach Krakau, Kiew und Hamburg gelangte. Er schreibt eigentlich eine Geschichte der westlichen Hemisphäre mit dem Mittelmeer im Zentrum.

ZEIT: Haben Sie versucht, einen Anti-Braudel zu schreiben? Statt von langer Dauer, Strukturen und Statik handelt Ihr Buch von kurzfristigem Wandel und politischen Rivalitäten. Man verliert bei Ihnen den Boden unter den Füßen bei der raschen Abfolge geschichtlicher Umbrüche.

Abulafia: Ich kritisiere an Braudel vor allem, dass er zu wenig an den Menschen, an seinen Handlungen interessiert ist. Er glaubte nicht an den individuellen Einfluss des Menschen auf die Geschichte.

ZEIT: Im Zentrum seines Buches steht immerhin die Seeschlacht von Lepanto zwischen den Flotten der Osmanen und des christlichen Spaniens.

Abulafia: Aber auch diese Leute sind bei Braudel nur die Opfer oder besser das Spielzeug eines anonymen Laufs der Dinge, mehr noch: des Schicksals, wie Braudel gelegentlich raunt. Diese Leute haben keine Kontrolle über das, was aus diesem Ereignis folgt. Ich hingegen tendiere dazu, menschliches Handeln hoch zu bewerten, auch wenn ich andere Faktoren nicht leugnen will: die natürlichen Gegebenheiten des Mittelmeers oder die geschichtliche Rolle des Klimawandels, für die sich viele Historiker heute interessieren.

ZEIT: Neben kriegerischen Auseinandersetzungen dreht sich Ihre Geschichte des Mittelmeers vorwiegend um den Handel. Warum?

Abulafia: Kaufleute sind diejenigen, die wirklich den mediterranen Raum zusammenhalten. Schon in der Antike treiben die Phönizier von Syrien bis über Gibraltar hinaus Handel. Es sind die Kaufleute, die die kosmopolitischen Hafenstädte erschaffen. Selbst noch in Zeiten kriegerischer Auseinandersetzungen, während der Kreuzzüge etwa, gibt es christliche italienische Händler, die mit dem muslimischen Ägypten Geschäfte machen.

ZEIT: Manchmal gehen Sie sehr ins Detail, etwa wenn Sie vermerken: »Im 7. Jahrhundert v. Chr. erreichte eine ionische Vase Su Nuraxi«, einen kleinen Ort in Sardinien. Was sagt solch ein Detail?

Abulafia: Es muss nicht mal eine ionische Vase sein, es könnte auch ein sehr kleines Bruchstück eines bescheidenen Töpferkunstwerks sein oder von einer billigen Figur aus Terrakotta. Solche Fragmente sagen sehr viel mehr über das Kontaktnetz der antiken Welt aus als ein großes Werk der Kunst, das sich ein Herrscher aus speziellen Gründen in den Palast stellt.

ZEIT: Mag sein. Warum aber fehlen Ihrem Buch ideengeschichtliche Zusammenhänge? Aristoteles kommt schlicht nicht vor - müsste er nicht für die Geschichte des Mittelmeers gewichtiger sein als eine griechische Vase?

Abulafia: Aristoteles hat nicht unmittelbar mit dem Meer zu tun. Andere schon, Archimedes etwa ist involviert in die Eroberung sizilianischer Städte. Er konstruiert Verteidigungsmaschinen gegen Belagerungen; diese Waffen- und Technikgeschichte gehört zum Mittelmeer.

ZEIT: Warum legen Sie in Ihrer Geschichte so großes Gewicht auf den Zusammenbruch des Römischen Reiches?

Abulafia: Heute sehen Historiker in der Spätantike häufig eher eine Kontinuität und sagen, dass die Barbaren eigentlich ziemlich zivilisierte Leute gewesen seien, dass wir sie nicht beurteilen dürfen nach den

In der Mitte des Meeres Jahrtausende alt ist die Kulturlandschaft des Mittelmeers. Der Historiker David Abulafia, University of Cambridge, hat ihre Geschichte ver...

Kriterien, die wir auf die Römer anwenden, und so weiter. Tatsache ist aber, dass die Städte am Meer damals eine Stufe der technologischen Entwicklung erreicht hatten, die vielleicht erst wieder im 18. Jahrhundert betroffen wurde, wenn man etwa an die römische Wasserversorgung und die Sanitäreinrichtungen Roms denkt.

ZEIT: Wann erlebte das Mittelmeer seinen größten Moment?

Abulafia: Als Oktavian in Rom an die Macht kam und mit ihm die mehr als 200 Jahre währende Pax Romana anbrach. Da bildete das Mittelmeer eine politische und ökonomische Einheit, die zu einer nicht gekannten Bewegungsfreiheit und kulturellen Durchmischung führte. Damals war das Mittelmeer wirklich das *mare nostrum*, unser aller Meer.

ZEIT: Ihr Buch nimmt zum Ende hin immer stärker Züge einer Verfallsgeschichte an: Mit der Entdeckung Amerikas bildet das Mittelmeer nicht mehr das Zentrum der zivilisierten Welt, mit dem Bau des Sueskanals im 19. Jahrhundert wird es zu einem britischen Korridor nach Indien ...

Abulafia: ... und das 20. Jahrhundert schließlich zum Ende der kosmopolitischen Städte. Als ich vor ein paar Wochen in Thessaloniki war, sprach dort jemand von der 1912 erfolgten »Befreiung der Stadt« aus osmanischer Fremdherrschaft. Aber 1912 war die Mehrheit der Bevölkerung nicht griechisch, sondern jüdisch. Und neben den Griechen gab es genauso viele Türken und Bulgaren. Die Türken ihrerseits vertrieben die Griechen 1922 aus Smyrna, die Deutschen ermordeten 1943 die Juden von Saloniki. Mit dem alten Alexandria war es aus, als Nasser in Ägypten an die Macht kam und die Juden, die Griechen, die Italiener herauswarf. Das war Teil eines Prozesses wachsender Nationalismen. Jetzt haben wir einen Mittelmeerraum, der so stark zersplittert ist wie nach dem Untergang des Römischen Reiches.

ZEIT: Was ist, alles in allem, die Botschaft Ihres Buches?

Abulafia: Dass die kosmopolitischen Hafenstädte entlang der Küsten mit ihrem Gemisch verschiedener Kulturen und Religionen etwas Wunderbares waren! Und dass die jetzige Homogenität vieler Mittelmeerstädte geschichtlich etwas völlig Unnatürliches ist.

ZEIT: Haben Sie denn Hoffnung, dass sich der Mittelmeerraum wieder in Richtung Kosmopolitismus entwickeln könnte? Etwa mit der von Nicolas Sarkozy propagierten Mittelmeer-Union?

Abulafia: Daraus ist nichts geworden. All die Umweltprobleme, die Überfischung, die Entsorgung giftiger Flüssigkeiten und so weiter, da gibt es null Fortschritt. Das wird alles von der Politik blockiert. Dabei war die Idee im Grunde gut. Sarkozy glaubte, die Union müsste alle Länder rings um das Meer erfassen. Aber Leute wie Gaddafi wollten natürlich nicht mit Israel an einem Tisch sitzen, und mit den neuen Machthabern der arabischen Mittelmeerländer könnte das auch schwierig werden. Wir sehen am Scheitern der Mittelmeer-Union einmal mehr: Der gemeinsame Raum ist zerbrochen.

ZEIT: Keine Hoffnung?

Abulafia: Ein wenig pessimistisch bin ich schon. Ich glaube, der einzige Weg voran ist, gemeinsame ökonomische Projekte aufbauen, und zwar muss das die EU tun, denn sonst tut es China, das ein immer größeres Interesse am Mittelmeer zeigt und schon Teile des Hafens von Piräus gekauft hat ...

ZEIT: In Deutschland stellen sich Politologen wie Claus Leggewie eine große Energiewende des Nordens mithilfe von Sahara-Strom aus Sonne und Wind vor.

Abulafia: So könnte man tatsächlich dauerhafte Beziehungen aufbauen. Aber jetzt hängt erst mal alles davon ab, wie es mit dem Arabischen Frühling weitergeht. Die Auseinandersetzungen können dort noch Jahrzehnte dauern. Schon jetzt sind die ökonomischen Folgen verheerend: In Ägypten beispielsweise ist der Tourismus völlig zusammengebrochen. Nur noch zehn Touristen sehen sich jetzt täglich die Pyramiden an, erzählst man mir - statt wie früher 10 000.

In der Mitte des Meer Jahrtausende alt ist die Kulturlandschaft des Mittelmeers. Der Historiker David Abulafia, University of Cambridge, hat ihre Geschichte ve....

ZEIT: Mit den Revolutionen im nordafrikanischen Raum ist auch die Anzahl der Flüchtlinge gewachsen, die über das Meer kommen.

Abulafia: Wir sollten möglichst human darauf reagieren. Andererseits müssen wir auch politische oder ökonomische Bedenken ernst nehmen. In den südeuropäischen Ländern haben wir eine hohe Jugendarbeitslosigkeit, kommen dazu noch Migranten, kann die Stimmung schnell in Fremdenfeindlichkeit kippen. Trotzdem liegt in Migration immer auch eine Chance auf eine tolerante Gesellschaft, in der Menschen unterschiedlichster Herkunft nebeneinander leben und sich mischen.

ZEIT: Sie haben Ihr Buch Ihren Vorfahren gewidmet. Warum?

Abulafia: Weil sie genau für diese kosmopolitische Welt stehen können und immer wieder deren Verfall ausgesetzt waren. Es gab prominente Abulafias im christlichen Spanien, unter anderem Don Samuel Abulafia, der den Bau einer Synagoge in Toledo verantwortet hat, die noch heute steht. Nach der Vertreibung der Juden aus Spanien ließen sich einige meiner Vorfahren in Italien nieder, die jetzt oft den Namen Bulaffi oder Bolaffio tragen. Andere gingen zurück ins Heilige Land, nach Safed in Galiläa. Einer von ihnen war später an der Gründung Tel Avivs beteiligt.

ZEIT: Was machen Sie dann eigentlich selbst in diesem verregneten Cambridge?

Abulafia: Ich finde hier eben jene Mixtur von Kulturen, Ansichten und Identitäten wieder, die im Mittelmeerraum verloren gegangen ist.

VON MAXIMILIAN PROBST

Ä»AM SCHEITERN DER MITTELMEER-UNION SEHEN WIR HEUTE EINMAL MEHR: DER GEMEINSAME RAUM IST ZERBROCHENÄ« (David Abulafia)

David Abulafia: Das Mittelmeer. Eine Biographie. A. d. Engl. v. Michael Bischoff; S. Fischer Verlag; 960 S., 34, - €, als E-Book 33,99 €, -

AN DER KÖSTE DES MITTELMEERS, CAP DE FORMENTOR, MALLORCA. BILD LINKS: DER HISTORIKER DAVID ABULAFIA IN CAMBRIDGE

David Abulafia im Hof des Gonville and Caius College der Universität Cambridge, wo er als Professor für die Geschichte des Mittelmeerraums lehrt

Load-Date: March 25, 2022

Im Brummi; Ralph Geisenhanslücke fährt den Seat Alhambra 2.0 TDI
Ecomotive

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

16. Februar 2012

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: S. 73; Ausg. 8

Length: 437 words

Byline: Ralph Geisenhanslücke

Body

Alhambra - ein glanzvoller Name, Weltkulturerbe. Seat ließ seine Autos immer stolz erstrahlen. Käme ein deutscher Hersteller auf die Idee, einen Opel Neuschwanstein herauszubringen? Ich weiß nicht, wie viele Marbellas, Malagas, Cordobas ich als Mietwagen unter der Sonne Spaniens bewegt habe. Sie galten als die iberischen Trabis. Dabei waren auch sie immer ein wenig fremd im eigenen Land; Arbeitskräfte mit **Migrationshintergrund**. Seit ihrer Gründung unter der Franco-Diktatur baut die Sociedad Española de Automóviles de Turismo Autos anderer Hersteller in Lizenz nach. Unterm Blech der frühen Jahre knatterten Motoren von Fiat. Heute basieren die Modelle auf denen des VW-Konzerns, der Seat schrittweise übernahm. Manche sind sogar komplett baugleich, nur billiger - wie der Seat Alhambra, er ist identisch mit dem VW Sharan. *Look and feel* waren beim Alhambra früher zweitrangig, mittlerweile sind ihm sämtliche Chromosomen aus dem Konzernlabor eingebaut worden. Aber er ist immer noch kein Kandidat für Designpreise.

Ich bin mit Lkw aufgewachsen. Mein Vater fuhr sie, ich saß auf dem Beifahrersitz. Manchmal durfte ich den Starterknopf drücken, meine Füße reichten noch nicht an die Pedale. Daher habe ich bis heute eine starke Affinität zu Nutzfahrzeugen. Im Alhambra sind es die Knöpfe für die Schiebetüren. Schönes Gefühl, wenn man daraufdrückt und sie elektrisch nach hinten fahren. Das spart Platz in engen Parklücken, die bei einem Wendekreis von über zwölf Metern zum Problem werden können. Da kommt man selbst mit einem Truck besser um die Ecke. Auch deshalb vergeht mir die Lust auf wendige Manöver. Ich werde zum Reinlasser, Vorfahrtgewährer, Geduldigwarter.

Wie entspannend diese uneitle Form der Fortbewegung sein kann, zeigt sich bei einer vollbesetzten Reise in den Ski-Urlaub. Fünf raumgreifende Erwachsene, Gepäck bis unters Dach, Ski-Box obendrauf. Keiner steigt mit Rückenschmerzen aus. Nein, sie hüpfen nach stressfreien 800 Kilometern wie Kinder hinaus in den Schnee. Der Allradantrieb braucht keine Schneeketten, nicht mal auf zugeschnitten Pass-Straßen, wo selbst mit Kuhfängern bewehrte Angeber-Jeeps ins Schlittern geraten. Ein rasender Hütten- Toni ist aus mir nicht geworden da droben im Zillertal. Eher ein gemütlicher Brummfahrer. Mein Vater war nie in der Alhambra, aber der Wagen hätte auch ihm gefallen.

Ralph Geisenhanslücke ist ZEIT-Autor

Im Brummi Ralph Geisenhanslüke fährt den Seat Alhambra 2.0 TDI Ecomotive

TECHNISCHE DATEN Motorbauart: 4-Zylinder-Dieselmotor Leistung: 103 kW (140 PS) Beschleunigung (0 - 100 km/h): 10,9 s Höchstgeschwindigkeit: 194 km/h CO2-Emission: 143 g/km Durchschnittsverbrauch: 5,5 Liter Basispreis: 32950 Euro

Load-Date: February 16, 2012

End of Document

Grundrechte sind (auch) bürgerlich; Was uns alle wirklich vor dem Staat schützt

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

8. Mai 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK SCHWEIZ; Grundrechte sind (auch) bürgerlich; S. 12; Ausg. 20

Length: 769 words

Byline: Fanny de Weck

Body

Derzeit pocht vor allem die Linke auf die Menschenrechte und fordert inhaltliche Schranken für Volksentscheide - doch schon bald werden sich mehr und mehr Bürgerliche ebenfalls danach sehnen. Die Grund- und Menschenrechte stehen im Mittelpunkt politischer Debatten. Über ihre Substanz jedoch wird kaum je gesprochen: den Schutz des Individuums vor Eingriffen des Staats.

Im Zentrum der aktuellen Debatte steht die Frage, wie mit grundrechtswidrigen Volksinitiativen umgegangen werden soll. Weshalb führen wir diese Diskussionen überhaupt? Weil Grund- und Menschenrechte betroffen sind. Diese beinhalten etwa, dass wir keine **Flüchtlinge** abweisen. Dass unsere Richter zwischen einem gemeingefährlichen Kriminellen und einem reuigen Einzelfalltäter zu unterscheiden wissen. Dass wir frei entscheiden können, ob wir einen ausländischen Partner heiraten und mit diesem in der Schweiz leben möchten oder nicht. Dass der Staat nicht grundlos Daten über seine Bürgerinnen und Bürger sammeln darf. Genau dafür haben wir uns entschieden, kraft unserer Bundesverfassung und verbindlicher internationaler Abkommen.

Unbestritten ist: Demokratische Entscheide sind zu respektieren und umzusetzen. Aber die Diskussion kann nicht auf die Frage nach einer vermeintlichen »Beschnidung demokratischer Rechte« oder auf eine »Fremde-Richter«-Polemik verkürzt werden. Selbst wenn ein paar Rechtsnationale dies bar jeglicher Fakten suggerieren: Absolut niemand fordert zwecks Einhaltung unserer Grundrechte die Abschaffung unserer direktdemokratischen Instrumente. Wer auf die Menschenrechte pocht, verlangt nichts anderes als gewisse Schranken für staatliche Machtausübung. Und ja, auch direktdemokratisch beschlossene Eingriffe sind staatliche Eingriffe.

Spätestens bei Annahme einer grundrechtswidrigen Volksinitiative, die auch bürgerliche Stimmbürger tangiert, wird dies allen im Lande dämmern. Dass nicht einzig die Linke eine unbegrenzte Machtausübung durch direktdemokratische Gesetzgebung fürchtet, zeichnet sich bereits ab: Nach Annahme der Weber-Initiative gegen den Bau von Zweitwohnungen und nun auch der Minder-Initiative für etwas mehr Aktionärsdemokratie ist zu beobachten, wie konservative Zeitungen und Exponenten bürgerlicher Parteien eine jüngst noch verpönte »Umsetzung mit Augenmaß« fordern.

So verlangte kürzlich die SVP Zürich, eine kantonale Volksinitiative der Partei der Arbeit für ungültig zu erklären. Die Initiative beabsichtigte, die Reichen im Kanton zu Sonderzahlungen zu zwingen und so mehrere Milliarden

Grundrechte sind (auch) bürgerlich Was uns alle wirklich vor dem Staat schützt

Franken umzuverteilen - um weniger Begüterten einen Bonus zu zahlen. Dies verstoße gegen die in der Bundesverfassung garantierte Eigentumsfreiheit, argumentierte die SVP. Sie wurde dabei von den meisten anderen Parteien unterstützt.

Ähnlich dürften Rufe nach Verhältnismäßigkeit erklingen, wenn die Ecopop-Initiative »Stopp der Überbevölkerung« oder die SVP-Initiative »gegen die Masseneinwanderung«, die wohl nächstes Jahr zur Abstimmung kommen, dereinst tatsächlich umgesetzt würden. Denn wie wird es der smarte Banker aufnehmen, wenn ihm verwehrt würde, mit seiner britischen Freundin oder Ehefrau in der Schweiz zu leben? Muss es uns Schweizerinnen und Schweizer wirklich erst selbst treffen, und nicht bloß die stimmlose ausländische Bevölkerung, bis die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger einsieht, dass in Sachen Menschenrechte Werte auf dem Spiel stehen, für die wir uns einst zu unserem eigenen Schutz entschieden haben?

Das Volk hat 1999 die Grundrechte in der neuen Bundesverfassung nicht verankert, um die Demokratie einzuschränken. Niemand hat die Europäische Menschenrechtskonvention ratifiziert, um endlich »fremde Richter« zu bekommen. Niemand hat die Flüchtlingskonvention unterschrieben, um im Zürcher Kreis 5 ein Zentrum für Asylsuchende zu errichten. Wir haben die Menschenrechte in unserem Rechtssystem verankert, um uns - und solche, die schwächer sind als wir - vor willkürlichen Eingriffen des Staats zu schützen.

Wäre dies für Demokratie und Rechtsstaat nebensächlich, könnten die Debatten über menschenrechtswidrige Initiativen ausbleiben. Man darf die Menschenrechte sehr wohl hinterfragen, man mag sie als ideologisch abtun, man darf sie auch verniedlichen oder preisen. Die Frage nach der Geltung von Menschenrechten kann aber nicht losgelöst von ihrem Inhalt diskutiert werden: dem Schutz des Einzelnen vor staatlicher Macht.

VON FANNY DE WECK

Die Autorin ist Lehrbeauftragte an der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Uni Luzern

Fanny de Weck ist Juristin

Load-Date: March 25, 2022

Der blanke Hass; "Ausländer raus!" Schon einmal zog ein rechtsradikales Terror-Trio durch Deutschland: Zwei Männer und eine Frau. 1980 starben bei einem Anschlag der Gruppe in Hamburg zwei vietnamesische Flüchtlinge

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

23. Februar 2012

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: S. 20; Ausg. 9

Length: 2895 words

Byline: Frank Keil

Body

Der Papst fand Zeit, Herrn Huynh zu empfangen. "Ich hatte doch so viel Geld für die Missionsarbeit gesammelt", sagt Herr Huynh, weist auf ein Foto an der Wand, das ihn in Rom mit dem Papst zeigt, dann lächelt er. Doch es hätte nicht viel gefehlt, und diese Begegnung wäre nie zustande gekommen. Es hätte nicht viel gefehlt, und Herr Huynh, der gläubige Katholik, wäre in der Nacht vom 21. auf den 22. August 1980 in Hamburg ums Leben gekommen. Und mit ihm seine beiden älteren Kinder, die damals in den Stockbetten lagen und fest schliefen, während ihr Vater zum Glück wach am Tisch saß und Zeitungen aus der Heimat las. "Da war plötzlich im Nebenzimmer so ein Knall", erzählt Thoàng Huynh und lächelt nun nicht mehr: "Ich hab mir nichts dabei gedacht." Aber dann sei da mit einem Mal Rauch gewesen, als er auf den Flur trat, um nachzuschauen. Huynh schenkt erst mal Tee nach.

Thoàng Huynh war früher Lehrer, Lehrer an einer katholischen Schule im Süden Vietnams. Dann kam die Tet-Offensive 1968. Er wurde zur Armee eingezogen, er kämpfte gegen die Nordvietnamesen, gegen den Vietcong. Nach deren Sieg kam Huynh in ein Umerziehungslager, wurde erst Jahre später wieder freigelassen. Er wollte nicht in diesem Land leben, das nun Volksrepublik Vietnam hieß. Er nahm zwei seiner vier Kinder, seine Frau die anderen beiden; auf unterschiedlichen Wegen begaben sie sich möglichst unauffällig mit ein klein wenig Gepäck an die Küste, in die Nähe des Strandes. Wie Tausende, wie Zehntausende, wie am Ende Hunderttausende ihrer Landsleute wollten auch sie sich in ein kleines, kaum seetüchtiges Boot setzen, um die internationalen Gewässer zu erreichen, wo die großen Handelsschiffe fuhren. Huynhs Frau wurde von einer Polizeistreife angehalten und zurückgeschickt. Ihr Mann und seine beiden Söhne aber bestiegen eines der Boote. Sie trieben hinaus ins offene Meer, wo sie zum Glück auf das Hilfsschiff *Cap Anamur* des Friedensaktivisten Rupert Neudeck trafen, das sie aus dem Wasser fischte.

Die Bundesrepublik nahm nicht wenige der Boatpeople auf. Auch der Stadtstaat Hamburg half. Die zuständige Sozialbehörde wandelte in der Halskestraße, am östlichen Hafenrand, eine ehemalige Unterkunft für Gastarbeiter in ein Wohnheim um. Viele Bürger spendeten. Ganz besonders engagierten sich die Redakteure und Leser der *ZEIT*. 221 Flüchtlinge, Männer, Frauen und Kinder, lebten im August 1980 in der Unterkunft. Direkt neben Thoàng Huynh wohnten Ngoc Nguyễn und Anh Lân Dô, junge Männer, Jugendliche fast noch.

Der blanke Hass "Ausländer raus!" Schon einmal zog ein rechtsradikales Terror-Trio durch Deutschland: Zwei Männer und eine Frau. 1980 starben bei einem Anschlag....

Über den Anschlag findet sich in den Akten keine Zeile

Und dann kommt diese eine Nacht, in der plötzlich Rauch aus dem Nebenzimmer quillt. "Ich klopfe, weil die beiden schlafen. Ich rufe:]Sofort aufmachen!["", sagt Huynh. Doch die Tür ist von innen abgeschlossen. Nach einer Minute dreht sich der Schlüssel um: "So kam er...", sagt Huynh, und er streckt die Arme lang vor, lässt sie leicht zittern. "Ich nehme seine Hand - die Haut", sagt er und zupft sich an den Unterarmen: "Die hat so runtergehangen." Andere Bewohner kommen hinzu: Sie tragen einen zweiten Mann aus dem brennenden Zimmer. Huynh holt tief Luft: "Eine Stunde, so ungefähr, dann kam die Feuerwehr." Eine Stunde? Huynh lächelt wieder: Heute hat ja jeder ein Handy, aber damals doch nicht! Und Deutsch konnten sie auch nicht. Irgendein Nachbar habe wohl die Feuerwehr alarmiert und die dann die Polizei: "Am nächsten Tag sehen wir am Haus in roter Farbe stehen:]Ausländer raus!["

Ngoc Nguyễn stirbt am Morgen, kurz nach neun, 22 Jahre ist er alt. Der 18-jährige Anh Lân Dô kommt mit schwersten Verbrennungen in ein Unfallkrankenhaus, das auf Brandverletzungen spezialisiert ist. "Das alles war ein großer Schock, denn die Deutschen waren nett zu uns, immer nett", sagt Huynh und findet langsam sein Lächeln wieder. Auch die Hamburger finden die Vietnamesen nett, sind aber manchmal über deren so ganz anderes Wesen irritiert: "Aufgrund der Mentalität der Flüchtlinge gibt es kaum Hausbesuche, die unter zwei Stunden dauern: Erst nach vielem höflichen Wort austausch und Tee kann man zur Sache kommen", ist in einem internen Bericht der Hamburger Sozialbehörde aus jenen Tagen zu lesen. Zu dem Brand enthalten die Akten seltsamerweise keine Notiz. Nicht einmal eine Auflistung der Beerdigungskosten oder eine Abrechnung über die Renovierung des ausgebrannten Zimmers findet sich. Jemand aus der Behörde muss dann aber doch das Bedürfnis gehabt haben, den Anschlag nicht ganz zu verschweigen - kommentarlos wurde zwischen behördlichen Anweisungen und Quittungen über Möbelspenden ein Aufruf von Amnesty International zu einer Mahnwache abgeheftet: "Es ist mehr als ein Menschenleben zu betrauern. Das Recht auf Asyl darf nicht ausgehebelt werden und in Fremdenfeindlichkeit ersticken."

Anh Lân Dô stirbt neun Tage später. In der Zeitung finden Thoâng Huynh und die anderen Nachbarn sein Foto. Einen Monat lang parkt ein Streifenwagen vor ihrer Tür. Angst hätten sie gehabt, viel Angst. Konnten kaum schlafen. Andererseits geht das Leben weiter: den Deutschkurs besuchen, lesen lernen, einkaufen, kochen, sich in dem neuen Land zurechtfinden. Nach dem Anschlag gibt es für alle aus dem Heim ganz schnell eine Wohnung. Und endlich darf Huynhs Frau mit den beiden jüngeren Kindern nachkommen.

Zu der Neonazi-Zelle gehört auch ein Arzt aus Württemberg

Das vierstöckige Haus, aus dem Huynh damals auszog, ist heute ein Hotel. Nichts erinnert an die Augustnacht von 1980. Keine Inschrift, keine Tafel. "Das kann man ja verstehen, das würde ich als Hotelier auch nicht machen", sagt Hans-Ulrich Klose, der damals für die SPD Hamburgs Erster Bürgermeister war und der die Trauerrede für Ngoc Nguyễn und Anh Lân Dô hielt.

"Diese beiden jungen Menschen sind aus ihrer Heimat Vietnam zu uns gekommen in der Hoffnung, hier inmitten anderer Menschen ohne Furcht und in Frieden leben zu können", so begann sie. "Die Toten, um die wir trauern, mahnen uns", so endete sie. Dazwischen spannte Klose einen Bogen von der Scham, die ihn angesichts dieses Anschlags erfülle, bis zu der Erinnerung daran, dass auch viele Deutsche ein Flüchtlingsschicksal erlitten hätten und wüssten, wie lebenswichtig Schutz und Sicherheit seien. 400 Trauergäste versammelten sich mit ihm vor den Särgen der jungen Männer und verloren sich danach in der Weite des riesigen Öjendorfer Hauptfriedhofes im Osten Hamburgs. "Komisch", sagt Klose, der, in Breslau geboren, selbst ein Flüchtlingskind ist, "wenn ich mal den Rupert Neudeck treffe, reden wir eigentlich nie über den Anschlag. Wir sind eben doch alle Verdrängungskünstler, wir Deutschen."

"Es war eine schöne Beerdigung, hinterher hat man uns übersetzt, was gesprochen wurde", sagt Thoâng Huynh, der Altenpfleger wurde, der in diesem Beruf zwanzig Jahre lang arbeitete und den sie in Hamburgs vietnamesischer Gemeinde den "General mit den weißen Haaren" nennen. Dabei war Huynh im Krieg nur Offizier.

Die Täter werden schnell gefasst. Tage zuvor war an der Autobahnauffahrt Thieshope nahe Hamburg auf ein großes Blechschild mit roter Farbe ebenfalls "Ausländer raus!" gepinselt worden. Eine Autofahrerin hatte einen

Der blanke Hass "Ausländer raus!" Schon einmal zog ein rechtsradikales Terror-Trio durch Deutschland: Zwei Männer und eine Frau. 1980 starben bei einem Anschlag....

Mann und eine Frau beobachtet und sich das Autokennzeichen notiert. Die Polizei musste diesmal nur eins und eins zusammenzählen, und sie schaffte es auch.

Verhaftet werden am 1. September 1980 in Hannoversch Münden der 50-jährige Werkmeister Raymund Hörnle aus dem württembergischen Kirchheim unter Teck und die 24-jährige Radiologie-Assistentin Sibylle Vorderbrügge aus Bremerhaven, außerdem der 50-jährige Hals-Nasen-Ohren-Arzt Heinz Colditz, der auch aus Kirchheim stammt: Mitglieder der "Deutschen Aktionsgruppen" des Frankfurter Juristen Manfred Roeder, der gleichfalls in Haft kommt.

Roeder, Jahrgang 1929 und Napola-Schüler, ist seit Langem in der Naziszene aktiv. Er sieht sich als Erben des Hitler-Nachfolgers Karl Dönitz. Er veranstaltet 1975 einen "Reichstag" in Flensburg und nennt sein Anwesen im nordhessischen Schwarzenborn "Reichshof"; seine Zulassung als Anwalt verliert er. Mehrfach wird er wegen Verleumdung, wegen der Verunglimpfung Verstorbener sowie Volksverhetzung angeklagt und meist verurteilt; 1978 geht er für knapp zwei Jahre in den Untergrund. Reist nach Nord- und Südamerika, kommt heimlich zurück und wird mal hier, mal dort versteckt. Fährt im Januar 1980 in den Nahen Osten, versucht vergeblich, im neuen Iran des Ajatollah Chomeini Asyl zu erhalten. Bemüht sich um Kontakte zu Palästinensergruppen wie der PLO, die aber nichts mit ihm anfangen können, was seinen Ehrgeiz anstachelt: Dann müsse man der Welt eben zeigen, dass es in Deutschland einen bewaffneten, arischen Widerstand gebe, und überhaupt helfe jetzt nur noch Gewalt! Roeder verschickt eine Todesliste, darauf stehen die Namen von Beate Klarsfeld, Theo Sommer, Heinz Galinski, Marion Gräfin Dönhoff, Willy Brandt, Franz Josef Strauß...

Dr. med. Heinz Colditz, Sibylle Vorderbrügge und Raymund Hörnle gestehen sofort, zu Roeders Gruppe zu gehören. Hörnle hat Colditz bei einem Besuch in dessen Kirchheimer Praxis kennengelernt; auch Vorderbrügge, die mit Colditz' Tochter im selben Krankenhaus arbeitete, wurde von dem Arzt angeworben. Über ihn lernte sie Roeder kennen. Roeder selbst streitet alles ab. Will von nichts gewusst haben und wenn, dann nichts Konkretes. Tatsächlich ist er selbst an keinem der Orte gewesen, wo Sprengkörper detonierten oder Brandsätze zündeten. Er hat andere gefunden, die das für ihn erledigten. "Heute", notiert er am 22. August 1980 feierlich in seinen Taschenkalender, "hat Deutschlands Befreiung begonnen. Der Funke ist übergesprungen."

Colditz, Hörnle und Vorderbrügge können sich bei ihren Fahrten in der ersten Jahreshälfte 1980 quer durch die Bundesrepublik auf Gleichgesinnte verlassen, auf Freunde, Verwandte. Mal stellt ihnen jemand eine Wohnung zur Verfügung oder leiht ihnen Geld. Dann wieder läuft ein ortskundiger "Kamerad" mit ihnen nachts durch eine Stadt, um eine Asylunterkunft auszukundschaften, vor der sie eine Bombe deponieren können - einmal ist es eine befreundete Kindergärtnerin, die weiß, was die Gruppe vorhat, und die anbietet, gleich mitzumachen. Das Trio verfügt über ein Netzwerk, wie man heute sagt. Nur dass sie zwischenzeitlich kein Schwarzpulver mehr auftreiben können, um ihre Sprengkörper zu füllen, setzt ihnen zu. Aber Hörnle hat das Buch des Schweizer Obersten Hans von Dach gelesen: *Der totale Widerstand - Kleinkriegsanleitung für jedermann*. Ausführlich ist darin beschrieben, wie man aus Getränkeflaschen Brandsätze baut.

Colditz muss sich um seine Praxis kümmern, außerdem hat er im Gegensatz zu Hörnle und Vorderbrügge Familie. Deshalb ziehen die beiden oft alleine los. Anfang August werfen sie Brandflaschen in die Fenster eines kleinen Hotels im schwäbischen Leinfelden, in dem jugendliche Flüchtlinge aus Eritrea untergebracht sind. Auch in Lörrach attackieren sie ein Flüchtlingsheim.

Am 21. August 1980 fahren sie in Richtung Norden, wo sie im April, zusammen mit Colditz, schon einmal waren: In Hamburg versuchten sie, eine Schule anzuzünden, weil sie nach Janusz Korczak benannt worden war, dem berühmten polnisch-jüdischen Pädagogen, der 1942 die ihm anvertrauten jüdischen Kinder auf dem Weg in die Gaskammer begleitet hatte. Jetzt wollen sie nach Flensburg, dort soll irgendein Filmprojekt für Manfred Roeder auf den Weg gebracht werden. Mit dem Familienvater Roeder hat Sibylle Vorderbrügge seit Längerem ein Verhältnis, in ihrem Tagebuch nennt sie ihn "meinen Arminius" und notiert: "Ich möchte ihm doch beweisen, daß ich stark bin, daß ich die Thusnelda werden will, die er in mir sieht und die er braucht."

Beim Tanken in Hamburg kaufen sie das *Hamburger Abendblatt*, fahren weiter, Hörnle am Steuer. Sibylle Vorderbrügge auf dem Beifahrersitz stößt auf einen interessanten Artikel: 19 Roma und Sinti sowie zehn Afghanen

Der blanke Hass "Ausländer raus!" Schon einmal zog ein rechtsradikales Terror-Trio durch Deutschland: Zwei Männer und eine Frau. 1980 starben bei einem Anschlag....

seien aus einem Flüchtlingslager bei Fulda überraschend nach Hamburg abgeschoben worden und würden dort in einem Wohnheim untergebracht. Die "Verärgerung" über die Umsiedlung, so schreibt das Blatt, sei groß, da Hamburg "derzeit schon mit 9000 Asylbewerbern überlastet ist. Jeden Monat kommen 400 bis 500 dazu. [...

An der nächsten Tankstelle halten Hörnle und Vorderbrügge an, sie telefonieren mit Roeder. Bei Gleichgesinnten in Hamburg-Barmbek kommen sie unter. Am späten Abend stehen die beiden vor dem Wohnheim. Viele Fenster sind noch erleuchtet, viele Bewohner noch wach, wie Thoâng Huynh, es ist ja Sommer, auch wenn es draußen gerade recht heftig regnet.

Hörnle und Vorderbrügge haben den Wagen, den man ihnen geborgt hat, nur 100 Meter entfernt geparkt. Sibylle Vorderbrügge hat sich außerdem schwarze Strümpfe geliehen, sonst bevorzugt sie Tracht, mit dazu passenden weißen Kniestrümpfen.

Es braucht ein bisschen, bis die Putzwolle brennt, die in eine der Benzinflaschen führt. Dann entscheiden sich die beiden für das Fenster im Hochparterre, hinter dem es dunkel ist und wo keine Schatten zu sehen sind. Sie nehmen drei Einliterflaschen, die sie nacheinander werfen. Sie wollen nicht, dass es wieder nur so einen geringen Sachschaden gibt wie bei ihrem ersten Brandanschlag in Leinfelden, wo das Feuer recht schnell gelöscht werden konnte.

Am 19. Januar 1982 beginnt in Stuttgart-Stammheim der Prozess gegen die Gruppe. Die Anklage lautet auf Bildung einer terroristischen Vereinigung. Verhandelt werden neben dem Doppelmord in der Halskestraße und den anderen Taten auch noch Anschläge auf eine Auschwitz-Ausstellung im Rathaus von Esslingen sowie auf den örtlichen Landrat, den Schirmherrn der Ausstellung.

Roeder und seine Gruppe sind nicht die einzigen Rechtsterroristen jener Jahre: Uwe Behrendt, Mitglied der Wehrsportgruppe Hoffmann, tötete im Dezember 1980 in Erlangen den jüdischen Verleger Shlomo Levin und dessen Lebensgefährtin Frieda Poeschke - die Polizei suchte den Täter zunächst unter den Mitgliedern der jüdischen Gemeinde. Frank Schubert von der Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands erschoss am Heiligabend zwei Schweizer Grenzpolizisten. Auf dem Oktoberfest zündete zuvor der Student Gundolf Köhler, der Kontakte zur Wehrsportgruppe Hoffmann hatte, eine Rohrbombe, die ihn selbst und 13 Passanten in den Tod riss - die Polizei vermutete zunächst Linksterroristen hinter dem Blutbad. Und während der Stuttgarter Prozess noch läuft, erschießt in Nürnberg der Rechtsradikale Helmut Okner drei Ausländer, brüllt: "Es lebe der Nationalsozialismus!", und begeht Selbstmord.

Es gibt Hinweise, dass Hörnle und Vorderbrügge Gundolf Köhler zumindest gekannt haben. Dass zudem Verbindungen existierten zu dem Uelzener Förster Heinz Lembke, der in der Lüneburger Heide verschiedene Waffendepots anlegte - darunter 50 Panzerfäuste, 260 Handgranaten, dazu kistenweise Munition und chemische Kampfstoffe. Und der sich am 1. November 1980 in Lüneburg in der Untersuchungshaft erhängte, statt wie angekündigt am nächsten Tag vor dem Staatsanwalt auszupacken.

Der Pate des Trios spricht an der Führungsakademie der Bundeswehr

Am 28. Juni 1982 wird Manfred Roeder in Stuttgart als Rädelsführer zu 13 Jahren Haft verurteilt, von denen er wegen guter Führung nur acht Jahre abzusitzen braucht. Colditz kommt mit sechs Jahren davon. Für Hörnle und Vorderbrügge lautet das Urteil unter anderem wegen Mordes jeweils lebenslang. Der Bundesgerichtshof kassiert das Urteil gegen Vorderbrügge. In einem zweiten Verfahren wird sie 1984 zu nunmehr zwölf Jahren Haft verurteilt. Strafmildernd erkennt das Gericht an, dass es sich bei ihr um eine hochneurotische und autoritätshörige Persönlichkeit handele, die sich in einem Abhängigkeitsverhältnis zu Roe- der befunden habe. Daher sei ihr "Hemmungsvermögen" bei allen Taten eingeschränkt gewesen; außerdem bereue sie glaubhaft ihre Taten.

Die Gräber von Ngoc Nguyễn und Anh Lân Dô auf dem Öjendorfer Friedhof sind längst aufgegeben. Vorderbrügge und auch Hörnle haben ihre Haftstrafen mittlerweile abgesessen; für Hörnle wurden es 17 Jahre. Die beiden, wie auch Heinz Colditz, sind nicht wieder in der rechten Szene aufgetaucht. Sibylle Vorderbrügge ist heute 56 Jahre alt, Raymund Hörnle 82, falls er noch lebt.

Der blanke Hass "Ausländer raus!" Schon einmal zog ein rechtsradikales Terror-Trio durch Deutschland: Zwei Männer und eine Frau. 1980 starben bei einem Anschlag....

Manfred Roeder hingegen hat weitergemacht, hat Pläne verfolgt, bei Königsberg deutschstämmige Familien anzusiedeln, und hat 1997 in Mecklenburg-Vorpommern für die NPD kandidiert. Zwei Jahre zuvor lud ihn die Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg zu einem Vortrag ein; die Sache wurde publik, der Skandal war groß. 2003 kamen auf seinem "Reichshof" Mitglieder des "Gau Thüringen" zu Besuch. Zuletzt stand Roeder 2010 wegen Volksverhetzung vor Gericht.

Thoâng Huynh sitzt neben seiner Frau und zeigt stolz auf das Familienfoto an der Wand, auf dem seine Kinder sich mit ihren Partnern aufgereiht haben und wiederum ihre Kinder so halten, dass sie in die Kamera schauen. Auch wenn Huynh jeden Morgen ins Internet geht, vietnamesische Zeitungen liest, vietnamesisches Radio hört - die alte Heimat hat er nie wieder besucht. Er weist auf seine Frau, die verlegen den Kopf halb zur Seite dreht, und legt sich die rechte Hand auf seine Brust: "Wir beide sind heute zu 80 Prozent Vietnamesen und zu 20 Prozent Deutsche. Unsere Kinder sind zu 80 Prozent deutsch und zu 20 Prozent vietnamesisch. Und unsere Enkelkinder sind 100 Prozent deutsch." Er lächelt - nein, er strahlt. So sei es, und so sei es gut.

Der Autor ist Schriftsteller und Journalist; er lebt in Hamburg

Load-Date: February 23, 2012

End of Document

Könnte Deutschland Snowden helfen?

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

4. Juli 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK, ARTIKELFOLGE ANGRIFF DER GEHEIMDIENSTE; Könnte Deutschland Snowden helfen?; S. 4; Ausg. 28

Length: 318 words

Byline: Tina Hildebrandt

Body

In der deutschen Botschaft in Moskau ging am Dienstag ein Fax im Namen von Edward Snowden ein - er beantragte damit politisches Asyl in Deutschland. Am selben Abend erklärte ein Sprecher des Auswärtigen Amtes, dass er die Voraussetzungen dafür nicht erfülle. Das Innenministerium erklärt: »Nach deutschem Asylrecht kommt eine Gewährung von Asyl nicht in Betracht, wenn ein Asylantrag im Ausland (auch bei einer deutschen Auslandsvertretung) gestellt wird.«

Die Grünen fordern nun von der Bundesregierung, Snowden ein Aufenthaltsrecht in Deutschland zu gewähren, gegebenenfalls über ein Journalistenvisum, da sich Snowden publizistisch betätige. Dann könne dieser entscheiden, ob ein Asylverfahren für ihn in Betracht komme. Die Unterstützung von Datenräubern sei »gar nichts Außergewöhnliches«, sagt der grüne Innenexperte Hans-Christian Ströbele. So seien auch ausländische Informanten, die Datensätze über Steuersünder weitergegeben hätten, durch Geldzahlungen und Zeugenschutzprogramme vor Verfolgung bewahrt worden.

»Wenn die Bundesregierung es mit ihrem Aufklärungsinteresse wirklich ernst meint, dann muss sie Snowden helfen«, so Ströbele. Laut Grundgesetz kann das Aufenthaltsrecht an Ausländer gegeben werden, wenn sie in ihrer Heimat verfolgt werden. Oder wenn es für die »Wahrung der politischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland erforderlich« ist, sie zu schützen. Dies sei »im Fall von Herrn Snowden eingehend zu prüfen«, so das Innenministerium. Snowdens jüngste Enthüllungen betreffen Überwachungsmaßnahmen in Deutschland, die hierzulande rechtswidrig sind.

Laut WikiLeaks hat Snowden am Dienstag Asylanträge an 21 Länder gestellt, darunter China, die Schweiz und Venezuela. Mehrere Staaten haben seinen Antrag für ungültig erklärt, auch Ecuador will ihm kein Asyl gewähren.

VON TINA HILDEBRANDT

Edward Snowden harrt im Moskauer Flughafen aus

Load-Date: March 25, 2022

Könnte Deutschland Snowden helfen?

End of Document

Über die Feindbilder seines Hundes

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

29. Mai 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: ZEIT MAGAZIN, HARALD MARTENSTEIN; Über die Feindbilder seines Hundes; S. 6; Ausg. 23

Length: 601 words

Byline: Harald Martenstein

Body

Vor einiger Zeit haben wir uns, wie ich bereits erwähnte, einen feministischen Hund angeschafft. Der Hund besitzt außerdem einen Migrationshintergrund. Er ist in Polen als Straßenhund aufgewachsen. Irgendwie landete er in einem brandenburgischen Tierheim.

Der Hund war von Anfang an lieb, sanft und gelehrig. Er ist beinahe Vegetarier, Hüttenkäse mag er lieber als Fleisch. Aber nach einigen Tagen stellte sich heraus, dass er auch bissig ist. Er bekommt Wutanfälle, dann beißt er. Allerdings beißt er ausnahmslos große, stattliche Männer und Männer in Uniform. Wenn er einen großen, stattlichen Mann sieht, rastet er aus. Lautes, dominantes Verhalten macht ihn angriffslustig. Uniformen versetzen ihn in einen Blutrausch. Der Hund ist aus tiefstem Herzen Antimilitarist und gegen jede Form hegemonialer Männlichkeit. Ein einziges Mal hat er eine Frau gebissen, interessanterweise die polnische Putzfrau unserer Nachbarn.

Erst wollten wir den Hund wieder abgeben, aber wir mögen ihn und nehmen ihn, wie er ist. Kein Partner ist perfekt. Wir haben viel Geld für mehrere Hundetherapeuten ausgegeben. Er beißt aber immer noch, am liebsten in den Unterschenkel. Der Hundetherapeut sagt dazu: »Er würde halt gern in die Kehle beißen, aber er kann nicht so hoch springen, deshalb beißt er in die Unterschenkel.« Zumindest haben wir viel über Hunde gelernt.

Natürlich passen wir auf. Der Hund ist immer an der Leine, nur im Garten und in den menschenleeren Urwäldern der Uckermark darf er frei laufen. Sogar dort trägt er meistens einen Maulkorb. An die Gartentür habe ich ein Schild genagelt, »Vorsicht, bissiger Hund«. Das war kein gutes Gefühl. Aber einmal ist der sehr stattliche Schornsteinfeger in den Garten gekommen, ohne zu klingeln. Da hat es der Hund sogar zum ersten Mal bis zum Oberschenkel geschafft, knapp vorm Schritt. Vielleicht will er gar nicht an die Kehle? Die Versicherungssumme bei der Hundevericherung habe ich auf fünf Millionen heraufgesetzt. Ich glaube, wenn der Hund Peter Altmaier oder Ottfried Fischer beißt, ist die Summe ausreichend. Er darf aber auf keinen Fall Elton John beißen, dann bin ich finanziell erledigt.

Wenn ich mit dem Hund spazieren gehe und er einen Maulkorb trägt, werde ich böse angeschaut und muss mir Bemerkungen anhören. Das arme Tier. Ich stehe da wie ein Tierquäler. Ich respektiere nicht die Autonomie, die Würde, das Karma und die Bedürfnisse des Hundes. Jeder denkt, dass ich den Hund böse gemacht habe. Wir sind jetzt ein Team, der böse Mann mit dem Männer hassenden Hund. Wenn ich aber den Maulkorb abmachen

Über die Feindbilder seines Hundes

würde, und der feministische, antimilitaristische, vegetarische Hund beißt alle hegemonialen, großen und lauten Männer, die nicht bei drei auf den Bäumen sind, dann wäre das den Leuten garantiert auch wieder nicht recht.

Ich habe, durch den Hund, gemerkt, dass ich eigentlich auch keine lauten, dominanten Männer mag. Vielleicht liegt es wirklich an mir. Der Hund will mir gefallen. Mein Unterbewusstsein kann mit dem Schwanz wedeln und frisst Hüttenkäse. Viele Monate lang ist nichts passiert. Als ich bei Karstadt war, habe ich an einem Regal kurz CDs betrachtet, der Hund war an der Leine, ein großer, lauter Mann stellte sich neben uns, der Hund biss zu. Das dauerte nur zwei Sekunden, aber klar, mein Fehler. Es gab einen Riesenauflauf. Ich habe gelogen. Ich habe gesagt, na so was, das macht der Hund sonst nie. Ich wollte mein Versagen vertuschen. Ich bin kein guter Mensch. Aber zumindest nicht hegemonial, das nicht, sonst wäre ich längst gebissen worden.

Load-Date: April 5, 2022

End of Document

Über die Feindbilder seines Hundes

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

29. Mai 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: HARALD MARTENSTEIN; S. 6; Ausg. 23

Length: 586 words

Byline: Harald Martenstein

Body

Vor einiger Zeit haben wir uns, wie ich bereits erwähnte, einen feministischen Hund angeschafft. Der Hund besitzt außerdem einen **Migrationshintergrund**. Er ist in Polen als Straßenhund aufgewachsen. Irgendwie landete er in einem brandenburgischen Tierheim.

Der Hund war von Anfang an lieb, sanft und gelehrig. Er ist beinahe Vegetarier, Hüttenkäse mag er lieber als Fleisch. Aber nach einigen Tagen stellte sich heraus, dass er auch bissig ist. Er bekommt Wutanfälle, dann beißt er. Allerdings beißt er ausnahmslos große, stattliche Männer und Männer in Uniform. Wenn er einen großen, stattlichen Mann sieht, rastet er aus. Lautes, dominantes Verhalten macht ihn angriffslustig. Uniformen versetzen ihn in einen Blutausch. Der Hund ist aus tiefstem Herzen Antimilitarist und gegen jede Form hegemonialer Männlichkeit. Ein einziges Mal hat er eine Frau gebissen, interessanterweise die polnische Putzfrau unserer Nachbarn.

Erst wollten wir den Hund wieder abgeben, aber wir mögen ihn und nehmen ihn, wie er ist. Kein Partner ist perfekt. Wir haben viel Geld für mehrere Hundetherapeuten ausgegeben. Er beißt aber immer noch, am liebsten in den Unterschenkel. Der Hundetherapeut sagt dazu: "Er würde halt gern in die Kehle beißen, aber er kann nicht so hoch springen, deshalb beißt er in die Unterschenkel." Zumindest haben wir viel über Hunde gelernt.

Natürlich passen wir auf. Der Hund ist immer an der Leine, nur im Garten und in den menschenleeren Urwäldern der Uckermark darf er frei laufen. Sogar dort trägt er meistens einen Maulkorb. An die Gartentür habe ich ein Schild genagelt, "Vorsicht, bissiger Hund". Das war kein gutes Gefühl. Aber einmal ist der sehr stattliche Schornsteinfeger in den Garten gekommen, ohne zu klingeln. Da hat es der Hund sogar zum ersten Mal bis zum Oberschenkel geschafft, knapp vorm Schritt. Vielleicht will er gar nicht an die Kehle? Die Versicherungssumme bei der Hunderversicherung habe ich auf fünf Millionen heraufgesetzt. Ich glaube, wenn der Hund Peter Altmaier oder Ottfried Fischer beißt, ist die Summe ausreichend. Er darf aber auf keinen Fall Elton John beißen, dann bin ich finanziell erledigt.

Wenn ich mit dem Hund spazieren gehe und er einen Maulkorb trägt, werde ich böse angeschaut und muss mir Bemerkungen anhören. Das arme Tier. Ich stehe da wie ein Tierquäler. Ich respektiere nicht die Autonomie, die Würde, das Karma und die Bedürfnisse des Hundes. Jeder denkt, dass ich den Hund böse gemacht habe. Wir sind jetzt ein Team, der böse Mann mit dem Männer hassenden Hund. Wenn ich aber den Maulkorb abmachen würde,

Über die Feindbilder seines Hundes

und der feministische, antimilitaristische, vegetarische Hund beißt alle hegemonialen, großen und lauten Männer, die nicht bei drei auf den Bäumen sind, dann wäre das den Leuten garantiert auch wieder nicht recht.

Ich habe, durch den Hund, gemerkt, dass ich eigentlich auch keine lauten, dominanten Männer mag. Vielleicht liegt es wirklich an mir. Der Hund will mir gefallen. Mein Unterbewusstsein kann mit dem Schwanz wedeln und frisst Hüttenkäse. Viele Monate lang ist nichts passiert. Als ich bei Karstadt war, habe ich an einem Regal kurz CDs betrachtet, der Hund war an der Leine, ein großer, lauter Mann stellte sich neben uns, der Hund biss zu. Das dauerte nur zwei Sekunden, aber klar, mein Fehler. Es gab einen Riesenauflauf. Ich habe gelogen. Ich habe gesagt, na so was, das macht der Hund sonst nie. Ich wollte mein Versagen vertuschen. Ich bin kein guter Mensch. Aber zumindest nicht hegemonial, das nicht, sonst wäre ich längst gebissen worden.

Load-Date: May 29, 2013

End of Document

Lübeck, 18. Januar 1996; Es war ein Brandanschlag, bei dem zehn Menschen starben. Die Täter wurden nie gefasst. Jetzt lässt das Totalversagen der Sicherheitsbehörden bei der Aufklärung des NSU-Terrors auch diesen Fall in einem neuen Licht erscheinen

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

14. März 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: RECHTER TERROR; S. 19; Ausg. 12

Length: 2872 words

Byline: Wolf Dieter Vogel

Body

Den Anschlag von Lübeck und die NSU-Morde verbindet dasselbe Schema des Behördenversagens

Es ist gegen halb vier in der Nacht. Der Rauch dringt bereits ins Dachgeschoss, als Safwan Eid und seine Brüder von den Schreien ihrer Nachbarin geweckt werden. "Mohammed, Safwan, Ghasswan, helft uns!", ruft die Syrerin Aida Alias verzweifelt. Gemeinsam versuchen sie, über das Treppenhaus nach unten zu gelangen, doch dichter Qualm schneidet ihnen den Weg ab. Es bleibt nur noch die Flucht aus dem Dachfenster. Die Brüder helfen den Kindern der syrischen Nachbarin durch die Luke. Auch der Angolaner Joao Bunga hat diesen Weg gewählt. Mit seinen beiden Töchtern, den Jungen der Familie Eid, Aida Alias und ihren Kindern steht er schließlich auf dem Dachsimps des brennenden Hauses. Seine Frau Monique und die Tochter Suzanna sind in Panik aus dem dritten Stock gesprungen. Beide überleben den Sprung nicht. Suzanna stirbt auf dem Weg ins Krankenhaus, ihre Mutter Monique Bunga auf dem Gehsteig vor dem Asylbewerberheim in der Lübecker Hafenstraße 52.

Über 17 Jahre sind seit dieser Nacht vergangen. Heute will Safwan Eid nicht mehr darüber reden. Auch seine Brüder, Vater Marwan und Mutter Hassna wollen, dass man sie in Ruhe lässt. Keine Gespräche, keine Treffen, schon gar nicht mit der Presse. Zu oft hat man damals falsch über sie berichtet. Der gebürtige Libanese will nicht mehr von Fremden an die Schreckensnacht des 18. Januar 1996 erinnert werden, die er selbst nur knapp überlebt hat. Und für die man ihn verantwortlich machen wollte.

Zehn Menschen fallen den Flammen zum Opfer, 38 werden zum Teil schwer verletzt. Asylsuchende aus Afrika und dem Nahen Osten. Einige springen wie Monique Bunga aus dem Fenster, andere ersticken im Qualm. Die Brüder Eid, Joao Bunga, Aida Alias und ihre Kinder haben Glück. Feuerwehreute können sie über eine Steckleiter retten, bevor sich das Feuer bis nach ganz oben frisst. Zuletzt verlässt Safwan Eid das Dach, die Ohren verletzt, barfuß, in

Lübeck, 18. Januar 1996 Es war ein Brandanschlag, bei dem zehn Menschen starben. Die Täter wurden nie gefasst. Jetzt lässt das Totalversagen der Sicherheitsbehörden....

einem beigefarbenen Nachthemd. "Wir wurden in Brand gesetzt", sagt Vater Marwan Eid unmittelbar nach der Rettung, "die wollten uns töten." Ein Knarren der Gartentür will er gehört haben. Dann das Klirren der Scheiben. Und ein dumpfes Geräusch. Ein "Bumm", ergänzt er später.

Waren Brandstifter am Werk? Im hölzernen Vorbau des Hauses finden Feuerwehreute die Leiche von Sylvio Amoussou. Auf seinem Körper liegt ein Stück Draht. Das Rechtsmedizinische Institut der Uni-Klinik Lübeck stellt fest, dass der Asylsuchende aus Benin keinen Rauch eingeatmet hat, bevor er gestorben ist. Ist Amoussou schon vor Ausbruch des Feuers unten gewesen?

Wenige Meter von dem brennenden Haus entfernt stehen drei junge deutsche Männer um einen Wartburg. Sie beobachten, wie die Flammen das ehemalige Seemannsheim zerstören. Ein Polizist, dem die Schaulustigen auffallen, kontrolliert die Personalien. Der 18-jährige Skinhead Maik W. hat keine Papiere dabei, doch der Beamte gibt sich mit dem Namen Maik Müller zufrieden. Die ganze Nacht sind die drei und ein weiterer Freund schon in der Hansestadt unterwegs. Um ein Auto zu stehlen, wie sie später angeben. Nach der Kontrolle steigt das Trio in den Wartburg und fährt nach Hause, ins 35 Kilometer entfernte mecklenburgische Grevesmühlen. Dort nimmt die Polizei Maik W. alias Müller, Heiko P. und René B. wenige Stunden später fest, am Abend finden die Beamten Dirk T., den Vierten im Bunde.

Wird das Opfer zum Täter gemacht?

Haben wieder Rechtsradikale gezündelt? Nach den Ausschreitungen in Rostock 1992, nach den Anschlägen in Hünxe 1991, Mölln 1992 und Solingen 1993 liegt der Verdacht nahe. Es ist die Zeit, in der sich Rechtsradikale zum Thüringer Heimatschutz zusammenschließen, zu jener Truppe, aus der später der terroristische Nationalsozialistische Untergrund (NSU) hervorgeht. Auch in Lübeck sind militante Rechte unterwegs: Es gibt Brandanschläge auf die Synagoge, Bürgermeister Michael Bouteiller, der sich für Asylsuchende einsetzt, erhält eine Briefbombe.

Mehrmals werden die Männer aus Grevesmühlen in der Nacht in Lübeck gesehen, auch in der Nähe der Hafenstraße. Sie entsprechen dem rechten Täterprofil. Der arbeitslose Maik W., der sich "Klein Adolf" nennen lässt, ist bereits aktenkundig. Er hat Hakenkreuze auf Grabsteine gesprüht; in seinem Zimmer hängt die Reichskriegsflagge. Ein Freund berichtet der Polizei, Maik W. habe ihm offenbart, er habe in Lübeck "etwas angesteckt" oder werde das bald tun. Der gelernte Schlosser Heiko P. war, wie er angibt, "in Rostock mit dabei". Der arbeitslose Maurer René B. dagegen beteuert, er habe nichts gegen "Juden, Neger, Ausländer oder auch Wessis".

Gerichtsmediziner stellen bei drei der vier Männer Versengungen an Haaren, Wimpern und Brauen fest, die laut Gutachten "nicht älter als 24 Stunden sind". Maik W. behauptet, er habe Tage zuvor einen Hund angezündet. René B. schildert, wie er neulich im Dunkeln aus dem Mofa-Tank Benzin abgezapft habe. Um etwas zu sehen, habe er ein Feuerzeug angezündet, und plötzlich sei eine Stichflamme entstanden. Die Strafverfolger nehmen die kruden Erklärungen hin. Inzwischen haben die Männer ein Alibi: Das Polizeirevier Neustadt bestätigt, dass sie zum Tatzeitpunkt an einer 15 Kilometer entfernten Tankstelle von einer Streife gesehen worden seien. Kurz darauf werden die Grevesmühlener freigelassen.

Etwa zeitgleich gibt es einen neuen Verdächtigen: Safwan Eid soll einem Sanitäter auf dem Weg ins Krankenhaus die Tat gestanden haben. "Wir warn's", will Jens Leonhardt gehört haben. Und dass sich der Libanese vor dem Brand mit einem Nachbarn gestritten habe. Auch den genauen Ort des Brandausbruchs soll Eid bezeichnet haben, informiert Staatsanwalt Klaus-Dieter Schultz.

Am Abend des 19. Januar nimmt die Polizei den 20-Jährigen fest. Von nun an ermitteln die Strafverfolger vor allem im Umfeld der Flüchtlinge. Auch Journalisten richten ihren Blick auf angebliche kriminelle Geschäfte in der Unterkunft. Von Autoschiebereien, Kinderpornografie und Drogenhandel ist die Rede. Die Flüchtlinge verstehen die Welt nicht mehr. "Wir werden ein zweites Mal verfolgt. Wir waren die Opfer eines Brandanschlags, jetzt sind wir Opfer der Ermittlungen", schreiben sie in einem Flugblatt und fordern Eids Freilassung.

Lübeck, 18. Januar 1996 Es war ein Brandanschlag, bei dem zehn Menschen starben. Die Täter wurden nie gefasst. Jetzt lässt das Totalversagen der Sicherheitsbehörden....

Sie wollen nicht glauben, dass ihr Mitbewohner das Feuer gelegt hat. Ausgerechnet Safwan, der als Erster den Kindern half und als Letzter das brennende Gebäude verließ. Sie kennen ihn als ruhigen Zeitgenossen, ein im Haus tätiger Sozialarbeiter sowie eine Lehrerin halten ihn für äußerst besonnen. 1990 ist Eid als 14-Jähriger mit den Eltern und sieben Geschwistern aus dem Libanon gekommen. Jahrelang kämpft Vater Marwan darum, dass die Familie Asyl erhält. Zunächst vergeblich. Sie sind nur geduldet, können jederzeit abgeschoben werden. Aus der Unterkunft wollen sie schon lange ausziehen. Auf eigene Kosten. Doch das Sozialamt gibt keine Garantien für die Kautions. Wegen der unsicheren Aufenthaltssituation. Und nun dieser Vorwurf. Nur vage kann sich Safwan Eid an die Fahrt ins Krankenhaus erinnern. Laut sei es gewesen. Und chaotisch. Menschen hätten verzweifelt gegen die Scheiben getrommelt, eine Frau habe um ihren verlorenen Sohn geweint. Nur kurz habe er mit dem Sanitäter gesprochen und wohl einfach wiedergegeben, was ihm zuvor sein Vater gesagt habe: "Die haben das gemacht." Die Nazis.

Ein Polizeispitzel taucht auf, Beweismittel verschwinden

Gabriele Heinecke reagiert noch heute empfindlich, wenn sie von den Vorwürfen gegen ihren ehemaligen Mandanten hört. Die Hamburger Anwältin hat Erfahrung mit umstrittenen Verfahren. Sie vertrat Opfer eines Nazimassakers in der Klage gegen SS-Männer, verteidigte somalische Piraten und stand einer Familie aus Sierra Leone rechtlich bei, die Polizisten für den Tod ihres Sohnes in einer Dessauer Gefängniszelle verantwortlich macht. Trotzdem verrät ihr Ton, wie empört sie noch nach 17 Jahren über die Lübecker Strafverfolger ist. Nichts, rein gar nichts hätten die Ankläger gegen Eid in der Hand gehabt, sagt sie. "Und zugleich lässt man Verdächtige laufen, die die Tat angekündigt haben und Spuren aufwiesen, wie sie für Brandstifter typisch sind."

Etwa zwei Monate nach dem tödlichen Feuer übernimmt Heinecke den Fall. Wie eine Löwin kämpft sie für ihren Mandanten. Manchen erscheint die Anwältin als eine linke Überzeugungstäterin, für die es lediglich böse Rechtsradikale und gute Ausländer gibt. Entsprechend heftig wird sie angegriffen. Etwa nachdem sie im Gerichtssaal Mitglieder einer Familie aus dem Haus, die sich gegen die Eids stellt, scharf angeht. Oder als sie die Aussage des Hauptbelastungszeugen Leonhardt gnadenlos zerpfückt.

Schon vor dem Prozess zieht sie Sachverständige zurate, die zu anderen Ergebnissen kommen als die Ermittler. Diese nehmen an, dass das Feuer im ersten Stock ausgebrochen ist, und schließen deshalb einen Anschlag von außen aus. Nach Analyse des von Heinecke hinzugezogenen Brandschutzexperten Ernst Achilles spricht dagegen vieles dafür, dass das Feuer im Erdgeschoss gelegt wurde. Das schildern auch etliche Bewohner und die ersten Feuerwehrleute, die vor dem Gebäude eintrafen.

Monatelang sammelt die Verteidigerin Aussagen, Gutachten und Beweise, um die Unschuld ihres Mandanten zu belegen. Mit Erfolg. Nach fünf Monaten, noch bevor der Prozess beginnt, entlassen die Lübecker Jugendrichter den Verdächtigen aus der Haft. Auf das Geständnis im Krankenwagen gibt die Jugendkammer wenig. Die Angaben seien "durch die Ermittlungen nicht hinreichend belegt". Ein Jahr später, am 30. Juni 1997, spricht das Landgericht der Hansestadt den Angeklagten frei. Selbst die Staatsanwälte plädieren nicht für eine Verurteilung.

Die Männer aus Grevesmühlen sind da längst aus dem Schneider. Zwei Tage nach dem Brand beschließt die Bundesanwaltschaft, das Verfahren nicht zu übernehmen. Begründung: "Der Anfangsverdacht des Vorliegens einer fremdenfeindlich motivierten Straftat wurde durch die Ermittlungen widerlegt." Nach dieser Entscheidung kümmern sich die Lübecker Strafverfolger kaum mehr um die Spur nach Grevesmühlen. Dabei tauchen immer neue Fragen und Widersprüche auf. Jene Tankstelle, an der die Mecklenburger zur mutmaßlichen Tatzeit gesehen wurden, befindet sich nicht 15, sondern nur sechs Kilometer von der Hafenstraße entfernt. Das Alibi ist damit hinfällig, denn diese Distanz können die Männer mit ihrem Wartburg mühelos innerhalb weniger Minuten überwinden.

Für die verbrannten Haare findet Staatsanwalt Schultz Erklärungen, von denen die Verdächtigen selbst nie sprechen: "Möglicherweise rühren die Versengungen der drei Beschuldigten auch daher, dass sie gestohlene Fahrzeuge ansteckten, nachdem diese ausgeschlachtet worden sind." Ein solches Wrack taucht aber nie auf. Vor Gericht bestätigt der Rechtsmediziner Manfred Oehmichen, die angekockelten Kopfhare, Wimpern und Brauen erinnerten an Spuren, wie sie nach der Benutzung von Brandbeschleunigern zu beobachten seien. Die

Lübeck, 18. Januar 1996 Es war ein Brandanschlag, bei dem zehn Menschen starben. Die Täter wurden nie gefasst. Jetzt lässt das Totalversagen der Sicherheitsbehörden....

Prozessbeteiligten müssen sich allerdings mit Fotos zufriedengeben. Oehmichens Kollegin hat die Haare säuberlich in Plastiktütchen verpackt und der Polizei übergeben, damit die Beweisstücke an das schleswig-holsteinische Landeskriminalamt geschickt werden. Dort sind sie angeblich nie angekommen.

Auch den Draht, den die Beamten auf der Leiche Sylvio Amoussous sichergestellt haben, behandeln die Ermittler nachlässig. Drei Monate bleibt er auf dem Fenstersims der Gerichtsmedizin liegen. Niemand habe sich dafür interessiert, erinnert sich später eine Mitarbeiterin.

Dabei wirft gerade der Tod des Mannes aus Benin viele Fragen auf. Wie ist er gestorben, wenn, wie Gutachten nahelegen, nicht durch das Feuer? Welche Rolle spielt Amoussous deutsche Freundin, die schon lange als V-Frau für Lübecks Kriminalpolizei tätig ist? Zwei ihrer Verbindungsbeamten arbeiten in der Soko zum Brandanschlag. Sie verhören zwei der Grevesmühlener und Eids Belastungszeugen Leonhardt. Wollen die Polizisten die geheime Connection verbergen? Offenbar weil sie für die Kripo arbeitet, wurde die Frau mehrmals angegriffen: Unbekannte nagelten einen toten Hamster an die Tür, ein Molotowcocktail zerschellte an ihrer Hauswand, ihr Freund Amoussou erhielt Drohanrufe. Wurde der Flüchtling also ermordet, weil Kriminelle seine Freundin terrorisieren wollten? Kam der Brand nur deshalb zustande?

Das Verfahren klärt diese Fragen nicht, denn Ankläger Schultz kann keinen Zusammenhang zum Feuer in der Hafenstraße herstellen. Auch andere Kontakte werfen Fragen auf. Wie etwa ist zu erklären, dass Maik W. eine Visitenkarte des Sanitäters Leonhardt besitzt? Welche Bedeutung hat es, dass ein Freund Leonhardts Neonazi-Material zum Aufbau einer Wehrsportgruppe in Lübeck sammelt - ausgerechnet jener Mann, der ihm nahelegt, das Geständnis Eids anzuzeigen?

Stoff für Verschwörungstheorien? Gewiss. Aber Grevesmühlen ist nicht irgendein Ort. "In der Region ist schon lange eine äußerst militante rechtsradikale Szene aktiv", erklärt Michael Weiss vom Antifaschistischen Pressearchiv Apabiz. 2003 fliegt in der Gegend eine Wehrsportgruppe auf, neonazistische Hammerskins betreiben in der Kleinstadt ein "Thing-Haus", in dem sie interne Treffen organisieren und Partys feiern. "1996 war für die militante Bewegung ein Schlüsseljahr", sagt Weiss, der seit vielen Jahren über Neonazis recherchiert. "Damals hatten Terrorkonzepte Konjunktur." Spätere NSU-Mitglieder deponierten in dieser Zeit in Jena Bombenattrappen. Eine direkte Verbindung zwischen den Tatverdächtigen und dem Terrortrio lasse sich aber nicht finden. Außer Zweifel steht für Weiss indes, dass die Straflosigkeit im Lübecker Fall die Entwicklung des Nationalsozialistischen Untergrunds begünstigt hat. Warum, so fragt sich auch Anwältin Heinecke, haben die Ermittler bis heute nicht konsequent gegen die Verdächtigen ermittelt? "Während sich die Grevesmühlener alle Mühe gaben, ihre Schuld zu bestätigen, haben die Strafverfolger alles getan, um sie von einem Geständnis abzubringen", kritisiert sie.

Insbesondere Maik W. prahlt mehrmals damit, das Feuer gelegt zu haben. In Güstrow wird er 1997 beim Ladendiebstahl erwischt und verkündet einem Verkäufer mit drohendem Ton: "Ich war sogar beim Brandanschlag in Lübeck dabei." Als W. ein Jahr später wegen Autodiebstahls in Neustrelitz einsitzt, berichtet er Mithäftlingen von seiner angeblichen Tatbeteiligung. Haftleiter Peter Danneberg, dem der 20-Jährige ebenfalls die Tat gesteht, ist nach einem Verhör seines Zöglings "erstaunt" über das Desinteresse der angereisten Beamten: "Wenn jemand zweimal quasi das Gleiche sagt, ist das eigentlich schon glaubwürdig." Vier Monate später beichtet W. ein weiteres Mal, nun einem Reporter des *Spiegels*. Mittlerweile ist auch von Heiko P. ein Geständnis aufgetaucht. Ob all die freimütigen Erzählungen reiner Profilierungssucht oder etwa dem Druck von W.s Mitgefangenen geschuldet sind, bleibt umstritten. Ein neues Ermittlungsverfahren nach den Geständnissen wird jedenfalls schnell wieder eingestellt.

Es muss endlich ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss her

Safwan Eid hingegen wird weiter verfolgt. Der Bundesgerichtshof fordert eine Revision, weil im Gefängnis abgehörte Gespräche zwischen Eid und seinen Angehörigen in der ersten Verhandlung nicht berücksichtigt wurden. Doch auch der umstrittene Lauschangriff kann keine Täterschaft des Libanesen bestätigen. Die Juristen des Kieler Landgerichts kommen zum selben Schluss wie ihre Lübecker Kollegen: Im November 1999 sprechen sie

Lübeck, 18. Januar 1996 Es war ein Brandanschlag, bei dem zehn Menschen starben. Die Täter wurden nie gefasst. Jetzt lässt das Totalversagen der Sicherheitsbehö....

Eid frei. Die Urteilsbegründung fällt noch eindeutiger aus als die erste. Der Richter zerpfückt jeden vermeintlichen Beweis. Die Anklage sei "von Anfang an nicht überzeugend gewesen".

Und jetzt? Das Haus in der Hafenstraße 52 ist einem Parkplatz gewichen. Nur eine graue Gedenktafel erinnert noch an den Anschlag. "Die Verantwortlichen für das Verbrechen sind nie ermittelt worden", ist darauf zu lesen. Jedes Jahr am 18. Januar treffen sich hier ein paar Dutzend Lübecker, um an den Anschlag zu erinnern. "Mord verjährt nicht", betont Altbürgermeister Bouteiller und fordert, den Fall neu aufzurollen. Auch die Grünen plädieren dafür. Gabriele Heinecke ist zurückhaltender. Von den Lübecker Strafverfolgern neue Ermittlungen zu erwarten, hält sie für sinnlos. Sie fordert, dass wie im NSU-Komplex ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss eingerichtet wird. "Der Fall ist längst aufgeklärt, er wird nur nicht strafrechtlich verfolgt", ist die Anwältin überzeugt.

Viele der Brandopfer haben Lübeck verlassen, leben in anderen Städten oder im Ausland. Fast die gesamte Familie Eid ist jedoch geblieben, inzwischen spielen die Enkel von Marwan und Hassna auf Lübecks Straßen. Noch während des zweiten Verfahrens genehmigte der damalige Bundesinnenminister Otto Schily allen ehemaligen Bewohnern ein dauerhaftes Bleiberecht. Doch mit der Abschiebung rechnete Marwan Eid schon während des Prozesses nicht mehr. "Sie müssen uns schließlich dankbar sein", kommentiert er zynisch, "die Anklage gegen Safwan hat doch von den wahren Brandstiftern abgelenkt."

Der Autor ist Journalist und Publizist. Er lebt in Berlin. Mehr zum Thema in dem von ihm herausgegebenen Buch "Der Lübecker Brandanschlag. Fakten, Fragen, Parallelen zu einem Justizskandal"; Espresso Verlag, Berlin 2001

Graphic

Noch am Morgen brennt das Dach des ehemaligen Seemannsheims in der Hafenstraße

Bild unten: Ohnmächtiger Protest nach der Tat

Load-Date: March 14, 2013

Lübeck, 18. Januar 1996; Es war ein Brandanschlag, bei dem zehn Menschen starben. Die Täter wurden nie gefasst. Jetzt lässt das Totalversagen der Sicherheitsbehörden bei der Aufklärung des NSU-Terrors auch diesen Fall in einem neuen Licht erscheinen

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

14. März 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: GESCHICHTE; Lübeck, 18. Januar 1996; S. 19; Ausg. 12

Length: 2958 words

Byline: Wolf Dieter Vogel

Body

Den Anschlag von Lübeck und die NSU-Morde verbindet dasselbe Schema des Behördenversagens

Es ist gegen halb vier in der Nacht. Der Rauch dringt bereits ins Dachgeschoss, als Safwan Eid und seine Brüder von den Schreien ihrer Nachbarin geweckt werden. »Mohammed, Safwan, Ghasswan, helft uns!«, ruft die Syrerin Aida Alias verzweifelt. Gemeinsam versuchen sie, über das Treppenhaus nach unten zu gelangen, doch dichter Qualm schneidet ihnen den Weg ab. Es bleibt nur noch die Flucht aus dem Dachfenster. Die Brüder helfen den Kindern der syrischen Nachbarin durch die Luke. Auch der Angolaner Joao Bunga hat diesen Weg gewählt. Mit seinen beiden Töchtern, den Jungen der Familie Eid, Aida Alias und ihren Kindern steht er schließlich auf dem Dachsimps des brennenden Hauses. Seine Frau Monique und die Tochter Suzanna sind in Panik aus dem dritten Stock gesprungen. Beide überleben den Sprung nicht. Suzanna stirbt auf dem Weg ins Krankenhaus, ihre Mutter Monique Bunga auf dem Gehsteig vor dem Asylbewerberheim in der Lübecker Hafenstraße 52.

Über 17 Jahre sind seit dieser Nacht vergangen. Heute will Safwan Eid nicht mehr darüber reden. Auch seine Brüder, Vater Marwan und Mutter Hassna wollen, dass man sie in Ruhe lässt. Keine Gespräche, keine Treffen, schon gar nicht mit der Presse. Zu oft hat man damals falsch über sie berichtet. Der gebürtige Libanese will nicht mehr von Fremden an die Schreckensnacht des 18. Januar 1996 erinnert werden, die er selbst nur knapp überlebt hat. Und für die man ihn verantwortlich machen wollte.

Zehn Menschen fallen den Flammen zum Opfer, 38 werden zum Teil schwer verletzt. Asylsuchende aus Afrika und dem Nahen Osten. Einige springen wie Monique Bunga aus dem Fenster, andere ersticken im Qualm. Die Brüder Eid, Joao Bunga, Aida Alias und ihre Kinder haben Glück. Feuerwehrleute können sie über eine Steckleiter retten, bevor sich das Feuer bis nach ganz oben frisst. Zuletzt verlässt Safwan Eid das Dach, die

Lübeck, 18. Januar 1996 Es war ein Brandanschlag, bei dem zehn Menschen starben. Die Täter wurden nie gefasst. Jetzt lässt das Totalversagen der Sicherheitsbehörden....

Ohren verletzt, barfuß, in einem beigefarbenen Nachthemd. »Wir wurden in Brand gesetzt«, sagt Vater Marwan Eid unmittelbar nach der Rettung, »die wollten uns töten.« Ein Knarren der Gartentür will er gehört haben. Dann das Klirren der Scheiben. Und ein dumpfes Geräusch. Ein »Bumm«, ergänzt er später.

Waren Brandstifter am Werk? Im hölzernen Vorbau des Hauses finden Feuerwehrleute die Leiche von Sylvio Amoussou. Auf seinem Körper liegt ein Stück Draht. Das Rechtsmedizinische Institut der Uni-Klinik Lübeck stellt fest, dass der Asylsuchende aus Benin keinen Rauch eingeatmet hat, bevor er gestorben ist. Ist Amoussou schon vor Ausbruch des Feuers unten gewesen?

Wenige Meter von dem brennenden Haus entfernt stehen drei junge deutsche Männer um einen Wartburg. Sie beobachten, wie die Flammen das ehemalige Seemannsheim zerstören. Ein Polizist, dem die Schaulustigen auffallen, kontrolliert die Personalien. Der 18-jährige Skinhead Maik W. hat keine Papiere dabei, doch der Beamte gibt sich mit dem Namen Maik Müller zufrieden. Die ganze Nacht sind die drei und ein weiterer Freund schon in der Hansestadt unterwegs. Um ein Auto zu stehlen, wie sie später angeben. Nach der Kontrolle steigt das Trio in den Wartburg und fährt nach Hause, ins 35 Kilometer entfernte mecklenburgische Grevesmühlen. Dort nimmt die Polizei Maik W. alias Müller, Heiko P. und René B. wenige Stunden später fest, am Abend finden die Beamten Dirk T., den Vierten im Bunde.

Wird das Opfer zum Täter gemacht?

Haben wieder Rechtsradikale gezündelt? Nach den Ausschreitungen in Rostock 1992, nach den Anschlägen in Hünxe 1991, Mölln 1992 und Solingen 1993 liegt der Verdacht nahe. Es ist die Zeit, in der sich Rechtsradikale zum Thüringer Heimatschutz zusammenschließen, zu jener Truppe, aus der später der terroristische Nationalsozialistische Untergrund (NSU) hervorgeht. Auch in Lübeck sind militante Rechte unterwegs: Es gibt Brandanschläge auf die Synagoge, Bürgermeister Michael Bouteiller, der sich für Asylsuchende einsetzt, erhält eine Briefbombe.

Mehrmals werden die Männer aus Grevesmühlen in der Nacht in Lübeck gesehen, auch in der Nähe der Hafenstraße. Sie entsprechen dem rechten Täterprofil. Der arbeitslose Maik W., der sich »Klein Adolf« nennen lässt, ist bereits aktenkundig. Er hat Hakenkreuze auf Grabsteine gesprüht; in seinem Zimmer hängt die Reichskriegsflagge. Ein Freund berichtet der Polizei, Maik W. habe ihm offenbart, er habe in Lübeck »etwas angesteckt« oder werde das bald tun. Der gelernte Schlosser Heiko P. war, wie er angibt, »in Rostock mit dabei«. Der arbeitslose Maurer René B. dagegen beteuert, er habe nichts gegen »Juden, Neger, Ausländer oder auch Wessis«.

Gerichtsmediziner stellen bei drei der vier Männer Versengungen an Haaren, Wimpern und Brauen fest, die laut Gutachten »nicht älter als 24 Stunden sind«. Maik W. behauptet, er habe Tage zuvor einen Hund angezündet. René B. schildert, wie er neulich im Dunkeln aus dem Mofa-Tank Benzin abgezapft habe. Um etwas zu sehen, habe er ein Feuerzeug angezündet, und plötzlich sei eine Stichflamme entstanden. Die Strafverfolger nehmen die kruden Erklärungen hin. Inzwischen haben die Männer ein Alibi: Das Polizeirevier Neustadt bestätigt, dass sie zum Tatzeitpunkt an einer 15 Kilometer entfernten Tankstelle von einer Streife gesehen worden seien. Kurz darauf werden die Grevesmühlener freigelassen.

Etwa zeitgleich gibt es einen neuen Verdächtigen: Safwan Eid soll einem Sanitäter auf dem Weg ins Krankenhaus die Tat gestanden haben. »Wir warn's«, will Jens Leonhardt gehört haben. Und dass sich der Libanese vor dem Brand mit einem Nachbarn gestritten habe. Auch den genauen Ort des Brandausbruchs soll Eid bezeichnet haben, informiert Staatsanwalt Klaus-Dieter Schultz.

Am Abend des 19. Januar nimmt die Polizei den 20-Jährigen fest. Von nun an ermitteln die Strafverfolger vor allem im Umfeld der Flüchtlinge. Auch Journalisten richten ihren Blick auf angebliche kriminelle Geschäfte in der Unterkunft. Von Autoschiebereien, Kinderpornografie und Drogenhandel ist die Rede. Die Flüchtlinge verstehen die Welt nicht mehr. »Wir werden ein zweites Mal verfolgt. Wir waren die Opfer eines Brandanschlags, jetzt sind wir Opfer der Ermittlungen«, schreiben sie in einem Flugblatt und fordern Eids Freilassung.

Lübeck, 18. Januar 1996 Es war ein Brandanschlag, bei dem zehn Menschen starben. Die Täter wurden nie gefasst. Jetzt lässt das Totalversagen der Sicherheitsbehörden....

Sie wollen nicht glauben, dass ihr Mitbewohner das Feuer gelegt hat. Ausgerechnet Safwan, der als Erster den Kindern half und als Letzter das brennende Gebäude verließ. Sie kennen ihn als ruhigen Zeitgenossen, ein im Haus tätiger Sozialarbeiter sowie eine Lehrerin halten ihn für äußerst besonnen. 1990 ist Eid als 14-Jähriger mit den Eltern und sieben Geschwistern aus dem Libanon gekommen. Jahrelang kämpft Vater Marwan darum, dass die Familie Asyl erhält. Zunächst vergeblich. Sie sind nur geduldet, können jederzeit abgeschoben werden. Aus der Unterkunft wollen sie schon lange ausziehen. Auf eigene Kosten. Doch das Sozialamt gibt keine Garantien für die Kautions. Wegen der unsicheren Aufenthaltssituation. Und nun dieser Vorwurf. Nur vage kann sich Safwan Eid an die Fahrt ins Krankenhaus erinnern. Laut sei es gewesen. Und chaotisch. Menschen hätten verzweifelt gegen die Scheiben getrommelt, eine Frau habe um ihren verlorenen Sohn geweint. Nur kurz habe er mit dem Sanitäter gesprochen und wohl einfach wiedergegeben, was ihm zuvor sein Vater gesagt habe: »Die haben das gemacht.« Die Nazis.

Ein Polizeispitzel taucht auf, Beweismittel verschwinden

Gabriele Heinecke reagiert noch heute empfindlich, wenn sie von den Vorwürfen gegen ihren ehemaligen Mandanten hört. Die Hamburger Anwältin hat Erfahrung mit umstrittenen Verfahren. Sie vertrat Opfer eines Nazimassakers in der Klage gegen SS-Männer, verteidigte somalische Piraten und stand einer Familie aus Sierra Leone rechtlich bei, die Polizisten für den Tod ihres Sohnes in einer Dessauer Gefängniszelle verantwortlich macht. Trotzdem verrät ihr Ton, wie empört sie noch nach 17 Jahren über die Lübecker Strafverfolger ist. Nichts, rein gar nichts hätten die Ankläger gegen Eid in der Hand gehabt, sagt sie. »Und zugleich lässt man Verdächtige laufen, die die Tat angekündigt haben und Spuren aufwiesen, wie sie für Brandstifter typisch sind.«

Etwa zwei Monate nach dem tödlichen Feuer übernimmt Heinecke den Fall. Wie eine Löwin kämpft sie für ihren Mandanten. Manchen erscheint die Anwältin als eine linke Überzeugungstäterin, für die es lediglich böse Rechtsradikale und gute Ausländer gibt. Entsprechend heftig wird sie angegriffen. Etwa nachdem sie im Gerichtssaal Mitglieder einer Familie aus dem Haus, die sich gegen die Eids stellt, scharf angeht. Oder als sie die Aussage des Hauptbelastungszeugen Leonhardt gnadenlos zerpfückt.

Schon vor dem Prozess zieht sie Sachverständige zurate, die zu anderen Ergebnissen kommen als die Ermittler. Diese nehmen an, dass das Feuer im ersten Stock ausgebrochen ist, und schließen deshalb einen Anschlag von außen aus. Nach Analyse des von Heinecke hinzugezogenen Brandschutzexperten Ernst Achilles spricht dagegen vieles dafür, dass das Feuer im Erdgeschoss gelegt wurde. Das schildern auch etliche Bewohner und die ersten Feuerwehrleute, die vor dem Gebäude eintrafen.

Monatelang sammelt die Verteidigerin Aussagen, Gutachten und Beweise, um die Unschuld ihres Mandanten zu belegen. Mit Erfolg. Nach fünf Monaten, noch bevor der Prozess beginnt, entlassen die Lübecker Jugendrichter den Verdächtigen aus der Haft. Auf das Geständnis im Krankenwagen gibt die Jugendkammer wenig. Die Angaben seien »durch die Ermittlungen nicht hinreichend belegt«. Ein Jahr später, am 30. Juni 1997, spricht das Landgericht der Hansestadt den Angeklagten frei. Selbst die Staatsanwälte plädieren nicht für eine Verurteilung.

Die Männer aus Grevesmühlen sind da längst aus dem Schneider. Zwei Tage nach dem Brand beschließt die Bundesanwaltschaft, das Verfahren nicht zu übernehmen. Begründung: »Der Anfangsverdacht des Vorliegens einer fremdenfeindlich motivierten Straftat wurde durch die Ermittlungen widerlegt.« Nach dieser Entscheidung kümmern sich die Lübecker Strafverfolger kaum mehr um die Spur nach Grevesmühlen. Dabei tauchen immer neue Fragen und Widersprüche auf. Jene Tankstelle, an der die Mecklenburger zur mutmaßlichen Tatzeit gesehen wurden, befindet sich nicht 15, sondern nur sechs Kilometer von der Hafenstraße entfernt. Das Alibi ist damit hinfällig, denn diese Distanz können die Männer mit ihrem Wartburg mühelos innerhalb weniger Minuten überwinden.

Für die verbrannten Haare findet Staatsanwalt Schultz Erklärungen, von denen die Verdächtigen selbst nie sprechen: »Möglicherweise rühren die Versengungen der drei Beschuldigten auch daher, dass sie gestohlene Fahrzeuge ansteckten, nachdem diese ausgeschlachtet worden sind.« Ein solches Wrack taucht aber nie auf. Vor Gericht bestätigt der Rechtsmediziner Manfred Oehmichen, die angekockelten Kopfhare, Wimpern und

Lübeck, 18. Januar 1996 Es war ein Brandanschlag, bei dem zehn Menschen starben. Die Täter wurden nie gefasst. Jetzt lässt das Totalversagen der Sicherheitsbehörden....

Brauen erinnerten an Spuren, wie sie nach der Benutzung von Brandbeschleunigern zu beobachten seien. Die Prozessbeteiligten müssen sich allerdings mit Fotos zufriedengeben. Oehmichens Kollegin hat die Haare säuberlich in Plastiktütchen verpackt und der Polizei übergeben, damit die Beweisstücke an das schleswig-holsteinische Landeskriminalamt geschickt werden. Dort sind sie angeblich nie angekommen.

Auch den Draht, den die Beamten auf der Leiche Sylvio Amoussous sichergestellt haben, behandeln die Ermittler nachlässig. Drei Monate bleibt er auf dem Fenstersims der Gerichtsmedizin liegen. Niemand habe sich dafür interessiert, erinnert sich später eine Mitarbeiterin.

Dabei wirft gerade der Tod des Mannes aus Benin viele Fragen auf. Wie ist er gestorben, wenn, wie Gutachten nahelegen, nicht durch das Feuer? Welche Rolle spielt Amoussous deutsche Freundin, die schon lange als V-Frau für Lübecks Kriminalpolizei tätig ist? Zwei ihrer Verbindungsbeamten arbeiten in der Soko zum Brandanschlag. Sie verhören zwei der Grevesmühlener und Eids Belastungszeugen Leonhardt. Wollen die Polizisten die geheime Connection verbergen? Offenbar weil sie für die Kripo arbeitet, wurde die Frau mehrmals angegriffen: Unbekannte nagelten einen toten Hamster an die Tür, ein Molotowcocktail zerschellte an ihrer Hauswand, ihr Freund Amoussou erhielt Drohanrufe. Wurde der Flüchtling also ermordet, weil Kriminelle seine Freundin terrorisieren wollten? Kam der Brand nur deshalb zustande?

Das Verfahren klärt diese Fragen nicht, denn Ankläger Schultz kann keinen Zusammenhang zum Feuer in der Hafenstraße herstellen. Auch andere Kontakte werfen Fragen auf. Wie etwa ist zu erklären, dass Maik W. eine Visitenkarte des Sanitäters Leonhardt besitzt? Welche Bedeutung hat es, dass ein Freund Leonhardts Neonazi-Material zum Aufbau einer Wehrsportgruppe in Lübeck sammelt - ausgerechnet jener Mann, der ihm nahelegt, das Geständnis Eids anzuzeigen?

Stoff für Verschwörungstheorien? Gewiss. Aber Grevesmühlen ist nicht irgendein Ort. »In der Region ist schon lange eine äußerst militante rechtsradikale Szene aktiv«, erklärt Michael Weiss vom Antifaschistischen Pressearchiv Apabiz. 2003 fliegt in der Gegend eine Wehrsportgruppe auf, neonazistische Hammerskins betreiben in der Kleinstadt ein »Thing-Haus«, in dem sie interne Treffen organisieren und Partys feiern. »1996 war für die militante Bewegung ein Schlüsseljahr«, sagt Weiss, der seit vielen Jahren über Neonazis recherchiert. »Damals hatten Terrorkonzepte Konjunktur.« Spätere NSU-Mitglieder deponierten in dieser Zeit in Jena Bombenattrappen. Eine direkte Verbindung zwischen den Tatverdächtigen und dem Terrortrio lasse sich aber nicht finden. Außer Zweifel steht für Weiss indes, dass die Straflosigkeit im Lübecker Fall die Entwicklung des Nationalsozialistischen Untergrunds begünstigt hat. Warum, so fragt sich auch Anwältin Heinecke, haben die Ermittler bis heute nicht konsequent gegen die Verdächtigen ermittelt? »Während sich die Grevesmühlener alle Mühe gaben, ihre Schuld zu bestätigen, haben die Strafverfolger alles getan, um sie von einem Geständnis abzubringen«, kritisiert sie.

Insbesondere Maik W. prahlt mehrmals damit, das Feuer gelegt zu haben. In Güstrow wird er 1997 beim Ladendiebstahl erwischt und verkündet einem Verkäufer mit drohendem Ton: »Ich war sogar beim Brandanschlag in Lübeck dabei.« Als W. ein Jahr später wegen Autodiebstahls in Neustrelitz einsitzt, berichtet er Mithäftlingen von seiner angeblichen Tatbeteiligung. Haftleiter Peter Danneberg, dem der 20-Jährige ebenfalls die Tat gesteht, ist nach einem Verhör seines Zöglings »erstaunt« über das Desinteresse der angereisten Beamten: »Wenn jemand zweimal quasi das Gleiche sagt, ist das eigentlich schon glaubwürdig.« Vier Monate später beichtet W. ein weiteres Mal, nun einem Reporter des *Spiegels*. Mittlerweile ist auch von Heiko P. ein Geständnis aufgetaucht. Ob all die freimütigen Erzählungen reiner Profilierungssucht oder etwa dem Druck von W.s Mitgefangenen geschuldet sind, bleibt umstritten. Ein neues Ermittlungsverfahren nach den Geständnissen wird jedenfalls schnell wieder eingestellt.

Es muss endlich ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss her

Safwan Eid hingegen wird weiter verfolgt. Der Bundesgerichtshof fordert eine Revision, weil im Gefängnis abgehörte Gespräche zwischen Eid und seinen Angehörigen in der ersten Verhandlung nicht berücksichtigt wurden. Doch auch der umstrittene Lauschangriff kann keine Täterschaft des Libanesen bestätigen. Die Juristen

Lübeck, 18. Januar 1996 Es war ein Brandanschlag, bei dem zehn Menschen starben. Die Täter wurden nie gefasst. Jetzt lässt das Totalversagen der Sicherheitsbehö....

des Kieler Landgerichts kommen zum selben Schluss wie ihre Lübecker Kollegen: Im November 1999 sprechen sie Eid frei. Die Urteilsbegründung fällt noch eindeutiger aus als die erste. Der Richter zerpfückt jeden vermeintlichen Beweis. Die Anklage sei »von Anfang an nicht überzeugend gewesen«.

Und jetzt? Das Haus in der Hafenstraße 52 ist einem Parkplatz gewichen. Nur eine graue Gedenktafel erinnert noch an den Anschlag. »Die Verantwortlichen für das Verbrechen sind nie ermittelt worden«, ist darauf zu lesen. Jedes Jahr am 18. Januar treffen sich hier ein paar Dutzend Lübecker, um an den Anschlag zu erinnern. »Mord verjährt nicht«, betont Altbürgermeister Bouteiller und fordert, den Fall neu aufzurollen. Auch die Grünen plädieren dafür. Gabriele Heinecke ist zurückhaltender. Von den Lübecker Strafverfolgern neue Ermittlungen zu erwarten, hält sie für sinnlos. Sie fordert, dass wie im NSU-Komplex ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss eingerichtet wird. »Der Fall ist längst aufgeklärt, er wird nur nicht strafrechtlich verfolgt«, ist die Anwältin überzeugt.

Viele der Brandopfer haben Lübeck verlassen, leben in anderen Städten oder im Ausland. Fast die gesamte Familie Eid ist jedoch geblieben, inzwischen spielen die Enkel von Marwan und Hassna auf Lübecks Straßen. Noch während des zweiten Verfahrens genehmigte der damalige Bundesinnenminister Otto Schily allen ehemaligen Bewohnern ein dauerhaftes Bleiberecht. Doch mit der Abschiebung rechnete Marwan Eid schon während des Prozesses nicht mehr. »Sie müssen uns schließlich dankbar sein«, kommentiert er zynisch, »die Anklage gegen Safwan hat doch von den wahren Brandstiftern abgelenkt.«

Der Autor ist Journalist und Publizist. Er lebt in Berlin. Mehr zum Thema in dem von ihm herausgegebenen Buch »Der Lübecker Brandanschlag. Fakten, Fragen, Parallelen zu einem Justizskandal«; Espresso Verlag, Berlin 2001

Noch am Morgen brennt das Dach des ehemaligen Seemannsheims in der Hafenstraße

Bild unten: Ohnmächtiger Protest nach der Tat

Load-Date: March 25, 2022

POLITIK

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

17. Oktober 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK, IN DER ZEIT; POLITIK; S. 16; Ausg. 43

Length: 1249 words

Body

- 2 Asyl Wie ein Flüchtling aus Algerien seinen Weg nach Deutschland fand von Äzlem topÄu
- 3 Regierungsspiele So nah und doch so fern: Das Schicksal von Schwarz-GrÄ¼n von bernd ulrich
- 4 Hilfe, GroÄ¼e Koalition! Will die SPD oder nicht? von peter dausend
- 5 Luxemburg Regierungschef Jean-Claude Juncker, der ewige EuropÄ¼er von matthias krupa
- 6 FDP Christian Lindner Ä¼ber die Rettung seiner Partei
- 7 PÄ¼dophilie GrÄ¼nen-Frauen erinnern sich an die Debatte der Anfangsjahre von jana simon
- 8 Ortszeit Kabul von ronja von wurmb-seibel
- 9 Frankreich Die Rechtsradikalen sind so erfolgreich wie nie zuvor von Georg Blume
- 10 FlÄ¼chtlingsspolitik Die wichtigsten Fragen und Antworten von c. grefe, u. ladurner, p. pinzler, Ä¼. topÄu und s. sarreshtedari
- 11 Europa muss sich Ä¼ffnen, sagt der schwedische Migrationsminister Tobias BillstrÄ¼m
- 12 Wahlkampf Ein Jahr im Innersten der Politik. Auszug aus dem neuen Buch Ä¼»Der ZirkusÄ¼« von Nils Minkmar
- 14 Russland Woher kommt der Hass auf Fremde? von michael thumann
- Zeitgeist von josef joffe
- 15 Piraten Sie mussten einfach scheitern Von Caspar Clemens Mireau
- Medien Aha, so sieht man's beim Ä¼»SpiegelÄ¼«. Eine Replik auf eine schlecht gelaunte Kolumne von jens jessen

DOSSIER

POLITIK

17 Boxen Orlando Cruz ist Profiboxer und homosexuell. In Las Vegas hat er um den WM-Titel gekämpft - und um Anerkennung von Amrai Coen

GESCHICHTE

20 NS-Zeit Die Geschichte einer kleinen Anzeige und einer großen Liebe von Andreas Kossert

21 Barock Prinz Eugen zum 350. Geburtstag. Ein Lobgesang, ein Abgesang von Peter Roos

22 Fussball Sponsoring Der RB Leipzig ist ein Verein mit langer Geschichte. Jetzt will er in die Bundesliga von Christoph dieckmann

WIRTSCHAFT

23 Oetker Die Bielefelder Industriellenfamilie stellt sich erstmals ihrer NS-Geschichte von Rüdiger Jungbluth

Internet Was es bedeutet, wenn Konzerne und Staaten Online-Mauern hochziehen von Gertiz Hamann

Glosse Amazon-Bestseller von Katja Scherer

24 NS-Vergangenheit August Oetker spricht über seinen Vater und die Unternehmensführung während des »Dritten Reichs«

26 Werbung Wie Firmen ihre Kunden im Internet verfolgen von Daniel Müller

27 Steuern Der Internationale Währungsfonds sagt, in Deutschland seien sie niedrig von Mark Schieritz

28 Nobelpreis Die Auszeichnung zeigt, wie zerstritten die Zunft ist von P. Pinzler und C. T. Schlenk

29 Auto Die CDU bekommt Spenden, die Konzerne erhalten politische Hilfe für niedrigere CO₂-Ziele von Dietmar H. Lamparter

30 Euro Deutsche Ökonomen, Juristen und Politologen fordern einen neuen Euro-Vertrag

34 US-Notenbank Was die designierte neue Chefin für deutsche Kleinanleger bedeutet von Heike Buchter

35 Griechenland Das Land wird reich gerechnet wird, damit die große Umschuldung ausbleibt von Mark Schieritz

Untreue ARD und NDR beschuldigen einen Manager, dem Untreue vorgeworfen wurde von Alina Fichter

Staatsschulden Südeuropa leiht sich zu viel Geld kurzfristig von Siegfried Jaschinski

36 Was bewegt ... Nobelpreisträger Robert Shiller? von Uwe Jean Heuser

WISSEN

37 Technik Das »Fairphone« will umweltfreundlicher und ethisch korrekter sein als andere Smartphones von Stefan Schmitt

Alternativmedizin Homöopathen geben sich einen seriösen Anschein von Jan Schweizer

38 Ahnenforschung DNA-Tests für Hunde von Burkhard Strassmann

39 Informatik Kai Krause und seine neue, kunterbunte Mathematik-App von Christoph Drösser

40 Küstenschutz Stürme zerstören Strände. Das Meer selbst soll sie wieder reparieren von Claudia Steinberg

POLITIK

41 Grafik Planeten außerhalb unseres Sonnensystems

42 US-Haushaltsstreit Der Shutdown gefährdet die Früchte jahrelanger Forschung von Fritz Habekuss

47 KinderZEIT Zweisprachigkeit über Kinder, die in mehr als einer Sprache zu Hause sind von Silke Fokken

FEUILLETON

55 Jubiläum Zum 100. Geburtstag des großen Albert Camus - eine Reise auf den Spuren seines Lebens von iris radisch

57 Roger Grenier, Weggefährte von Camus, im Gespräch

59 Erzählungen Die Schriftstellerin Eva Menasse gratuliert der Literaturnobelpreisträgerin Alice Munro

Buchmesse Welche Rolle spielte der Verleger Heinrich Beck in der NS-Zeit? von Ijoma Mangold

60 Sachbuch Thomas Nagel »Geist und Kosmos« von Thomas Assheuer

61 Politisches Buch Katajan Amirpur »Den Islam neu denken« von Angelika Neuwirth

62 Kunst Die aufwühlenden Werke des Malers Lucian Freud in Wien von Peter Kömmel

62 USA Der Haushaltsstreit hat auch sein Gutes hat von Slavoj Žižek

63 Urbanismus Wie die Bürger den öffentlichen Raum neu beleben von Hanno Rauterberg

64 Werbung Das Verbot der Marlboro-Reklame ist richtig von Jens Jessen

65 Kunst Warum Tino Sehgal so erfolgreich ist von Jörg Scheller

66 Kunstmarkt Eine Ausstellung in 15 Museen ehrt den legendären Kunsthändler Alfred Flechtheim von Tobias Timm

67 Auktionshäuser Sotheby's soll sich verändern von Annegret Erhard

Traumstück Saul Leiters »Harlem« von Sebastian Preuss

68 Internet Die Skepsis angesichts der Profitgier des Silicon Valley wächst auch in den USA von Maximilian Probst und Kilian Trotter

69 Theater Das Performance-Kollektiv She She Pop in Berlin von Andrea Heinz

70 Glauben & Zweifeln Die Krise um den Limburger Bischof Tebartz-van Elst

Warum sich katholische Bischöfe mit Kritik so schwer tun von Christiane Florin

Grafik Die deutschen Bischöfe und die Zahl der Gläubigen

Geheime Kassen Das Vermögen der katholischen Kirche überblickt niemand ganz genau von Arne Storn

Domkapitel Wie Bischöfe ernannt und entlassen werden von Bernd Hagenkord

Flucht Wo sich der Limburger Bischof in Rom versteckt von Ludwig Ring-Eifel

REISEN

Spezial Unser Extraheft zeigt auf 32 Seiten die schönsten »Hotels zum Abtauchen«

POLITIK

Chancen

71 Bildungsstudie Schulen im Ländervergleich: Warum der Osten besser abschneidet von Martin Spiewak

72 Lehrerfortbildung Wie kann sie gelingen? Ein Gespräch mit den Bildungsforschern Petra Stanat und Hans Anand Pant

73 Promotion FH-Studenten fliehen ins Ausland von friederike Lübke

75 Seefahrtb  cher Wie ein Berufsstand um seine Tradition kämpft von Christian Heinrich

84 zeit der Leser

RUBRIKEN

2 Worte der Woche

27 Macher und Märkte

42 Stimmt's?/Erforscht & erfunden

58 W  rterbericht/über den Linden

60 Hörbuch/Wir raten zu/Gedicht/ Impressum

69 Finis/Männer

83 LESERBRIEFE

Ein   konom und GentlemanVon Uwe Jean Heuser  Wir brauchen ein Modell darüber, wie Volkswirtschaften in Krisen geraten  , sagt der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Robert Shiller. Er sah die Krise voraus - jetzt erhält er den Nobelpreis Wirtschaft Seite 36

Das Netz erstickt den IdealismusVon Maximilian Probst und Kilian TrotierIn Amerika wächst die Kritik an den Geschäftsmodellen des Internets. Intellektuelle beklagen die Profitgier von Apple (unten: Entwurf für die neue Konzernzentrale) oder Google, die aus jeder Alltagsverrichtung ein Geschäft machen Feuilleton Seite 68

ZEIT MAGAZINWie wohnen Paare, bei denen beide Partner einen kreativen Beruf haben? Von welchen Gegenständen würden sich Prominente nie trennen? Wie richtet man das gemeinsame Domizil am besten ein? Ein Heft über das Zusammenwohnen

ZEIT ONLINEFahrplan für die RegierungDrei Wochen lang wurde sondiert, am Wochenende diskutieren SPD und Grüne auf Parteitag. ZEIT ONLINE berichtet aktuell über die Koalitionsverhandlungen www.zeit.de/deutschland

ZEIT APPWeltliteratur»Dimensionen«, eine Erzählung der neuen Nobelpreisträgerin Alice Munro.
Außerdem: Lucian Freuds 14ppige Bilder www.zeit.de/apps

Load-Date: March 25, 2022

End of Document

Über eine radikale Methode der Vergebung

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

21. Februar 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: HARALD MARTENSTEIN; S. 10; Ausg. 9

Length: 578 words

Byline: Harald Martenstein

Body

Wenn Sie alle Menschen mit Beeinträchtigung, alle Menschen mit Migrationshintergrund, alle Frauen, alle Alten und alle Kinder, alle Ostdeutschen, alle Leute, deren Vorfahren von den Nazis verfolgt wurden, alle Arbeitslosen und alle Leute, die wenig Geld verdienen, mal zusammenzählen und darunter einen Strich ziehen, dann stellen Sie fest, dass ich und vielleicht noch Günther Jauch die einzigen Deutschen sind, auf die der Begriff "Opfer" nicht zutrifft. Gottschalk ist ja neuerdings arbeitslos. Jawohl - ich bin der Täter. Ich gehöre zum Tätervolk, zum Tätergeschlecht, ich habe die Täterhautfarbe, ich bin Besserverdiener, ohne Geschöpfe wie mich gäbe es keine Nazis, keinen Sexismus, keine soziale Ungerechtigkeit, keine Kriege und keinen Rassismus.

Ihr seid wütend, nicht wahr? Ich spüre das. Um euren Frieden zu finden, müsst ihr lernen, mir zu verzeihen. Nicht meinetwegen. Euretwegen.

Im ersten Schritt müsst ihr jemandem eure Geschichte erzählen. Sucht euch jemanden, den ihr mögt, jemanden, der genug Empathie besitzt. Erzählt, was euch angetan wurde. Falls ich das Problem bin: Beschreibt Kolumnen von mir, die besonders verletzend waren. Versucht, all eure negativen Gefühle, mich betreffend, noch einmal zu durchleben.

Im zweiten Schritt lasst ihr euch ganz auf diese Gefühle ein. Ihr müsst mich jetzt richtig hassen - okay? Entscheidend ist Schritt Nummer drei. Ihr trennt eure Gefühle von der Person, also von mir. Die Gefühle sind da, ganz nah bei euch. Die Person aber, den Täter, schiebt ihr weit weg. Ihr schafft Distanz zu mir. Ihr habt jetzt sogar Mitleid. Ihr denkt: Im Grunde ist der auch nur eine arme Sau. Geht das? Im vierten Schritt erkennt ihr, dass diese negativen Dinge, also das, weshalb ihr euch als Opfer fühlt, ein Teil von euch sind. Ein wertvoller Teil. Diese negativen Dinge haben euch nämlich überhaupt erst zu dem gemacht, was ihr heute seid. Und ihr seid gut, oder etwa nicht? Ihr seid toll, nicht obwohl, sondern gerade weil ihr ein Opfer seid. Auch das Negative, diese Diskriminierungen, diese Ungerechtigkeit oder auch ich, all das hat zu eurem persönlichen Wachstum beigetragen.

Was passiert ist, musste passieren. Vielleicht war es Teil eines göttlichen Plans? Vielleicht war es einfach nur Schicksal?

In meiner Straße hat eine Therapeutin die "Radikale Vergebung nach Tipping" im Programm. Colin Tipping, der dem Schauspieler Michael Caine ähnlich sieht, verspricht den Menschen, dass sie sich endlich nicht mehr als Opfer

Über eine radikale Methode der Vergebung

fühlen müssen. 85 Prozent denken das nämlich von sich, ich bin das Opfer. Sein Bestseller heißt: *Ich vergebe - Der radikale Abschied vom Opferdasein*. Tipping hat viel Erfolg. In Amerika nennen sie ihn "The Radical Forgiveness Guy".

Bei der traditionellen Vergebung denkt der Vergebende, dass ihm etwas Schlimmes widerfahren ist. Die Radikale Vergebung dagegen lehrt, dass alle Dinge, auch die scheinbar Negativen, ihr Gutes in sich tragen. Sie haben euch wachsen lassen, sie haben überhaupt erst jene wunderbare, kraftvolle, widerständige Person entstehen lassen, die ihr heute seid. Was wäre denn aus Alice Schwarzer in einer Welt ohne Männer geworden? Was würde in einer Welt ohne Israelkritik aus Henryk Broder werden, was aus den Kollegen vom *stern*, wenn kein Politiker sich danebenbenimmt? Ich verharmlose nichts. Aber es sind doch wunderbare Menschen entstanden, nur weil es all diese schlimmen Dinge gibt. Das sage nicht ich. Es ist die Lehre der Radikalen Vergebung nach Colin Tipping.

Load-Date: February 21, 2013

End of Document

Ecuador kündigt Zollabkommen mit den USA; Ecuador verzichtet "unilateral und unwiderruflich" auf Exporterleichterungen in die USA und tritt von einem Zollabkommen zurück. Grund dafür ist der Streit um Snowden.

ZEIT-online

Donnerstag 27. Juni 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: STREIT UM SNOWDEN; Ausg. 23

Length: 366 words

Body

Die ecuadorianische Botschaft in Moskau

© Nikolay Asmolovskiy/Reuters

Im Ringen um **Asyl** für den Whistleblower Edward Snowden verzichtet Ecuador auf massive Zollerleichterungen in den USA. "Ecuador akzeptiert weder Druck noch Drohungen von irgendjemandem, und handelt nicht mit Prinzipien, noch unterwirft es diese Handelsinteressen, so wichtig sie auch seien", teilte Kommunikationsminister Fernando Alvarado mit.

Das südamerikanische Land prüft einen Asylantrag des Exgeheimdienstmitarbeiters Snowden. Die USA wiederum fordern dessen Auslieferung. Snowden befindet sich zurzeit wohl auf einem Flughafen in Moskau.

Ecuador hatte sich bis vor Kurzem für eine Verlängerung der Export-Erleichterungen zum Beispiel für Blumen, Artischocken und Brokkoli eingesetzt. Mit einem Volumen von mehreren Hundert Millionen Dollar pro Jahr machen diese Produkte einen wichtigen Posten der Ausfuhren in die USA aus. Insgesamt geht fast die Hälfte der Exporte des Landes dorthin.

Die Zollerleichterungen wurden als Gegenleistung für eine Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Drogenhandels gewährt. Mittlerweile hätten sich diese Handelserleichterungen allerdings "zu einem neuen Erpressungsinstrument" entwickelt, hieß es in einer Erklärung.

USA machen Druck auf Ecuador

Das Abkommen war zuvor im US-Kongress infrage gestellt worden. Der Vorsitzende des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten im Senat, Bob Menendez, hatte gewarnt, dass er bei einem positiven Asylbescheid für Snowden selbst die Bemühungen anführen wolle, eine Verlängerung des Programms für Ecuador zu verhindern.

Snowden, der umfangreiche Ausspäh- und Überwachungsprogramme amerikanischer und britischer Geheimdienste öffentlich gemacht hatte, war von Hongkong nach Moskau geflohen. Dort hält er sich nach

Ecuador kündigt Zollabkommen mit den USA Ecuador verzichtet "unilateral und unwiderruflich" auf Exporterleichterungen in die USA und tritt von einem Zollabkomme....

russischen Angaben im Transitbereich des Flughafens Scheremetjewo auf. Neben Ecuador prüft offenbar auch Venezuela, Snowden Asyl zu gewähren.

Die USA haben seinen Reisepass unterdessen für ungültig erklärt. Ecuador, das von dem linksgerichteten Präsidenten Rafael Correa regiert wird, hatte schon dem Gründer der Enthüllungsplattform Wikileaks, Julian Assange, politisches Asyl gewährt.

Load-Date: June 27, 2013

End of Document

Könnte Deutschland Snowden helfen?

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

4. Juli 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: ANGRIFF DER GEHEIMDIENSTE; S. 4; Ausg. 28

Length: 305 words

Byline: Tina Hildebrandt

Body

In der deutschen Botschaft in Moskau ging am Dienstag ein Fax im Namen von Edward Snowden ein - er beantragte damit politisches Asyl in Deutschland. Am selben Abend erklärte ein Sprecher des Auswärtigen Amtes, dass er die Voraussetzungen dafür nicht erfülle. Das Innenministerium erklärt: "Nach deutschem Asylrecht kommt eine Gewährung von Asyl nicht in Betracht, wenn ein Asylantrag im Ausland (auch bei einer deutschen Auslandsvertretung) gestellt wird."

Die Grünen fordern nun von der Bundesregierung, Snowden ein Aufenthaltsrecht in Deutschland zu gewähren, gegebenenfalls über ein Journalistenvisum, da sich Snowden publizistisch betätige. Dann könne dieser entscheiden, ob ein Asylverfahren für ihn in Betracht komme. Die Unterstützung von Datenräubern sei "gar nichts Außergewöhnliches", sagt der grüne Innenexperte Hans-Christian Ströbele. So seien auch ausländische Informanten, die Datensätze über Steuersünder weitergegeben hätten, durch Geldzahlungen und Zeugenschutzprogramme vor Verfolgung bewahrt worden.

"Wenn die Bundesregierung es mit ihrem Aufklärungsinteresse wirklich ernst meint, dann muss sie Snowden helfen", so Ströbele. Laut Grundgesetz kann das Aufenthaltsrecht an Ausländer gegeben werden, wenn sie in ihrer Heimat verfolgt werden. Oder wenn es für die "Wahrung der politischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland erforderlich" ist, sie zu schützen. Dies sei "im Fall von Herrn Snowden eingehend zu prüfen", so das Innenministerium. Snowdens jüngste Enthüllungen betreffen Überwachungsmaßnahmen in Deutschland, die hierzulande rechtswidrig sind.

Laut WikiLeaks hat Snowden am Dienstag Asylanträge an 21 Länder gestellt, darunter China, die Schweiz und Venezuela. Mehrere Staaten haben seinen Antrag für ungültig erklärt, auch Ecuador will ihm kein Asyl gewähren.

VON TINA HILDEBRANDT

Graphic

Könnte Deutschland Snowden helfen?

Edward Snowden harrt im Moskauer Flughafen aus

Load-Date: July 4, 2013

End of Document

Retter ohne Regeln; Irak, Afghanistan, Libyen, Uganda: Die Einmischung in fremde Konflikte wird zur Gewohnheit. Mitleid allein reicht dafür nicht aus. Erforderlich sind klare Kriterien

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

22. März 2012

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: S. 10; Ausg. 13

Length: 1635 words

Byline: Andrea Böhm

Highlight: INTERVINIEREN ODER NICHT In Libyen half der Westen den Rebellen, in Syrien tut er es nicht. Und es gibt Weltregionen, in denen er staatliches Morden gar nicht wahrnimmt. Wann darf, wann muss die Weltgemeinschaft gegen Verbrechen einschreiten? Die Debatte beginnt erst. Eine vorläufige Bilanz

Body

Aus welchem Land und welchem Jahr könnte ein solcher Lagebericht stammen: "Tausende von Menschen sind im Kriegsgebiet eingeschlossen, die Armee beschießt friedliche Demonstranten, Wohnviertel, **Flüchtlingslager** und Krankenhäuser, die Zahl der Toten geht in die Tausende, Zehntausende sind auf der Flucht, Hilfsorganisationen wird der Zugang verweigert."

Syrien 2012? Passt. Libyen 2011? Passt ebenfalls. Die Beschreibung trifft aber auch auf die aktuelle Situation im Sudan zu. Oder auf Sri Lanka im Jahr 2009.

In Libyen begann vor fast genau einem Jahr die erste Militärintervention, die vom UN-Sicherheitsrat mit ausdrücklichem Bezug auf das Prinzip der "Schutzverantwortung" auf den Weg gebracht wurde. Syrien ist derzeit Gegenstand permanenter internationaler Krisensitzungen. Mit Blick auf den Sudan, wo das Regime von Omar al-Baschir derzeit Dörfer im Bundesstaat Südkordofan bombardiert, hat sich George Clooney gerade medienwirksam vor der sudanesischen Botschaft in Washington festnehmen lassen. Im Fall Sri Lanka waren weder internationale Truppen noch Diplomaten oder Hollywoodstars zur Stelle, als bei einer brutalen Schlussoffensive des Militärs gegen tamilische Rebellen vermutlich mehrere Zehntausend Zivilisten getötet wurden.

Vier Länder, in denen die Herrschenden auf das eigene Volk losgegangen sind - vier völlig verschiedene internationale Reaktionsweisen: militärische Gewalt; Krisendiplomatie; Celebrity-Aktivismus; Tatenlosigkeit.

Wir befinden uns im Zeitalter der permanenten Einmischung. Sie erfolgt nicht mehr im Namen einer politischen Ideologie, sondern im Namen einer moralischen Ordnung, zur Verteidigung der Menschenrechte und zur Verhinderung schlimmster Gräueltaten. Die Ziele sind definiert. Die Kriterien des Intervenierens sind es nicht. Gibt es sie? Wer entscheidet, ob sie erfüllt sind?

Retter ohne Regeln Irak, Afghanistan , Libyen, Uganda : Die Einmischung in fremde Konflikte wird zur Gewohnheit. Mitleid allein reicht dafür nicht aus. Erforder....

Die Suche nach Antworten muss mit einem Knopfdruck beginnen: Fernseher ausschalten! Und YouTube wegklicken! Nur für kurze Zeit einmal die Augen vor der Bilderflut verschließen, egal, ob es sich um erschütternde Aufnahmen aus Homs, kitschige Kony 2012-Videos oder Clooney in Handschellen handelt. Die Überreizung durch alte und neue Medien erzeugt emotionale Da-muss-man-was-tun-Reflexe, die ebenso schnell in eine Der-Welt-ist-doch-nicht-zu-helfen-Abwehr umkippen können. Beides hilft wenig bei der Frage, ob und wann Einmischung und Eingreifen sinnvoll oder unumgänglich sind.

Es ist jetzt über elf Jahre her, seit ein Gremium mit dem sperrigen Namen International Commission on Intervention and State Sovereignty den Begriff der "Responsibility to Protect", der Schutzverantwortung, geprägt hat. Die Kommission, eine Initiative der kanadischen Regierung, sollte nach dem Versagen der Staatengemeinschaft beim Völkermord in Ruanda 1994 und in Srebrenica 1995 Wege aufzeigen, wie solche Gräueltaten in Zukunft notfalls durch militärisches Eingreifen verhindert werden könnten - ohne dass dabei die völkerrechtliche Säule der staatlichen Souveränität durch vermeintlich "humanitäre" Interventionen ausgehöhlt wird. Der Bericht der Kommission, veröffentlicht im Dezember 2001, wurde zunächst völlig vom "Krieg gegen den Terror" überschattet. Dass die USA dann 2003 den Irakkrieg als hybride Antiterrormission mit humanitärem Anspruch zu legitimieren versuchten, war alles andere als hilfreich. Dennoch entwickelte das Konzept der Schutzverantwortung eine erstaunliche Eigendynamik. 2005 einigten sich Staats- und Regierungschefs des UN-Gipfels in New York auf dieses Prinzip, im Englischen inzwischen auf das griffige Kürzel "R2P" umgetauft.

R2P meint zunächst eben nicht, wie heute oft angenommen, eine Verantwortung der Staatengemeinschaft zur Intervention bei Genozid, ethnischen Säuberungen oder anderen Gräueltaten, sondern die Verantwortung eines jeden Staates, seine Bürger vor eben diesen Verbrechen zu schützen. Staatliche Souveränität beinhaltet nicht nur Rechte gegenüber anderen Staaten, sondern auch Pflichten gegenüber den eigenen Bürgern. Drohen diese in dramatischer Weise verletzt zu werden, dann allerdings hat die Staatengemeinschaft die Pflicht, sich einzumischen. Notfalls auch durch den Einsatz militärischer Gewalt, sofern diese durch den UN-Sicherheitsrat autorisiert worden ist. So weit die Theorie, auf die sich vor sieben Jahren die UN-Mitgliedsstaaten in New York einigen konnten. 2011 folgte das Jahr der Praxis, zumindest im militärischen Sinn.

Erst in Libyen, wo, so die Kritiker, ein Mandat zum Schutz der Zivilbevölkerung unzulässigerweise in einen Militäreinsatz mit dem Ziel des Regimewechsels mündete. Mitglieder der Kommission von 2001 waren allerdings der Ansicht, dass Interventionen im Rahmen der Schutzverantwortung manchmal die Absetzung eines Regimes einschließen müssen. Ob das auf Libyens Gaddafi zutraf, darüber kann man streiten.

Dann folgte, ebenfalls im Frühjahr 2011, der Einsatz in der Elfenbeinküste, wo UN-Blauhelme und französische Truppen, ausgestattet mit einer UN-Resolution zur Schutzverantwortung, nach den Präsidentschaftswahlen einen eskalierenden Bürgerkrieg zwischen den Anhängern des Wahlsiegers Alassane Ouattara und des Verlierers Laurent Gbagbo stoppten.

Libyen und Elfenbeinküste. Dazu massive Lobby-Aktionen in den USA für eine "humanitäre Intervention" im Sudan sowie jüngst die Kony 2012-Kampagne. Immer wieder Afrika.

Was aus Sicht von Regierungen, R2P-Lobbyisten und auch Menschenrechtlern im Westen ein Jahr des Erfolges ist, gilt in Afrika vielen Politikern und Intellektuellen als Jahr der "neokolonialen Einmischung". Das liegt zum einen natürlich am moralisch-universalen Anspruch des Prinzips der Schutzverantwortung, das permanent an die Grenzen der politischen Macht und des politischen Opportunismus stößt, stoßen muss: Auch im Fall schlimmster Gräueltaten würde niemand Staaten wie China oder Russland mit einer militärischen Intervention drohen. Die USA wiederum erklären sich qua Supermachtstatus immun gegen Sanktionen wegen möglicher Kriegsverbrechen ihrer Truppen. Im Fall Sri Lanka hat niemand seine Stimme erhoben, weil es in China einen mächtigen Schutzpatron hat und weil es das Blutbad von 2009 geschickt als letzte Offensive im "Krieg gegen den Terror" verpacken konnte.

Die afrikanischen Ressentiments gegen R2P (die auch in der Charta der Afrikanischen Union verankert ist) rühren aber auch von der Art, mit der EU und Nato über die Folgen der Libyen-Intervention für den südlichen Teil des

Retter ohne Regeln Irak, Afghanistan , Libyen, Uganda : Die Einmischung in fremde Konflikte wird zur Gewohnheit. Mitleid allein reicht dafür nicht aus. Erforder....

Kontinents hinweggehen. Gaddafis Sturz hat mehrere Tausend Söldner samt dazugehöriger Waffen freigesetzt, die nun ihre ohnehin fragilen Heimatstaaten in der Sahelzone destabilisieren.

Das entkräftet nicht die Legitimation für die Libyen-Intervention. Keine Einmischung, welcher Art auch immer, bleibt ohne Wirkung auf die Nachbarn des betroffenen Landes. Aber es weist auf ein gefährliches Defizit bei der Anwendung der Schutzverantwortung hin: Niemand fühlt sich im Rahmen einer solchen Intervention bislang zuständig für die "Nachbereitung". Die reicht von einer Entschädigung für zivile Opfer der Nato-Luftangriffe in Libyen, wie sie jetzt Amnesty International gefordert hat, bis zur politischen und humanitären Unterstützung für die Sahel-Länder: Hilfe bei der Demobilisierung und Entwaffnung, Entsendung von Beobachtermissionen bei anstehenden Wahlen, Versorgung von Flüchtlingen.

Spätestens bei dieser Aufzählung stößt man auf die zentrale Schwachstelle in der Praxis wie in der Debatte um die Schutzverantwortung. Die Kommission aus dem Jahr 2001 hatte als Voraussetzung für militärisches Eingreifen fünf Kriterien benannt, die allerdings später nirgendwo aufgegriffen wurden: Die Gefahr für die betroffene Zivilbevölkerung muss klar ersichtlich sein, die Interventionskräfte müssen deren Schutz zum Ziel haben, die militärischen Mittel müssen angemessen, die Folgen abschätzbar sein. Vor allem aber darf der Militäreinsatz nur als letztes Mittel erwogen werden. In der aktuellen Debatte aber sind Politiker wie auch Medien und Aktivisten völlig auf eine Frage fixiert. Müssen wir Soldaten schicken? Ist dies ein gerechter Krieg? Diese Obsession verleitet nicht nur zur moralischen Überhöhung des eigenen Handelns im Kampf von Gut gegen Böse. Sie ignoriert auch das zentrale Element von R2P. "Prävention", schrieb die Kommission 2001, "ist die allerwichtigste Dimension der Schutzverantwortung." Prävention, das heißt: Aufbau von Frühwarnsystemen, Beobachtermissionen, Wahrheitskommissionen, Investitionen in das, was seit Afghanistan so in Verruf gekommen ist: Staatsaufbau.

Prävention bedeutet auch eine Bestandsaufnahme der eigenen Politik gegenüber Krisenstaaten. Da wird schnell klar, warum so wenig politische Energie in Vorbeugung investiert wird. Es ist richtig, Russland für die jahrelange Aufrüstung des syrischen Regimes zu geißeln. Aber aus deutschem Mund klingt diese Kritik hohl, solange die Bundesregierung Saudi-Arabien, dessen Streitkräfte sich jüngst bei der Niederschlagung der Protestbewegung in Bahrain erprobt haben, Panzer anbietet.

Wer Prävention im Sinne der Schutzverantwortung ernst nimmt, müsste jedoch über Rüstungskontrolle weit hinausgehen: Klimaschutz im eigenen Land wäre dann nicht nur gute Innenpolitik, sondern auch Konfliktvorbeugung in Asien oder Afrika. Die Energiewende wäre nicht nur Umweltschutz, sondern auch Investition in die globale Sicherheit. Migration aus den Ländern des Arabischen Frühlings würde in Brüssel oder Berlin nicht als Bedrohung Europas, sondern als Chance zur Aufbauhilfe erkannt. Diese Politik wäre interdisziplinär, kreativ, ziemlich anstrengend und ziemlich spannend. In manchen Köpfen und Thinktanks hat sie längst begonnen.

Nun können Sie den Fernseher wieder einschalten. Die Bilder aus Syrien oder dem Sudan sind wichtig, sie sind oft die einzige Hoffnung der Menschen dort. Aber sie zeigen eben nicht alles.

Load-Date: March 22, 2012

Vielfalt in der Belegschaft zahlt sich aus; Diversity Management wird für Arbeitgeber immer wichtiger: Firmen, die viele Ältere, Frauen, Migranten und Behinderte beschäftigen, erwirtschaften mehr Gewinn.

ZEIT-online

Donnerstag 3. Mai 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: DIVERSITY MANAGEMENT; Ausg. 15

Length: 1518 words

Byline: Marion Kraske

Body

Eine Frau mit Kopftuch bringt eine Platte mit Essen herbei, am Grill brutzelt ein Mann ein paar Lagen Kebab, neben ihm sitzt eine Afrikanerin in einer Hollywood-Schaukel. Menschen aus verschiedenen Kulturkreisen plaudern und lachen, die Stimmung ist ausgelassen. Dann ein Händeklatschen. "Gleich fängt das Spiel an", ruft eine Frau. Die Leute strömen ins Haus. Die bunte Truppe drängelt sich auf das Sofa im Wohnzimmer und wartet gespannt auf den Anpfiff. Was haben all diese Menschen gemeinsam? Sie alle sind Eltern der deutschen Fußball-Kicker. Zu bewundern sind sie in einem Fernsehspot des Deutschen Fußballbundes. Das Image-Filmchen endet mit den Worten: "DFB - Mehr Integration."

Jahrzehntelang haben sich Wirtschaft und Politik schwergetan, zu akzeptieren, dass Deutschland vor allem eines ist: Einwanderungsland. 50 Jahre ist es her, dass die ersten türkischen Arbeiter ins Land kamen. Sie wurden Gastarbeiter genannt, waren billige Arbeitskräfte, die - so die Vorstellung - irgendwann, wenn sie nicht mehr gebraucht wurden, das Land wieder verlassen sollten. Lange hat es gebraucht, bis man erkannte, dass diese Menschen Teil der Gesellschaft sind. Und was jahrelang einzig unter negativen Aspekten diskutiert wurde, erscheint jetzt, wenn auch zaghaft, in anderem Licht. Allmählich kommt Bewegung in die Sache: Immer mehr Privatunternehmen, aber auch Länder und Kommunen sehen in der gesellschaftliche Buntheit einen Erfolgsfaktor.

Zu den Vorreitern dieses Trends gehört der Autobauer Ford. Vielfalt im Unternehmen zu fördern und professionell zu managen, war bereits vor rund 20 Jahren im amerikanischen Mutterkonzern ein Thema. Diversity Management wurde auch in Deutschland wichtig. Bei Ford wird die Vielfalt der Belegschaft bewusst gefördert - nicht zuletzt, weil sie als strategischer Wettbewerbsvorteil gilt. So ist es kein Wunder, dass ein Drittel der Auszubildenden im Kölner Werk einen Migrationshintergrund hat. Russen, Türken, Kasachen, Aserbaidschaner, Italiener, Deutsche - insgesamt arbeiten am Kölner Standort Menschen 55 unterschiedlicher Nationalitäten. "Diversity verkauft Autos", sagt Brigitte Kasztan, zuständige Diversity-Managerin bei Ford Europe. Durch die Vielzahl der Nationalitäten, so Kasztan, werden Energien und Engagement freigesetzt, zudem lasse sich so ein breiteres Kundenspektrum ansprechen. Nicht zu unterschätzen sei auch die Eigenwerbung der Mitarbeiter. Der türkischstämmige Familienvater etwa, der seit Jahren bei dem Unternehmen arbeite, mache im Familien-

Vielfalt in der Belegschaft zählt sich aus Diversity Management wird für Arbeitgeber immer wichtiger: Firmen, die viele Ältere, Frauen, Migranten und Behinderte....

und Freundeskreis auf eigene Weise Werbung für die Autoflotte. Je bunter die Belegschaft, so das Kalkül, desto vielfältiger der Kundenstamm.

Auch die Metro Group verfolgt das Ziel, möglichst viele unterschiedliche Menschen unter einem Dach zu integrieren. Dabei reagiert das Unternehmen, das in 33 Ländern tätig ist, nicht zuletzt auf den demografischen Wandel: "Wir beschäftigen uns zunehmend mit der Schaffung von altersgerechten Arbeitsplätzen und Prozessen, auch weil die Kundschaft älter und kulturell vielfältiger wird", so Bettina Scharff, Leiterin Corporate Social Development. Die Internationalität des Unternehmens, in dem mehr als 150 Nationen zusammen arbeiten, sehen die Metro-Manager als strategischen Vorteil. "Eine vielfältige Belegschaft ist wichtig für den Geschäftserfolg", so Scharff.

Mehr als ein sozialer Anstrich

Den Unternehmen, die sich um Vielfalt bemühen, geht es also keineswegs um einen sozialen Anstrich. Sie verfolgen ökonomische Ziele. Diese Strategie, sagt der Kölner Diversity-Experte Michael Stuber, rechnet sich ganz klar auch betriebswirtschaftlich. Stubers Beratungsfirma Ungleich Besser hat mehr als 100 internationale Studien ausgewertet. Der Trend ist eindeutig: Firmen, die auf Diversity setzen, konnten neue Kundengruppen erobern, die Arbeitsatmosphäre verbessern und sogar Krankheits- und Fehlzeiten reduzieren. Eine US-amerikanische Studie aus dem Jahr 2006 belegt gar eine Korrelation von Image und kaufmännischem Erfolg. Danach wiesen jene Unternehmen, die in der Öffentlichkeit ihre Diversity-Aktivitäten bekannt waren, einen vergleichsweise höheren Firmenwert auf. "Voraussetzung ist, dass die Vielfalt zunächst einmal erkannt, wertgeschätzt und richtig gemanagt wird. Dann bringt sie einen Mehrwert für alle Beteiligten inklusive der Stakeholder", sagt Stuber. Dabei geht das Vielfaltsprinzip weit über ethnische Kategorien hinaus. Zu den klassischen Dimensionen des Diversity Managements gehören Alter und Geschlecht, religiöse Prägungen, Behinderungen sowie sexuelle Orientierungen.

Während sich beispielsweise BMW mit einem Werk in Dingolfing erfolgreich das Thema der Alters-Diversity verfolgt - mit gesundheitsfördernden Arbeitsplätzen und Auszeiten für ausreichend Stretchübungen, um ältere Mitarbeiter in der Produktion länger einsetzen zu können - verfolgen andere Unternehmen breitere Ansätze. Bei der Metro Group machen ältere Mitarbeiter schon jetzt mehr als ein Drittel der Belegschaft aus, und auch Schwerbehinderte sind hier willkommen. Insgesamt arbeiten bei der Handelsgruppe bereits rund 5.500 Menschen mit Handicap.

Auch bei der Verteilung der Geschlechter tut sich etwas: Während in Deutschland noch immer Sinn und Unsinn der Frauenquote diskutiert wird, hat die Commerzbank bereits 1989 interne Ziele zur stärkeren Positionierung von Frauen auch in den Führungsetagen formuliert. Anfang der achtziger Jahre waren lediglich drei Prozent der Führungspositionen mit weiblichen Mitarbeitern besetzt, seither hat sich dieser Anteil auf knapp 23 Prozent erhöht - er soll in Zukunft weiter gesteigert werden.

Auch andere Gruppen genießen bei der Bank besondere Aufmerksamkeit, etwa die schwul-lesbische Mitarbeitergruppe Arco. Durch den Respekt und die Wertschätzung, die man jedem Einzelnen entgegenbringt - ein Grundprinzip des Diversity-Ansatzes - fühlen sich die Betroffenen im Unternehmen besser aufgehoben, sagt Arco-Sprecher Christian Weiß. Noch immer gibt es Arbeitgeber, bei denen Schwule und Lesben Diskriminierung erfahren. Viele leiden unter nervenaufreibenden Versteckspielen. Das kostet Kraft. Diese Kräfte könnten die homosexuellen Mitarbeiter bei der Commerzbank ganz in ihre Arbeit investieren. Auch in anderen Bereichen gehen Diversity-Firmen gezielter auf die Bedürfnisse ihrer Mitarbeiter ein als klassisch orientierte Firmen: Um Privates, Familie und Arbeit besser vereinbaren zu können, bieten sie möglichst flexible Lösungen an. Work-Life-Balance lautet das Schlagwort. Beim Thema Baby bekommt der Chef keinen Tobsuchtsanfall mehr, Eltern-Auszeiten werden nicht als Karrierehindernis, sondern als Selbstverständlichkeit angesehen. Firmenkindergärten und Vätergruppen tragen dazu dabei, dass sich das traditionelle Rollenbild ändert - zur Zufriedenheit aller Mitarbeiter. Diese schlägt sich auch in Zahlen nieder: So beobachteten Diversity-Firmen, dass sich elternbedingte Fehlzeiten verringerten, auch die Auszeiten nach der Baby-Pause wurden kürzer, frisch

Vielfalt in der Belegschaft zählt sich aus Diversity Management wird für Arbeitgeber immer wichtiger: Firmen, die viele Ältere, Frauen, Migranten und Behinderte....

gebackene Eltern konnten früher wieder im Unternehmen integriert werden, teure Wiedereingliederungsmaßnahmen somit entfallen.

"Viele deutsche Firmen haben gemerkt, dass sie in Sachen Demografie, Geschlecht und Internationalität nicht mehr zukunftsfähig sind", sagt der Unternehmensberater und Diversity-Fachmann Hans Jablonski. Auch öffentliche Stellen gehören dazu. Hunderte Firmen und einige Kommunen wie Köln, Hamburg und Stuttgart haben daher die *Charta der Vielfalt* unterschrieben. Sie ist eine Absichtserklärung zur Förderung und Wertschätzung gesellschaftlicher Unterschiede. Schirmherrin der Bundesinitiative ist Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Vielfalt als Standortvorteil

Dabei tat sich gerade die CDU bislang schwer, die gesellschaftlichen Realitäten anzuerkennen. Erst im Herbst 2010 erklärte Horst Seehofer auf einem CDU-Parteitag, Multikulti sei tot. Einzelne Bundesländer und Kommunen sind da schon einen Schritt weiter. Die Stadt Stuttgart etwa, in der ein Drittel der Einwohner ihre Wurzeln anderswo hat, bemüht sich mit gezielten Trainings und Fortbildungen ein konfliktfreies und kreatives Zusammenleben aller Kulturen zu ermöglichen. Integration und Vielfalt gilt in Stuttgart als klarer Wirtschaftsfaktor, ja sogar als Standortvorteil.

In überregionalen Tageszeitungen lockt das Land Baden-Württemberg derzeit mit dem Spruch: "Es muss ein Rock durch Deutschland gehen." Ziel der Kampagne ist es, Frauen gezielt ins Land zu ziehen. Die Voraussetzungen dafür seien besser als anderswo: Überdurchschnittlich viele Frauen seien hier im Ländle nicht nur berufstätig, sondern auch am zufriedensten, lobt die Image-Anzeige.

Dennoch ist Diversity Management in den meisten Unternehmen bloß ein Schlagwort. Das beweisen nicht zuletzt die Statistiken über Frauen in Führungspositionen. Mit rund vier Prozent weiblichen Vorständen landet das Land der Dichter und Denker im Kreise der führenden Industrienationen auf dem letzten Rang. Gleichauf mit Indien.

Load-Date: May 4, 2012

Über eine radikale Methode der Vergebung

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

21. Februar 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: ZEIT MAGAZIN, HARALD MARTENSTEIN; Über eine radikale Methode der Vergebung; S. 10; Ausg. 9

Length: 593 words

Byline: Harald Martenstein

Body

Wenn Sie alle Menschen mit Beeinträchtigung, alle Menschen mit Migrationshintergrund, alle Frauen, alle Alten und alle Kinder, alle Ostdeutschen, alle Leute, deren Vorfahren von den Nazis verfolgt wurden, alle Arbeitslosen und alle Leute, die wenig Geld verdienen, mal zusammenzählen und darunter einen Strich ziehen, dann stellen Sie fest, dass ich und vielleicht noch Günther Jauch die einzigen Deutschen sind, auf die der Begriff »Opfer« nicht zutrifft. Gottschalk ist ja neuerdings arbeitslos. Jawohl - ich bin der Täter. Ich gehöre zum Tätervolk, zum Tätergeschlecht, ich habe die Täterhautfarbe, ich bin Besserverdiener, ohne Geschöpfe wie mich gäbe es keine Nazis, keinen Sexismus, keine soziale Ungerechtigkeit, keine Kriege und keinen Rassismus.

Ihr seid wütend, nicht wahr? Ich spüre das. Um euren Frieden zu finden, müsst ihr lernen, mir zu verzeihen. Nicht meinetwegen. Euretwegen.

Im ersten Schritt müsst ihr jemandem eure Geschichte erzählen. Sucht euch jemanden, den ihr mögt, jemanden, der genug Empathie besitzt. Erzählt, was euch angetan wurde. Falls ich das Problem bin: Beschreibt Kolumnen von mir, die besonders verletzend waren. Versucht, all eure negativen Gefühle, mich betreffend, noch einmal zu durchleben.

Im zweiten Schritt lasst ihr euch ganz auf diese Gefühle ein. Ihr müsst mich jetzt richtig hassen - okay? Entscheidend ist Schritt Nummer drei. Ihr trennt eure Gefühle von der Person, also von mir. Die Gefühle sind da, ganz nah bei euch. Die Person aber, den Täter, schiebt ihr weit weg. Ihr schafft Distanz zu mir. Ihr habt jetzt sogar Mitleid. Ihr denkt: Im Grunde ist der auch nur eine arme Sau. Geht das? Im vierten Schritt erkennt ihr, dass diese negativen Dinge, also das, weshalb ihr euch als Opfer fühlt, ein Teil von euch sind. Ein wertvoller Teil. Diese negativen Dinge haben euch nämlich überhaupt erst zu dem gemacht, was ihr heute seid. Und ihr seid gut, oder etwa nicht? Ihr seid toll, nicht obwohl, sondern gerade weil ihr ein Opfer seid. Auch das Negative, diese Diskriminierungen, diese Ungerechtigkeit oder auch ich, all das hat zu eurem persönlichen Wachstum beigetragen.

Was passiert ist, musste passieren. Vielleicht war es Teil eines göttlichen Plans? Vielleicht war es einfach nur Schicksal?

Über eine radikale Methode der Vergebung

In meiner Straße hat eine Therapeutin die »Radikale Vergebung nach Tipping« im Programm. Colin Tipping, der dem Schauspieler Michael Caine ähnlich sieht, verspricht den Menschen, dass sie sich endlich nicht mehr als Opfer fühlen müssen. 85 Prozent denken das nämlich von sich, ich bin das Opfer. Sein Bestseller heißt: *Ich vergebe - Der radikale Abschied vom Opferdasein*. Tipping hat viel Erfolg. In Amerika nennen sie ihn »The Radical Forgiveness Guy«.

Bei der traditionellen Vergebung denkt der Vergebende, dass ihm etwas Schlimmes widerfahren ist. Die Radikale Vergebung dagegen lehrt, dass alle Dinge, auch die scheinbar Negativen, ihr Gutes in sich tragen. Sie haben euch wachsen lassen, sie haben überhaupt erst jene wunderbare, kraftvolle, widerständige Person entstehen lassen, die ihr heute seid. Was wäre denn aus Alice Schwarzer in einer Welt ohne Männer geworden? Was würde in einer Welt ohne Israelkritik aus Henryk Broder werden, was aus den Kollegen vom *stern*, wenn kein Politiker sich danebenbenimmt? Ich verharmlose nichts. Aber es sind doch wunderbare Menschen entstanden, nur weil es all diese schlimmen Dinge gibt. Das sage nicht ich. Es ist die Lehre der Radikalen Vergebung nach Colin Tipping.

Load-Date: April 5, 2022

End of Document

"Wenn mein Bruder mich schlägt, härtet mich das ab"; Ein traditioneller Ehrbegriff, Gehorsam und Angst prägen in vielen Migrantenfamilien die Erziehung. Die "Heroes" wollen Jugendliche überzeugen, unabhängiger zu werden.

ZEIT-online

Mittwoch 27. Februar 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: EHRE UND FAMILIE; Ausg. 9

Length: 1491 words

Byline: Ahmad Mansour

Body

Sema ist 15, mitten in der Pubertät, auf der Suche nach sich und ihrem Lebensentwurf. Nur zum Thema Ehe hat sie bereits feste Ansichten. "Mein Mann darf mich schlagen, wenn ich einen Fehler mache", sagt sie. Verheiratet ist sie freilich noch nicht, nein, sie spricht von einer vorbestimmten Zukunft. Lachend fügt sie hinzu: "Und wenn mein Bruder mich schlägt, dann härtet mich das ab." Ihr Lachen klingt gepresst. Diese Gewalt geschieht ihr jetzt.

Wir sind eingeladen in einer 9. Klasse einer Berliner Schule zu einem Workshop. Das Thema heißt "Ehre". Wir, das ist die Organisation Heroes. Die Helden sind junge Männer, die selbst mit einem zweifelhaften Ehrbegriff aufgewachsen sind, aber sich davon unabhängig gemacht haben. Wir sprechen mit Jugendlichen über Gleichberechtigung und über Unterdrückung im Namen der Ehre. Ansichten, wie die von Sema, hören wir oft.

Dicker, schwarzer Lidstrich und viel Wimperntusche betonen Semas ausdrucksstarke Augen. Sie trägt einen langen Pullover, enge Jeans, High Heels. Wie viele ihrer Klassenkameraden ist Sema Muslima. Als solche will sie in der Gruppe auch geachtet werden.

Der gleichaltrige Fatih pflichtet ihr bei: "Die Ehre eines Mannes", sagt er cool, "steckt zwischen den Beinen einer Frau." Damit zitiert er ein türkisches Sprichwort. "Meine Schwester muss Jungfrau bleiben", erläutert Fatih. Sie dürfe keinen Freund haben, "auch nicht auf Facebook". Und am Abend soll sie sich nicht draußen herumtreiben. "Wenn sie es doch tut, muss ich sie schlagen." Fatih präsentiert sich als einer, der sich seiner Sache sicher ist. Will er nur angeben? Besonders männlich wirken?

In der Klasse wird Widerspruch laut: "Bin ich froh, dass ich nicht deine Schwester bin", sagt ein Mädchen. Fatih wippt mit den Füßen und rutscht auf seinem Stuhl hin und her. Ist er sich wirklich so sicher?

Manche lernen, spielerisch mit Stereotypen umzugehen

Glücklicherweise finden sich in den Klassen auch immer wieder Jungen wie Mädchen mit Migrationshintergrund, die solche Konzepte der Unterdrückung ablehnen. Zwar kennen fast alle ähnliche Vorstellungen - aber in

"Wenn mein Bruder mich schlägt, härtet mich das ab" Ein traditioneller Ehrbegriff, Gehorsam und Angst prägen in vielen Migrantenfamilien die Erziehung. Die "Her....

verschiedener Intensität. Manche haben Lehrer oder Nachbarn, die sie beeinflusst haben, viele haben Eltern, die liberaler denken. Fast alle kennen die hiesigen Medien, erfahren in Serien, Comedy-Shows mit Bülent Ceylan, Kaya Yanar oder Django Asül, dass man spielerischer mit Stereotypen umgehen kann. Mehrere Systeme konkurrieren in ihren Köpfen. Doch meist bietet die eigene Familie das stärkste System.

Wie Sema gehört Fatih zur sogenannten dritten Generation von Immigranten in Deutschland. Seine Großeltern sind vor 40 Jahren aus Anatolien hierher zum Arbeiten gekommen. Fatih lebt mit seinen drei Geschwistern und den Eltern in einer Vier-Zimmerwohnung in Nord-Neukölln. Er ist Deutscher. Aber seine Ehre? Die stammt aus einer anderen Welt.

Die Schüler diskutieren leidenschaftlich. Einer sagt, was er vermutlich von Vater oder Onkel hört: "Lieber fünf kriminelle Söhne als eine verhurte Tochter." Ein anderer behauptet: "Ich würde meine Schwester umbringen, wenn sie Sex vor der Ehe hat." Dort, wo diese Jugendlichen groß werden, gelten Werte wie Selbstbestimmung, Emanzipation der Frauen und Individualität als Auflehnung gegen die Familie.

Die Eltern kennen es nicht anders. Ihr Ziel ist es, die Familie in der Fremde zusammenzuhalten. Sie fühlen sich sicherer, wenn die Hierarchien so klar und eng sind, wie sie es von den eigenen Müttern und Vätern kennen. Alle müssen den Älteren gehorchen. Männer stehen über Frauen, Brüder über Schwestern. Von klein auf hören die Kinder, dies sei die eiserne Ordnung einer Welt, die Allah gefällt.

Dazu muss jedes Familienmitglied die Rolle einnehmen, die ihn oder sie definiert. "Ich bin der Sohn von Mustafa." "Ich bin Muslim und verteidige unsere Ehre!" Kritische Fragen wie "Vater, warum muss das so sein?" oder "Mutter, findest du das selber richtig?" wirken bedrohlich. Sie rühren an der Struktur, und werden unterdrückt. Und die Strafen wären unerträglich. Wer ausbricht, wird ausgeschlossen: Er oder sie gehört nicht mehr dazu.

Sicher, auch Sema und Fatih sehen überall im Alltag, dass "die anderen", die Deutschen zumal, anders leben, als ihre Familien. Aber das sind eben "die", und wir sind eben wir - so polar stellen manche Eltern und Verwandten die Realität dar. Diese "anderen", die leben in Sünde, hören die Jugendlichen.

"So wie die wollen wir nicht werden", sagt auch Fatih. Vor dem Workshop haben die meisten Schüler diese Polarität noch nie in Frage gestellt. "Bei uns ist das so." Mehr können sie auf die Frage nach dem Warum meist nicht sagen.

Hinter dem Begriff "Respekt" steckt ein System aus Angst und Gehorsam

Die Erziehung baut auf den Begriff "Respekt". Dahinter steht jedoch ein System aus Angst und Gehorsam. Eigene Stärken und Schwächen, geschweige denn die eigene Sexualität entdecken - das darf es in der so genannten traditionellen, muslimischen Erziehung nicht geben. Mit Gewalt wird in die Schranken gewiesen, wer sich geistig, emotional, sexuell, kreativ "anders" verhält. Ein gesundes Selbstbewusstsein kann sich so nicht entwickeln.

Deshalb ist Furcht allgegenwärtig und alles bestimmend. Wenn die Jugendlichen andere Bedürfnisse haben, müssen sie heimlich handeln. "Mein Vater darf nicht wissen, dass ich einen Freund habe!" sagt Semas Nachbarin leise.

Wenn Schüler wie Fatih von ihrer Ehre sprechen, die an der Jungfräulichkeit ihrer Schwestern und Frauen hängt, dann scheint auch die Religion diese Konzepte zu legitimieren: Ruft nicht Allah die Frauen auf, sich Männern unterzuordnen?

Haben solche Jugendlichen zudem noch den Eindruck, dass die Kultur ihrer Familien und ihre Religion hier in Deutschland abgewertet wird, ist es wenig verwunderlich, dass die Strukturen ihrer Eltern für sie attraktiv bleiben. Nur dort finden sie Geborgenheit und die Anerkennung einer Gruppe, auch wenn der Preis, den sie dafür zahlen, ihre Selbstbestimmung ist.

In einem Sketch spielen die Heroes vor, wie ein muslimischer Vater seine Tochter dabei unterstützt, Abitur zu machen und alles gibt, damit sie sich später beruflich verwirklichen kann. Er tut das gegen den Widerstand der Familie, gegen den Rat seines ältesten Bruders. Sema und ihre Klassenkameradinnen staunen. Vorsichtig

"Wenn mein Bruder mich schlägt, härtet mich das ab" Ein traditioneller Ehrbegriff, Gehorsam und Angst prägen in vielen Migrantenfamilien die Erziehung. Die "Her....

sprechen sie von Träumen, in denen das Wort "Unabhängigkeit" vorkommt, und schon sind manche Jungen alarmiert. "Es ist doch meine Aufgabe als Mann, meine Familie zu ernähren", gibt einer zu bedenken. "Die Frau, die soll kochen, putzen, Kinder großziehen." Fatih meldet sich erneut: "Ich will doch nicht, dass meine Frau von Arbeitskollegen angemacht wird!"

Finanziell unabhängige Ehefrauen, so dämmert den Jungen, müssen sich nicht alles gefallen lassen. Sie sind nicht vom Mann abhängig, sie könnten ihn abweisen oder sogar verlassen. Es braucht Zeit und Geduld, bis sie bereit sind, Strukturen von Kontrolle und Macht in Frage zu stellen.

Kaum eine Mutter aus der Community, in der Sema und Fatih aufwachsen, war je erwerbstätig. Viele der Väter, Onkel und großen Brüder sind schlecht ausgebildet. Semas und Fatih's Eltern haben außerdem Sehnsucht nach einer Heimat. Sie sitzen zwischen allen Stühlen, weder hier in Deutschland noch dort in der Heimat ihrer Eltern gehören sie dazu. Ihr Festklammern an der Tradition sichert nicht nur den Familienzusammenhalt, es gibt ihnen die Illusion, sie wären noch irgendwo zu Hause.

Wenn die Heroes, die selbst ähnlich erzogen worden sind, den Jugendlichen erzählen, dass eine gleichberechtigte Frau keine Bedrohung sein muss, sondern eine solidarische, liebende Partnerin werden kann, hören die Schüler eher zu als wenn diese Ideen von "den Deutschen" kommen. Sie hören sich an, dass die Beziehung zu Schwester und Mutter inniger werden kann, wenn sie nicht auf Angst, sondern auf gegenseitigem Respekt und herzlichem Vertrauen basiert. Dass man seine Kultur und seine Religion nicht verleugnen muss, wenn man sich aus den Leid bringenden Strukturen löst.

Die Mädchen träumen, bei der Klassenreise dabei sein zu dürfen

Mit den kleinen Wünschen beginnt die Unabhängigkeit. Sema und ihre Mitschülerinnen sprechen plötzlich offen von ihrem Traum, zur nächsten Klassenreise mitkommen zu dürfen. Denn die meisten von ihnen müssen zu Hause bleiben, wenn die Klasse losfährt - an einen See im Grünen, oder nach Italien. Denn dort würden ja Mädchen mit Jungen in derselben Jugendherberge übernachten. Sema und ihre Mitschülerinnen würden sich auch gern so kleiden, wie sie wollen. Sie sehnen sich danach, mit ihrem Freund Hand in Hand durch den Park zu schlendern oder ins Kino gehen zu können, ohne sich vor den Brüdern oder Eltern zu fürchten.

Und Fatih? Ihm ist bewusst geworden, dass seine Mutter ihm nicht bei den Hausaufgaben helfen kann, weil sie kaum lesen kann. Dass es schön wäre, wenn sie sich für seine Schule interessieren könnte. Er, der im Workshop noch erbittert auf die "Tradition" gepocht hatte, sagt hinterher: "Toll, das war voll krass. Macht weiter Jungs!"

Load-Date: February 28, 2013

Sarkozy, der Therapeut; Frankreichs Präsident gilt manchen als machtlüstern. Zurzeit jedoch verabreicht er seinem Volk Seelenmassage

ZEIT-online

Samstag 9. November 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Frankreich; Ausg. 47

Length: 610 words

Byline: Joachim Fritz-Vannahme

Body

Der Präsident ist omnipräsent. Bretonische Fischer durften ihn erleben, und Berliner **Migrantenkinder** auch. Die französische Regenbogenpresse umgarnt ihn wie keinen Staatschef je zuvor - Google nennt als Antwort auf den Suchbegriff "Sarkozy" auf der ersten Seite eine einzige politische Meldung, das Meiste entfällt auf die Scheidung des Ehepaars Nicolas und Cécilia, von den Streiks im öffentlichen Dienst kein Wort.

Ins Rampenlicht drängt es diesen Politiker Tag für Tag. Wo seine illustren Vorgänger ihre Auftritte sparsam dosierten, da mag er von der Bühne nimmer lassen.

" *Le style, c'est l'homme* ", erklärte einst der große Naturforscher Buffon. Kein Zweifel, dieser Präsident ist ein halbes Jahr nach seiner Wahl ein Phänomen. Was aber bedeutet der allgegenwärtige Stil des Nicolas Sarkozy für Frankreich, für Europa, den Rest der Welt?

Der Philosoph Peter Sloterdijk, mit französischen Zuständen vertraut, warnte vergangene Woche in provokanter Rede auf dem Deutsch-französischen Kulturforum in Freiburg vor dem "Experiment Sarkozy": Selbst in ihren "verflachten Profilen" bilde "die Erbmasse des Gaullismus ein für Europa nicht ganz unbedenkliches Risiko", sagte Sloterdijk. Denn in Europa sei "für ein zweites Weißes Haus definitiv kein Platz".

Der Philosoph rechnet den Präsidenten also zur Erbmasse des Gaullismus - was so sicher nicht ist. Amtsvorgänger Jacques Chirac dürfte in Sarkozy eher den Totengräber dieses Ismus sehen. Sloterdijk unterstellt überdies - "zweites Weißes Haus" - dem französischen Präsidenten einen Hang zur Dominanz. Zu Recht?

Das Gegenteil von dominant ist rezessiv. Etwas tritt ungenügend in Erscheinung. Genau diese Gefühl angesichts der eigenen Rolle und Bedeutung beschlich die Franzosen zuerst während der Wiederherstellung der deutschen Einheit 1989: Der wichtigste Partner gewinnt an Macht, wendet sich gen Osten, vernachlässigt also uns, Frankreich.

Es dauerte, ehe diese Verlassenheitsangst gegenüber dem deutschen Nachbarn schwächer wurde. Ganz verschwunden ist sie nicht, zumal solche Phobie spätestens 2004, im Jahr der EU-Erweiterung, viele Franzosen mit

Sarkozy, der Therapeut Frankreichs Präsident gilt manchen als machtlüstern. Zurzeit jedoch verabreicht er seinem Volk Seelenmassage

neuer Heftigkeit befahl und ein Jahr später das "Non" zum Verfassungsvertrag verstärkte. " *Le déclin* ", der Abstieg, das war das Grundgefühl vom Elsass bis zur Bretagne.

Seit Sarkozys Einzug ins Elysée klingt da manches anders. Er agiert bislang als Sozialtherapeut eines tief verunsicherten Frankreich. Und wie jeder Therapeut muss er zunächst die rechten Worte finden. Man lese nur seine jüngste Rede vor dem Europäischen Parlament).

Das französische Nein des Jahres 2005 sei eine "Katastrophe" gewesen, aber keine Ablehnung Europas. Es gründe, sagte der Präsident in Straßburg, im Gefühl "von Millionen Männern und Frauen, dass Europa sie nicht genug schützt". Sarkozy sieht ganz Europa in "einer schweren und tief greifenden Identitätskrise".

Psychoanalytisch betrachtet versucht er hier eine Verschiebung: Nicht Frankreich, ganz Europa zweifle und verzweifeln. Diese Verschiebung, so des Therapeuten Hoffnung, soll den Franzosen zeigen: Schaut her, es geht doch allen wie uns. Nicht die Ausnahme soll Frankreich verkörpern, sondern den Regelfall.

Nun ist derzeit kein Mitglied der EU frei von Zweifeln. Doch nicht überall wächst sich eine nervöse Störung gleich zur Neurose aus.

Sarkozy weiß das und redet trotzdem so. Seine starken Auftritte zelebriert dieser Präsident vor einem schwächelnden Frankreich. Sloterdijk mag derweil beruhigt sein: Ein Weißes Haus in solchem Frankreich, das wäre ein veritables Luftschloss.

Joachim Fritz-Vannahme, langjähriger ZEIT-Redakteur, leitet heute die Europa-Projekte der Bertelsmann Stiftung.

Load-Date: November 9, 2013

Snowden will Asyl nicht an Tauschhandel knüpfen; Edward Snowden würde ein Asylangebot aus Brasilien annehmen. Informationen will er dafür aber nicht herausgeben. Derzeit hält er sich in Russland auf.

ZEIT-online

Montag 23. Dezember 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Brasilien

Length: 244 words

Body

Der US-Geheimdienstenthüller Edward Snowden

© AP

Der frühere US-Geheimdienstmitarbeiter Edward Snowden will sich einem Medienbericht zufolge auf keinen **Asyl**-Tauschhandel einlassen. Er werde niemals Informationen für die Aufnahme in einem Land hergeben, zitierte der brasilianische Fernsehsender O Globo am Sonntagabend aus einem schriftlich mit Snowden geführten Interview.

Asyl müsse aus rein humanitären Gründen gewährt werden. Falls Brasilien ihm ein solches anbiete, dann werde er es annehmen, sagte Snowden. "Wenn die brasilianische Regierung die Menschenrechte verteidigen will, wird es mir eine Ehre sein, daran teilzunehmen", wurde er zitiert. Die Auswirkungen seiner Enthüllungen bezeichnete er als ermutigend.

Mit seinen Enthüllungen von US-Geheimdienstdokumenten hatte er den NSA-Abhörskandal aufgedeckt. Derzeit hält er sich an einem unbekannten Ort in Russland auf.

Das Interview wurde von der Sendung *Fantastico* per E-Mail über einen New Yorker Rechtsanwalt geführt. So sollte nach Angaben des Senders verhindert werden, dass US-Geheimdienste Snowdens Aufenthaltsort herausfinden können.

Snowden hatte bereits vergangene Woche in einem von der Zeitung *Folha de São Paulo* veröffentlichten Brief angeboten, Brasilien bei der Aufklärung der US-Spähaktivitäten zu unterstützen. Zu den Zielen des US-Dienstes NSA gehörte neben Bundeskanzlerin Angela Merkel auch Brasiliens Präsidentin Dilma Rousseff.

Load-Date: December 23, 2013

USA "schwer enttäuscht" von Russland; Der Whistleblower Edward Snowden darf sich ein Jahr in Russland aufhalten. Die USA reagieren wenig erfreut, Obamas Sprecher droht mit Konsequenzen.

ZEIT-online

Donnerstag 1. August 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: ASYL FÜR SNOWDEN; Ausg. 32

Length: 309 words

Body

US-Präsident Barack Obama

© Gary Cameron/Reuters

Die amerikanische Regierung ist "äußerst enttäuscht" über Russlands Entscheidung, dem früheren US-Geheimdienstmitarbeiter Edward Snowden **Asyl** zu gewähren. Snowden sei weder ein Whistleblower noch ein Dissident, sagte der Sprecher von US-Präsident Barack Obama, Jay Carney.

Das sei keine positive Entwicklung für die Beziehung zwischen den USA und Russland, sagte Carney. Präsident Obama überprüfe, ob das geplante Treffen mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin im Herbst dieses Jahr weiterhin nützlich sei. Obama wollte eigentlich im September vor einem G-20-Gipfel in Moskau zu bilateralen Gesprächen mit Putin reisen.

Putins außenpolitischer Berater, Juri Uschakow, spielte hingegen die Bedeutung Snowdens herunter. "Diese Situation ist eher unbedeutend und sollte die politischen Beziehungen zwischen Russland und den USA nicht beeinflussen", sagte Uschakow. Er sehe keinen Hinweis, dass der geplante Besuch Obamas abgesagt werden könnte.

Snowden in Russland

Russland hatte Snowden zuvor Asyl für ein Jahr gewährt. Der Geheimdienstanalyst war im Mai nach Hongkong geflogen, um geheime Dokumente zur Überwachung des Internet- und Telefonverkehrs durch die US-Geheimdienste an ausgewählte Medien zu übermitteln.

Am 23. Juni flog er dann weiter auf den Moskauer Flughafen Scheremetjewo, wo er jedoch nicht einreisen konnte, da die USA seine Reisedokumente für ungültig erklärten. Erst nach über einem Monat gaben die russischen Behörden seinem Asylantrag statt. Inzwischen hat Snowden den Flughafen verlassen.

USA "schwer enttäuscht" von Russland Der Whistleblower Edward Snowden darf sich ein Jahr in Russland aufhalten. Die USA reagieren wenig erfreut, Obamas Sprecher....

Auf der Enthüllungsplattform WikiLeaks, die Snowden bei seiner Flucht unterstützt, schrieb er: "In den vergangenen acht Wochen haben wir gesehen, dass die Obama-Regierung keinen Respekt zeigt vor internationalem oder nationalem Recht hat." Am Ende habe aber das Recht gesiegt, schrieb Snowden.

Load-Date: August 1, 2013

End of Document

Über Leute, die sich ständig über andere aufregen.; "Ich glaube, ich bin, wenn ich rauche, der neue Jesus"

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

12. April 2012

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: HARALD MARTENSTEIN; S. 8; Ausg. 16

Length: 559 words

Byline: Harald Martenstein

Body

Ich war unterwegs, ich stand auf dem Bahnsteig von Uerdingen. Es gibt so viele Städte und Orte in Deutschland, man fasst es kaum, und jeder heißt auch noch anders. In Uerdingen gibt es nicht direkt einen Bahnhof. Aber einen Bahnsteig, den haben sie. Ich wollte eine Zigarette rauchen - ja, genau, das tue ich, von Zeit zu Zeit. Diese Freiheit nehme ich mir. Freiheit ist nämlich auch mein Leitthema. In das Thema "Soziale Gerechtigkeit" will ich mich, wie der Bundespräsident, in den kommenden Jahren allmählich hineinarbeiten. Muss man ja. Zur **Migrationsproblematik** habe ich mich zum Glück bereits umfassend geäußert. Auch der Islam gehört zu Uerdingen.

Es gab kein gelb markiertes Raucherghetto auf dem Bahnsteig. Ich ziehe übrigens keine unzulässigen historischen Vergleiche, ich kritisiere auch nicht die gesundheitspolizeilichen Maßnahmen, nichts von alledem. Ich sage lediglich, völlig wertfrei, rein deskriptiv, dass es kein gelb markiertes Ghetto gab. Das darf man doch sagen. Oder ich hab's nicht gefunden. Da bin ich bis ganz ans Ende des Bahnsteigs gegangen. Weit weg. Insgesamt warteten vielleicht sechs, sieben Leute auf den Zug. Ein Paar ging auf mich zu. Das waren etwa hundert Meter. Die mussten hundert Meter laufen! Dann stellten sie sich vor mich und sagten: "Sie dürfen hier nicht rauchen." Und: "Sie belästigen uns." Wenn Leute extra hundert Meter laufen, um sich belästigt fühlen zu dürfen, dann müssen diese Leute richtig süchtig sein nach dem Gefühl, belästigt zu werden, dann brauchen die ärztliche Hilfe wegen ihrer Abhängigkeit.

In Kiel war ich in so einem Öko-Wohlfühlhotel. Für solche Fälle habe ich die E-Zigarette dabei. Kein Qualm. Nicht mal Drogenhunde können das riechen. Man muss nett sein zu den Leuten, so habe ich das nämlich gelernt. *Love buys love.* Es war schönes Wetter. Ich habe das Fenster geöffnet. Am geöffneten Fenster stand ich mit meiner E-Zigarette im Mund. Unten im Hotelgarten stand ein kleiner, dicker Mann und schaute zu mir hoch. Kleiner, dicker Mann - darf man das sagen? Oder ist das herzlos? Nun, ich bin selber nicht sehr groß und nicht sehr schlank. Etwas später öffnete sich die Tür des Hotelzimmers. Ich hatte nicht mal ein Hemd an. Eine junge Frau war einfach eingetreten und reichte mir ein Blatt Papier, auf dem stand: "Bei dem von Ihnen bewohnten Zimmer handelt es sich um ein Nichtraucher-Zimmer. Wir müssen Ihnen daher den Reinigungsbetrag von 120 Euro in Rechnung stellen, da Sie in Ihrem Zimmer geraucht haben." Das kann nur der kleine Dicke gewesen sein. Ein Gast! Er sieht jemand

Über Leute, die sich ständig über andere aufregen: "Ich glaube, ich bin, wenn ich rauche, der neue Jesus"

rauchen, von Weitem, und geht zur Rezeption, um den anzuschwärzen. Ich ziehe keine unzulässigen historischen Vergleiche, habe ich das schon erwähnt?

Meiner Ansicht nach wird auf so viele Gruppen und ihre Sensibilitäten so viel Rücksicht genommen, alle gehören dazu, man ist den ganzen Tag so feinfühlig, verständnisvoll, nimmt pausenlos Rücksicht und alles, dass sich ein riesiger Gefühlsstau aufgebaut hat. Irgendwen muss man einfach rücksichtslos fertigmachen dürfen. Einer muss das ganze Negative auf sich nehmen - wie damals Jesus! Jesus hat die Sünden der Welt auf sich genommen. Ich glaube, ich bin, wenn ich rauche, in gewisser Weise, der neue Jesus. Oh. Jetzt habe ich doch einen historischen Vergleich gezogen. Aber den Bundespräsidenten frage ich hiermit öffentlich: Ist das sozial gerecht?

Load-Date: April 12, 2012

End of Document

Gericht statuiert Exempel an einer älteren türkischen Frau; Ein Gericht zwingt eine türkische, analphabetische Frau zum Deutschkurs. Was bringt das dem Staat? Warum kann man sie nicht einfach in Ruhe lassen?, fragt D. Baspinar.

ZEIT-online

Mittwoch 28. November 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT ONLINE

Section: INTEGRATIONSZWANG; Ausg. 47

Length: 576 words

Byline: Deniz Baspinar

Body

Dass **Migranten** Deutsch lernen sollen, ist vom Grundsatz her eine gute Sache - aber sollte wirklich jeder dazu gezwungen werden?

© Oliver Berg dpa/lnw

Wenn deutsche Gerichte grundsätzlich werden, kommen bisweilen befremdliche Urteile heraus. Das Verwaltungsgericht Karlsruhe hat nun eine 61-jährige türkische Großmutter zu einem Integrationskurs verpflichtet. Das Gericht wies damit die Klage der Frau gegen eine entsprechende Anordnung durch die Ausländerbehörde ab.

Was war passiert? Die Mitarbeiter der Ausländerbehörde hatten bei einem Termin mit der alten Dame bemerkt, dass sie kein Wort Deutsch sprach, obwohl sie seit 30 Jahren in Deutschland lebt. Sie war einfach mit der Erziehung ihrer sechs Kinder beschäftigt, die alle eine Ausbildung haben und berufstätig sind, wie die Klägerin dem Gericht vortrug. Aktuell betreue sie die Enkelkinder, ihr Ehemann kümmere sich um den kleinen, eigenen Laden. Eine stolze Lebensleistung, könnte man meinen.

Doch der Ausländerbehörde reichte das offenbar nicht. Sie wollte wohl noch etwas für die Selbstverwirklichung der Großmutter tun und ordnete ihre Teilnahme am Integrationskurs an - was um so bemerkenswerter ist, weil sie gar nicht lesen und schreiben kann. Die Klägerin ist Analphabetin, hat noch nie eine Schule besucht.

Jetzt könnte man einwenden, es sei doch gut und nützlich für die Frau, auf ihre alten Tage noch Deutsch zu lernen. In einer idealen Welt würde sie diese Chance nutzen und ihren Enkelkindern ein Vorbild sein. Ja, in einer idealen Welt gäbe es auch keine Selbstzweifel und Ängste. In einer idealen Welt gäbe es keine deutschen Omis, die den ganzen Tag mit dem Kissen auf der Fensterbank sitzen. In einer idealen Welt würden alle türkischen und deutschen Omis Volkshochschulkurse besuchen, sich stetig weiterbilden, Yoga machen und nicht soviel Fernsehen gucken. In einer idealen Welt hätte es auch bereits vor 30 Jahren, als die Frau nach Deutschland einwanderte, staatliche Integrationsangebote gegeben.

Gericht statuiert Exempel an einer älteren türkischen Frau Ein Gericht zwingt eine türkische, analphabetische Frau zum Deutschkurs. Was bringt das dem Staat? Wa....

Wir leben aber nicht in einer idealen Welt. Gerichte sollten bei ihren Entscheidungen nicht nur auf grundsätzliche Prinzipien achten, wie in diesem Fall "ein besonders hohes staatliches und gesellschaftliches Interesse" daran, dass in Deutschland lebende Ausländer Deutsch lernen.

Ihre Entscheidungen sollten auch verhältnismäßig und am Einzelfall orientiert sein. Was hat der Staat davon, genau diese Frau zu einem Integrationskurs zu verpflichten? Was genau soll sie danach anders, besser machen als in den 30 Jahren zuvor? Sie lebt ihr Leben offensichtlich im Kreise ihrer Familie, bei Arzt- und Amtsgängen helfen ihr vermutlich die Kinder. Sie bezieht keine staatlichen Leistungen, ist mit Erziehung und Haushalt vollauf beschäftigt. Warum lässt man sie nicht einfach sein und gibt den Platz im Kurs jemandem, der ihn dringender braucht? Den Richtern scheint es nicht um diese türkische Großmutter zu gehen - sie wollen einfach ein Exempel statuieren.

Nichts ist weniger zielführend als ein Sprachkurs, zu dem man gezwungen wird. Wie soll man unter solchen Voraussetzungen lernen können, lernen wollen?

Und was passiert, wenn die Frau den Kurs weiterhin verweigert oder ihn nicht erfolgreich besteht? Wird die Ausländerbehörde die Frau, deren Familie ja hier in Deutschland lebt, nach 30 Jahren abschieben?

Dann sollte der Staat aber vorher zumindest noch schnell einige Kita-Betreuungsplätze schaffen für die Enkel, die dann nicht mehr von ihrer Großmutter betreut werden können.

Load-Date: November 29, 2012

Schwedens ignoriertes Migranten-Problem; Die Stockholmer Krawalle legen einen Missstand im skandinavischen Musterland offen: Einwanderer-Kinder haben trotz guter Bildung geringe Chancen.

ZEIT-online

Freitag 24. Mai 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: AUSSCHREITUNGEN; Ausg. 22

Length: 762 words

Byline: André Anwar

Body

Schaulustige fotografieren die Brände im Stockholmer Vorort Rinkeby.

© Fredrik Sandberg/Scanpix/Reuters

Irem Hafif wohnt direkt gegenüber ihrer Montessorischule im Stockholmer Stadtteil Kista. "Meine Mama weckte mich letzte Nacht auf", sagt die 13-Jährige. "Sie schrie, dass die Schule gegenüber brennt." Mutter und Tochter seien zusammen zum Küchenfenster gegangen und hätten herausgeschaut. "Die Flammen waren sehr groß", berichtet das Mädchen.

Eigentlich hatte die Stockholmer Polizei gehofft, mit Zurückhaltung und Deeskalation würden die seit Sonntagnacht im Vorort Husby begonnen Jungendkrawalle langsam abebben. Doch auch in der Nacht zum Freitag brannten wieder Autos und Häuser, wurden Fensterscheiben eingeschlagen und Steine auf Polizisten geworfen, die Feuerwehrleute beschützen mussten.

Immerhin hat die Intensität der Straßenkrawalle abgenommen, auch wenn sie sich auf weitere Stadtteile ausgebreitet haben. Von vielen Hunderten Randalierern, wie vor allem ausländische Medien berichteten, kann keine Rede sein. Die meisten sind bloß Zuschauer. "Die ausländische Presse gibt ein völlig falsches, völlig übertriebenes Bild wieder", sagt ein Diplomat im Stockholmer Außenministerium ZEIT ONLINE.

Zum großen Teil handelt es sich um punktuelle Vandalenakte: Jugendliche legen ein Feuer und verschwinden in der Dunkelheit. Weder unter den Randalierern noch der Polizei gab es bisher eine nennenswerte Zahl von Verletzten. Jede Nacht wurden nur wenige Personen festgenommen.

"Wir brauchen Arbeit"

Dennoch zeigt sich nun, wie gereizt die Stimmung in den Vororten ist. Auslöser der Unruhen war der Tod eines offenbar geistig verwirrten, älteren Einwanderers, den die Polizei nach eigenen Angaben aus Notwehr erschoss. Die Ereignisse sind ein Weckruf für das ruhige Schweden.

Schwedens ignoriertes Migranten-Problem Die Stockholmer Krawalle legen einen Missstand im skandinavischen Musterland offen: Einwanderer-Kinder haben trotz guter....

Wirklich gefährliche Viertel gibt es in und um Stockholm nicht. Die meisten jungen Menschen mit Einwandererhintergrund sprechen perfekt Schwedisch und haben häufig Abitur, wie weit über 90 Prozent aller Jugendlichen im Land. Das gilt auch für die Betonvorstadt Tensta, nur ein paar Kilometer entfernt von der Montessorischule in Kista.

In Tensta stehen einige junge Leute zusammen und diskutieren über die Ereignisse. Alle sehen südländisch aus. Ahmed und Saman äußern Sympathie für die Krawalle. "Das ist die einzige Möglichkeit, uns bemerkbar zu machen. Wir haben hier nicht mal ein Jugendzentrum", sagt Ahmed. Ein anderer entgegnet. "Wir brauchen kein verdammtes Jugendzentrum und noch mehr Sozialarbeiter. Wir brauchen selbst Arbeit."

Tatsächlich werden Einwanderer auf dem Arbeitsmarkt in Schweden offenbar diskriminiert. Das trifft gerade Jugendliche. Beträgt die Arbeitslosigkeit insgesamt 8,7 Prozent, so liegt sie unter Jugendlichen bei 27 Prozent. Ein Versuch zeigte kürzlich: Unternehmer geben die begehrten Jobs lieber an junge Menschen mit schwedisch klingenden Nachnamen.

Ein Fernsehsender ließ die gleiche Person die faktisch gleiche Bewerbung verschicken, einmal mit dem Namen Abdülkadir, ein anderes Mal mit dem Namen Ericsson. "Ericsson" wurde zu Bewerbungsgesprächen eingeladen, "Abdülkadir" nicht.

Zudem sind in Schweden private Kontakte wichtig für den Einstieg in das Arbeitsleben. Junge Leute aus Einwandererfamilien sind oft nicht so gut vernetzt wie schwedischstämmige Jugendliche.

Lena Mellin, Kommentatorin der Boulevardzeitung *Aftonbladet*, spricht von einem gigantischen Versagen. Die jugendlichen Einwanderer wüssten, dass sie trotz guter Noten, Abitur und Hochschulabschlüssen keine Chance hätten. Schwedens Einwandererviertel seien überfüllt mit Intellektuellen, Ärzten und Ingenieuren, die Taxi fahren.

Ungleichheit laut OECD in Schweden stark gewachsen

Dabei gilt die Einwanderungspolitik des Landes als großzügig. Nicht nur die Sozialdemokraten, die das Land seit dem Zweiten Weltkrieg dominiert haben, sondern auch die gegenwärtige bürgerliche Regierung haben sich offen zur Einwanderung bekannt. Der Jugendverband der Moderaterna, der konservativen Partei von Ministerpräsident Fredrik Reinfeldt, hat sich sogar für die völlige Öffnung der Grenzen ausgesprochen.

Doch für Zuwanderer ist es trotzdem schwer. Seit ihrem Amtsantritt 2006 hat die bürgerliche Regierung die Steuern gesenkt und die Ausgaben für das Bildungssystem und Integrationsmaßnahmen gekürzt. Die oppositionellen Sozialdemokraten sprechen von einer Demontage des über Jahrzehnte hinweg aufgebauten "Volksheims". Eine gerade veröffentlichte Studie der OECD scheint dies zu bestätigen. Nirgends in Europa ist gemäß der Studie die Ungleichheit in den letzten Jahren so stark gewachsen wie in Schweden.

Load-Date: May 24, 2013

Schon verloren; Warum die Sozialdemokraten das Asyl-Referendum unterstützen müssen

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

15. November 2012

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK SCHWEIZ; Schon verloren; S. 12; Ausg. 47

Length: 424 words

Byline: Peer Teuwsen

Body

Es ist eine hochinteressante Frage, über die die Schweizer Sozialdemokraten seit ein paar Wochen debattieren: Soll die Partei das Referendum gegen die abermalige Verschärfung des Asylgesetzes unterstützen? Die Parteispitze ist dezidiert dagegen, wie Präsident Christian Levrat auf allen Kanälen verbreitet, die sich noch für Fragen eines anständigen Umgangs mit Hilfsbedürftigen interessieren. Der SP-Chef fürchtet die Niederlage an der Urne, die so sicher sei wie das Amen in der Kirche. Sie könnte, meint er, die Rigorosen in ihrer Rigorosität noch befeuern. Und er hat recht. Aber er zieht die falschen Schlüsse aus seinem Rechthaben.

Die Revision, die als dringlich erklärt wurde und seit dem 29. September in Kraft ist, schafft unter anderem die Möglichkeit ab, dass ein Mensch auf einer Schweizer Botschaft ein Asylgesuch stellen kann. Zudem gilt Wehrdienstverweigerung nicht mehr als Asylgrund. Das sind schwerwiegende Verschärfungen, die einem Land mit einer so großen humanitären Tradition wie der Schweiz nicht würdig sind. Deshalb ist es auch unwürdig, dass sich Christian Levrat aus parteitaktischen Gründen dem Kampf für diese Tradition verweigert. Wer den Kopf einzieht, bevor der Schlagabtausch überhaupt stattfindet, hat schon verloren. Was könnte die SP im Abstimmungskampf nicht alles erreichen! Sie könnte zeigen, was ein Mensch auf sich nimmt, um in die Schweiz zu kommen. Sie könnte dokumentieren, wie wir Asylsuchende heute behandeln - und durch unseren Umgang so manchen Gewaltausbruch provozieren. Sie könnte vorführen, wie die Schweiz von anerkannten Asylsuchenden bereichert wurde. Das alles könnte die SP, wenn sie nur wollte.

Levrat hat offensichtlich immer noch nicht begriffen, dass sich die Wählerinnen und Wähler keine Sozialdemokratie wünschen, die sich bequem im Machbaren einrichtet. Sie wollen wissen, wofür eine Partei steht, die mit dem Slogan wirbt: »Wir sagen Ja zu einer Schweiz des Miteinanders statt des Gegeneinanders.« Es sollte einen Präsidenten nachdenklich stimmen, wenn verschiedene SP-Sektionen, die wahrlich nicht alle linkem Sektierertum anhängen, schon die Unterstützung des Referendums beschlossen haben.

Am 1. Dezember werden die Genossinnen und Genossen Rat halten und dann entscheiden, was zu tun ist. Sie wären gut bedient, ihrer Führung die Gefolgschaft zu verweigern. Es gibt Momente, da muss man den Beweis für seine eigene Unentbehrlichkeit antreten. Haltung zu zeigen, das heißt manchmal auch, mit wehenden Fahnen unterzugehen.

Schon verloren Warum die Sozialdemokraten das Asyl-Referendum unterstützen müssen

Load-Date: March 25, 2022

End of Document

Hellersdorf und die 400 Fremden; In Berlin-Hellersdorf soll ein Asylbewerberheim entstehen. Viele Anwohner sind wütend. Neonazis haben die Chance ergriffen, ihre Macht zu demonstrieren.

ZEIT-online

Donnerstag 11. Juli 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: ASYLBEWERBERHEIM; Ausg. 29

Length: 740 words

Byline: Christian Bangel

Body

Proteste in Berlin-Hellersdorf

© twitter.com/Neukoellnerin

Dass das alte DDR-Schulhaus in der Carola-Neher-Straße noch mal bedeutend wird, hat wohl niemand gehofft. Es ist grau, vierstöckig und steht seit fünf Jahren leer. Und wie ein pensionierter Lehrer verbreitet es noch heute schlechte Laune. Hier ist der Ernst des Lebens.

So gesehen könnte man es passend finden, was der Berliner Bezirk Marzahn-Hellersdorf kürzlich entschieden hat: Ende Juli soll hier ein **Asylbewerberheim** eröffnen, erst 200 Plätze, dann 400. Und plötzlich ziehen wieder Reporter durch den Stadtteil auf der Suche nach Ausländerfeindlichkeit, Kamerateams filmen schimpfende ältere Damen auf ihren Erdgeschossbalkons. Im Stadtteil regt sich Widerstand.

Das Wort Asylbewerberheim reimt sich seit 1992 auf Lichtenhagen, auf steinwerfende Neonazis und johlende Zuschauer. Und der Schauplatz, an dem man sich so etwas ausmalt, sieht immer aus wie Hellersdorf: kilometerweit buntsanierte DDR-Wohnblocks, wie ein ausgestreckter Mittelfinger an die optimistischen Anpacker dieser Stadt. Das macht alles noch viel komplizierter.

Ein neues Asylbewerberheim würde in fast jedem deutschen Ort Angst, Vorurteile und Widerspruch auslösen. Hier aber ist Besonderes passiert: Es ist den Neonazis gelungen, den Protest zu bestimmen. Klaus Wowereit sah sich gezwungen, die Toleranz in Hellersdorf zu beschwören. Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau spricht von einer Pogromstimmung wie damals in Rostock-Lichtenhagen. Was ist hier geschehen?

Als die Entscheidung für das Heim vor Kurzem bekannt wurde, gründete ein Unbekannter eine Facebook-Gruppe. Von der "Asylantenlobby der Multi-Kulti-Parteien" schrieb der Nutzer, von "Zigeunern aus Mazedonien" und "Müll, Drogenhandel, Zwangsprostitution und schwersten Gewaltausbrüchen". Es erschienen T-Shirts und Banner: Nein zum Heim! Wir sind das Volk! Bald warnte der Verfassungsschutz, die Gruppe werde von mindestens einem NPD-Mitglied beeinflusst.

Hellersdorf und die 400 Fremden In Berlin-Hellersdorf soll ein Asylbewerberheim entstehen. Viele Anwohner sind wütend. Neonazis haben die Chance ergriffen, ihre....

Sind das vor allem Rechtsextreme oder doch wütende Normalbürger? In der Nachmittagssonne wirkt Hellersdorf, als habe es sich abregiert. Kaum Naziaufkleber sind zu sehen und keine Ausländer-Raus-Graffitis. Nicht einmal Protest-T-Shirts. Urlaub würde man hier vielleicht nicht machen, aber die Stille auf den Plätzen tut gut.

Auf einer Bank vor einem leeren Geschäft sonnen sich zwei junge Frauen im Nachmittagstratsch. Ja, natürlich, gegen die Asylbewerber seien sehr viele, sagt eine. Der Schmutz und die Kriminalität. Und die eigenen Kinder, die nun nachmittags nicht mehr hinaus könnten.

Bezirksbürgermeister Stefan Komoß (SPD) entschied sich zu einer öffentlichen Informationsveranstaltung. Er lud auch einen hochrangigen Polizisten ein. Der Mann konnte Beruhigendes über andere Asylbewerberheime berichten: Keine Probleme, keine erhöhte Kriminalität. Doch beruhigen konnte er nicht.

Ungefähr tausend Menschen kamen, mehr als doppelt so viele wie erwartet. Initiativen empfehlen, bei solch heiklen Veranstaltungen schon auf den Flyern Rechtsextreme auszuschließen. Das versäumten die Behörden. Und so machten etwa 50 Neonazis aus dem Infoabend eine rechtsextreme Demo.

Aufnahmen von dem Abend zeigen, dass hier nichts befriedet und nichts verhandelt wurde. Bereitschaftspolizisten sichern die Zuhörer, Gruppen von Neonazis - oder besorgten Bürgern? - unterbrechen die Redner mit Sprechchören. "Unsere Kinder sind wichtig", schreit eine Frau ins Mikro, "und nicht das, was hier her kommt." Auf manchen T-Shirts steht ein Datum: 22. bis 26. August, 1992. Die Tage von Rostock-Lichtenhagen.

Neue Facebook-Gruppe

Lichtenhagen. Stefan Komoß winkt ab, als er es hört. Die Neonazis seien keine Hellersdorfer. Viele hätten sich, das wisse er, von den Rechtsextremen distanziert. Zum nächsten Infoabend würden ausschließlich Anwohner eingeladen. Und dann gehe es um Reden und Kontakt halten.

Gestern hat jemand eine neue Facebook-Gruppe gegründet: "Hellersdorf hilft Asylbewerbern". Sie hat mittlerweile doppelt so viele Fans wie die Asylgegner. Es steht zurzeit 1.439 zu 3.335. Hellersdorf hat 76.000 Einwohner.

Am Schulgebäude in der Carola-Neher-Straße führt ein etwa fünfzigjähriger Mann seinen Hund spazieren. Er trägt eine ausgefranste Mütze von Hansa Rostock und Sandalen. "Was haben die Rechten eigentlich gegen diese armen Schweine?", fragt er. Er schaut auf die Schule, die Jugendliche manchmal nachts als Treffpunkt benutzen. Immerhin, sagt er, käme da jetzt mal wieder Ordnung rein.

Load-Date: July 11, 2013

WikiLeaks will Snowden nach Island ausfliegen; Edward Snowden erhält vielleicht bald die Chance, in Island Asyl zu beantragen. WikiLeaks stellt ein Charterflugzeug für den Enthüller der NSA-Bespitzelungsaffäre bereit.

ZEIT-online

Freitag 21. Juni 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: PRISM; Ausg. 23

Length: 474 words

Body

Ein Plakat unterstützt den Whistleblower Edward Snowden in Hongkong.

© Bobby Yip/Reuters

Die Enthüllungsplattform WikiLeaks will den nach Hongkong geflohenen Whistleblower des NSA-Internet-Überwachungsprogramms Prism, Edward Snowden, nach Island ausfliegen. Dort soll er die Möglichkeit haben, politisches **Asyl** zu beantragen. "Alles auf unserer Seite ist bereit, das Flugzeug könnte morgen abheben", sagte der Geschäftsmann Olafur Sigurvinsson, der mit WikiLeaks in Verbindung steht, dem isländischen Sender Channel2. "Wir haben getan, was wir können. Wir haben ein Flugzeug und die gesamte Logistik. Jetzt warten wir nur auf die Antwort der isländischen Regierung."

Snowden hatte in einem Interview mit dem britischen *Guardian* angekündigt, in Island Asyl beantragen zu wollen. Das Land tritt offensiv für die Freiheit des Internets ein. Die isländische Mitte-Rechts-Regierung hat informelle Kontakte zu dem 29-Jährigen bestätigt. Ob Island bereit ist, den US-Computerexperten aufzunehmen, ist aber unklar. Snowden müsste persönlich einen Asylantrag stellen. Die isländische Regierung hatte darauf verwiesen, dass das nur geht, wenn Snowden sich im Land befinde.

Laut Sigurvinsson wird Snowden wahrscheinlich nur mit Zustimmung der Regierung nach Island ausreisen. "Es wäre dumm herzukommen, um dann in die USA ausgeliefert zu werden", sagte der Sigurvinsson. "In dem Fall wäre es besser, er bliebe, wo er ist."

240.000 Dollar an Spenden für Flugzeug

Sigurvinsson ist Chef von Datacell, einer Partnerfirma von WikiLeaks, die Spenden für die Enthüllungsplattform verwaltet. Das Flugzeug, das Snowden aus Hongkong ausfliegen soll, gehört laut Sigurvinsson einer chinesischen Firma und wurde mithilfe von Spenden für mehr als 240.000 Dollar (rund 181.000 Euro) gechartert.

Snowden hatte der Presse Informationen über die Überwachung von Internetnutzern durch den US-Geheimdienst NSA zugespielt. Dadurch wurde die Existenz des Programms Prism aufgedeckt, durch das der Geheimdienst Nutzerdaten großer Internetkonzerne wie Google, Facebook und Microsoft auswertet. Die betroffenen

WikiLeaks will Snowden nach Island ausfliegen Edward Snowden erhält vielleicht bald die Chance, in Island Asyl zu beantragen. WikiLeaks stellt ein Charterflugze....

Unternehmen bestreiten einen direkten Zugriff der Geheimdienste auf ihre Server. Die US-Bundespolizei FBI hat strafrechtliche Ermittlungen gegen Snowden eingeleitet.

WikiLeaks-Gründer Julian Assange hatte am Mittwoch bekanntgegeben, dass die Organisation bemüht sei, für Snowden in Island politisches Asyl zu erhalten. Assange selbst flüchtete vor einem Jahr in die ecuadorianische Botschaft in London. Ihm wird vorgeworfen, in Schweden sexuelle Straftaten begangen zu haben. Der Australier befürchtet, dass er in die USA ausgeliefert werden würde, sollte er die Botschaft verlassen und nach Schweden reisen, um zu den Vorwürfen befragt zu werden. In den USA warte bereits eine versiegelte Anklageschrift auf ihn, sagte der WikiLeaks-Gründer.

Load-Date: June 21, 2013

End of Document

Dobrindt kritisiert Italiens "ungeheuerliche" Flüchtlingspolitik; Die CSU empört sich über Italien, weil es Flüchtlinge nach Deutschland schickt. Die Grünen warnen vor nationalem Egoismus.

ZEIT-online

Samstag 1. Juni 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: CSU-GENERALSEKRETÄR; Ausg. 23

Length: 485 words

Body

CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt

© Tobias Hase/dpa

CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt fordert Italien dazu auf, seine **Flüchtlingspolitik** zu ändern. "Die italienische Regierung darf künftig nicht mehr ohne Absprache mit anderen EU-Staaten Fremdenpässe und drei Monate gültige Papiere für das Schengen-Gebiet ausstellen", sagte Dobrindt der *Passauer Neuen Presse*. "Verantwortungsvolle Partner gehen so nicht miteinander um."

Die italienischen Behörden hatten afrikanischen Flüchtlingen Reisedokumente und 500 Euro gegeben und sie nach Deutschland ausreisen lassen. Nach der Dublin-Verordnung der Europäischen Union ist jeder Flüchtling für mindestens fünf Jahre an das europäische Land gebunden, in dem er zuerst eingereist ist. Weil die Lebensbedingungen in Italien für die Flüchtlinge sehr schlecht sind - Tausende leben etwa auf der Straße - versuchen immer wieder Flüchtlinge, von Italien aus nach Nordeuropa zu kommen.

Dobrindt zufolge muss Italien die Flüchtlinge sofort zurücknehmen. "Das Verhalten der italienischen Regierung ist ungeheuerlich", sagte er. Zwar seien die über das Mittelmeer ankommenden Flüchtlinge ein "großes Problem für Italien". Gleichzeitig könne Italien die Lage nicht auflösen, indem es "Partnerländer unabgesprochen einfach belastet."

Ausnahme vom Schengen-Abkommen

Schätzungen zufolge halten sich in Hamburg zwischen 150 und 300 Frauen und Männer aus Libyen, Ghana und Togo auf, die mit den Reisedokumenten aus Italien nach Deutschland eingereist sind. Viele von ihnen müssen im Freien schlafen, weil sie keinen Anspruch auf staatliche Hilfsleistungen haben. In Bayern leben derzeit Medienberichten zufolge etwa 300 Flüchtlinge aus Italien.

Mit Italien hat das Bundesinnenministerium inzwischen über die Zukunft der Flüchtlinge verhandelt: Sie sollen nach Ablauf ihrer dreimonatigen Aufenthaltsgenehmigung wieder nach Italien zurückkehren müssen.

Dobrindt kritisiert Italiens "ungeheuerliche" Flüchtlingspolitik Die CSU empört sich über Italien, weil es Flüchtlinge nach Deutschland schickt. Die Grünen warn....

Unabhängig davon hatte sich die EU am Donnerstag auf eine "Notfallklausel" geeinigt, mithilfe derer in Zukunft das Schengen-Abkommen außer Kraft gesetzt werden kann. Die Nationalstaaten können demnach künftig wieder Grenzkontrollen einführen, wenn zahlreiche illegale Einwanderer ins Land kommen. Voraussetzung ist, dass ein Staat trotz EU-Hilfe seine Außengrenzen nicht mehr schützen kann und die innere Sicherheit anderer Staaten "massiv bedroht" ist. Länder dürfen dann bis zu zwei Jahre lang ihre Grenzen wieder überwachen. Bedingung ist eine "Empfehlung" des EU-Rates, der Versammlung der EU-Länder.

Die Grünen warnten vor "Nationalegoismen" in der Flüchtlingspolitik. Grünen-Spitzenkandidatin Katrin Göring-Eckardt appellierte, die "notleidenden Flüchtlinge brauchen unsere Solidarität und nicht innereuropäische Verschiebetaktik". Es könne nicht darum gehen, wo die Grenzen am dichtesten seien und am schnellsten abgeschoben werde. Für Italien forderte sie mehr Unterstützung bei der Aufnahme afrikanischer Flüchtlinge.

Load-Date: June 1, 2013

End of Document

Vorsicht, Brennpunkt!; Viele Eltern aus Berlin-Neukölln schulen ihre Kinder lieber in anderen Vierteln ein. Eine Initiative versucht nun, dagegen anzukämpfen

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

22. August 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: CHANCEN; Vorsicht, Brennpunkt!; S. 58; Ausg. 35

Length: 2233 words

Byline: Nicola Meier

Highlight: Migrantenkinder haben es schwer in unserem Bildungssystem, das zeigt diese Doppelseite: In Schulen bleiben sie oft unter sich oder werden diskriminiert. Wie kann ihr Aufstieg gelingen? (S. 59)

Body

"Ich glaube, es ist nicht sinnvoll, Kinder zu benutzen, um Schulen stärker zu durchmischen" (Lilia Kleemann, Mutter von Liou)

Lange hatte sich Ylva Lafrenz auf diesen Moment gefreut. Mit ihrer Schultüte im Arm stand die Fünfjährige vor ein paar Tagen auf dem Schulhof der Karl-Weise-Schule in Berlin inmitten vieler unbekannter Kinder. Nur wenige waren so blond wie sie. Es war Ylvas erster Schultag.

Gerade mal fünf Minuten braucht die Erstklässlerin von ihrem Zuhause bis in die neue Schule. Viel näher kann man es in einer Großstadt wie Berlin nicht haben. Dass Ylva nun direkt um die Ecke eingeschult wurde, ist alles andere als selbstverständlich, denn sie wohnt in Neukölln. In der Karl-Weise-Schule lernen 285 Schüler, die meisten kommen aus türkischen und arabischen Familien. Insgesamt haben 80 Prozent der Kinder einen Migrationshintergrund, an anderen Grundschulen im Bezirk sind die Zahlen ähnlich hoch.

Spätestens seitdem im Jahr 2006 die Lehrer der Rütli-Schule öffentlich um Hilfe riefen und ihre Schule so deutschlandweit in die Schlagzeilen brachten, steht der Stadtteil Neukölln für ein Umfeld, in dem Eltern sich ihr Kind lieber nicht vorstellen möchten. Das Schlagwort, das ihre Ängste konzentriert, lautet: Brennpunktschule.

Nun stehen viele dieser Brennpunktschulen ausgerechnet dort, wo junge Eltern mittlerweile gerne wohnen. Dieses Dilemma gibt es in den meisten Großstädten, aber nirgendwo ist es so ausgeprägt wie in Berlin. Kreuzberg ist so ein Viertel, aber auch Neukölln, ein Stadtteil im Süden Berlins, so groß wie Bielefeld, als Problembezirk bekannt und lange als Ausländerhochburg und Hartz-IV-Ghetto verschrien. Dann zogen die

Vorsicht, Brennpunkt! Viele Eltern aus Berlin-Neukölln schulen ihre Kinder lieber in anderen Vierteln ein. Eine Initiative versucht nun, dagegen anzukämpfen

niedrigen Mieten immer mehr Künstler und Studenten an, Galerien und Bars wurden eröffnet, und plötzlich war Neukölln ein hipptes Multikulti-Viertel, in dem man gerne wohnt. Bis das erste Kind in die Schule kommt.

Lilia Kleemann, 33 Jahre alt, Designerin, entschied sich gegen die Schule vor der Haustür. Es ist viertel vor acht, als sie mit ihrem sechsjährigen Sohn Liou an der U-Bahn-Haltestelle ankommt, wo schon andere Mütter und Väter stehen. Großes Hallo, Umarmungen. Dann läuft Kleemann mit sechs Kindern zur Rolltreppe, die anderen Eltern eilen zurück zu ihren Autos und Fahrrädern. Sie wohnen in Kreuzberg und Neukölln, aber ihre Kinder gehen in Tempelhof auf eine Privatschule. Zwei U-Bahn-Stationen mit der U6, umsteigen, sieben Stationen mit der U7, noch mal fünf Minuten Fußweg. Gute 40 Minuten Schulweg, morgens hin, nachmittags zurück. Die Eltern haben eine Fahrgemeinschaft gegründet, jeder ist einmal die Woche mit Hinbringen und Abholen dran.

Es gebe Schulen in Berlin, in denen kein einziges deutsches Kind aus dem Einzugsgebiet komme, schimpft Neuköllns Bürgermeister Heinz Buschkowsky in seinem Buch *Neukölln ist überall*. Schulfucht nennt er es, wenn Eltern ihre Kinder außerhalb ihrer Wohnbezirke einschulen, und kritisiert das scharf. Wer gerne in einer günstigen Gründerzeitwohnung in Neukölln lebe, der möge doch bitte auch sein Kind dort in die Schule schicken. So wie Buschkowsky denkt auch Petra Lafrenz, die Mutter der Erstklässlerin Ylva, obwohl sie Buschkowskys Buch nie gelesen hat. "Eltern, die ihre Kinder außerhalb einschulen, verhindern die Integration", sagt sie. Ihre Tochter Ylva geht deshalb nun in die Karl-Weise-Schule gleich um die Ecke. Zusammen mit anderen Eltern hat Lafrenz die Initiative "Kiezscheule für alle" gegründet, eine Art Gegenprogramm zur Schulfucht.

Lafrenz wohnt schon seit 30 Jahren in Neukölln, sie hat erlebt, wie Jugendgangs durch die Straßen zogen und auf Spielplätzen die Geräte brannten. Dort, wo sie wohnt, sieht Neukölln auch heute noch aus wie sein Klischee: Call-Shops neben Ein-Euro-Läden, auf den Straßen sind mehr Frauen mit Kopftüchern unterwegs als Hipster mit Röhrenjeans und Jutebeutel. Lafrenz, eine späte Mutter, ist Informatikerin, aber je länger man mit ihr redet, desto eher hält man sie für eine Sozialpädagogin, gutgläubig und immer auf der Seite derer, die im Nachteil sind. Schon vor Ylvas Geburt beteiligte sie sich an der Quartiersarbeit im Viertel, gab Töpferkurse an der Schule, in die jetzt ihre Tochter geht. Dass so viele Menschen in Neukölln von Sozialhilfe leben müssen, bedauert sie, schließlich könnten sie aufgrund ihrer fehlenden Ausbildung keinen Job finden. Dass manche das auch gar nicht wollen, das mag Lafrenz sich nicht so recht vorstellen. Und wenn schon: "Deren Kinder muss man mitziehen, damit sie später auf eigenen Füßen stehen!" Mitziehen, das sagt Lafrenz gerne.

Ihre Kiezscheulen-Initiative setzt sich dafür ein, dass bald auch die sogenannten bildungsnahen Eltern ihre Kinder im Viertel einschulen, anstatt sie in andere Bezirke zu fahren oder gar wegzuziehen. "Viele Eltern gucken sich die Schulen in ihrem Viertel nicht mal an." Lafrenz wirbt deshalb für die Schule vor ihrer Haustür. An den Tagen der offenen Tür verteilt sie dort Flyer, genauso wie in Kitas und Bars. Einmal im Monat gibt es ein Info-Treffen für interessierte Eltern, nicht immer kommt jemand. Aber davon lässt sich Lafrenz nicht aufhalten, sie spricht auch mal Eltern mit Kind auf der Straße an, sie hat jetzt eine Mission.

In der Karl-Weise-Schule wird jahrgangsübergreifend gelernt, Erzieher unterstützen die Lehrer bei der Betreuung, es gibt AGs, in denen die Schüler kochen, gärtnern oder Theater spielen. Die Schule beteiligt sich am Kiezfest, um ihre Arbeit vorzustellen, interessierte Eltern können mit ihren Kindern stundenweise am Unterricht teilnehmen. Bisher vergeblich. Es gebe noch keinen Zuwachs bei den Anmeldungen deutscher Eltern, sagt Andrea Schwenn, die Leiterin der Karl-Weise-Schule. "Aber zum Tag der offenen Tür kommen mittlerweile schon mehr deutsche Eltern als früher."

Petra Lafrenz hat den Schulbeginn ihrer Tochter sorgfältig vorbereitet. Sie hospitierte mit Ylva im Unterricht, damit sich die Tochter schon einmal an die Schule gewöhnen konnte. Eine friedliche Yogastunde hat Lafrenz damals im Bewegungsraum der Schule erlebt. 20 Schüler hockten im Schneidersitz auf blauen Yogamatten und hielten ihre Hände vor der Brust zusammen. "Herzlich willkommen", sagte die Lehrerin, "Namaste". Nichts erinnerte an das Angstbild einer Brennpunktschule, in der sich die Schüler gegenseitig beschimpfen und verprügeln. Nur im Klassenzimmer nebenan wurde es nach kurzer Zeit laut: "Geh auf deinen Platz!", schrie ein Lehrer gut hörbar durch die Wand in die Entspannungsübungen. "Auf deinen Platz!"

Vorsicht, Brennpunkt! Viele Eltern aus Berlin-Neukölln schulen ihre Kinder lieber in anderen Vierteln ein. Eine Initiative versucht nun, dagegen anzukämpfen

Die Liste der Probleme, die es an Brennpunktschulen gibt und vor denen Eltern sich fürchten, ist lang. Für manch eine Mutter ist es schon schwer genug auszuhalten, wenn ihr sechsjähriges Kind mittags nach Hause kommt und "du Hure" sagt. Wenn aber der Unterricht nicht stattfinden kann, weil Kinder kein Wort Deutsch sprechen, wenn Kinder im Unterricht überhaupt nicht mehr mitkommen, weil sich zu Hause niemand um ihre Hausaufgaben kümmert oder darum, wann sie ins Bett gehen, wenn Kinder aggressiv oder gar gewalttätig sind, weil sie es nicht anders kennen aus ihrer Familie, dann ist die Schmerzgrenze besorgter Eltern meistens erreicht - und der klassische Konflikt perfekt. Denn natürlich sind sich gerade die aufgeklärten Akademikereltern darüber im Klaren, dass die Problemkinder nichts für das Umfeld können, aus dem sie kommen, und natürlich ist es richtig und hört sich gut an, wenn Petra Lafrenz sagt, dass man gerade solche Kinder mitziehen müsse. Weil sie noch schlechtere Bildungschancen haben würden, wenn sämtliche deutschen Eltern ihre Kinder an sorgfältig ausgewählten Schulen einschulen ließen. Davor warnen nicht nur Politiker wie Buschkowsky, sondern auch Bildungsexperten, die in Vierteln wie Neukölln längst von Segregation sprechen, einer Entmischung. Sie sehen die Eltern in der Pflicht, dafür zu sorgen, ein noch stärkeres Auseinanderdriften der Gesellschaft zu stoppen.

Es ist eine jener Debatten, in denen es leichtfällt, auf der richtigen Seite zu stehen - solange man nicht selber betroffen ist.

Lilia Kleemann, die ihren Sohn außerhalb eingeschult hat, kann Kritik an ihrer Entscheidung zwar verstehen. "Aber ich finde es aufgesetzt, zu sagen, dass ich mein Kind extra in eine Brennpunktschule schicke, damit sich dort etwas ändert." Sie wolle nun einmal das Beste für ihr Kind. "Und dazu gehört das räumliche und soziale Umfeld, in dem es lernt." Auch Kleemann weiß, dass das Beste fürs Kind nicht unbedingt das Beste für die Gesellschaft ist. Aber muss Integration über das eigene Kind stattfinden? "Ich denke nicht", sagt Kleemann. "Ich glaube, es ist sinnvoller, als Erwachsener in die Politik zu gehen, als das Kind zu benutzen, um Schulen stärker zu durchmischen."

Sie habe sich vor einem Jahr viele Schulen in Neukölln angesehen. Als das Amt den Bescheid für die Einzugschule schickte, war klar, dass sie Liou nicht dorthin schicken würde. Ihr hatte die Stimmung an der Schule nicht gefallen. "Ich denke, jeder sollte für sein Kind die richtige Schule suchen", sagt sie. Dass Behörden darüber entscheiden, wo ihr Kind lernt, hält Kleemann für falsch. "Die Schulen sollten frei wählbar sein." Wäre es so, glaubt sie, würden sich die Schulen vielleicht auch mehr anstrengen, ein Angebot zu schaffen, das Eltern wirklich überzeugt.

Beim Thema Schulflucht geht es längst um mehr als um die Angst deutscher Eltern vor der Brennpunktschule. Es geht um die Ansprüche einer neuen Generation von Müttern und Vätern, die so aufgewachsen sind, dass sie stets frei wählen konnten, egal, ob Partner, Beruf oder die Stadt, in der sie leben wollen. Mit den starren Strukturen des deutschen Bildungssystems haben sie gleichermaßen Probleme wie mit den Zuweisungen ihrer Kinder auf bestimmte Schulen in Wohnortnähe.

Es habe eine Schule in ihrem Viertel gegeben, auf die sie Liou sofort geschickt hätte, sagt Lilia Kleemann. Die habe auch ein schwieriges Einzugsgebiet. Vor allem habe sie aber ein Konzept, das sie überzeugt habe. Kleemann bewarb sich und versuchte alles, damit ihr Sohn dort hingehen könnte. Es hat aber nicht geklappt, die Schule war völlig überlaufen. Eltern lassen sich also durchaus überzeugen vom Konzept einer Schule, obwohl sie mitten im sozialen Brennpunkt liegt. Auch deshalb fordern die Eltern: Schafft mehr gute Angebote! Beeindruckt uns! Was sich mit mehr Engagement bewirken lässt, zeigt die Entwicklung der Rütli-Schule. Die Problemschule, deren Lehrer damals um Hilfe riefen, ist mit mehr Geld und Personal inzwischen quasi zu einer Vorzeigeschule geworden. Probleme mit mangelnden Anmeldungen deutscher Schüler gibt es dort jedenfalls nicht mehr.

Vom Einsatz der Schulleiter und Lehrer hänge eine Menge ab, sagt Petra Lafrenz. Die Leiterin der Karl-Weise-Schule sei unheimlich engagiert. Lafrenz gibt zu, dass sie auch ihretwegen glaube, dass ihre Tochter auf der Schule gut aufgehoben sei. Ob es ihre Initiative schafft, mehr deutsche Eltern dazu zu bewegen, ihre Kinder in Neukölln einschulen zu lassen, bleibt abzuwarten. Mittlerweile hat sie 40 Unterstützer. Aber die Kinder der meisten sind noch zu klein, um in die Schule zu gehen. Im Moment ist es also ein sehr theoretisches Gegenprogramm zur Schulflucht - selbst wenn es der Initiative gelänge, mehr deutsche Eltern davon zu

Vorsicht, Brennpunkt! Viele Eltern aus Berlin-Neukölln schulen ihre Kinder lieber in anderen Vierteln ein. Eine Initiative versucht nun, dagegen anzukämpfen

überzeugen, sich die Schulen in ihrem Viertel zumindest mal anzusehen. Lafrenz glaubt, dass sich das Konzept und die Angebote einer Schule letztendlich auch durch die Anmeldezahlen deutscher Eltern verändern werden.

Bei all der Hysterie um das Segregationsverhalten deutscher Eltern wird schnell vergessen, dass es auch Familien ohne deutschen Pass gibt, die ganz ähnliche Vorstellungen von guten Schulen haben wie die Deutschen. "Ich habe überlegt umzuziehen", sagt die Georgierin Tea Bliadze, deren Tochter Anna Maria in die Karl-Weise-Schule geht, in die Ylva gerade eingeschult wurde. Bliadze hörte die üblichen Geschichten von Neuköllner Schulen, von Prügeleien und Kindern, die kein Wort Deutsch sprächen. "Ich dachte, dass ich eine schlechte Mutter bin, wenn ich mein Kind hier zur Schule schicke."

Vor sechs Jahren kam die 32-Jährige nach Deutschland und lebt seitdem in Neukölln. Weil ihr georgischer Studienabschluss in Deutschland nicht anerkannt ist, arbeitet die alleinerziehende Mutter als Altenpflegerin. Sie nimmt das hin und beschwert sich nicht. Auch nicht darüber, dass sie jeden Morgen um sechs Uhr anfangen muss zu arbeiten. Vor allem deshalb blieb ihr gar keine andere Wahl, als Anna Maria auf die Schule im Viertel zu schicken. "Wenn es nicht gegangen wäre, hätte ich nach einem halben Jahr neu überlegt", sagt Bliadze. Aber ihrer Tochter gefällt es bestens. Ein Mädchen wie sie ist ein schöner Beweis dafür, dass ein hoher Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund nicht automatisch ein Grund zum Fürchten sein muss. Anna Marias Muttersprache ist Deutsch, und auf die Frage, was ihr in der Schule am besten gefalle, sagt sie: "alles". Wer in ihrer Klasse das Problemkind ist, weiß man nach zehn Minuten Unterricht. Es ist eines der wenigen deutschen Kinder.

VON NICOLA MEIER

Graphic

Petra Lafrenz (r.) wünscht sich mehr deutsche Kinder auf der Schule ihrer Tochter Ylva in Berlin-Neukölln

Load-Date: September 17, 2013

Snowden-Vertraute hält sich in Berlin auf; Die WikiLeaks-Unterstützerin und Snowden-Vertraute Sarah Harrison ist nach Berlin gereist. Anwälte hatten ihr von einer Rückkehr nach Großbritannien abgeraten.

ZEIT-online

Mittwoch 6. November 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Sarah Harrison; Ausg. 44

Length: 526 words

Body

Sarah Harrison mit US-Geheimdienstenthüller Edward Snowden im Moskauer Flughafen Scheremetjewo

© dpa

Eine wichtige Unterstützerin von Edward Snowden ist am Wochenende nach Deutschland gereist. WikiLeaks-Mitarbeiterin Sarah Harrison hat ihre Ankunft selbst auf der Website der Enthüllungsplattform bekannt gegeben. Sie hatte die vergangenen Monate an der Seite Snowdens in dessen russischem Asyl verbracht und war auch bei dem Treffen mit dem Grünen-Politiker Hans-Christian Ströbele dabei.

Harrison schrieb nichts zu ihren weiteren Plänen. Allerdings weist sie darauf hin, dass ihre Anwälte ihr geraten hätten, nicht nach Großbritannien zurückzukehren. Dort sei sie nicht sicher. Die vorübergehende Festnahme des Lebensgefährten von US-Enthüllungsjournalist Glenn Greenwald am Londoner Flughafen habe gezeigt, dass in Großbritannien ein Klima der "Verfolgung" herrsche. Greenwald hatte als erster auf Grundlage von Snowdens Unterlagen über die Spionagepraktiken des US-Geheimdiensts NSA berichtet.

Harrison zeigte sich in dem Schreiben erfreut darüber, dass in Deutschland zahlreiche Menschen für die Aufklärung der NSA-Affäre eintreten. Snowden sei derzeit in Russland sicher. Andere, die zu Enthüllungen beigetragen hätten, weniger. Sie erinnerte an Julian Assange und Chelsea Manning.

Bundesregierung prüft Befragung Snowdens

Die Bundesregierung will nun eine Befragung des NSA-Enthüllers in Moskau prüfen. Asyl für Snowden in Deutschland lehnt sie weiter ab. Die Entscheidung vom Sommer, dem Informanten kein Asyl oder Aufenthaltsrecht zu gewähren, werde aufrechterhalten, sagte der amtierende Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) nach einer Sitzung des Bundestagsgremiums zur Kontrolle der Geheimdienste. Der ehemalige NSA-Mitarbeiter werde in den USA nicht politisch verfolgt. Nun müsse geklärt werden, unter welchen Bedingungen eine Anhörung Snowdens in der russischen Hauptstadt möglich sei.

Auch SPD-Innenexperte Thomas Oppermann sieht zunächst keine Chancen dafür, dass Snowden nach Deutschland kommt. "Eine Befragung in Deutschland steht im Augenblick nicht zur Debatte", sagte er. Dies sei

Snowden-Vertraute hält sich in Berlin auf Die WikiLeaks-Unterstützerin und Snowden-Vertraute Sarah Harrison ist nach Berlin gereist. Anwälte hatten ihr von eine....

nur denkbar im Wege einer "verhandelten Lösung" mit den USA. Unions-Fraktionsvize Michael Kretschmer (CDU) meinte, der Erkenntnisgewinn einer Snowden-Befragung dürfte ohnehin gering sein. "Die entscheidenden Informationen haben wir."

Ganz anders sieht das der Grünen-Abgeordnete Hans-Christian Ströbele, der Snowden vergangene Woche in Moskau getroffen hatte. Selbstverständlich könne man Snowden aufnehmen. "Man muss es nur wirklich wollen." Deutschland sei Snowden zu Dank verpflichtet. "Sonst würde das Handy der Kanzlerin immer noch abgehört."

Snowdens Vater rät von Asyl in Deutschland ab

Der Vater Snowdens riet seinem Sohn ab, in Deutschland Zuflucht zu suchen. Er habe wenig Zutrauen zur Politik der Bundesregierung, sagte Lon Snowden in einem Interview des Magazins *Stern*. Die Regierung habe sich erst empört, als bekannt wurde, dass der US-Geheimdienst NSA das Telefon der Kanzlerin abhörte. "Ist deren Privatsphäre wichtiger als die aller anderen?", fragte er.

Load-Date: November 8, 2013

Imam Gülen's Einfluss reicht bis in die deutsche Politik; Die Debatte um die türkische Gülen-Bewegung zieht auch in Deutschland größere Kreise: Politiker warnen vor einer Spaltung unter türkischstämmigen Parteikollegen.

ZEIT-online

Sonntag 29. Dezember 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Türkei; Ausg. 52

Length: 779 words

Byline: Volker Siefert

Body

A man prays in a Moroccan mosque in Hilden, western Germany, on September 13, 2013. The SPD is having to fight for a voting group it previously considered safe as German Chancellor Angela Merkel's conservatives and other parties are scrambling to reach the growing migrant vote. AFP PHOTO / PATRIK STOLLARZ (Photo credit should read PATRIK STOLLARZ/AFP/Getty Images) Patrik Stollarz/AFP/Getty Images

Einen Erfolg kann Fethullah Gülen, der Widersacher des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan, auf jeden Fall für sich verbuchen: Seitdem aus der heimlichen Fehde der beiden ehemaligen Verbündeten ein offener Machtkampf geworden ist, taucht der Name des greisen Predigers täglich in den Schlagzeilen auf.

Dem Vorbeter und seinen Zehntausenden türkischstämmigen Anhängern in Deutschland dürfte dieser Ruhm allerdings nicht gefallen. Bislang pflegt die Bewegung einen geheimniskrämerischen Umgang mit ihrem Gründer und Anführer. Nicht überall, wo Gülen drin ist, steht auch Gülen drauf. Die mehr als 120 Nachhilfevereine, 25 Privatschulen und Medienunternehmen der World Media Group AG verweisen in ihren öffentlichen Auftritten nicht auf ihre Zugehörigkeit zum weltweiten Netzwerk des Predigers.

Doch das Versteckspiel der konservativ-islamistischen Organisation dürfte in Zukunft auch in Deutschland schwer durchzuhalten sein. Zuletzt wurde über sektenähnliche Praktiken in deutschen Studentenwohnheimen der Organisation berichtet. In den so genannten Lichthäusern soll die Bewegung studentischen Nachwuchs fördern. Von Praktiken, die an eine Gehirnwäsche grenzen, berichten Studenten.

Wie auch immer der Machtkampf zwischen Gülen und Erdogan gedeutet wird, es wird schwerer, die weit vernetzte Gülen-Bewegung in Deutschland weiterhin nur als eine soziale, religiöse Bewegung zu deuten. Mürvet Öztürk, die integrationspolitische Sprecherin der Grünen im hessischen Landtag, sagte, die Vorgänge in der Türkei machten deutlich, dass es sich bei Gülen nicht nur um ein loses Netzwerk von Organisationen handelt, das sich um die Bildung begabter Jugendlicher kümmert. "Sondern dass sie ein politisches Gewicht ist, das eng mit dem türkischen Staatsapparat verknüpft ist."

Imam Gülen's Einfluss reicht bis in die deutsche Politik Die Debatte um die türkische Gülen-Bewegung zieht auch in Deutschland größere Kreise: Politiker warnen vo....

Nach Öztürk's Einschätzung wahrt die Bürgerbewegung rund um die Gezi-Park-Proteste Distanz zu Gülen. Als demokratische Alternative zu Erdogan würde der Imam bei ihnen nicht durchgehen.

Gegner und Befürworter Gülen's in den deutschen Parteien

Aus Verbündeten werden möglicherweise auch in deutschen Parteien Gegner. In der CDU gibt es unter den türkischstämmigen Politikern zwei Lager. Das der Gülen-Anhänger und das der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs zugehörige Lager. "Bisher haben sie zusammen gearbeitet und vertraten die Türken in der Partei", sagt Ali Yildiz, Sprecher des Christlich-Alevitischen Freundeskreises der CDU (CAF). Er versucht mit einer kleinen Schar Mitstreiter in der CDU für Aufklärung über die Lager zu sorgen. Seine Hoffnung: Der offene Machtkampf sorgt für mehr Wachsamkeit in den deutschen Parteien gegenüber der Verquickung von nationalistisch-türkischen Interessen einzelner Politiker.

Yildiz sagte, er erwarte von türkischstämmigen Landtags- und Bundestagsabgeordneten, dass sie deutlicher Kritik an der Einflussnahme aus der Türkei übten. Eine, die bislang kein Blatt vor den Mund nahm, wenn es um Kritik an der Verflechtung von türkischen Organisationen und hiesigen Verbänden ging, ist die ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete Lale Akgün. Ihrer Meinung nach liefert der Machtkampf in der Türkei den Integrationspolitikern viel Anschauungsmaterial darüber. Man müsse nur die richtigen Konsequenzen daraus ziehen.

In Richtung der zahlreichen Politiker und Vertreter von Verbänden und Kirchen, die sich mit der Gülen-Organisationen in Deutschland zeigen, oder als Berater fungieren, sagt sie: "Ich verstehe nicht, dass Politiker, bei denen bei Scientology alle Alarmleuchten angehen, bei Gülen meinen, es handle sich um eine fromme Truppe."

Noch ist es kein Problem, die Nähe zu Gülen-Organisationen offen zu zeigen. Der außenpolitische Sprecher der Grünen-Fraktion im Bundestag, Omid Nouripour, ist Beirat im FID e.V. Der Verein organisiert in Frankfurt am Main Treffen zwischen Gülen-Anhängern und Politikern, Kirchenleuten und anderen Vertretern des öffentlichen Lebens.

Seit dem Aufkommen von Berichten über Indoktrination in besagten Lichthäusern spricht Nouripour davon, aus dem Beirat auszutreten. Bisher hat er das nicht getan. Auch nicht nach dem Ausbruch des Machtkampfs in der Türkei: "Ich sehe keine Deckungsgleichheit zwischen der Arbeit des FID in Frankfurt und der Politik Gülen's in Ankara", sagte Nouripour. Ehrenvorsitzender des FID ist Fethullah Gülen.

Load-Date: December 29, 2013

Leben, die im Sand verlaufen; Ridley Scotts neuer Film spielt im Grenzland zwischen den USA und Mexiko, es geht um millionenschwere Drogengeschäfte. Der eigentliche Held des Films ist aber die Wüste.

ZEIT-online

Mittwoch 27. November 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Film "The Counselor"; Ausg. 48

Length: 818 words

Byline: Andreas Busche

Body

Der "Counselor" (Michael Fassbender, rechts) betreibt Drogengeschäfte, Westray (Brad Pitt) ist sein Mittelsmann.

© 2013 Twentieth Century Fox

An kaum einem Ort zeigt sich soziale Ungleichheit drastischer als im Grenzland zwischen den USA und Mexiko. Erste Welt und globaler Süden treffen hier mit einer solchen Wucht aufeinander, dass sie durch einen Hochsicherheitszaun voneinander getrennt werden müssen. So undurchlässig die Grenze in Richtung Norden für Migranten ist, so reibungslos funktioniert eine andere Art des Verkehrs entlang des Bollwerks: Der Handel mit Drogen, Waffen und Menschen hat das Gebiet in eines der am härtesten umkämpften der Welt verwandelt.

Die Region hat auch das Kino seit jeher inspiriert, denn in der auf unwirtliche Weise atemberaubenden Landschaft verschmelzen historisches Bewusstsein und nationale Mythen von Landnahme und Unabhängigkeit. Der britische Regisseur Ridley Scott hat nun mit seinem neuen Film *The Counselor* die Mythen durch jene Ordnungsprinzipien ersetzt, die auch als Schmiermittel des Kapitalismus fungieren: Gier, rücksichtsloser Individualismus und ein hohes Maß an moralischer Flexibilität.

Scotts Titelfigur, wie so viele postmoderne Helden ein Fremder ohne Namen, vereint diese Eigenschaften auf exemplarische Weise. Michael Fassbender verleiht der Armani-gewandeten Figur des "Beraters" eine professionelle Geschmeidigkeit. Sie lässt ihn wie einen Fremdkörper erscheinen zwischen der geschmacklos lauten Welt der neureichen Drogen-Entrepreneure (Javier Bardem in wechselnder Mallorca-Freizeitgarderobe) und der materialistischen Realität des mexikanischen Kartells.

The Counselor handelt von einem 20 Millionen Dollar schweren Drogendeal, der furchtlich schiefgeht und das Kartell auf den Plan ruft. Die Hintergründe des Plans sind reichlich verwirrend, auch weil Drehbuchautor Cormac McCarthy weniger Gewicht auf eine stringente Handlung zu legen scheint. *The Counselor* ist in erster Linie ein Wettstreit der Weltanschauungen. Allein Brad Pitt bewegt sich auf Augenhöhe mit Fassbenders Protagonisten, als undurchsichtiger Mittelsmann mit einer Vorliebe für teure Designer-Cowboy-Outfits und praktische Lebensphilosophien.

Leben, die im Sand verlaufen Ridley Scotts neuer Film spielt im Grenzland zwischen den USA und Mexiko, es geht um millionenschwere Drogengeschäfte. Der eigentli....

Die Fäden zieht im Hintergrund eine frivol exaltierte Cameron Diaz in der Rolle des maliziösen Gangsterliebchens Malkina. Ihre Rücksichtslosigkeit vertritt jenes Natur-Prinzip, dem alle Allianzen in *The Counselor* folgen: dem Recht des Stärkeren. Sie fühle sich geistig mit der Wüste verbunden, sagt sie einmal, diesem mitleidlosen Ort des Todes, an dem sich niemand mehr die Mühe macht, die Toten zu begraben. Acht- und kopflos werden sie weggeworfen, die Hinterbliebenen erhalten zur Erinnerung ein Hinrichtungsvideo.

Man hat diesen ausgebrannten Landstrich, den unser geistiges Auge heute mit dem charakteristischen gelben Farbstich aus Hollywood-Filmen assoziiert, in letzter Zeit öfter gesehen: in *No Country for Old Men* von den Coen-Brüdern, in Oliver Stones Pulp-Gangster-Farce *Savages*, im revisionistischen B-Movie *Machete* - und natürlich in *Breaking Bad*.

Allen Filmen ist gemein, dass sie noch über eine Vorstellung verfügen von der destruktiven Kraft der entfesselten (Drogen-)Märkte. Ridley Scott verzichtet auf diese Reflexionsebene, stattdessen nimmt er gewissermaßen die Perspektive des Schauplatzes ein. *The Counselor* ist ein Film über die Wüste - in den Menschen. Nicht als Transitraum von Drogenkurieren oder Massenbegräbnisstätte für Auftragskiller, sondern als moralischer Status quo.

Die eigene Raubtierwerdung

Das unerbittliche Klima der Wüste muss für eine umfassende Mentalitätsbeschreibung herhalten. Hier geht auch Malkina mit ihren Gepardenbabys auf die Jagd, ihren Rücken zieren die Tätowierungen von Tatzern. Die eigene Raubtierwerdung hat sich bereits in ihren Körper eingeschrieben.

Vielleicht ist es angesichts des globalisierten Drogenmarktes nur konsequent, dass *The Counselor* nicht im markanten mexikanisch-texanischen Grenzland entstanden ist, sondern in Spanien, wo schon der Italo-Western seine ausgemergelten Landschaften gefunden hat. Cormac McCarthy gilt in der Gegenwartsliteratur als fähigster Chronist der amerikanischen Grenzer-Mentalität, doch in diesem Fall verrennt sich sein Drehbuch über weite Strecken in bloßer Selbstbezüglichkeit.

In einer Hinsicht sind seiner Erfindungsgabe allerdings keine Grenzen gesetzt, nach dem Bolzenschussgerät aus *No Country for Old Men* bereichert er mit *The Counselor* das Arsenal an Tötungsinstrumenten um ein weiteres originelles Exemplar: einer Mischung aus Drahtschlinge und Guillotine. Der Zuschauer muss sich etwas gedulden, aber natürlich wird auch diese Waffe noch ihrer Bestimmung zugeführt.

Load-Date: November 27, 2013

Ecuador berücksichtigt mögliche Todesstrafe für Assange; Ecuador will in Kürze entscheiden, ob es dem WikiLeaks-Gründer Asyl gewährt. Regierungsvertreter kündigten an, man werde das Recht auf Leben schützen.

ZEIT-online

Donnerstag 21. Juni 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: BOTSCHAFTSFLUCHT; Ausg. 25

Length: 256 words

Body

Unterstützer von Assange protestieren vor der ecuadorianischen Botschaft in London.

© Dan Kitwood/Getty Images

Ecuador will bei der Prüfung des **Asylantrags** von Julian Assange auch die Gefahr der Todesstrafe für den Wikileaks-Gründer in den USA berücksichtigen. "Wir untersuchen derzeit Assanges Einwand, dass er aus politischen Gründen vor Gericht gestellt und zum Tode verurteilt werden könnte", twitterte der ecuadorianische Außenminister Ricardo Patiño. Ecuador werde das Menschenrecht auf Leben und freie Meinungsäußerung schützen. Die ecuadorianische Verfassung kenne keine Todesstrafe.

Patiños Stellvertreter Marco Albuja hatte zuvor im australischen Fernsehen gesagt, dass Ecuadors Präsident Rafael Correa sich noch am Donnerstag zu dem Antrag äußern werde. Correa selbst, der sich zum UN-Nachhaltigkeitsgipfel in Rio de Janeiro aufhielt, sagte dazu: "Wir sind ein Land der Freiheit."

Assange hatte am Dienstag in der Londoner Botschaft Ecuadors Zuflucht gesucht und einen Antrag auf politisches Asyl gestellt. Ihm droht die Auslieferung an Schweden, wo ihm Sexualdelikte zur Last gelegt werden. Assange fürchtet aber, letztlich an die USA ausgeliefert und dort wegen der brisanten Enthüllungen durch seine Website Wikileaks verfolgt zu werden.

Die britischen Behörden hatten am Mittwoch angekündigt, Assange festzunehmen, sobald er die ecuadorianische Botschaft in London verlässt, weil er seine Arrestauflagen verletzt habe. Assange muss unter anderem eine elektronische Fußfessel tragen und sich täglich bei der Polizei melden.

Load-Date: June 22, 2012

Bei Bootsunglück sterben zwölf Flüchtlinge; Mindestens zwölf Flüchtlinge sind vor Griechenland bei einem Bootsunglück ums Leben gekommen, darunter vier Kinder. Weitere 15 Menschen retteten sich auf eine Insel.

ZEIT-online

Freitag 15. November 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Griechenland

Length: 168 words

Body

Migranten in einem griechischen **Flüchtlingslager** an der Grenzen zur Türkei

© Yannis Behrakis/Reuters

Im Mittelmeer vor der griechischen Küste sind mindestens zwölf **Flüchtlinge** ums Leben gekommen. Sie waren mit ihrem Boot vor der Insel Lefkada gekentert - die Ursache ist noch unklar. 15 Menschen konnten sich retten und seien in Sicherheit, teilten griechische Behörden mit.

Auch vier Kinder seien unter den Toten, hieß es. Es sei nicht ausgeschlossen, dass es noch weitere Opfer gibt. Die Sucharbeiten würden fortgesetzt. Die Behörden wurden von Überlebenden alarmiert, die es zum griechischen Festland schafften. Es bleibt unklar, wo die Flüchtlinge aufgebrochen waren und woher sie stammten.

Seit Jahresbeginn sind nach Schätzungen der Vereinten Nationen mehr als 30.000 Flüchtlinge aus Afrika allein in Italien und Malta eingetroffen. Die EU-Einwanderungspolitik steht seit einer Flüchtlingstragödie vor der italienischen Mittelmeerinsel Lampedusa mit mehr als 350 Toten Anfang Oktober erneut in der Kritik.

Load-Date: November 15, 2013

Flüchtlinge auf Lampedusa rebellieren gegen Unterbringung; Sie warfen mit Matratzen und wollten Busse mit Neuankömmlingen stoppen: In einem überfüllten Auffanglager haben Flüchtlinge gegen die dortigen Zustände protestiert.

ZEIT-online

Dienstag 8. Oktober 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Auffanglager; Ausg. 41

Length: 337 words

Body

Auffanglager für **Flüchtlinge** auf Lampedusa

© Luca Bruno/AP/dpa

Auf der italienischen Mittelmeerinsel Lampedusa haben **Flüchtlinge** gegen ihre Unterbringung in einem Auffanglager protestiert. Sie warfen Matratzen aus den Gebäuden und versuchten, Busse mit Neuankömmlingen auf dem Weg ins das überfüllte Lager aufzuhalten.

Das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR teilte mit, die Lebensbedingungen in der Einrichtung seien "vollkommen inakzeptabel". Nach einem Brand im Herbst 2011 ist das Auffanglager nur noch auf 250 Menschen ausgelegt, zuletzt waren aber mehr als tausend Insassen dort untergebracht.

Vor der Küste der Insel setzten Taucher die Bergung weiterer Leichen aus dem am Donnerstag gesunkenen Flüchtlingsboot fort. Am Morgen seien 18 Tote an Land gebracht worden, so dass die Zahl der geborgenen Leichen nun bei insgesamt rund 250 liege, teilte die Küstenwache mit. Die Arbeit sei sehr anstrengend und schwierig für die Taucher. Diese ziehen die Leichen mit Hilfe von Seilen und Kabeln an die Wasseroberfläche. Von den rund 500 afrikanischen Flüchtlingen an Bord des Schiffes hatten nur 155 das Unglück überlebt, etwa 100 werden noch vermisst.

Weitere Schiffe in Seenot

Auch in der Nacht zum Dienstag geriet ein Schiff auf dem Mittelmeer in Seenot. 263 Syrer und Palästinenser konnten gerettet werden von einem panamaischen Frachter, der die Flüchtlinge nach Sizilien brachte. Ein Frachter aus Dänemark brachte weitere 141 Menschen auf die Insel. Nach eigenen Angaben kamen sie ebenfalls aus Syrien.

Bereits am Montag hatten ein französisches und ein niederländisches Schiff 200 Menschen von einem Flüchtlingsboot nach Sizilien gebracht. Die 29 Menschen an Bord des französischen Schiffes bezeichneten sich ebenfalls als Syrer.

Flüchtlinge auf Lampedusa rebellieren gegen Unterbringung Sie warfen mit Matratzen und wollten Busse mit Neuankömmlingen stoppen: In einem überfüllten Auffangla....

Die Vereinten Nationen erwarten im kommenden Jahr weitere Millionen Flüchtlinge aus dem Bürgerkriegsland. Nochmals zwei Millionen Syrer würden voraussichtlich ihr Heimatland verlassen, 2,25 Millionen würden zudem innerhalb Syriens auf der Flucht sein, teilte die UN in ihrem jüngsten Bericht mit.

Load-Date: October 8, 2013

End of Document

Hass aus hundert Kehlen; Hitlergruß und Pogo: Die Dokumentation "Blut muss fließen - Undercover unter Nazis" zeigt, was Neonazis denken und singen, wenn sie unter sich sind.

ZEIT-online

Montag 20. Februar 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: FILM "BLUT MUSS FLIESSEN"; Ausg. 8

Length: 710 words

Byline: Daniel Erk

Body

Szene aus "Blut muss fließen"

© Berlinale

"Blut muss fließen, knüppelhageldick und wir scheißen auf die Freiheit dieser Judenrepublik" - immer wieder singen deutsche Neonazis auf Konzerten hierzulande und im umliegenden Ausland diese schon von der SA skandierten Zeilen. Sie recken die Arme zum Hitlergruß, schreien "Sieg heil" und tanzen Pogo, während die Bands auf der Bühne gegen Migranten, Multikulti, Linke und Juden hetzen. Und immer wieder steht unter den versammelten Neonazis ein Journalist, der sich Thomas Kuban nennt, selbst in Bomberjacke und schwarz-weiß-rotes Polohemd gekleidet und filmt all den Hass mit einer Kamera im Knopfloch.

In den vergangenen zehn Jahren hat Kuban derart verkleidet über vierzig Nazi-Konzerte besucht. Sein gesammeltes Bild- und Videomaterial ist erschreckend und bedrückend. Offen rufen Neonazis zu Mord und Gewalttaten auf, fantasieren, wie die Waffen-SS in Kreuzberg einrückt und Adolf Hitler wieder die Macht in Deutschland übernimmt. In einem Lied heißt es "Adolf Hitler, steig hernieder, und regiere Deutschland wieder", in einem anderen "Meint Ihr nicht auch, dass es langsam reicht? Macht ganz Kreuzberg dem Erdboden gleich" und schließlich etwas ungelenk: "Wir brauchen sie wieder, das ist kein Witz, die Jungs in Schwarz mit dem doppelten Blitz."

Durch seine beharrliche Recherche unter immensem persönlichen und technischen Aufwand gelangte Thomas Kuban so über Jahre zu Einblicken in die unzugänglichen Winkel der deutschen Neonazi-Szene. Kuban nahm an konspirativen Treffen und geheimen Konzerten teil, immer in der Gefahr entdeckt zu werden.

In *Blut muss fließen* begibt er sich gemeinsam mit dem Filmemacher Peter Ohlendorf noch einmal zu den Orten der Recherche. Immer wieder folgt der Film Kuban an die Orte früherer Nazi-Konzerte, immer wieder werden die Undercover-Aufnahmen gezeigt, auf denen die sich recht gleichbleibenden, hasserfüllten Lieder gegrölt und die dazu passenden T-Shirts, Pullover und - bisweilen auch verbotenen - CDs verkauft werden.

Hass aus hundert Kehlen Hitlergruß und Pogo: Die Dokumentation "Blut muss fließen - Undercover unter Nazis" zeigt, was Neonazis denken und singen, wenn sie unter...

Der Film ist oft ungenau

Dass das Bildmaterial oft unscharf und verwackelt und das Rauschen des Originaltons den Film anstrengend macht, das liegt in der Natur der Recherche. Gleichzeitig ist der Film aber auch ungeordnet und sprunghaft und eben eher eine Dokumentation von Kubans Arbeit als ein strukturierter Überblick über Entstehung und Rolle der Nazi-Rock-Szene in Deutschland. Denn Kuban und Ohlendorf geht es nicht alleine darum zu zeigen, was deutsche Neonazis denken und und singen, wenn sie sich unter ihres Gleichen glauben. Auch das Desinteresse der Behörden und der Medien prangern Kuban und Ohlendorf in *Blut muss fließen* an.

Tatsächlich ist es heute, nur wenige Wochen nachdem die deutschen Behörden vollkommen zufällig einer rechtsextremistischen Terrorzelle auf die Spur gekommen sind, bestürzend zu sehen, wie etwa Günther Beckstein zu seiner Zeit als bayerischer Innenminister Kubans Fragen zur Rechtsrock-Szene abwiegelt. Und wie Becksteins Pressesprecher Kubans wahrheitsgetreuen Schilderungen der Szene und der Zurückhaltung der Polizei als unglaublich abtut und lieber über die Gefahr durch islamistischen Terror sprechen mag.

Das von Kuban aber immer wieder behauptete Desinteresse der Öffentlichkeit am Thema ist dagegen schwerer nachzuvollziehen: So wurde Thomas Kubans Arbeit in den vergangenen Jahren nicht nur vom Netzwerk Recherche beleuchtet und mit einem Medienpreis ausgezeichnet, sondern war auch Thema in Interviews und in Artikeln von Kuban selbst, beispielsweise für die Bundeszentrale für politische Bildung.

Solche Ungenauigkeiten sind leider nur ein Problem des Films. Ein anderes ist, dass er zwar die Rechtsrock-Szene in der Breite zeigt, dabei aber arg an Tiefe vermissen lässt. Viele wichtige Fragen werden nur angerissen oder dann behandelt, wenn Undercover-Filmmaterial erläutert werden muss. Wer aber die Organisatoren der Konzerte sind, wer die Versandhandelshäuser betreibt, die die Szene mit Pullover, Mützen und indizierten CDs versorgt, wie das Verhältnis zur NPD und vor allem zu deren Jugendorganisation JN ist, warum die Polizei so oft vor Ort ist, aber so selten eingreift und wer die immer wieder gezeigten Bands sind und wie sie heißen, das alles bleibt leider weitgehend unerklärt.

Load-Date: February 21, 2012

Syrer fliehen in überforderte Nachbarländer; Hühnerställe, Keller oder die staubtrockene Wüste: Viele der 1,5 Millionen syrischen Bürgerkriegsflüchtlinge leben in katastrophalen Verhältnissen.

ZEIT-online

Freitag 10. August 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: BÜRGERKRIEG; Ausg. 33

Length: 797 words

Byline: Lisa Altmeier

Body

Im inoffiziellen **Flüchtlingslager** Dehemieh, Libanon

© Caritas International

Je heftiger sich Assads Soldaten und die Rebellen in Syrien bekämpfen, desto mehr Menschen versuchen, aus der fortwährenden Eskalation des Krieges zu entkommen. Doch wer es in ein Nachbarland geschafft hat, muss oft genug mit katastrophalen Zuständen klarkommen.

Am schlimmsten ist die Situation im Libanon. Zigtausende Syrer sind hierher geflohen und täglich werden es mehr. In dem Land gibt es keine offiziellen **Flüchtlingslager**, und die Regierung will auch in Zukunft keine einrichten. Zu sehr ist das zerrissene Land mit seinen eigenen Problemen beschäftigt.

Marc-André Hensel von der Hilfsorganisation World Vision ist seit Anfang August in dem Land. Er beobachtetverst rkt Konflikte zwischen verschiedenen Glaubensgruppen. Die ohnehin vorhandenen Spannungen würden durch die syrischen Flüchtlinge verschärft: "Je länger dieser Konflikt dauert, desto größer wird die Gefahr, dass er sich auf den Libanon ausweitete." Zumal das Land auch wirtschaftlich unter dem Krieg leidet: Vor Beginn des Konfliktes war Syrien der wichtigste Handelspartner des Libanon.

Elizabeth Fleckenstein, Katastrophenkoordinatorin bei Caritas International ist gerade aus dem Libanon und Jordanien zurückgekehrt, wo sie verschiedene Caritas-Zentren besuchte. "Es war herzerre end," fasst sie ihre Erlebnisse zusammen.

Zelte aus Pappkartons

Im Libanon leben viele Flüchtlinge in H hnerst llen, Kellern und Garagen. Andere mieten Schlafplätze auf Getreidefeldern, wo sie sich Zelte aus Kartons und Plastik bauen. In Dehemieh ist auf diese Weise ein inoffizielles Flüchtlingslager entstanden. Die Menschen müssen sich selbst helfen, die Caritas unterstützt sie dabei. Die Mietkosten für einen Platz auf dem Feld oder in einem Keller werden jedoch wegen der großen Nachfrage immer teurer. Fleckenstein ist besorgt: "Viele Flüchtlinge können sich das schon jetzt nicht mehr leisten."

Syrer fliehen in überforderte Nachbarländer Hühnerställe, Keller oder die staubtrockene Wüste: Viele der 1,5 Millionen syrischen Bürgerkriegsflüchtlinge leben i....

Die Caritas verteilt in ihren libanesischen Zentren Brot, Käse, Reis und Zucker an hungernde Familien. Fleckenstein organisierte auch Lampen und Schlafutensilien. Doch fehlen den Hilfsorganisationen oftmals die notwendigen Gelder: "Wir haben kaum noch Lebensmittel und Decken für die nächsten Monate", so Fleckenstein.

Der Italiener Fabio Forgione leitet derzeit den Einsatz von Ärzten ohne Grenzen im Libanon. "Wir sind sehr besorgt, weil die Menschen wahrscheinlich monate- oder sogar jahrelang hierbleiben werden. Dafür reichen die Ressourcen nicht", berichtet er. Die Ärzte behandeln vor allem Menschen mit chronischen Krankheiten wie Diabetes und Herzerkrankungen. Viele Kinder sind traumatisiert und brauchen psychologische Hilfe.

Probleme haben die Hilfsorganisationen auch damit, das exakte Ausmaß der Flüchtlingsströme zu erfassen. Viele Flüchtlinge lassen sich nicht registrieren, weil sie Repressalien fürchten. Rund 1,5 Millionen Syrer, so schätzen die Hilfsorganisationen, sind inzwischen auf der Flucht ins Ausland. Bis zu 80 Prozent davon sollen Frauen und Kinder sein.

Anders als im Libanon gibt es in Jordanien zwar offizielle Lager, doch macht den Flüchtlingen dort der chronische Wassermangel des Landes zu schaffen. Hinzu kommt, dass die meisten der rund 700.000 Flüchtlinge des Irak-Krieges noch immer in Jordanien sind und ebenfalls versorgt werden müssen.

Elizabeth Fleckenstein hat das UN-Lager Zaatari in der Nähe der jordanischen Grenzstadt Mafraq besucht. Es liegt mitten in der Wüste, tagsüber ist es bis zu 40 Grad heiß. "Ich hatte Sand im Hals und konnte kaum schlucken", berichtet Fleckenstein. Im Lager gebe es zwar Zelte, aber kaum Matratzen. Jeden Tag kommen Tausende Menschen an. Bis zu 140.000 Menschen werden hier erwartet.

Wer kann, reist nach Ägypten weiter

Der Nothilfekoordinator des Arbeiter-Samariter-Bunds, Axel Schmidt, lieferte vergangene Woche mit Kollegen 100 Kilogramm Medikamente im Nordirak ab. Dort sind 9.000 registrierte syrische Flüchtlinge untergebracht. Da der Nordirak autonomes kurdisches Gebiet ist, zieht es insbesondere kurdische Syrer dorthin. Die Ankömmlinge seien nicht so verzweifelt wie in anderen Flüchtlingsgebieten, so Schmidt: "Die Menschen sind größtenteils glücklich, dass sie es bis hierher geschafft haben."

Im übrigen Irak sei die Sicherheitslage dagegen katastrophal. Die dortige Regierung gibt Organisationen kaum die Möglichkeit zu helfen. Wer Geld hat, reist nach Beirut oder gleich weiter nach Ägypten. Das können sich jedoch die wenigsten Syrer leisten.

Von den vier Nachbarländern ist die Türkei das einzige, das die ankommenden Flüchtlinge derzeit noch ohne größere Hilfe von Organisationen versorgen kann. Mehr als 40.000 Syrer kamen bislang über die Grenze hierher. Die Regierung hat ein Schutzprogramm für die Menschen aufgelegt, die Lage ist laut Hilfsorganisationen stabil.

Load-Date: August 11, 2012

Neue Heimat gesucht; Aus Afrika kam die Familie Aluko nach Europa. Hier suchten die Eltern jahrelang nach einem Ort, an dem sie mit den Kindern leben dürfen. Ein Besuch bei der Flüchtlingsfamilie

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

14. November 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: KINDERZEIT; Neue Heimat gesucht; S. 43; Ausg. 47

Length: 862 words

Byline: Hauke Friederichs

Body

Das Meer ist stürmisch, als Paula, Collins und Victoria an den Strand kommen. Es regnet, und große Wellen bauen sich vor den drei Geschwistern auf. Ihre Mutter Rashida steht neben ihnen und blickt auf das unruhige Wasser. Irgendwo in der Ferne liegt das Land, aus dem die Familie Aluko geflohen ist.

Sieben Jahre ist es her, seit Paula und ihre Eltern an dieser Stelle auf Malta ankamen, einem Inselstaat im Mittelmeer. Paula war ein Baby, ihre Geschwister Collins und Victoria waren noch nicht geboren. Ihre Eltern hatten ihre Heimat Nigeria im Westen Afrikas verlassen, weil dort Gewalt wie in einem Bürgerkrieg herrschte und sie Angst um ihr Leben hatten. Sie waren durch die Wüste Sahara nach Libyen im Norden Afrikas gereist. Von dort aus brachen sie mit anderen **Flüchtlingen** in einem Boot in Richtung Europa auf. Die Familie hoffte auf ein besseres Leben in Europa. Doch hier suchen sie bis heute einen Ort, an dem sie bleiben können.

So wie die Familie Aluko versuchen jedes Jahr Tausende von Flüchtlingen, von Afrika aus nach Europa zu gelangen. Die Fahrt übers Meer ist gefährlich. Mutter Rashida erinnert sich, dass unterwegs Wasser ins Boot schwappte. Sie schöpften es mit den Händen heraus. Immer wieder kippen solche Flüchtlingsboote aber auch einfach um und gehen unter. In den vergangenen Wochen gab es zwei schlimme Bootsunglücke. Nur wenige Flüchtlinge konnten gerettet werden, mehr als 400 Menschen ertranken.

Rashida Aluko kann bis heute nicht schwimmen, und sie erzählt, dass keine Rettungswesten an Bord waren. Doch das Boot hielt, und nach vier Tagen entdeckten sie Land. Vor ihnen lag Malta.

Angekommen war die Familie damit aber längst noch nicht. Denn in Europa sind Flüchtlinge wie Rashida und ihr Mann nicht automatisch willkommen. Ob jemand das Recht hat zu bleiben, wird ausführlich geprüft. Kaum waren die Menschen aus dem Boot an Land, nahm die Polizei sie alle fest und brachte sie in ein Gefängnis. Weil die Alukos die kleine Paula dabei hatten, wurden sie jedoch schon nach wenigen Tagen in ein Flüchtlingslager verlegt.

Paula, die heute sieben Jahre alt ist, ihr fünfjähriger Bruder Collins und die vierjährige Schwester Victoria sind in verschiedenen Flüchtlingslagern aufgewachsen. Seit sie denken können, teilen sie sich einen Raum mit vier Betten.

Neue Heimat gesucht Aus Afrika kam die Familie Aluko nach Europa. Hier suchten die Eltern jahrelang nach einem Ort, an dem sie mit den Kindern leben dürfen. Ein....

Paula hat gelernt, mit wenig Platz auszukommen. Ihre Hausaufgaben macht sie an einem kleinen Klapptisch oder auf den Knien. Mit ihren Geschwistern spielt sie meistens draußen, wo mehr Platz ist.

In einem Flüchtlingslager haben die Menschen wenig zu tun, die meisten finden keine Arbeit. Sie können nur abwarten, bis entschieden ist, ob sie zurückmüssen oder bleiben dürfen. Die Alukos wollten lieber selbst etwas unternehmen. Der Vater brach nach Italien auf, um Arbeit zu suchen - auch wenn das eigentlich verboten ist.

Auch Mutter Rashida wollte nicht einfach auf Malta bleiben und warten. Sie machte sich zusammen mit ihren Kindern auf den Weg durch Europa, um eine neue Heimat zu suchen. An den verschiedenen Geburtsorten der Kinder kann man die Route der Familie verfolgen: Paula ist in Libyen zur Welt gekommen, Collins auf Malta, Victoria in Norwegen.

Von Malta aus reiste Rashida mit Paula und Collins zunächst nach Schweden. "In Schweden nehmen sie jeden", erzählten sich die Leute im Flüchtlingslager. Weil die Kinder noch klein waren, bekam die Familie eine Urlaubsgenehmigung. Rashida kaufte Tickets, und sie flogen los. Doch die Schweden waren strenger als erwartet. Die Alukos bekamen keine Aufenthaltserlaubnis.

So reisten sie sofort nach Norwegen weiter. Dort durften sie erst einmal bleiben, bis Victoria auf der Welt war. Dann erklärten die Norweger ihnen, dass Malta, das Land, in dem sie angekommen waren, für sie zuständig sei. Dorthin mussten sie zurück. So schreiben es die Regeln der Europäischen Union vor. Die Länder, in denen besonders viele Flüchtlinge ankommen, also Malta, Italien und Griechenland, wollen zwar, dass die Flüchtlinge fair auf alle Länder verteilt werden. Andere Länder, auch Deutschland, sind aber dagegen.

In Norwegen war Paula in der Vorschule und Collins im Kindergarten. Jetzt, zurück auf Malta, spielen die beiden Schwestern gern, dass sie in einem nördlichen Land leben. Sie hüllen sich in Decken und rufen: "Es ist so kalt, ich friere!" Collins muss dann immer ganz doll lachen. Denn auf Malta ist es nie richtig kalt. Die Mädchen erinnern sich gern an Norwegen, wo sie dicke Pullover und warme Jacken tragen mussten.

Paula spricht noch ein paar Sätze Norwegisch. Meistens unterhalten sich die Geschwister mit ihrer Mutter aber auf Englisch. Rashida Aluko will, dass ihre Kinder sich überall auf der Welt verständigen können. Paula lernt in der Schule und von Freunden auch Maltesisch.

Die Familie will nun auf Malta bleiben. Vor einigen Wochen hat die Mutter eine Arbeit gefunden: Sie hilft einer Familie im Haushalt. So verdient sie ein bisschen Geld und kann den Kindern ab und zu Spielzeug und Süßigkeiten kaufen. Außerdem hoffen sie, dass sie sich bald eine eigene Wohnung leisten können. Am meisten wünschen sich die Kinder aber, dass ihr Vater zu ihnen zurückkehrt. Victoria hat ihn bisher nur auf Fotos gesehen.

VON HAUKE FRIEDERICH

Graphic

Paula (ganz links), Victoria und Collins stehen mit ihrer Mutter an einem Hafen auf Malta

Lange Reise: Der Weg der Familie Aluko von Afrika durch Europa

Load-Date: November 14, 2013

**Die letzte Nacht des Burak B.; In Berlin schießt jemand auf fünf
Migrantensöhne. Es gibt einen Toten, zwei Schwerverletzte - und keinen
Täter**

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

5. Juli 2012

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: S. 16; Ausg. 28

Length: 1580 words

Byline: Vera Gaserow

Body

Mama, ich komme gleich wieder", das sind die letzten Worte, die Melek B. von ihrem Sohn in Erinnerung hat. "Und dann ist er nicht wiedergekommen." Die Sätze der 43-Jährigen ertrinken in Schluchzen. Aber sie will reden, über Burak, "unseren Ältesten, unseren Stolz, unsere Sonne".

Wer auch immer Burak in der Nacht auf den 5. April in Berlin-Neukölln erschossen hat: Er läuft frei herum. Und er wohnt womöglich nebenan. "Warum? Wer tut nur so etwas?", fragt die Mutter.

Das fragt sich auch Bernhard Jaß. 20 Kilometer vom Heim der Familie B. entfernt, sitzt er in einem Dienstzimmer des Berliner Landeskriminalamts, Abteilung "Delikte am Menschen". Ein sportlicher Mann mit kraftvollem Händedruck, seit 20 Jahren bei der Kripo. Seit zwölf Jahren leitet er die 6. Mordkommission. "In all dieser Zeit", sagt Jaß, "hatte ich noch nie einen Fall, in dem es so gar keinen Hinweis auf eine Richtung gibt."

Buraks Mörder hat weder ein Motiv noch Spuren hinterlassen, von den tödlichen Geschossen abgesehen, die irgendwann einer Waffe zugeordnet werden könnten - wenn man die Waffe denn findet. Deshalb will auch Jaß reden, um in Erinnerung zu rufen, was in der Nacht auf Gründonnerstag geschah.

Am Abend des 4. April kommt der 22-jährige Burak B. vom Sportstudio Wing Tsun nach Hause. Er hat gute Laune, als er sich um zehn von seiner Mutter verabschiedet, um noch ein paar Freunde zu treffen, gleich um die Ecke.

Die Ecke, das ist das bessere Neukölln, Rudow, das nur selten im Fernsehen zu sehen ist: brave Einfamilienhäuser, Koniferen und Rasenkanten, idyllische Straßennamen wie Goldammerweg oder Trappenpfad. Vor drei Jahren haben sich die B.s hier eine Doppelhaushälfte gekauft. "Unsere drei Kinder sollten eine bessere Zukunft haben", sagt Buraks Vater Ahmet. Er kam 1980 als Gastarbeiterkind aus der Türkei. Jetzt ist er sein eigener Chef als Fernsehtechniker. Seine Frau Melek arbeitet als Krankenpflegerin.

Der Aufbruch aus der Altbauenge Neuköllns in den südlichen Ortsteil Rudow war ein Zeichen: Die B.s haben den Aufstieg geschafft. Mit ihrem türkischen Namensschild an der Gartentür sind sie in dieser Gegend zwar eine

Die letzte Nacht des Burak B. In Berlin schießt jemand auf fünf Migrantensöhne. Es gibt einen Toten, zwei Schwerverletzte - und keinen Täter

Ausnahme, aber die Familie fühlt sich wohl in der grünen Nachbarschaft, die so friedlich anmutet. Und dann geschieht hier das Unfassbare.

Burak trifft sich mit vier Freunden im nahen Park. Eine Neuköllner Multikulturrunde mit türkischen, russischen und arabischen Wurzeln. Auf dem Heimweg quatschen sie sich an der viel befahrenen Rudower Straße fest, dort, wo die weniger schmucken Häuser der Siedlung stehen. Vor der Nummer 51, zwischen dem Frisiersalon Duett und dem Racletterestaurant Chäs Chuchi, stehen sie eine halbe Stunde, lachen, rauchen, trinken.

Den Unbekannten, der um Viertel nach eins auf sie zukommt, bemerken die fünf erst, als er vor ihnen steht. Der Mann zieht wortlos eine Waffe, zielt, drückt mehrmals ab, dreht sich um und verschwindet in aller Ruhe in einer kleinen Grünanlage.

So jedenfalls haben es Buraks Begleiter übereinstimmend geschildert. Der 22-jährige Ömer A. und der 21-jährige Seltunc B. bleiben unverletzt; der 17-jährige Jamal A. und der 16-jährige Alexander A. werden von mehreren Schüssen getroffen. Schwer verletzt kommen sie ins nahe Krankenhaus Neukölln. Für Burak B. kommt jede Hilfe zu spät.

Kriminelle Verwicklungen, Drogen, Streit, Geld? Nichts

Mit den Medien wollen die vier Überlebenden vorerst nicht reden. Wenn es einen Prozess gegen den Täter gibt, werden sie als wichtige Zeugen gebraucht. Den Ermittlern haben sie zu Protokoll gegeben, was an dem Abend geschah. Und der Kripomann Jaß sieht "keinerlei Anlass, daran in irgendeiner Form zu zweifeln".

Vom Täter haben die Überlebenden berichtet, dass er zwischen 40 und 60 Jahren alt sein soll, eine dunkle, womöglich zweifarbige Jacke getragen habe, dazu eine Kapuze oder Schirmmütze.

Die Polizei hat das Umfeld der fünf jungen Opfer durchleuchtet. Kriminelle Verwicklungen, Drogen, Streit, Rache, Geld? Nichts. Die Neuköllner Schablonen passen nicht. Der Kripomann Jaß sagt: "Weder im Lebensumfeld der Beteiligten noch in der Nacht selbst hat es irgendwelche Konflikte gegeben, welche die Tat erklären."

Die Sportschule, aus der Burak am Abend kam, bietet Kurse in Selbstverteidigung und Gewaltprävention an. "Weder Opfer noch Täter werden" lautet ihr Motto. "Burak war ein extrem höflicher, zurückhaltender Junge", sagt Kenan Yilmaz, sein Trainer und zugleich der Inhaber der Schule. Er kenne genug Rabauken unter Einwandererkindern, "Burak war anders".

Burak, sagt Yilmaz, sei dabei gewesen, seinen Traumberuf zu ergreifen. Nächstes Jahr wäre er mit seiner kaufmännischen Lehre fertig geworden in der Fiat-Niederlassung Reinickendorf im Norden Berlins.

"Wir hätten ihn mit Kusshand übernommen", sagt Tobias Schroeter, der Verkaufsleiter des Autohauses, "er war eine echte Bereicherung. Wenn einem wie ihm so etwas zustößt, kriegt das eine Dimension, von der man dachte, dass es sie in Deutschland nicht gibt. Dann hätte es eigentlich jeden treffen können."

Eigentlich. Jeden. Zufall oder nicht - die Schüsse des Unbekannten trafen junge Männer aus Einwandererfamilien. Die Eltern von Ömer A. und Seltunc B. kamen wie die von Burak B. aus der Türkei. Die von Alexander A. aus Russland. Jamal A.s Vater stammt aus dem Libanon. Die fünf Freunde sind deutsche Staatsangehörige, aber alle haben einen Migrationshintergrund. Das nährt Spekulationen, die falsch sein können.

Als der Mörder auf Burak und seine Freunde schießt, ist es gerade ein halbes Jahr her, dass die jahrelang unentdeckte Mordserie der rechtsterroristischen NSU bekannt wurde. Könnte der Täter ein Neonazi sein, ein ausländerhassender Psychopath? "Bei so einer Tat denkt man zunächst automatisch an einen rechtsradikalen Anschlag. Doch bisher gibt es kein Indiz dafür", sagt Kenan Kolat, der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland. Er warnt vor vorschnellen Schlüssen.

Doch die Antennen sind ausgefahren, nicht nur unter den Einwanderern, auch bei Polizei und Justiz. "Wir ermitteln in alle Richtungen, und dazu gehört ein rechtsextremistischer Hintergrund", sagt der Kripomann Jaß. "Nur gibt es

Die letzte Nacht des Burak B. In Berlin schießt jemand auf fünf Migrantensöhne. Es gibt einen Toten, zwei Schwerverletzte - und keinen Täter

dafür keinerlei Anhaltspunkte." Keinen Tipp aus der Szene. Keine Erkenntnisse des Staatsschutzes. Nichts im Internet. Dennoch will der Ermittler keine Variante ausschließen. "Die Vorgänge rund um die NSU haben uns hier sensibilisiert."

"Lebt mit den Schmerzen des Verlustes, ohne Rache", fleht der Imam

Und so ist Buraks Tod ein Beispiel dafür, wie Polizei, Politik und Einwanderer sich bemühen, verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen. Die Staatsanwaltschaft hat eine hohe Belohnung für Hinweise auf den Täter ausgesetzt. 15000 Euro. Die Summe soll ein Signal sein. Die Ermittler halten engen Kontakt zu den Opfern und ihren Angehörigen, Berlins CDU-Innensenator Frank Henkel besuchte Buraks Familie und sprach ihr sein Beileid aus. Springers Boulevardblätter, sonst mit lautstarken Schuldzuweisungen vornweg, wenn es um Gewalt und jugendliche Einwanderer geht, beklagen das "brutale Attentat".

Zu Buraks Beerdigung auf dem Friedhof der Sehitlik-Moschee am Neuköllner Columbiadamm kamen mehr als tausend Menschen - Verwandte, Freunde, der türkische Botschafter, Hunderte junger Leute. Der Imam flehte: "Lebt mit den Schmerzen des Verlustes, ohne Rache." Die Mahnung zur Besonnenheit scheint befolgt zu werden. Sie macht den Mord an Burak B. auch zu einem Beispiel dafür, dass sich Einwanderer nicht mehr in die trennenden Raster "Ausländer/Deutsche", "wir/ihr" pressen lassen wollen. Buraks Freunde widmeten ihren Trauermarsch dem friedlichen Zusammenleben. Auf ihren Gedenkschildern, die noch jetzt am Tatort hängen, findet sich keine voreilige Empörung über Fremdenhass, kein Rassismusvorwurf, keine Anklage gegen deutsche Behörden.

Auch die Familie will keine Spekulationen schüren. Natürlich fragen sich die Angehörigen, ob der Täter ein Ausländerfeind sein könnte. "Aber wir sind doch gar keine Ausländer", wird Ahmet B. plötzlich sehr bestimmt. "Wir haben alle einen deutschen Pass, wir fühlen uns als Deutsche. Wir haben unsere Arbeit. Wir sind gut integriert."

"Burak und die anderen haben Deutsch miteinander gesprochen. Das passt alles nicht zusammen", schluchzt seine Mutter. Das Rätseln über den Mörder könnte die Eltern nun in eine Rolle zurückwerfen, die sie für sich längst abgestreift hatten. Sollte sich herausstellen, dass der Täter aus Ausländerhass gehandelt hat, würde Familie B. ein Stück ihrer zweiten Heimat verlieren.

"Dann würde ich hier wegziehen", erklärt Buraks Vater Ahmet. Nicht aus Berlin, aber aus dieser Gegend. Er mag den Gedanken nicht zu Ende denken. "Vielleicht war es ja ein Verrückter oder jemand, der es nicht ertragen konnte, dass es fröhliche junge Leute gibt." Es hört sich an wie ein Trost, der keiner ist. Der Attentäter ist nicht gefasst, er könnte seine Waffe noch haben. Er könnte wieder schießen.

Buraks zehnjährige Schwester darf nicht mehr allein auf die Straße gehen. Der 19-jährige Bruder Fatih geht abends kaum noch aus.

Ein Vierteljahr liegt die Tat jetzt zurück. Bei der Kripo sind bisher 87 Hinweise eingegangen, mittlerweile wird es ruhig um die Sache. Der Kripomann Jaß drängt deshalb: "Wir müssen den Fall am Kochen halten." Im Fiat-Autohaus steht Buraks Foto noch auf dem Schreibtisch. "Aber 99Prozent der Berliner", fürchtet Verkaufsleiter Schroeter, "haben die Tat schon vergessen."

In Buraks Zimmer streicht seine Mutter über die akkurat gefalteten Jeans ihres Sohnes. Auf dem Kopfkissen liegt sein Erkennungszeichen, die rote Schirmmütze.

Graphic

Trauern um Burak: Junge Frauen auf dem Hof der Berliner Sehitlik-Moschee

Die letzte Nacht des Burak B. In Berlin schießt jemand auf fünf Migrantensöhne. Es gibt einen Toten, zwei Schwerverletzte - und keinen Täter

Load-Date: July 5, 2012

End of Document

Der neue Hass gegen Syriens Flüchtlinge; Einst freundlich begrüßt, werden Syriens Flüchtlinge in Ägypten heute als "Söldner der Muslimbrüder" diskriminiert. Am stärksten vom Staat selbst.

ZEIT-online

Freitag 30. August 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: ÄGYPTEN; Ausg. 36

Length: 1088 words

Byline: Mohamed Amjahid

Body

Geflüchtet nach Ägypten: Syrische Geschwisterkinder im UNHCR-Büro in Zamalek, Mai 2013

© Shawn Baldwin

Ägypten war einmal das gelobte Land für alle Syrer, die Zuflucht vor dem Bürgerkrieg suchten. Vor zwei Monaten waren syrische **Flüchtlinge** hier noch mehr als willkommen. Sie bereicherten mit ihren kleinen Restaurants die Speisekarte von Millionen von Ägyptern, verkauften Parfüm, nähten günstige Kleidung oder verrichteten Arbeit, die niemand machen wollte. "Doch seit dem Sturz von Mohammed Mursi hassen uns so viele, so plötzlich", bringt es Bilal, der syrische Frisör in Nasr City im Nordosten Kairo auf den Punkt. Was ist passiert?

Angefangen hat die neue Feindschaft gegen die Gäste über Nacht. Am 30. Juni gingen Millionen Ägypter auf die Straße, dann stürzte Präsident Mohammed Mursi am 3. Juli über seine eigene Unfähigkeit, den Willen des Volkes und die Panzer des Militärs, danach gingen die Anhänger der Muslimbruderschaft demonstrieren und die Medien starteten eine Kampagne gegen die "Staatsfeinde mit Bart". So weit so gut.

Doch irgendwann mitten im Umbruchstrubel schrieb irgendein Journalist, dass auch alle Syrer Terroristen und Muslimbrüder seien. Daraus wurde schnell Konsens in vielen Zeitungen und im Fernsehen. Seitdem sind die ehemals als "Blutsbrüder und -schwestern" bezeichneten Flüchtlinge aus Damaskus, Aleppo, Homs und allen anderen Schauplätzen des blutigen Bürgerkrieges nicht mehr willkommen in Ägypten.

Negativkampagne kommt Militär und Polizei zugute

Tatsächlich lebten eine Handvoll Syrer im vor einigen Wochen gewaltsam aufgelösten Pro-Mursi-Protestcamp, Rabea-Adawija, suchten syrische Flüchtlinge eine Herberge oder etwas Essbares bei Wohltätigkeitsorganisationen der Bruderschaft, zeigten Staatsfernsehen und Privatsender einige kämpfende syrische Dschihadisten auf der Sinai-Halbinsel, doch fragt sich Bilal warum nun alle rund 300.000 Syrer in Ägypten unter Generalverdacht gestellt werden. Der Frisör mit dem kugelrunden Bauch kommentiert ungern in der Öffentlichkeit, was um ihn herum geschieht. Eine geflüsterte Analyse der Situation kann er sich dennoch nicht verkneifen: "Die Ägypter machen alles, was ihnen von oben gesagt wird", hat Bilal in den 18 Monaten, in denen er nun in Kairo lebt, beobachtet, "wenn ihr

Der neue Hass gegen Syriens Flüchtlinge Einst freundlich begrüßt, werden Syriens Flüchtlinge in Ägypten heute als "Söldner der Muslimbrüder" diskriminiert. Am s....

Präsident ihnen befiehlt, dass sie die syrischen Flüchtlinge willkommen heißen sollen, bewerfen sie uns mit Rosen und wenn es von ganz oben heißt, dass wir Terroristenhelfer sind, hassen sie uns wie ihre schlimmsten Feinde".

Dabei kommt die Negativkampagne gegen Syrer vor allem dem Militär und der Polizei zugute. Liefert sie doch ein gutes Argument, um die Muslimbruderschaft zu eliminieren. Denn mit den "syrischen Söldnern" wird die Bruderschaft zur internationalen Terrororganisation, die mit Panzern und Geheimdiensten bekämpft werden muss. Wie zu Zeiten des Krieges von George W. Bush gegen die Achse des Bösen. Ahmad Awadalla von der Flüchtlingsorganisation Africa and Middle East Refugee Assistance (AMERA) sagt, dass seit dem Sturz von Mohammed Mursi die prekäre Sicherheitslage alle Flüchtlinge in Ägypten trifft. Doch die Negativkampagne in den Medien bringe besonders syrische Staatsbürger in Bedrängnis. In den letzten zwei Wochen wurden rund 300 von ihnen teils grundlos festgenommen.

Auf dem Flachbildfernseher im Frisörladen läuft Al Jazeera. Der Moderator verliest die neuesten Nachrichten über den bevorstehenden Militärschlag gegen das Assad-Regime. Die Berichterstattung des Nachrichtensenders aus Katar kann auf zwei Dinge reduziert werden: Anti-Assad, was Syrien betrifft, und Pro-Muslimbruderschaft, wenn es um Ägypten geht. Als der Nachrichtensprecher einen Beitrag zur Lage am Nil anmoderiert, sucht Bilal hastig nach der Fernbedienung. Passanten, die durch das Schaufenster skeptisch schauen, könnten ja denken, dass er einverstanden sei, mit dem was bei Muslimbruder TV behauptet wird. Er habe mittlerweile Angst, mische sich explizit nicht in ägyptische Angelegenheiten ein und bewege sich nur noch zwischen seiner Wohnung und seinem Arbeitsplatz.

Bilal ist mit seinem kleinen Frisörladen nur einer von vielen. Die Trabantenstadt 6th of October City vor den Toren Kairo liegt Mitten in der Wüste. Dieser unwirtliche Ort trägt spätestens seit einem Jahr den Namen Kleinsyrien. Hier haben sich seit Ausbruch des Bürgerkrieges Zehntausende Syrer eingefunden. Die Mieten waren anfangs günstig, die Arbeit brachte das Nötigste zum Überleben, die ägyptischen Nachbarn waren nett zu ihnen. Doch egal wohin man sich heute in 6th of October City begibt, mit wem man auch spricht, überall herrscht Verwunderung, dass die Stimmung so schnell gekippt ist. Als hätte man das Land unter ihren Füßen durch ein anderes ausgetauscht, beklagen viele.

Das größte Problem, so berichten die meisten Syrer, sei nicht mal die feindselige Atmosphäre in weiten Teilen der ägyptischen Gesellschaft. Vielmehr zeigten die Behörden noch deutlicher ihre Abneigung gegenüber den Flüchtlingen. Beamte stellen nur noch willkürlich Aufnahmegenehmigungen aus und verschleppen absichtlich die Bearbeitung, sodass die meisten auf einen legalen Status aus Angst vor Abschiebung verzichten. Ganze Flugzeuge mit syrischen Flüchtlingen werden von Grenzpolizisten am Flughafen in Kairo zurückgeschickt. Die Einführung einer allgemeinen Visapflicht für Syrer war eine der ersten Maßnahmen der neuen Übergangsregierung. "Die Verordnung, dass Syrer vor ihrer Einreise nach Ägypten ein Visum besitzen müssen, ist ein Dolchstoß für alle Menschen, die vor der Gewalt in Syrien fliehen müssen", sagt Ahmad Awadalla von Amara.

Mohamed Dayri, Botschafter der UN-Flüchtlingsorganisation UNHCR in Ägypten, hofft dass die Medienkampagne gegen die Flüchtlinge bald abebbt. Er beschreibt konkrete Probleme die für die Schutzsuchenden daraus entstehen. So sind syrische Kriegsflüchtlinge neuerdings mit einer Änderung beim Schulzugang für ihre Kinder konfrontiert. Syrische Schüler waren bis vor Kurzem explizit noch ägyptischen Kindern bei der Einschulung gleichgestellt. Nachdem die Übergangsregierung sie als "ausländische Staatsbürger" zurückgestuft hat, müssen sie durch einen langwierigen und bürokratischen Prozess, ehe sie einen der wenigen Plätze an öffentlichen Schulen erhalten: "Wir verhandeln mit dem ägyptischen Bildungsministerium, sodass Syrien seine Zukunft nicht verliert", sagt Dayri. UNHCR rät allen syrischen Flüchtlingen sich unauffällig zu verhalten, bei Einbruch der Dunkelheit in ihren Wohnungen zu bleiben und darauf zu warten, dass sich die politische Lage für sie verbessert.

Load-Date: August 30, 2013

China geht shoppen; Die Reichen kaufen Immobilien auf der ganzen Welt, weil die wirtschaftliche Lage sie aus dem Land treibt

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

21. März 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: WIRTSCHAFT; China geht shoppen; S. 28; Ausg. 13

Length: 1843 words

Byline: Angela Köckritz

Body

VON ANGELA KÖCKRITZ

Es gibt sie also wirklich. Die Typen, von denen man glaubte, sie seien ausgedacht. Den rundlichen, freundlichen Chinesen zum Beispiel, den man eines Nachmittags bei Pekinger Künstlerfreunden trifft. Der Kleidung nach zu urteilen, könnte er Kleinunternehmer sein, Autohändler vielleicht. Aber chinesischen Millionären sieht man ihr Geld eben selten an. Der Mann ist in die USA ausgewandert, betätigt sich als Kunstsammler und lebt in einem Palast. Auf seinem iPhone zeigt er Bilder seines neuen Zuhauses in Atlanta. Darauf: das Weiße Haus. »Sieht genauso aus wie das in Washington«, sagte er in möglichst bescheidenem Tonfall. »Ein bisschen größer vielleicht.«

Der Neuamerikaner ist durchaus typisch, denn immer mehr reiche Chinesen kaufen Grundbesitz im Ausland und wandern aus. Umweltverschmutzung, Lebensmittelskandale und wirtschaftliche Unsicherheit treiben sie ins Ausland. Dort, glauben sie, seien ihre Besitztümer besser geschützt, bekämen ihre Kinder eine bessere Ausbildung, sei die Lebensqualität einfach besser. Kein Smog und kein verseuchtes Milchpulver. Dies sind Ergebnisse des jährlichen Berichts über die Internationale Migration der Chinesen, welche die renommierte Akademie für Sozialwissenschaften (CASS) jüngst veröffentlichte. Fast ein Drittel derer, die mehr als 10 Millionen Yuan besitzen, umgerechnet 1,2 Millionen Euro, haben das Land bereits verlassen. Fast die Hälfte derer, die noch in China leben, erwägt, ihnen zu folgen.

Neu ist, dass sich Chinesen mit dem Gedanken tragen, nach Europa und besonders nach Deutschland auszuwandern. Oder dort zumindest Grundbesitz zu erwerben. Durch die Eurokrise sind europäische Immobilien für Chinesen sehr günstig geworden. Deutsche mögen über die steigenden Immobilienpreise in Berlin klagen, einem Pekinger entfährt da nur ein erstauntes: »Unfassbar billig!« Chinesische Zeitungen preisen neuerdings Europa als Investitions- und Reiseziel. »Seit zwölf Monaten beobachten wir einen Wandel. Plötzlich ist Europa sehr interessant für unsere Kunden«, sagt Simon Henry, Vizemanager von Juwai.com, der größten chinesischen Onlinebörse für Auslandsimmobilien.

Wer aber sind die Auswanderer? Laut CASS-Studie sind die meisten Privatunternehmer oder Manager zwischen 35 und 55 Jahren. Viele leben teilweise in China, sobald sie erst mal eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis

China geht shoppen Die Reichen kaufen Immobilien auf der ganzen Welt, weil die wirtschaftliche Lage sie aus dem Land treibt

anderswo erworben hatten - meist durch ein Investitionsvisum. 75 Prozent der Ausländer, die in den vergangenen drei Jahren in Nordamerika ein solches Visum erhalten hatten, waren Chinesen. Was den Auswanderern enorm hilft, sind die Netzwerke chinesischer Auswanderer überall auf der Welt - 45 Millionen Chinesen bilden schon jetzt die größte Auslandsgemeinschaft der Welt.

Für die Regierung in Peking ist der Migrationstrend ziemlich heikel. Schließlich sind es gerade die Gutsausgebildeten und Reichen, die das Land verlassen wollen und damit zeigen, dass sie wenig Vertrauen in das politische und wirtschaftliche System ihres Heimatlands haben. Ganz zu schweigen vom Kapital und Know-how, das mit ihnen abfließt. Noch peinlicher ist, dass unter den Auswanderern auch korrupte Beamte sind. In China spricht man vom »nackten Beamten«: Erst schickt der Beamte Frau und Kinder ins Ausland und sendet ihnen Stück für Stück das Vermögen nach. Er selbst bleibt allein und damit »nackt« in China, bis es auch für ihn Zeit wird, das Weite zu suchen.

Im Jahr 2011 veröffentlichte die Zentralbank auf ihrer Website eine Schätzung, die auf Recherchen der CASS zurückging. Demzufolge hatten zwischen 1995 und 2008 rund 18000 Beamte das Land verlassen, viele offenbar von der Angst getrieben, in ein Korruptionsverfahren verwickelt zu werden. Sie nahmen ein Korruptionsvermögen von 800 Milliarden Yuan (96 Milliarden Euro) mit. Die Studie sorgte in China für große Aufregung, wenig später war sie von der Website der Zentralbank verschwunden.

Das chinesische Interesse an Grundbesitz im Ausland ist rapide gestiegen, seit die chinesische Regierung vor zwei Jahren durch allerlei Maßnahmen den heimischen Immobilienmarkt beschränkte, um der Überhitzung vorzubeugen. Mit einem Mal war es schwerer, an Kredite zu kommen, später kamen Regelungen hinzu, die Neuankömmlingen den Häuserkauf in Städten wie Peking empfindlich erschwerten. »Etwa die Hälfte der Chinesen, die Immobilien im Ausland erwerben wollen, suchen nach einer guten Investition«, sagt Henry. »Andere wollen eine Wohnung für ihre im Ausland studierenden Kinder kaufen. Und dann gibt es jene, die selbst auswandern möchten.«

Für eine Investition im Ausland spricht aus chinesischer Sicht einiges. Nach wie vor kann man Boden in China nicht besitzen, sondern lediglich das Nutzungsrecht für maximal 70 Jahre erwerben. Die meisten Chinesen aber bevorzugen feste Werte, statt ihr Vermögen ins Bonds, Aktien oder Fonds fließen zu lassen. Einige investieren in Kunst.

Dazu kommt, dass die Preise für Immobilien in Städten wie Peking, Shanghai oder Shenzhen in schwindelerregende Höhen geklettert sind. »Ein Mittelklassehaus in Europa zu bezahlen ist für Chinesen keine große Bürde«, sagt Zhang Zheng, Auslandsmanager auf der Onlineimmobilienbörse Soufun, die auch Immobilien im Ausland anbietet. Seine Kunden beschreibt Zhang als Mittelklasse. »Die Reichen haben meist einen persönlichen Agenten.« Wobei Mittelklasse heißt, »dass die meisten bereits mehrere Häuser in China haben.« Seine Firma bietet nicht nur Informationen über den Immobilienmarkt vieler Länder, sondern auch über Erziehungs- und Gesundheitssystem, Gesetze und Visapolitik. Die einen wollen ihre Kinder im Ausland zum Studieren schicken, die anderen dort in Rente gehen. Soufun begleitet seine Kunden auch auf Besichtigungsreisen ins Ausland, auch nach Deutschland. Die staatliche chinesische Nachrichtenagentur Xinhua schätzt, dass bereits 30 Prozent der chinesischen Immobilieninvestitionen ins Ausland gehen.

Am liebsten kaufen Chinesen in den USA. Dort stellen sie schon die zweitgrößte Käufergruppe, nach den Kanadiern. Neun Prozent amerikanischer Immobilien werden von Chinesen erworben. »Chinesen gehen gerne dorthin, wo es schon viele Auslandschinesen gibt. Nach Kalifornien, Los Angeles, Florida, Las Vegas, New York oder San Francisco«, sagt Chen Hang von Foreopen LLC in Pittsburgh, der sich auf chinesische Kunden spezialisiert hat. »Viele zahlen in bar. Einmal kaufte einer auf einmal 100 Appartements in Los Angeles. In bar.« Chen würde so etwas nicht sagen, doch ist es gut möglich, dass es dabei bisweilen um Geldwäsche geht. Die chinesische Nachfrage verändert jedenfalls das amerikanische Angebot. In Miami etwa versuchen Entwickler derzeit, ein neues »Chinatown« zu errichten. Andere locken asiatische Kunden mit Wokküchen oder Penthouses im achten Stock, die Acht gilt als Glückszahl.

China geht shoppen Die Reichen kaufen Immobilien auf der ganzen Welt, weil die wirtschaftliche Lage sie aus dem Land treibt

Auch anderswo spürt man die Macht chinesischer Immobilienverkäufer, etwa in den bevorzugten Auswandererzielen Kanada und Australien. Laut *China Daily* werden 29 Prozent aller neuen Häuser in Vancouver mittlerweile von Festlandschinesen gekauft. »Die Businessclass zwischen Peking und Vancouver ist immer voll besetzt«, berichtet ein Vielflieger. In Sydney sollen Chinesen gleich für 60 Prozent der Käufe neugebauter Immobilien verantwortlich sein.

Neuerdings lockt auch Europa chinesische Käufer. »Europas Wirtschaft geht nach unten, auch ist die europäische Einwanderungspolitik lockerer geworden. Also interessieren sich immer mehr Chinesen für Europa«, sagt Zhang.

Schon lange zieht London chinesische Investoren an. Nicht nur, weil die britischen Gesetze ausländische Investoren willkommen heißen. »Sondern auch, weil Chinesen das amerikanische und das britische Erziehungssystem für das beste halten«, sagt Zhang. Schon kaufen Investoren aus China und Südostasien jedes zweite Haus in Zentrallondon. Doch auch auf dem Land wirbt man um chinesische Käufer. Die Firma Maxhard hat im grünen Wales eine Siedlung individueller Natursteinhäuser für Chinesen gebaut. »Wir bieten Ihnen eine britische Heimat für Ihr chinesisches Herz.« Wer 190000 Pfund anzahlt, dem verspricht die Firma innerhalb von drei Monaten einen britischen Pass. »Ihre Identität wird sich auf luxuriöse Weise wandeln, schon bald werden Sie über Ruhm verfügen und das elegante Leben Ihrer Träume leben. Sie werden als Gentleman in Großbritannien willkommen geheißen.« Ohnehin sehen europäische Immobilienmakler eine wachsende Nachfrage an Lifestyle-Immobilien: der chinesische Millionär, der sich ein Schlösschen oder ein Weingut leistet. Im französischen Burgund haben Chinesen in den vergangenen beiden Jahren 30 Weingüter gekauft.

Einige krisengeschüttelte EU-Länder wiederum bieten ausländischen Investoren neuerdings interessante Deals. Vor allem Portugal, Spanien und Zypern, sagt Henry. »Ein Ausländer, der dort investiert - das kann auch einen Hauskauf beinhalten -, bekommt die permanente Aufenthaltserlaubnis und kann sich dann um die Staatsbürgerschaft bemühen.« In Zypern ist das am günstigsten. »Mit einer Investition von 300000 Euro kann man dort schon die permanente Aufenthaltserlaubnis bekommen.« Einer ihrer Partner habe dort in acht Wochen 174 Häuser an Chinesen verkauft. Henry glaubt nicht, dass die weltweiten Investitionen der Chinesen Ressentiments wecken. »Wir haben in den achtziger Jahren große antijapanische Ressentiments erlebt, als Japaner überall in der Welt Immobilien kauften. Jetzt ist das anders, denn wir sehen eine weltweite Rezession, die Investitionen der Chinesen werden da eher als Hilfe verstanden.«

Auch Deutschland wird immer beliebter. Und das, obwohl es - außer in Hamburg - keine großen chinesischen Gemeinden in Deutschland gibt. »Vor zwei Jahren gehörte Deutschland noch nicht unter die Top Ten der Investitionsziele. Doch in den letzten drei bis sechs Monaten ist es auf Platz sieben gestiegen«, so Henry. Die stabile Volkswirtschaft, das Erziehungssystem und die Lebensqualität seien hier für Chinesen attraktiv. »Vor allem in technischen Studiengängen und im Ingenieurwesen hat das deutsche Bildungssystem in China einen sehr guten Ruf«, sagt Henry. Juwai hat seitenslang Deutschland im Angebot, Berlin und Dresden: Etwa das Penthouse in der Nähe des Brandenburger Tors für fünf Millionen Euro. Aber auch die Bar in der Nähe von Spree und Friedrichstraße für 225000 Euro.

Das größte Problem für Chinesen, die ins Ausland emigrierten, sei nach wie vor das Essen, sagt Zhang. »Es ist sehr schwer für Chinesen, sich daran zu gewöhnen.« Wie sagte doch der weit gereiste pensionierte Ingenieur? Das Leben in Deutschland sei einfach toll, die Ruhe, die Natur, die Sozialversicherung, sofort würde er hinziehen. »Aber jeden Tag Schweinebraten? Ganz ehrlich, wer hält das aus?«

Eine chinesische Familie besichtigt ein Haus im amerikanischen Kalifornien

So amerikanisch geht es bei einer Immobilienmesse in Peking zu

Load-Date: March 25, 2022

**China geht shoppen; Die Reichen kaufen Immobilien auf der ganzen Welt,
weil die wirtschaftliche Lage sie aus dem Land treibt**

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

21. März 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: S. 28; Ausg. 13

Length: 1775 words

Byline: Angela Köckritz

Body

VON ANGELA KÖCKRITZ

Es gibt sie also wirklich. Die Typen, von denen man glaubte, sie seien ausgedacht. Den rundlichen, freundlichen Chinesen zum Beispiel, den man eines Nachmittags bei Pekinger Künstlerfreunden trifft. Der Kleidung nach zu urteilen, könnte er Kleinunternehmer sein, Autohändler vielleicht. Aber chinesischen Millionären sieht man ihr Geld eben selten an. Der Mann ist in die USA ausgewandert, betätigt sich als Kunstsammler und lebt in einem Palast. Auf seinem iPhone zeigt er Bilder seines neuen Zuhauses in Atlanta. Darauf: das Weiße Haus. "Sieht genauso aus wie das in Washington", sagte er in möglichst bescheidenem Tonfall. "Ein bisschen größer vielleicht."

Der Neuamerikaner ist durchaus typisch, denn immer mehr reiche Chinesen kaufen Grundbesitz im Ausland und wandern aus. Umweltverschmutzung, Lebensmittelskandale und wirtschaftliche Unsicherheit treiben sie ins Ausland. Dort, glauben sie, seien ihre Besitztümer besser geschützt, bekämen ihre Kinder eine bessere Ausbildung, sei die Lebensqualität einfach besser. Kein Smog und kein verseuchtes Milchpulver. Dies sind Ergebnisse des jährlichen Berichts über die Internationale **Migration** der Chinesen, welche die renommierte Akademie für Sozialwissenschaften (CASS) jüngst veröffentlichte. Fast ein Drittel derer, die mehr als 10 Millionen Yuan besitzen, umgerechnet 1,2 Millionen Euro, haben das Land bereits verlassen. Fast die Hälfte derer, die noch in China leben, erwägt, ihnen zu folgen.

Neu ist, dass sich Chinesen mit dem Gedanken tragen, nach Europa und besonders nach Deutschland auszuwandern. Oder dort zumindest Grundbesitz zu erwerben. Durch die Eurokrise sind europäische Immobilien für Chinesen sehr günstig geworden. Deutsche mögen über die steigenden Immobilienpreise in Berlin klagen, einem Pekinger entfährt da nur ein erstauntes: "Unfassbar billig!" Chinesische Zeitungen preisen neuerdings Europa als Investitions- und Reiseziel. "Seit zwölf Monaten beobachten wir einen Wandel. Plötzlich ist Europa sehr interessant für unsere Kunden", sagt Simon Henry, Vizemanager von Juwai.com, der größten chinesischen Onlinebörse für Auslandsimmobilien.

Wer aber sind die Auswanderer? Laut CASS-Studie sind die meisten Privatunternehmer oder Manager zwischen 35 und 55 Jahren. Viele leben teilweise in China, sobald sie erst mal eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis anderswo erworben hatten - meist durch ein Investitionsvisum. 75 Prozent der Ausländer, die in den vergangenen

China geht shoppen Die Reichen kaufen Immobilien auf der ganzen Welt, weil die wirtschaftliche Lage sie aus dem Land treibt

drei Jahren in Nordamerika ein solches Visum erhalten hatten, waren Chinesen. Was den Auswanderern enorm hilft, sind die Netzwerke chinesischer Auswanderer überall auf der Welt - 45 Millionen Chinesen bilden schon jetzt die größte Auslandsgemeinschaft der Welt.

Für die Regierung in Peking ist der Migrationstrend ziemlich heikel. Schließlich sind es gerade die Gutsausgebildeten und Reichen, die das Land verlassen wollen und damit zeigen, dass sie wenig Vertrauen in das politische und wirtschaftliche System ihres Heimatlands haben. Ganz zu schweigen vom Kapital und Know-how, das mit ihnen abfließt. Noch peinlicher ist, dass unter den Auswanderern auch korrupte Beamte sind. In China spricht man vom "nackten Beamten": Erst schickt der Beamte Frau und Kinder ins Ausland und sendet ihnen Stück für Stück das Vermögen nach. Er selbst bleibt allein und damit "nackt" in China, bis es auch für ihn Zeit wird, das Weite zu suchen.

Im Jahr 2011 veröffentlichte die Zentralbank auf ihrer Website eine Schätzung, die auf Recherchen der CASS zurückging. Demzufolge hatten zwischen 1995 und 2008 rund 18000 Beamte das Land verlassen, viele offenbar von der Angst getrieben, in ein Korruptionsverfahren verwickelt zu werden. Sie nahmen ein Korruptionsvermögen von 800 Milliarden Yuan (96 Milliarden Euro) mit. Die Studie sorgte in China für große Aufregung, wenig später war sie von der Website der Zentralbank verschwunden.

Das chinesische Interesse an Grundbesitz im Ausland ist rapide gestiegen, seit die chinesische Regierung vor zwei Jahren durch allerlei Maßnahmen den heimischen Immobilienmarkt beschränkte, um der Überhitzung vorzubeugen. Mit einem Mal war es schwerer, an Kredite zu kommen, später kamen Regelungen hinzu, die Neuankömmlingen den Häuserkauf in Städten wie Peking empfindlich erschwerten. "Etwa die Hälfte der Chinesen, die Immobilien im Ausland erwerben wollen, suchen nach einer guten Investition", sagt Henry. "Andere wollen eine Wohnung für ihre im Ausland studierenden Kinder kaufen. Und dann gibt es jene, die selbst auswandern möchten."

Für eine Investition im Ausland spricht aus chinesischer Sicht einiges. Nach wie vor kann man Boden in China nicht besitzen, sondern lediglich das Nutzungsrecht für maximal 70 Jahre erwerben. Die meisten Chinesen aber bevorzugen feste Werte, statt ihr Vermögen ins Bonds, Aktien oder Fonds fließen zu lassen. Einige investieren in Kunst.

Dazu kommt, dass die Preise für Immobilien in Städten wie Peking, Shanghai oder Shenzhen in schwindelerregende Höhen geklettert sind. "Ein Mittelklassehaus in Europa zu bezahlen ist für Chinesen keine große Bürde", sagt Zhang Zheng, Auslandsmanager auf der Onlineimmobilienbörse Soufun, die auch Immobilien im Ausland anbietet. Seine Kunden beschreibt Zhang als Mittelklasse. "Die Reichen haben meist einen persönlichen Agenten." Wobei Mittelklasse heißt, "dass die meisten bereits mehrere Häuser in China haben." Seine Firma bietet nicht nur Informationen über den Immobilienmarkt vieler Länder, sondern auch über Erziehungs- und Gesundheitssystem, Gesetze und Visapolitik. Die einen wollen ihre Kinder im Ausland zum Studieren schicken, die anderen dort in Rente gehen. Soufun begleitet seine Kunden auch auf Besichtigungsreisen ins Ausland, auch nach Deutschland. Die staatliche chinesische Nachrichtenagentur Xinhua schätzt, dass bereits 30 Prozent der chinesischen Immobilieninvestitionen ins Ausland gehen.

Am liebsten kaufen Chinesen in den USA. Dort stellen sie schon die zweitgrößte Käufergruppe, nach den Kanadiern. Neun Prozent amerikanischer Immobilien werden von Chinesen erworben. "Chinesen gehen gerne dorthin, wo es schon viele Auslandschinesen gibt. Nach Kalifornien, Los Angeles, Florida, Las Vegas, New York oder San Francisco", sagt Chen Hang von Foreopen LLC in Pittsburgh, der sich auf chinesische Kunden spezialisiert hat. "Viele zahlen in bar. Einmal kaufte einer auf einmal 100 Appartements in Los Angeles. In bar." Chen würde so etwas nicht sagen, doch ist es gut möglich, dass es dabei bisweilen um Geldwäsche geht. Die chinesische Nachfrage verändert jedenfalls das amerikanische Angebot. In Miami etwa versuchen Entwickler derzeit, ein neues "Chinatown" zu errichten. Andere locken asiatische Kunden mit Wokküchen oder Penthouses im achten Stock, die Acht gilt als Glückszahl.

Auch anderswo spürt man die Macht chinesischer Immobilienverkäufer, etwa in den bevorzugten Auswandererzielen Kanada und Australien. Laut *China Daily* werden 29 Prozent aller neuen Häuser in

China geht shoppen Die Reichen kaufen Immobilien auf der ganzen Welt, weil die wirtschaftliche Lage sie aus dem Land treibt

Vancouver mittlerweile von Festlandschinesen gekauft. "Die Businessclass zwischen Peking und Vancouver ist immer voll besetzt", berichtet ein Vielflieger. In Sydney sollen Chinesen gleich für 60 Prozent der Käufe neugebauter Immobilien verantwortlich sein.

Neuerdings lockt auch Europa chinesische Käufer. "Europas Wirtschaft geht nach unten, auch ist die europäische Einwanderungspolitik lockerer geworden. Also interessieren sich immer mehr Chinesen für Europa", sagt Zhang.

Schon lange zieht London chinesische Investoren an. Nicht nur, weil die britischen Gesetze ausländische Investoren willkommen heißen. "Sondern auch, weil Chinesen das amerikanische und das britische Erziehungssystem für das beste halten", sagt Zhang. Schon kaufen Investoren aus China und Südostasien jedes zweite Haus in Zentrallondon. Doch auch auf dem Land wirbt man um chinesische Käufer. Die Firma Maxhard hat im grünen Wales eine Siedlung individueller Natursteinhäuser für Chinesen gebaut. "Wir bieten Ihnen eine britische Heimat für Ihr chinesisches Herz." Wer 190000 Pfund anzahlt, dem verspricht die Firma innerhalb von drei Monaten einen britischen Pass. "Ihre Identität wird sich auf luxuriöse Weise wandeln, schon bald werden Sie über Ruhm verfügen und das elegante Leben Ihrer Träume leben. Sie werden als Gentleman in Großbritannien willkommen geheißen." Ohnehin sehen europäische Immobilienmakler eine wachsende Nachfrage an Lifestyle-Immobilien: der chinesische Millionär, der sich ein Schlösschen oder ein Weingut leistet. Im französischen Burgund haben Chinesen in den vergangenen beiden Jahren 30 Weingüter gekauft.

Einige krisengeschüttelte EU-Länder wiederum bieten ausländischen Investoren neuerdings interessante Deals. Vor allem Portugal, Spanien und Zypern, sagt Henry. "Ein Ausländer, der dort investiert - das kann auch einen Hauskauf beinhalten - , bekommt die permanente Aufenthaltserlaubnis und kann sich dann um die Staatsbürgerschaft bemühen." In Zypern ist das am günstigsten. "Mit einer Investition von 300000 Euro kann man dort schon die permanente Aufenthaltserlaubnis bekommen." Einer ihrer Partner habe dort in acht Wochen 174 Häuser an Chinesen verkauft. Henry glaubt nicht, dass die weltweiten Investitionen der Chinesen Ressentiments wecken. "Wir haben in den achtziger Jahren große antijapanische Ressentiments erlebt, als Japaner überall in der Welt Immobilien kauften. Jetzt ist das anders, denn wir sehen eine weltweite Rezession, die Investitionen der Chinesen werden da eher als Hilfe verstanden."

Auch Deutschland wird immer beliebter. Und das, obwohl es - außer in Hamburg - keine großen chinesischen Gemeinden in Deutschland gibt. "Vor zwei Jahren gehörte Deutschland noch nicht unter die Top Ten der Investitionsziele. Doch in den letzten drei bis sechs Monaten ist es auf Platz sieben gestiegen", so Henry. Die stabile Volkswirtschaft, das Erziehungssystem und die Lebensqualität seien hier für Chinesen attraktiv. "Vor allem in technischen Studiengängen und im Ingenieurwesen hat das deutsche Bildungssystem in China einen sehr guten Ruf", sagt Henry. Juwai hat seitenlang Deutschland im Angebot, Berlin und Dresden: Etwa das Penthouse in der Nähe des Brandenburger Tors für fünf Millionen Euro. Aber auch die Bar in der Nähe von Spree und Friedrichstraße für 225000 Euro.

Das größte Problem für Chinesen, die ins Ausland emigrierten, sei nach wie vor das Essen, sagt Zhang. "Es ist sehr schwer für Chinesen, sich daran zu gewöhnen." Wie sagte doch der weit gereiste pensionierte Ingenieur? Das Leben in Deutschland sei einfach toll, die Ruhe, die Natur, die Sozialversicherung, sofort würde er hinziehen. "Aber jeden Tag Schweinebraten? Ganz ehrlich, wer hält das aus?"

Graphic

Eine chinesische Familie besichtigt ein Haus im amerikanischen Kalifornien

So amerikanisch geht es bei einer Immobilienmesse in Peking zu

China geht shoppen Die Reichen kaufen Immobilien auf der ganzen Welt, weil die wirtschaftliche Lage sie aus dem Land treibt

Load-Date: March 21, 2013

End of Document

Asyl-Groteske im Überwachungsstaat; Der Geheimdienst regiert mit, Datenschutz ist ein Fremdwort: Edward Snowden sucht ausgerechnet in Russland Asyl. Dort will man vor allem Amerika ärgern. Von J. Voswinkel

ZEIT-online

Donnerstag 25. Juli 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: EDWARD SNOWDEN; Ausg. 30

Length: 1130 words

Byline: Johannes Voswinkel

Body

Polizisten vor dem Transitbereich des Moskauer Flughafens Scheremetjewo

© Kirill Kudryavtsev/AFP/Getty Images

Edward Snowden harrt der Prüfung seines **Asylantrages**, der ihm endlich eine neue, kleine Freiheit verschaffen würde. Vor einem Monat war der inzwischen weltberühmte Extechniker des US-Geheimdienstes NSA aus Hongkong nach Moskau gekommen. Im Transitbereich des Flughafens Scheremetjewo blieb der Prism-Verräter hängen, da Washington seinen Pass für ungültig erklärte. Für den russischen Präsidenten Wladimir Putin ist Edward Snowden erst mal eine Freude, doch kann der Whistleblower dem Kreml auch noch Kopfzerbrechen bereiten - vor allem, wenn er sich erst mal frei in Russland bewegen kann.

Der 30-jährige Amerikaner verhalf Putin zu einem ausgedehnten Triumph über die Doppelmoral des Lehrmeisters in Sachen Freiheit, die USA. Die Technologen des Kremls ergötzen sich an der für verfolgte Westler ungewohnten Rolle des Zufluchtsortes, Putin verwies gar auf den sowjetischen Regimekritiker Andrej Sacharow. Als habe Russland heute keine Dissidenten mehr, sondern rette sie weltweit. Das stimmt zwar nicht, sieht aber aus der Ferne blendend aus. Der PR-Coup ist Russland gelungen.

Markig betonte Russlands Führung, dass sie im Gegensatz zu anderen Staaten eine eigenständige Außenpolitik führe. Der Seitenhieb zielte auf jene europäische Länder, die mehr als alles andere eine Verstimmung der USA fürchten und dafür schon mal dem bolivianischen Präsidenten den Luftraum sperren, weil man Snowden an Bord seines Flugzeugs vermutete. Wenn Putin dann noch mit der Geste des Staatsmannes verkündet, Amerika nicht schaden zu wollen, da zwischenstaatliche Beziehungen viel wichtiger seien als "Gezänk um die Tätigkeit der Geheimdienste", ist das großes Welttheater.

Snowdens Flucht vor der amerikanischen Justiz hat allerdings eine absurde Situation heraufbeschworen: Der Freiheitsverfechter hat sich in ein Land gerettet, in dem der Geheimdienst bis zum Präsidenten hinauf mitregiert und Datenschutz zum überflüssigen Wortschatz zählt. Auch in Russland ist die Tendenz bei der Überwachung privater Kommunikation steigend. Nach offizieller Statistik hat sich die Zahl der Gerichtsentscheide zur

Asyl-Groteske im Überwachungsstaat Der Geheimdienst regiert mit , Datenschutz ist ein Fremdwort: Edward Snowden sucht ausgerechnet in Russland Asyl. Dort will m....

Überwachung von Telefonaten und E-Mails zwischen 2007 und 2012 mehr als verdoppelt. Dabei ist die Statistik unvollständig, denn sie führt nicht die Abhöraktionen zur Gegenspionage.

Der FSB unterhält im ganzen Land Kontrollzentren

Die acht russischen Dienste, die abhören dürfen, analysieren nicht nur die offen zugänglichen Dateien des russischen Internets. Sie können zudem mit Hilfe des Sorm-Systems (System technischer Mittel zur Erfüllung der Funktionen operativer Untersuchungsmaßnahmen) alle Server in Russland anzapfen. Der Inlandsgeheimdienst FSB unterhält nach Informationen des Geheimdienstexperten Andrej Soldatow im gesamten Land Kontrollzentren, die direkt mit den Servern der Internetanbieter oder mit den Telefonknotenpunkten verbunden sind. Er kann sich jederzeit einklinken und die sozialen Netzwerke und den Mailverkehr überwachen. Dazu ist formal ein Gerichtsbeschluss nötig, aber er gilt als Geheimdokument und muss nur dem Dienstvorgesetzten gezeigt werden.

Die Geheimsphäre aber korrumpiert die Dienste - wie in den USA. So wurde, wie zufällig herauskam, ganz legal ein Abgeordneter des Jekaterinburger Stadtparlaments abgehört, weil er aktiv die Opposition unterstützte und den FSB kritisierte. Mehrfach gelangten abgehörte Telefongespräche und der Mailverkehr von Oppositionellen an die Öffentlichkeit. Vermutliche Quelle war jedes Mal einer der Geheimdienste. Für seine Freiheit im Netz kann sich Russland also kaum feiern lassen. Snowden gab aber die Vorlage, um von der eigenen Überwachung abzulenken.

Er lieferte den russischen Internetüberwachern sogar neue Argumente. Bereits im vergangenen Dezember hatte Russland auf der Konferenz der Internationalen Fernmeldeunion in Dubai eine stärkere Kontrolle des Internets gefordert. So sollte auf Vorschlag Russlands das Recht auf die Nutzung des Internets eingeschränkt werden, wenn die "Telekommunikationsdienste zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Staates und zur Schwächung der Souveränität, nationalen Sicherheit oder territorialen Integrität und gesellschaftlichen Situation anderer Staaten" benutzt werden. Für Interpretationen bliebe da ein großer Spielraum.

Außerdem fordert Russland mehr Einfluss auf die großen Internetdienste, mit denen der US-Geheimdienst teilweise zusammengearbeitet hat. Sie sollten, so wünscht sich der Kreml, Server in Russland einrichten - unter russischer Gesetzgebung und Geheimdienstkontrolle. Bisher scheiterte der russische Vorstoß, Amerikas Vorherrschaft über das Internet zu schwächen, am Widerstand westlicher Länder. Der Fall Snowden aber verleiht ihm neue Kraft.

Russland wird Snowden nutzen, solange es sinnvoll erscheint. Das Ärgern der USA gehört zu den beliebten Übungen des Kremls. In einer glänzenden Inszenierung zwischen politischer Tragikomödie und Groteske zeigte sich Snowden vor gut einer Woche einer Gruppe aus regimetreuen Putinisten und Alibimenschenrechtlern von Human Rights Watch und Amnesty International. Die Liste der Eingeladenen zum halbwegs konspirativen Treffen mit Snowden im Transitbereich las sich, als habe sie ein russischer Offizieller Snowden diktiert.

Die Menschenrechtler, die sonst bei den Mächtigen in Russland eher unbeliebt sind und zuletzt vor allem durch staatsanwaltschaftliche Durchsuchungen in ihrer Arbeit behindert werden, konnten die Einladung kaum ablehnen, ohne sich unglaublich zu machen. Nun sollen sie der russischen Führung nutzen - als Kronzeugen für den Antrag des Amerikaners auf zeitlich begrenztes Asyl.

Snowden könnte auch Russland kritisieren

Snowdens Anwalt hat bereits erklärt, sein Mandant werde aus Sicherheitsgründen nicht gleich nach Lateinamerika ausreisen, wo Venezuela, Bolivien und Nicaragua politisches Asyl angeboten haben. Die Angst ist zu groß, dass die US-Behörden ihn abfangen und heimholen, zumal alle drei Länder nicht per Direktflug aus Moskau erreichbar sind. Für die russische Führung ist das keineswegs eine erfreuliche Aussicht. Sie ist daran interessiert, Snowden in absehbarer Zeit loszuwerden.

Zum einen könnte der schwer kontrollierbare Amerikaner im Laufe der Zeit Missfallen an der politischen Situation in seinem Gastland finden und das öffentlich kundtun. Der Propagandacoup Russlands fiel dann in sich zusammen. Zudem will Moskau die Beziehungen zu den USA nicht überstrapazieren. US-Präsident Barack Obama dürfte in der Heimat gedrängt werden, nicht am G-20-Gipfel im September in Sankt Petersburg teilzunehmen oder gar die

Asyl-Groteske im Überwachungsstaat Der Geheimdienst regiert mit , Datenschutz ist ein Fremdwort: Edward Snowden sucht ausgerechnet in Russland Asyl. Dort will m....

Winterolympiade in Sotschi im Februar 2014 zu boykottieren. Das möchte der Kreml bei aller Freude über Snowden doch nicht riskieren.

Load-Date: July 25, 2013

End of Document

Flüchtlinge sollen abgeschreckt werden; Evelyn Finger: »Letzte Zuflucht«
ZEIT NR. 30

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

1. August 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: LESERBRIEFE; Flüchtlinge sollen abgeschreckt werden; S. 69; Ausg. 32

Length: 274 words

Body

Es ist höchste Zeit, dass die **Flüchtlingsproblematik** in der EU als Problem diskutiert wird!

Impressionen aus Italien passen ins Bild: Zwischen Touristen und Sehenswürdigkeiten bieten schwarze Straßenhändler je nach Wetterlage Sonnenbrillen oder Regenschirme an. Hier waren wohl auch die **Flüchtlinge** vorübergehend »zu Hause«, die im Frühjahr in Hamburg gestrandet sind. Für sie alle ist es noch ein weiter Weg bis zu einem sicheren Aufenthaltsstatus und einer sicheren Zukunft.

Vielleicht ist es zu viel verlangt, aus der EU einen Einwanderungskontinent zu machen. Doch die Rhetorik ist verräterisch gnadenlos: Flüchtlinge müssen wieder zurück, zumindest in ihr Einreiseland (so auch Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz lapidar), und Flüchtlinge sollen abgeschreckt werden, nach Europa zu kommen. - Wie will man eigentlich Menschen abschrecken, die mindestens vor völliger Perspektivlosigkeit und bitterer Armut, meist vor Mord und politisch motiviertem Totschlag geflohen sind? Ich mag mir nicht vorstellen, wie eine Abschreckung aussehen könnte, die auch nur annähernd ein Gleichgewicht zu diesen Fluchtmotiven wäre. Aber ich fürchte, wir sind kurz davor, dieses Gleichgewicht zu erreichen. Ihre Diagnose, »in Deutschland gibt es kein Mitleid«, trifft ins Schwarze.

Dr. Engelbert Prolingheuer, Hamburg

Erst der sprachlos machende Artikel über Pfarrer Wilm und seine großartige Aktion. Dann die Freude, dass die **ZEIT** diese beschämende Tatsache der staatlichen Gleichgültigkeit geißelt und mir dadurch die Möglichkeit der aktiven Anteilnahme gibt, wenn ich auch nur spenden kann.

Karin Dauber, Wachenheim

Load-Date: March 25, 2022

EU und Türkei unterzeichnen Flüchtlingsabkommen; Die Türkei verpflichtet sich zur Wiederaufnahme von Flüchtlingen, die durch ihr Land in die EU gelangt sind. Im Gegenzug sollen bald Regeln für Visa gelockert werden.

ZEIT-online

Montag 16. Dezember 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge

Length: 220 words

Body

Griechische Polizisten haben **Flüchtlinge** aufgegriffen.

© Aris Messinis/AFP/GettyImages

Die Türkei und die Europäische Union haben ein Abkommen zur **Flüchtlingspolitik** unterzeichnet. Gleichzeitig starteten sie einen Dialog über Visa-Erleichterungen für in die EU reisende Türken.

Bei der Vereinbarung handelt es sich um ein sogenanntes Rückübernahmeabkommen. Die Türkei verpflichtet sich, durch ihr Territorium eingereiste Flüchtlinge wieder aufzunehmen. Das Abkommen ähnelt in Grundsätzen der in der EU geltenden und vielfach kritisierten Dublin-II-Verordnung. Die EU erhofft sich durch den Vertrag, der nun dem türkischen Parlament zur Ratifizierung vorgelegt wird, den Zuzug von Flüchtlingen in die EU bremsen zu können.

Gleichzeitig begannen die Türkei und die EU mit Gesprächen über die Visumspflicht für Türken für Reisen nach Europa. Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan sagte bei der Unterzeichnungszeremonie, in drei bis dreieinhalb Jahren werde der Visumszwang fallen. Erdogan sprach von einem Wendepunkt in den Beziehungen zwischen der Türkei und der EU.

Auch Malmström erklärte, die Zusammenarbeit in der Flüchtlings- und Visumspolitik habe historische Bedeutung. Ankara verhandelt seit 2005 mit Brüssel über einen EU-Beitritt, kommt dabei aber nur sehr langsam voran.

Load-Date: December 16, 2013

Wenigstens Decken wären gut; Manchmal ist Schnee nicht schön, nur schrecklich kalt. Das erfahren jetzt Millionen syrischer Flüchtlinge. Man muss den Bürgerkrieg nicht beenden, um ihnen zu helfen.

ZEIT-online

Freitag 13. Dezember 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Syrien; Ausg. 51

Length: 262 words

Byline: Karsten Polke-Majewski

Body

Ein **Flüchtlingslager** im Libanon

© Mohamed Azakir/Reuters

Wenn das Wetter Schuld ist an menschlichem Leid, ist keiner Schuld. Wenn es regnet, wird man nass. Wenn es schneit, friert man. So ist das eben.

Diesmal nicht. Es schneit in Syrien. In Jordanien, im Libanon, in der Türkei. 2,5 Millionen Flüchtlinge zittern im Schneematsch, waten durch schlammige Seen und dürfen in manchen Lagern nicht einmal Öfen entzünden - wegen der Brandgefahr. Im Libanon verhindert die Regierung sogar, dass sie ihre Zelte gegen bessere, permanente Unterkünfte eintauschen. Aus Angst, die Flüchtlinge könnten bleiben.

Dagegen helfen keine schlaun Gedanken und weltpolitische Analysen. Aber Decken. Brennstoff. Winterkleidung. Und Geld für das UN-Flüchtlingshilfswerk und andere Hilfsorganisationen, damit sie diese Sachen kaufen können.

Es hilft auch, die Flüchtlinge als Menschen anzuerkennen, die wie jeder ein Recht auf Schutz und Obdach haben. Die Innenminister der Bundesländer haben gerade beschlossen, weitere 5.000 syrische Flüchtlinge aufzunehmen. Von 2,5 Millionen. Während des Bosnienkrieges lebten 320.000 Flüchtlinge in Deutschland. Das Land ist daran nicht Bankrott gegangen.

Für solche Hilfen braucht es keine komplizierten Debatten darüber, wer wo steht in diesem Bürgerkrieg. Oder darüber, wer da eigentlich mit welchen Motiven gegen wen kämpft und ob es überhaupt eine Chance gibt, Syrien jemals wieder zu befrieden. Es ist einfach eine Sache des Anstands. Man lässt niemand schutzlos im Regen stehen. Im Schnee schon gar nicht.

Load-Date: December 13, 2013

Wenigstens Decken wären gut Manchmal ist Schnee nicht schön, nur schrecklich kalt. Das erfahren jetzt
Millionen syrischer Flüchtlinge. Man muss den Bürgerkrieg

End of Document

Eine Botschaft stürmen - dürfen die Briten das?; Der WikiLeaks-Gründer kann seiner Auslieferung trotz Asyl nicht entgehen. Die Briten würden zur Not den Status des Botschaftsgeländes von Ecuador in London aufheben.

ZEIT-online

Donnerstag 16. August 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: WIKILEAKS-GRÜNDER; Ausg. 34

Length: 410 words

Byline: Carsten Luther

Body

Die Botschaft von Ecuador in London

© Neil Hall/Reuters

Die Drohung Großbritanniens an Ecuador könnte eindeutiger nicht sein: Die Polizei könnte Julian Assange, der in der Botschaft des Landes in London Zuflucht suchte, dort auch festnehmen.

Die Briten sehen sich verpflichtet, den WikiLeaks-Gründer an Schweden auszuliefern, wo ihm die Justiz wegen Vergewaltigungsvorwürfen den Prozess machen will. Das internationale Recht steht einer Polizeiaktion in der Botschaft, um Assange in Gewahrsam zu nehmen, eigentlich entgegen. Denn diplomatische Vertretungen gelten im Grunde als Territorium des ausländischen Staates, der sie betreibt - die britische Polizei würde also gewissermaßen auf ecuadorianisches Gebiet vordringen und damit die Souveränität des Landes verletzen.

Großbritannien verweist jedoch auf den *Diplomatic and Consular Premises Act* von 1987. Demnach kann der Staat den diplomatischen Status einer Botschaft aufheben, wenn er missbraucht wird, also etwa gegen internationales Recht verstoßen wird.

Hintergrund der Regelung war unter anderem ein Vorfall vor der libyschen Botschaft in London am 17. April 1984: Dort feuerten Gewalttäter während einer Protestkundgebung mit automatischen Waffen auf die Demonstranten, eine Polizistin starb durch den Angriff. Die Schüsse konnten nur von drinnen kommen, dachte man damals - der Täter war also für die Behörden nicht greifbar. Die Polizei belagerte danach elf Tage lang das Botschaftsgebäude, am Ende verwies Großbritannien das gesamte Personal des Landes.

Die Briten werfen Ecuador Rechtsbruch vor. Sie erklären aber zugleich, weiter verhandeln zu wollen, um eine für beide Seiten vertretbare Lösung zu finden - selbst nachdem Assanges Asylantrag Erfolg hatte.

Kein freies Geleit

Eine Botschaft stürmen - dürfen die Briten das? Der WikiLeaks-Gründer kann seiner Auslieferung trotz Asyl nicht entgehen. Die Briten würden zur Not den Status d....

Sollten Gespräche scheitern, würde ein Zugriff eine Woche vorher angekündigt, sagte ein Vertreter des Außenministeriums. Die Polizeibeamten seien für diesen Falle angewiesen, in den Räumen keinerlei Dokumente anzusehen oder mitzunehmen. Die diplomatische Immunität des Personals bleibe gewahrt.

Im Grunde scheint die Frage nach dem Status des Botschaftsgeländes aber irrelevant, denn mit der Flucht in die ecuadorianische Botschaft hat Assange ohnehin gegen seine Arrestauflagen verstoßen. Das allein reicht bereits für eine Festnahme, sobald er das Gelände verlässt. Dass Ecuador ihm nun Asyl gewährt, ändert daran nichts. Großbritannien bekräftigte, dass Assange keinesfalls freies Geleit zu seiner Ausreise erhalte.

Load-Date: August 17, 2012

End of Document

Null Weihnachtswohligkeit

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

19. Dezember 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK OSTEN, OSTKURVE; Null Weihnachtswohligkeit; S. 13; Ausg. 52

Length: 343 words

Byline: Clemens Meyer

Body

In Leipzig marschierte mal wieder die NPD. Das ist ja schon Tradition. Seit Jahren besuchen uns die braunen Kameraden, auch sehr gerne am 1. Mai. Diesmal aber ging es um ein geplantes Heim für Asylbewerber in Schönefeld. Das soll in einer leer stehenden Schule entstehen. Da sich diese mitten im Wohngebiet befindet, versuchten die Jungs und Mädels von der NSU ... äh, Pardon, NPD, die alten Ängste bei den Bürgern zu schüren. »Kinderschutz statt Asylbewerber.« Hm, vielleicht geht ja sogar beides. Denn bestimmt sind etliche Kinder unter den Asylbewerbern. Aber sicher fallen nur rein arische ... äh, deutsche Kinder unter Kinderschutzprogramm der NPD (wie das aussehen soll, frage ich mich. Häkeln lernen mit Beate im Fernkurs?).

Nun muss man wissen, dass viele der Bürger, wenn es um Ausländer und Asylbewerber geht, nur an die nahe Eisenbahnstraße denken, seit 20 Jahren Einkaufsmeile für Drogen aller Art. Moment, nicht nur! Prima Ramschläden und Fressbuden gibt es da. Und etliche integrative Vereine, islamische Clubs ... Vor Kurzem gab's auch wieder Schüsse, aber da ging's wohl, laut *Bild*, nicht um Drogen, sondern um private Streitereien zwischen Libanesen und Mazedoniern. Die einen fuhren fette Autos, die anderen waren neidisch. Wenn das so weitergehe, so ein Beteiligter bei *Bild*, »dann kommt es zum Krieg!«. AU WEIA!

Warum marschiert die NPD eigentlich nicht mal über die Eisenbahnstraße ... Braunstrich in der Hose?

Man darf das natürlich nicht alles über einen Kamm scheren, aber das geht recht schnell bei vielen Bürgern. Das Abendland wird nicht untergehen und Schönefeld auch nicht, wenn einige Hundert Menschen aus Ländern, in denen es wirklich und richtig kracht, in einer Schule - vorübergehend - übernachten und leben. Wo ist denn die Weihnachtswohligkeit? Aber die gibt's wohl nur auf den Weihnachtsmärkten und beim GEIZ IST GEIL. (Übrigens: Weit kamen die Nazis nicht, bei ihrem Marsch gen Schönefeld.)

Clemens Meyer, geboren 1977, Schriftsteller, lebt im Osten Leipzigs

Load-Date: March 25, 2022

Die liberale Gefahr; Die ÖVP versucht sich jung und liberal zu geben und bekommt deshalb zusehends Probleme mit ihrer konservativen Basis

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

12. September 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK ÖSTERREICH; Die liberale Gefahr; S. 16; Ausg. 38

Length: 1709 words

Byline: Andreas Macho

Body

Es ist ein schwüler Nachmittag, und die Fotografen schielen schon um die Ecke der Glasfassade, als die Limousine von Sebastian Kurz endlich eintrifft. Ein paar Fotos, dann verschwindet der Staatssekretär in dem kleinen Büroturm neben dem Linzer Hauptbahnhof. Die Eröffnung eines Integrationszentrums für Zuwanderer steht auf dem Programm. Durch das Spalier der Journalisten bahnt sich das jüngste Regierungsmitglied einen Weg zu dem Stehtisch. »Integration beginnt mit Wertevermittlung«, sagt Kurz und steht dabei so stramm wie ein Maturant, der vergessen hat, sich den Hemdkragen zuzuknöpfen. Schließlich übergibt Kurz das Wort an Josef Pühringer: »Ich darf mich bei dir, Herr Landeshauptmann, bedanken.«

»Lieber Sebastian«, sagt Josef Pühringer und wendet sich an die Zuwanderer: »Willkommen in Oberösterreich.« **Migrant** ist keiner an diesem Nachmittag gekommen, dafür eine überschaubare Runde von Journalisten und Funktionären. Der Landeshauptmann bleibt trotzdem bei seinem Text: »Wenn ihr zu uns wollt, seid ihr willkommen - wenn ihr unseren Wertekanon akzeptiert.« Gemeint ist vor allem Eigenverantwortung. Wer bereit sei, durch Leistung und persönliches Engagement etwas weiterzubringen, den heiße die Volkspartei willkommen.

In Sebastian Kurz und Josef Pühringer stehen sich die Antipoden der Volkspartei gegenüber: Jung gegen Alt, urban gegen ländlich, so ließen sich die Gegensätze umreißen. Auf den Wertekodex verweisen beide in ihren Reden so häufig, als wäre dieser so greifbar wie der Inhalt einer Cornflakes-Packung. Mit eindeutigen Positionen behelligen ÖVP-Politiker den Wähler dabei schon länger nicht mehr. Wofür die Volkspartei im 21. Jahrhundert steht, ist längst zum Rätsel in diesem Wahlkampf geworden: konservativ oder liberal, Krawatte oder offenes Hemd?

Zwar weht ein frischer Wind durch die Reihen der Schwarzen, seit Sebastian Kurz sich zum beliebtesten ÖVP-Regierungsmitglied gemausert hat. Auch hat die Volkspartei noch eine Handvoll weiterer junger Nachwuchspolitiker an aussichtsreicher Stelle auf die Wahllisten gesetzt. So darf auch der 26-jährige Chef der Jungen ÖVP Salzburg, Asdin El Habbassi, mit einem Einzug in den Nationalrat rechnen. Er kandidiert auf Platz fünf der Bundesliste.

Nicht allen gefällt das. Ursula Stenzel, ÖVP-Bezirksvorsteherin von Wien Innere Stadt, echauffierte sich Ende Juli in einem Interview mit der Tageszeitung *Die Presse* darüber, die Volkspartei vergraule Wähler, wenn sie

Die liberale Gefahr Die ÖVP versucht sich jung und liberal zu geben und bekommt deshalb zusehends Probleme mit ihrer konservativen Basis

Muslime wie El Habbassi in den Wahlkampf schicke. Zu liberal sei die ÖVP geworden, wettete Stenzel. Auch die eingetragene Partnerschaft Homosexueller, die von ihrer Partei mit beschlossen wurde, sah Stenzel mit den kirchlichen Positionen nicht vereinbar. Ihre Aussagen zeigen vor allem eines: wie rückwärtsgewandt die selbst ernannte Zukunftspartei trotz aller Wahlkampffeuwerke noch immer agiert. Und dieses Misstrauen gegen Reformen besteht nicht nur im 1. Wiener Gemeindebezirk.

»Österreich gehört den Weltoffenen«, verkündet das Plakat der ÖVP, auf dem im Hintergrund die Sonne über den Alpen strahlt. Es ist tatsächlich ein wolkenloser Sonntag, und die Sonne flirrt über der mächtigen Wallfahrtskirche von Sonntagberg im niederösterreichischen Bezirk Amstetten. Unmittelbar davor, im winzigen Ort Baichberg, werden schon die ersten Bierkrüge zu den Tischen getragen. Zum Frühschoppen hat die ÖVP geladen. Für die Kleinen gibt es eine Hüpfburg und einen Zauberer. Hätte die SPÖ Sonntagberg nicht tags zuvor ein eigenes Familienfest veranstaltet, wäre die Stimmung ungetrübt.

»Die haben ihr Kinderfest überhaupt nicht angekündigt«, sagt ÖVP-Gemeinderätin Genoveva Leitner und schielt auf den Veranstaltungskalender, als könnte er ihr noch weitere Gemeinheiten des Gegners vorenthalten. Seit 2010 stellt die ÖVP den Bürgermeister in Sonntagberg. Die politischen Gräben hat das nicht unbedingt überbrückt. In der Marktgemeinde mit rund 3800 Einwohnern hat sich der Charme jener Jahre erhalten, als die Großparteien einander noch in schärfster Opposition gegenüberstanden. 42 Prozent haben bei den vergangenen Landtagswahlen für die ÖVP, 35 Prozent für die SPÖ gestimmt. Feste werden separat gefeiert. Dafür leistet sich die hoch verschuldete Gemeinde gleich zwei Veranstaltungshallen.

Fragt man Leitner nach den Werten der ÖVP, hält sie erst einmal inne: »Familienpartei« und »Arbeitsplätze«, sagt sie dann. »Den frischen Wind«, den Sebastian Kurz in die Partei gebracht hätte, findet sie gut. Frauenrechte sind die Sache der ehemaligen Volksschullehrerin aber nicht: »Ich bin absolut keine Verfechterin der Frauenbewegung.« Mit der eingetragenen Partnerschaft für Homosexuelle wäre es so eine Sache: »Da muss man schon mitgehen, aber man muss das nicht in der Öffentlichkeit breit treten.«

»Diese Homosexuellen-Sache, das hat doch mit Offenheit nichts zu tun, das ist einfach unnatürlich«, sagt hingegen Otto Erich. 25 Jahre ist er für die ÖVP Sonntagberg im Gemeinderat gesessen. An diesem Sonntag sitzt er beim Frühschoppen und redet über seine Volkspartei. »Die ÖVP gibt dem allgemeinen Trend zu viel nach.«

Zu liberal, zu sehr nach der öffentlichen Meinung ausgerichtet, so beäugt man an den Biertischen von Sonntagberg das Treiben der Bundespartei. Wo die ÖVP hart auftritt und wie bei Abschiebung der Asylwerber aus dem Servitenkloster kompromisslos Kante zeigt, ist es dem Sonntagberger Klientel noch nicht hart genug. »Es ist gut, dass die Ausländer aus der Kirche zurückgeschickt worden sind. Aber ich wäre schon am zweiten Tag mit ihnen runtergefahren«, sagt ein anderes ÖVP-Parteimitglied. Dass ein Muslim von der Volkspartei in den Nationalrat entsandt wird, sorgt hier für kontroverielle Diskussionen.

Hat Ursula Stenzel also recht, vergrätzt ihre Partei die Basis und ihr angestammtes Klientel, wenn sie sich zu offen gibt? »Natürlich wäre es für die ÖVP gefährlich, sich zu liberal zu positionieren«, sagt Politikberater Thomas Hofer. Gleichzeitig müsse die Volkspartei aber Hürden abbauen, um für liberale Schichten wählbar zu sein. Dass mit der derzeitigen Politik die alte Zielgruppe verloren geht, glaubt Hofer nicht: »Die liberale Gefahr in der ÖVP war schon einmal größer.«

Etwa unter Josef Pröll. Seine Perspektivengruppe, welche die ÖVP nach der Wahlschlappe von 2006 auf einen neuen gesellschaftspolitischen Kurs führen sollte, hat auch in Sonntagberg Eindruck hinterlassen. Eine »Katastrophe« nennt Otto Erich den früheren Parteiboss schlicht. Übrig geblieben ist von den Reformbemühungen ohnehin nichts: »Die Korruptionskiste hat die inhaltliche Diskussion und den Reformprozess abgewürgt«, sagt Thomas Hofer.

Das sieht auch der ehemalige ÖVP-Bundesparteiboss Erhard Busek so: »Die Reformbemühungen von Josef Pröll sind rasch beerdigt worden.« Einen klaren Standort seiner Partei kann Busek nicht mehr ausmachen: »Die ÖVP redet ständig von Werten, bleibt aber vollkommen beliebig. Dabei gibt es gerade heute eine enorme Nachfrage nach Wertvorstellungen. Die ÖVP sieht das aber nicht, weil sie es nicht sehen will.« Ursula Stenzel

Die liberale Gefahr Die ÖVP versucht sich jung und liberal zu geben und bekommt deshalb zusehends Probleme mit ihrer konservativen Basis

nimmt er in Schutz: »Ich glaube, Frau Stenzel wollte das Richtige sagen, als sie meinte, die ÖVP wäre zu liberal. Statt liberal muss man aber konturlos sagen. In den Ansichten der ÖVP herrscht absolute Beliebigkeit.«

»Derzeit erkennt man den ÖVP-Wähler vor allem an seiner Kirchengangshäufigkeit«, sagt Reinhard Heinisch, Politologe an der Universität Salzburg. Angebote an neue Wählerschichten kann Heinisch bei der ÖVP aber nicht erkennen: »Schauen Sie nach Salzburg. Der Speckgürtel um die Stadt Salzburg hat grün gewählt.«

Wie die ÖVP an diese heiß begehrten Stimmen kommen könnte, machen ihre deutschen Schwesterparteien CDU/CSU vor. Der CSU-Slogan »Mit Laptop und Lederhose« war nicht nur einprägsam, sondern hat auch in der Wirklichkeit Früchte getragen: Die CSU deckt heute von der Mitte bis rechts alle Wählerschichten in Bayern ab.

Von diesem Kunststück ist die Volkspartei noch Welten entfernt. »Wirklich verändern wird sich in der ÖVP erst etwas, wenn sie sich nicht mehr bequem auf den zweiten Platz verlassen kann«, glaubt Heinisch. »Dann haben die Parteizentrale und der Obmann genug Erpressungsmacht, um gegen die Macht der Teilorganisationen Struktur- und Programmreformen durchzusetzen.«

Erhard Busek sieht die Lösung in einer gewissenhafteren Auswahl der Repräsentanten: »Es braucht nicht nur intellektuelles, sondern auch ein geistiges Profil.« Sebastian Kurz hält Busek zwar für eine gelungene Besetzung, trotzdem rät er dem jungen Staatssekretär zur Vorsicht: »Ich habe es Kurz selbst gesagt, dass er aufpassen muss, nicht nur konsumiert zu werden.«

Ursula Stenzel relativiert ihre markigen Sprüche mittlerweile. Natürlich müsse die ÖVP neue Wählerschichten ansprechen, sagt sie heute. »Ich warne nur vor zu großen Hoffnungen.« Angst, dass Wähler ausbleiben könnten, wenn ihre Partei Muslime aufstellt, hat die Bezirksvorsteherin nicht mehr: »Ich habe mit Herrn El Habbassi telefoniert, und das ist ein sehr sympathischer junger Mann.« Trotzdem bleibt Stenzel bei ihrer Forderung: »Das christlich-soziale Profil der Volkspartei muss geschärft werden.«

In Sonntagberg beim Frühschoppen erscheinen die Probleme der Partei nicht so gewaltig. Das Bier mundet, der Zauberer unterhält die Kinder, und ÖVP-Bürgermeister Thomas Raidl darf sich nun endlich ein paar Frankfurter genehmigen. »Es gibt sicher Handlungsbedarf«, sagt er zwischen den Bissen in seine Würstel, »aber es bewegt sich etwas.« Für ihn wäre es selbstverständlich, dass Muslime in der Partei sind: »Man kann der Wirklichkeit nicht 40 Jahre hinterherhinken.« Nach den Frankfurtern gönnt sich der Bürgermeister noch einen Marillenschnaps und sagt etwas, das man in der Volkspartei nicht eben oft hört: »Ich bin auf der ganzen Linie liberal.«

VON ANDREAS MACHO

Wofür die Volkspartei steht, ist zum Rätsel dieses Wahlkampfs geworden: Konservativ oder liberal, Krawatte oder offenes Hemd

Die ÖVP Politiker Johanna Mikl-Leitner, Michael Spindelegger, Johannes Lopatka und Sebastian Kurz im stimmigen Milieu auf der Schafalm in Schladming

Load-Date: March 25, 2022

Ethnische Unruhen verschärfen Flüchtlingsdrama in Birma; Bei Kämpfen zwischen Buddhisten und Muslimen sind in Birma zahlreiche Menschen getötet worden. Über 26.000 sind nach Angaben der UN auf der Flucht.

ZEIT-online

Montag 29. Oktober 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: RELIGIONSKONFLIKT; Ausg. 44

Length: 308 words

Body

Flüchtlinge in Birma

© Kaung Htet/Getty Images

Die neuen ethnischen Unruhen im Westen Birmas haben die **Flüchtlingskatastrophe** in der Region verschärft. Die Gewalt habe in den vergangenen Tagen mehr als 26.000 Menschen zur Flucht veranlasst, sagte der Vertreter der Vereinten Nationen Ashok Nigam. Es sei gut möglich, dass noch wesentlich mehr Menschen auf der Flucht seien.

Die Flüchtlinge sind überwiegend Angehörige der muslimischen Minderheit der Rohingya. Viele von ihnen versuchten nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR in Lager im Westen des Landes zu gelangen. Diese seien jedoch bereits völlig überfüllt.

UN-Vertreter Nigam berief sich bei seinen Angaben auf die birmanische Regierung. Demnach wurden im Bundesstaat Rakhine bei Kämpfen zwischen Buddhisten und Muslimen in den vergangenen Tagen mehr als 80 Menschen getötet und etwa 130 weitere verletzt. Etwa 4.500 Häuser wurden zerstört.

Mehr als 150 Menschen getötet

Bereits im Juni waren 75.000 Menschen auf der Flucht. Die Lage in Rakhine hatte sich aber zunächst wieder beruhigt. Amtlichen Angaben zufolge sind seitdem mehr als 150 Menschen beider Religionsgruppen getötet worden, die tatsächliche Zahl dürfte aber höher liegen.

Die Bevölkerung in Birma ist zu 89 Prozent buddhistisch. Rund vier Prozent der Bevölkerung sind muslimischen Glaubens. Die etwa 800.000 Muslime in Rakhine gehören den Rohingya an. Sie sind staatenlos und in ihren Rechten erheblich eingeschränkt. Die Vereinten Nationen sehen die Rohingya als eine der am stärksten verfolgten Minderheiten der Welt an.

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) forderte die birmanische Regierung auf, die Rohingya vor "böartigen Angriffen" zu schützen und allen Menschen in der Region zu helfen. "Wenn die Behörden nicht auch die Ursachen der Gewalt angehen, wird es wahrscheinlich noch schlimmer werden."

Ethnische Unruhen verschärfen Flüchtlingsdrama in Birma Bei Kämpfen zwischen Buddhisten und Muslimen sind in Birma zahlreiche Menschen getötet worden. Über 26.0....

Load-Date: October 31, 2012

End of Document

Edward Snowden sollte in Moskau befragt werden; Für den Whistleblower kommen freies Geleit, Asyl oder Aufenthaltsrecht nicht infrage. Die deutschen Behörden müssten ihn in Russland anhören.

ZEIT-online

Montag 4. November 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: Abhöraffäre; Ausg. 44

Length: 605 words

Byline: Robert Leicht

Body

Robert Leicht, 68, ist Politischer Korrespondent der ZEIT. Von 1992 bis 1997 war er ihr Chefredakteur. Seit 2010 ist er Vorstandsvorsitzender der Schule Schloss Salem e.V.

© Nicole Sturz

Da hat nun Hans-Christian Ströbele einen starken Coup gelandet. Obwohl dessen Sensationswert einstweilen weitaus größer ist als dessen Informationswert, weil Ströbele sich immer dann, wenn die Fragen nach seinem Besuch bei Edward Snowden in Moskau wirklich interessant wurden, auf die Auskunft zurückzog, dies sei nun leider geheim. So dürften bisher nur die russischen Abhörer wissen, was wirklich gesprochen wurde. Es lebe die angeblich so gefeierte umfassende Transparenz!

Nun stellt sich die alte Mainzer Frage: Wolle' m'r 'n rei'lasse?

Ein freies Geleit kommt aus zwei Gründen nicht infrage. Erstens gibt es dieses Geleit nur bei Strafprozessen, aber gegen Snowden will hierzulande ja niemand strafrechtlich vorgehen. Zweitens soll eine solches Geleit ja die ungestörte Rückkehr zum Ursprungsort sichern. Doch würde er dort nach einer Abreise nicht wieder in sein vorläufiges Asyl aufgenommen werden.

Also stellt sich, wenn man Snowden unbedingt in Berlin anhören wollte, nur die Frage: Asyl oder Aufenthaltsrecht? Mit dem Asylrecht würde es schwierig, denn das setzte eine politische Verfolgung voraus. Gewiss ist die NSA-Affäre eine zugleich hochpolitische Angelegenheit. Doch die USA können, ohne dass sich dies rundheraus bestreiten ließe, sich darauf berufen, dass sie Snowden allein wegen der Verletzung von Strafvorschriften (Geheimnisverrat, Landesverrat etc.), die analog auch hierzulande gelten, vor ein ordentliches Gericht stellen wollen. Also: Auslieferungsbegehren!

Insbesondere würde die Auslieferung verlangt werden, falls der Bundesinnenminister Snowden aus Gründen der politischen Opportunität ein Aufenthaltsrecht einräumen würde, im Interesse der Bundesrepublik. Dann würde sich

Edward Snowden sollte in Moskau befragt werden Für den Whistleblower kommen freies Geleit, Asyl oder Aufenthaltsrecht nicht infrage. Die deutschen Behörden müß....

erst recht ein Streit entzünden, der nicht ohne schwerwiegende politische Folgen für den transatlantischen Rechtshilfeverkehr und die deutsch-amerikanischen Beziehungen überhaupt bliebe.

Es geht also letztlich um eine Frage der politischen Opportunität. Um unsere politischen Interessen! Und worin liegen die?

Fünf vor 8:00

Abonnieren Sie die Morgenkolumne von Josef Joffe, Theo Sommer, Matthias Naß, Robert Leicht und Ulrich Greiner - täglich per E-Mail.

Ihre E-Mail-Adresse: [Jetzt anmelden](#)

Die NSA hat, wie wir und alle anderen betroffenen Staaten und Regierungschefs inzwischen hinreichend wissen, nach Geheimdienststart mächtig über die Stränge geschlagen. Was Realisten gegenüber allen Geheimdiensten schon längst vermuteten oder doch vermuten mussten. Nun ist, außer den USA insgesamt, die NSA auch noch bloßgestellt worden und hat deshalb mehr politischen Schaden als informatorischen Nutzen gestiftet.

Für die Zukunft kann es nur darum gehen, solche Praktiken zumindest scharf einzugrenzen - und zwar vice versa. Und dazu braucht man zwangsläufig die Kooperationsbereitschaft beider Seiten. Solche Verhandlungen seien bereits im Gange, heißt es. Was immer davon zu halten ist.

Aber ein jahrelang andauernder Streit zwischen den USA und Deutschland über eine Auslieferung von Edward Snowden würde nicht nur solche Verhandlungen blockieren, sondern die Beziehungen auf unziemliche Dauer gänzlich ruinieren. Wem es auf Schadenfreude ankommt, hole Snowden nach Berlin. Wer an unsere wirklichen politischen Interessen denkt, überlege sich das mehrmals.

Aber nun soll es möglich sein, Snowden auch in Moskau anzuhören. Wohl denn, möglichst auch über das, was er über unsere Geheimdienste weiß. Die russischen Abhörer werden das alles still genießen.

Load-Date: November 4, 2013

Das Boot und die Insel; Wann endlich macht die Schweiz Frieden mit ihrer Geschichte?

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

21. Februar 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK SCHWEIZ, NORD-SÜD-ACHSE; Das Boot und die Insel; S. 13; Ausg. 9

Length: 648 words

Byline: Anita Fetz

Body

Nachlese: Als 1942 nach der Grenzschießung eine Rorschacher Mädchenklasse »in vaterländischer Verbundenheit« dem Bundesrat »höchst empört« schrieb und um Aufnahme sonst todgeweihter Flüchtlinge bat, blieb der Bundesrat hart. Auf Geheiß von Bern wurden die 14-jährigen Mädchen verhört und gemäßregelt.

Der Bundesrat, der 1942 die Grenzen für zivile Flüchtlinge (also vor allem Juden) schloss, bemühte damals das Bild eines übervollen Rettungsbootes. Dieses drohe zu sinken, wenn weitere Schiffbrüchige aufgenommen würden. Juristen erkennen das Konstrukt dahinter sofort - es ist der Notstand, der seit der Antike mit zwei Schiffbrüchigen und einer Planke gedacht wird, wobei die Planke nur einen tragen kann.

Die breite Bevölkerung bestand schon damals nicht aus Juristen und verstand das Sprachbild als konkretes Bild. Und zwar als eines, das falsch und unmenschlich war: Es hatte noch Platz, auch und gerade für zivile Flüchtlinge. Nationalrat Oeri warnte 1942 davor, »auf Vorrat hin grausam« sein zu wollen. Auch Nationalrat Maag-Socin war die bundesrätliche Überlegung unverständlich, wonach »eine Zahl von mehr als 6000 bis 7000 Flüchtlingen untragbar sein« sollte.

Die offizielle Schweiz war ängstlich auf Vorschuss. Nicht mutig, wie unser Bundespräsident verlauten ließ. Um via Presseabteilung gleich noch kaltherzig einen draufzugeben: Eine Gedenkbotschaft sei kein Ort, um eine differenzierte Geschichtsdiskussion zu führen. Nur: Wer undifferenziert die Schweizer Flüchtlingspolitik dieser Zeit glorifiziert, wie das Bundespräsident Maurer getan hat, tritt ungewollt oder gewollt das Andenken der Abgewiesenen und Getöteten, derer ja gerade hätte gedacht werden sollen. Das ist das Ungeheuerliche an der bundespräsidialen Erklärung.

1957 sagte der Kommissionspräsident im Nationalrat zum Flüchtlingsbericht des Bundesrates: »Sicher ist, dass Zehntausende von einem barbarischen politischen System zu Tode gehetzter Menschen hätten gerettet werden können, ohne unser Land in eine schwierige Lage zu versetzen.«

1995 doppelte die Nationalrätin Josi Meier nach: »Kein Zweifel, bei nachher total 40 zivilen Flüchtlingen auf 10000 Einwohner, davon höchstens 4 jüdische, ist klar, dass das Bild vom [vollen Boot] total daneben war.« Der

Das Boot und die Insel Wann endlich macht die Schweiz Frieden mit ihrer Geschichte?

damalige Bundespräsident Villiger war ebenso deutlich: Die Schweiz habe im Zweiten Weltkrieg Schuld auf sich geladen. Für Glorifizierung sei kein Platz. Für Verdammung auch nicht.

Das Leben ist nicht schwarz-weiß. Das war es auch im Zweiten Weltkrieg nicht: Es gab Schattierungen und Aufhellungen in viele Richtungen. Nur tut sich die Schweiz schwer mit diesen Nuancierungen.

Deshalb bricht einmal pro Jahrzehnt diese Diskussion auf: Mitte der Fünfziger (Beobachter-Dokumente, Bericht Ludwig), Mitte der Sechziger (Buch *Das Boot ist voll*), Ende der Siebziger (Veröffentlichung der Flüchtlingsdebatte von 1942), in den Achtzigern (Verfilmung von *Das Boot ist voll*), in den Neunzigern (nachrichtenlose Vermögen, 50 Jahre Kriegsende) sowie 2001 (Bergier-Bericht) führte die Schweiz dieselbe Diskussion wie heute. Das hat den Brief der Rorschacher Mädchen wieder ins Bewusstsein einer breiteren Öffentlichkeit gerückt. Wieder? Ja, er ist seit über 40 Jahren bekannt und war 1995 Teil der Ausstellung *Anne Frank und wir*; die ebenfalls als »neu« bezeichneten Fotos sind in Paris und Bukarest ausgestellt.

Das wird so bleiben, bis die Schweiz ihren Frieden nicht nur mit dem Geleisteten macht, sondern auch damit, dass - wie es Friedrich Dürrenmatt 1968 formulierte - untrennbar »zu unserem Davonkommen die Schuld gehört«. Das macht unsere Geschichte nicht kleiner. Aber es macht sie menschlicher.

Nächste Woche in unserer neuen Kolumne »Nord-Süd-Achse«: Der Tessiner Financier Tito Tettamanti

Anita Fetz lebt als SP-Ständerätin und Unternehmerin in Basel

Load-Date: March 25, 2022

Flüchtlinge sollen abgeschreckt werden; Evelyn Finger: "Letzte Zuflucht"
ZEIT NR. 30

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

1. August 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: S. 69; Ausg. 32

Length: 267 words

Body

Es ist höchste Zeit, dass die **Flüchtlingsproblematik** in der EU als Problem diskutiert wird!

Impressionen aus Italien passen ins Bild: Zwischen Touristen und Sehenswürdigkeiten bieten schwarze Straßenhändler je nach Wetterlage Sonnenbrillen oder Regenschirme an. Hier waren wohl auch die **Flüchtlinge** vorübergehend "zu Hause", die im Frühjahr in Hamburg gestrandet sind. Für sie alle ist es noch ein weiter Weg bis zu einem sicheren Aufenthaltsstatus und einer sicheren Zukunft.

Vielleicht ist es zu viel verlangt, aus der EU einen Einwanderungskontinent zu machen. Doch die Rhetorik ist verräterisch gnadenlos: Flüchtlinge müssen wieder zurück, zumindest in ihr Einreiseland (so auch Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz lapidar), und Flüchtlinge sollen abgeschreckt werden, nach Europa zu kommen. - Wie will man eigentlich Menschen abschrecken, die mindestens vor völliger Perspektivlosigkeit und bitterer Armut, meist vor Mord und politisch motiviertem Totschlag geflohen sind? Ich mag mir nicht vorstellen, wie eine Abschreckung aussehen könnte, die auch nur annähernd ein Gleichgewicht zu diesen Fluchtmotiven wäre. Aber ich fürchte, wir sind kurz davor, dieses Gleichgewicht zu erreichen. Ihre Diagnose, "in Deutschland gibt es kein Mitleid", trifft ins Schwarze.

Dr. Engelbert Prolingheuer, Hamburg

Erst der sprachlos machende Artikel über Pfarrer Wilm und seine großartige Aktion. Dann die Freude, dass die **ZEIT** diese beschämende Tatsache der staatlichen Gleichgültigkeit geißelt und mir dadurch die Möglichkeit der aktiven Anteilnahme gibt, wenn ich auch nur spenden kann.

Karin Dauber, Wachenheim

Load-Date: August 1, 2013

In Afrika warten Millionen; "Die andere Heimat"; "Worum es wirklich geht"
ZEIT NR. 43

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

31. Oktober 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: LESERBRIEFE; In Afrika warten Millionen; S. 87; Ausg. 45

Length: 313 words

Body

Sicher kann Europa **Flüchtlinge** aus humanitären Gründen aufnehmen. Das würde aber bedeuten, dass diese nur für die Zeit des Konflikts hier aufgenommen würden. Eine Lösung der Konflikte in weiten Teilen Afrikas ist aber nicht absehbar, und es macht auch wenig Sinn, wenn die Menschen aus ihren Heimatländern fliehen, um nie mehr zurückzukehren. Wer soll denn dann Afrika verändern? Sollen wir zurück zum Kolonialismus?

Es ist richtig, dass Europa seine Einwanderungspolitik neu organisieren muss. Das ist derzeit sicher schwierig umzusetzen. Es kann aber nicht sein, dass Humanität erzwungen wird, indem man mit einer Nusschale durch das Mittelmeer treibt. Auch Afrika besteht nicht mehr nur aus Not, Elend und Chaos. Und Flüchtlingshilfe kann überall auf der Welt organisiert werden.

Ich bin deshalb weiterhin dafür, mit den nordafrikanischen Staaten Vereinbarungen zur Flüchtlingshilfe zu treffen.

Dr. David Wolff, per E-Mail

In Afrika warten vermutlich einige Millionen auf die Chance auf ein besseres Leben, wobei die Ärmsten es nicht bis zu den Booten am Südrand des Mittelmeers schaffen. Es ist illusorisch, anzunehmen, diesen allen durch Aufnahme in Europa helfen zu können. Hilfe muss vor Ort erfolgen, und dies wird ein Prozess von weiteren Jahrzehnten sein.

Bernd Müller, Berlin

Ich finde, dass Sie bei der Frage, ob Flüchtlinge den Deutschen Jobs wegnehmen, den Arbeitsmarkt zu statisch betrachten. Denn Menschen suchen nicht nur nach Arbeit, sondern sie sind auch Verbraucher. Kommen also mehr Menschen ins Land, dann werden auch mehr Produkte und Dienstleistungen benötigt. Wo mehr Menschen leben, braucht es auch mehr Bäcker und Ärzte. Immigranten wollen also arbeiten, führen aber gleichzeitig zu einem größeren Angebot an Jobs. Mir scheint daher, dass wir uns mit der Frage nach den Arbeitsplätzen zu sehr ins Bockshorn jagen lassen.

Reiner Krause, per E-Mail

Load-Date: October 31, 2013

In Afrika warten Millionen "Die andere Heimat"; "Worum es wirklich geht" ZEIT NR. 43

End of Document

Ermordet, gequält und ausgeweidet; Entführung, Vergewaltigung, Folter und Organraub - auf der Sinai-Halbinsel werden Flüchtlinge aus Afrika seit Jahren zu Opfern schwerer Verbrechen.

ZEIT-online

Dienstag 15. Januar 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT ONLINE

Section: FLÜCHTLINGE IN ÄGYPTEN; Ausg. 3

Length: 1010 words

Byline: Martin Gehlen

Body

Flüchtlinge aus Eritrea im **Flüchtlingslager** Shagarab im Sudan

© Stringer/Reuters

Erst schütteten die Peiniger der 24-Jährigen Diesel über den Kopf, dann zündeten sie ihr die Haare an. Immer wieder wurde die junge Frau aus Eritrea mit Elektroschocks gequält, mit den Füßen an der Decke aufgehängt und geprügelt, bis ihre Verwandten zu Hause schließlich das geforderte Lösegeld von 25.000 Dollar aufgetrieben hatten. Sieben Monate lang war sie bei Beduinen auf dem Sinai gefangen.

Anderen Leidensgenossinnen tropften Entführer heißes Plastik auf die Haut, vergewaltigten sie mit Stöcken, ketteten sie tagelang aneinander, ließen sie hungern und dursten, während die Familien zu Hause die Schreie der Gefolterten über Handy live mit anhören mussten. "Wir werden euch töten, die Organe herauschneiden und verkaufen, wenn ihr das Lösegeld nicht heranschafft", drohten die Folterer, die gewöhnlich zwischen 4.000 und 40.000 US-Dollar pro Opfer verlangen. Bei Hunderten machten sie offenbar ihre Drohung tatsächlich wahr.

So fanden Menschenrechtler in der Leichenhalle des Hospitals von al-Arisch, der Provinzhauptstadt im Norden des Sinai, Verstorbene, deren Körper in der Mitte oder an den Seiten mit großen Stichen wieder zugenäht worden waren. Nieren, Leber, Herz, Augenlinsen - alles hatten die Organdiebe herausgeschnitten. Andere Opfer wurden als menschlicher Abfall irgendwo auf der kargen Halbinsel verscharrt.

Massengräber zeugen von dem unfassbaren Unrecht

Allein 2011 stießen ägyptische Aktivisten an Straßenrändern auf mehr als 100 verwesene Leichen von Gefolterten oder Verhungerten. "Doktoren aus Kairo rufen mich an und sagen mir, wie haben hier einen Privatpatienten und brauchen dieses oder jenes Organ. Es ist wie bei Ersatzteilen für ein Auto", erklärte ein Beduine in einem anonymen Telefonat gegenüber dem Fernsehsender CNN.

Gut tausend namenlose Opfer wurden in den letzten Jahren anonym in dem al-Sadaka-Massengrab außerhalb der Friedhofsmauern von al-Arisch begraben, direkt neben der Müllhalde eines angrenzenden Slums. Nach

Ermordet, gequält und ausgeweidet Entführung, Vergewaltigung, Folter und Organraub - auf der Sinai-Halbinsel werden Flüchtlinge aus Afrika seit Jahren zu Opfern....

Schätzungen verschiedener Menschenrechtsgruppen sind seit 2007 mindestens 4.000 Menschen auf dem Sinai spurlos verschwunden.

Sie alle waren Flüchtlinge aus Eritrea, Äthiopien oder dem Sudan, sind ihren Peinigern im Umkreis der Flüchtlingslager Mai Aini in Äthiopien und Shagarab im Sudan in die Hände gefallen, die auch als wichtigste Anlaufstelle für Flüchtlinge aus Eritrea fungieren. Mithilfe von Schleusern wollten sie ihr Glück in Israel versuchen. Seit einiger Zeit berichten aber auch Opfer, sie hätten niemals Israel als Ziel gehabt, sondern seien einfach aus den Lagern entführt und von Menschenhändlern verschleppt worden.

Organraub auf dem Sinai auf einer größeren Karte anzeigen

Entführung, Lösegeld-Erpressungen, Folter, Vergewaltigungen und Organraub - die Verbrechen an afrikanischen Flüchtlingen auf dem Sinai gehören zu den schlimmsten humanitären Missständen der Region. Seit geraumer Zeit beobachtet die Bundesregierung die "Entwicklung des Menschen- und Organhandels auf dem Sinai mit Sorge", hieß es kürzlich in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag.

Man habe Hinweise, wonach ein Beduinenstamm von 2010 bis 2011 afrikanische Flüchtlinge entführt "und ihnen Organe zum Weiterverkauf an ägyptische Krankenhäuser entnommen" haben soll. "Es sollen etwa 200 bis 250 Personen Opfer dieser Praxis geworden sein, nicht wenige seien durch die Eingriffe zu Tode gekommen."

Andere Beduinenstämme jedoch hätten die Täter vertrieben, als Medien auf das Thema aufmerksam machten. Daraufhin hätte eine Gruppe von Beduinen eines anderen Stammes die Fortsetzung dieser Art des Organhandels übernommen, allerdings gegen den ausdrücklichen Willen ihrer Stammesführung.

Aus jüngster Zeit läge ein bisher unbestätigter Hinweis vor, der Organhandel sei signifikant zurückgegangen - eine Einschätzung, der Aktivisten wie Meron Estefanos widersprechen, die in Eritrea geboren wurde, in Schweden lebt und als die wohl beste Kennerin der Flüchtlingsschicksale auf dem Sinai gilt. Am 20. Februar will sich nun der Menschenrechtsausschuss im Berliner Reichstag mit dem Problem beschäftigen, um mehr Druck auf Kairo zu erzeugen.

Das Thema ins Rollen gebracht hatte seinerzeit der Bericht einer ägyptischen Tageszeitung über den tödlichen Autounfall eines Kairoer Arztes auf dem Sinai, der in seinem Wagen eine Kühlbox mit menschlichen Organen dabei hatte. Nach einem Bericht von CNN operieren die korrupten Mediziner und Organhändler auf der schwer kontrollierbaren Halbinsel angeblich sogar mit mobilen Kliniken.

Die Beduinenstämme wiederum sorgen dafür, dass genügend Opfer gekidnappt und herbeigeschafft werden - ein Geschäft, dass nach Angaben von Insidern ähnlich lukrativ ist wie der Waffenschmuggel. Zwischen 1.000 und 20.000 Dollar werden nach den Recherchen von CNN für eine Niere gezahlt.

Ägypten als Drehscheibe der Organ-Mafia

Eine umfangreiche Dokumentation der Europäischen Union vom September 2012 zeichnet sogar das Bild einer systematischen Organhandel-Industrie. Für die Weltgesundheitsorganisation (WHO) funktioniert Ägypten als regionale Drehscheibe in dem teuflischen Geschäft. Und Amnesty International spricht von einer "Tragödie quer durch zahlreiche Staaten", die von der internationalen Gemeinschaft einfach ignoriert werde.

Von den 50.000 bis 60.000 afrikanischen Flüchtlingen, die es seit 2007 im Sinai illegal über die Grenze nach Israel geschafft haben sollen, haben nach Schätzungen der Organisation Ärzte für Menschenrechte (PHR) in Tel Aviv 5.000 bis 7.000 die beduinischen Folterkammern überlebt.

Aufgrund der Zeugenaussagen habe man eine detaillierte Karte angefertigt, mit den genauen Koordinaten der Folterzentren sowie Wohnorten und Namen der Menschenhändler. Die Dokumentation sei der ägyptischen Botschaft in Israel, aber auch dem Außenministerium in Washington und dem britischen Premierminister David Cameron übergeben worden. Trotzdem gebe es nach wie vor keinerlei Anzeichen dafür, dass gegen den ruchlosen Sklavenhandel auf dem Sinai irgendetwas unternommen werde.

Ermordet, gequält und ausgeweidet Entführung, Vergewaltigung, Folter und Organraub - auf der Sinai-Halbinsel werden Flüchtlinge aus Afrika seit Jahren zu Opfern....

Load-Date: January 16, 2013

End of Document

Ein Spielplatz für traumatisierte Bürgerkriegskinder; Rund 200.000 syrische Flüchtlinge leben in Jordanien. Mehr als die Hälfte von ihnen sind Kinder - die zu Hause fast alle Schreckliches erlebt haben.

ZEIT-online

Montag 15. Oktober 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: JORDANIEN; Ausg. 42

Length: 824 words

Byline: Felix Gaedtker

Body

Im **Flüchtlingslager** von Saatari nahe der nord-jordanischen Stadt Mafraq

© Ali Jarekji/Reuters

Ismail wirkt etwas verwirrt in seiner neuen Umgebung. Der Sechsjährige aus einem Vorort von Damaskus musste vor einer Woche aus seiner Heimat fliehen. Jetzt lebt er im Norden von Jordanien im **Flüchtlingslager** von Saatari in der Nähe der Stadt Mafraq. "Ich bin hier wegen der Raketen und der Bomben. Mein Haus ist kaputt. Ich habe gar nicht geglaubt, dass es unser Haus ist - ich konnte es nicht mehr wiedererkennen. In Syrien habe ich so viele Raketen gesehen. Sie sind hoch in den Himmel geflogen und dann explodiert", erzählt Ismail in dem staubigen, heißen Zelt, in dem er zwischen seinen Geschwistern sitzt.

Der junge syrische **Flüchtling** erinnert sich auch, wie ihr Haus beschossen wurde: "Viele Kugeln sind durch das Fenster gekommen. Ich habe sie aufgehoben. Sie waren das Einzige, was ich mitgenommen habe von zu Hause." Als sie über die Grenze kamen, sagte seine Mutter Hafa ihm, dass er die Patronenhülsen wegwerfen muss. Ismail vermisst sein Zuhause. Jeden Tag betet er zu Gott, wieder dort zu sein.

Er ist einer von mehr als 30.000 Syrern in Saatari, über die Hälfte aller Flüchtlinge in Jordanien sind Kinder. Das Lager von Saatari liegt in der Wüste, unweit der syrischen Grenze. Es sind 40 Grad, die heiße Luft ist voll feinem Staub, der alles in dem Lager unter sich bedeckt. Es gibt keine Vegetation - weder Bäume noch Büsche - und keinen Schatten, nur Zelte und ein paar Container internationaler Hilfsorganisationen. Die Mehrzahl der bis zu 200.000 Syrer in Jordanien lebt außerhalb solcher Camps. Viele sind bei Familie und Freunden untergekommen oder mieten Zimmer und Wohnungen mit dem Geld, das ihnen geblieben ist.

Traumata bekämpfen

Weil die Familien oft wirtschaftliche Not leiden, nimmt die Sorge vor der Ausbeutung von Kindern zu. Gerüchte um Zwangsehen und sexuellen Misshandlungen von Flüchtlingsmädchen kommen auf, die UNICEF bestätigt zudem einen Anstieg der Kinderarbeit. Manche der Kinder, die außerhalb der Lager leben, haben bereits die Schule

Ein Spielplatz für traumatisierte Bürgerkriegskinder Rund 200.000 syrische Flüchtlinge leben in Jordanien.
Mehr als die Hälfte von ihnen sind Kinder - die zu Ha....

verlassen und angefangen in Cafés zu arbeiten. Häufig ist dies die einzige Überlebensebene für die Familien, da in vielen Fällen nur die Frauen mit den Kindern nach Jordanien gekommen sind. Frauen, die arbeiten, werden aus kulturellen Gründen oft gesellschaftlich geächtet.

Die Familie der vierjährigen Rama hat eine kleine Wohnung in Amman gemietet. Sie ist sauber und aufgeräumt. Ramas Vater hatte Geld gespart, bevor ein Panzer sein Geschäft in Damaskus zerstörte, in dem er Heizungen verkaufte. Rama und ihre sechs Jahre alte Schwester sind einheitlich angezogen, weiße Schuhe mit Blumen darauf, rosa Hosen und ein weißes Kleid. In Syrien hatte Rama einen imaginären Freund: Tamim. Sie erzählte ihm alles. Seit Rama in Jordanien ist, hat sie nicht mehr mit ihm gesprochen. Sie sagt: "Jetzt ist Tamim tot."

Die psychische Verfassung der jungen Flüchtlinge aus Syrien ist schlecht. Die UNICEF-Länderverantwortliche für Jordanien, Dominique Hyde, erklärt: "Viele sprechen nicht mehr, sind Bettnässer, haben Albträume - und die Situation wird schlimmer. Die Mehrheit der Kinder hat Verluste erfahren gemacht." Bei der UNICEF geht man davon aus, dass ein großer Teil der geflohenen Kinder Familienangehörige hat sterben sehen.

Im Saatari-Flüchtlingslagers haben die Hilfswerke Save the Children und UNICEF daher Kinderbereiche geschaffen, in denen man sich gezielt mit ihrer sozialen und psychischen Gesundheit auseinandersetzt. Es gibt jetzt einige größere Zelte, in denen Kinder spielen und Bilder malen, ein Spielplatz wird gerade gebaut. Die Kinder sind glücklich darüber. Der siebenjährige Mohammed und der achtjährige Ibrahim erklären: "Wir spielen gerne hier. Schau Dir mal die Bilder an, die wir gemalt haben."

Kinder versuchen Traumata durch Spielen zu bewältigen. "Wenn sie sich nicht jetzt mit den traumatischen Erlebnissen auseinandersetzen, wird dies Narben hinterlassen. Wir befürchten, dass der Schmerz nur größer wird, wenn sie nicht jetzt lernen damit umzugehen", erklärt Saba Al-Mobaslat von Save the Children. Die älteren syrischen Kinder dürfen zudem jordanische Schulen besuchen, sofern sie registriert sind. Im Saatari-Lager haben UNICEF und Save the Children gerade eine Schule eröffnet. Viele der Kinder sind seit Beginn der Krise im März 2011 nicht mehr zum Unterricht gegangen. Etwa 6.000 Kinder im Schulalter leben in dem Lager, 2.300 sind bislang registriert. Noch immer fehlen UNICEF finanzielle Mittel. Eine zweite Schule für 5.000 Kinder soll Ende Oktober fertiggestellt sein.

Das ist auch bitter nötig, denn jeden Tag erreichen bis zu 3.000 neue Flüchtlinge die Lager Jordaniens. Der Winter steht vor der Tür und im heute noch heißen Ort Saatari wird es kalt und der Staub zu Schlamm werden. Es werden dann noch mehr Kinder da sein, die spielen wollen und eine Schule brauchen, um ein wenig Normalität in dieser abnormalen Situation zu schaffen.

Load-Date: October 16, 2012

"Wir machen dich platt"; In Uelzen werden Journalisten bedroht, die über einen Prozess mit Migrationshintergrund berichten

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

1. März 2012

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: S. 18; Ausg. 10

Length: 795 words

Byline: Hauke Friederichs

Body

Mit aufgeklapptem Laptop sitzt Thomas Mitzlaff im Saal 121 des Landgerichts Lüneburg. Der Redakteur der *Allgemeinen Zeitung der Lüneburger Heide* (AZ) wartet auf die Fortsetzung des Prozesses, über den er seit Wochen berichtet. Der Montag dieser Woche verspricht ein ruhiger Tag zu werden, Mitzlaff ist bisher weder bedroht noch beleidigt, noch verfolgt worden. Gelegentlich schaut er in den Zuschauerraum, wo diesmal keine Verwandten oder Freunde der beiden Angeklagten sitzen.

In den vergangenen Wochen, sagt Mitzlaff, hätten sie mehrmals versucht, Journalisten und Zeugen einzuschüchtern. Auch ihn. "Wir machen dich platt", hätten sie zu ihm gesagt. "Pass auf, du weißt, was anderen passiert ist." Mitte Februar sei er angerufen worden: Er habe genug über den Prozess berichtet. Er wolle doch weiter in der Region leben, er müsse aufhören - sofort.

Vor zwei Wochen berichtete die Lokalzeitung auf der Titelseite *In eigener Sache* über diesen Angriff auf die Pressefreiheit, den man in einem Russland der Oligarchen erwartet hätte, aber nicht in Uelzen am Rande der Lüneburger Heide. "Die AZ-Redaktion bekommt seit Wochen massive Drohanrufe, AZ-Redakteure werden bei ihrer Arbeit im Umfeld des Gerichtes demonstrativ fotografiert und in übler Weise beschimpft", hieß es in dem Artikel. Dennoch werde man weiterhin über das Verfahren gegen Ismael N. und Robert K. berichten.

Es geht um versuchten Totschlag. Die Angeklagten, beide 19 Jahre alt, sollen vor einem halben Jahr einen Türsteher mit einer Bierflasche zu Boden geschlagen und ihm gegen den Kopf getreten haben. Über die Angeklagten und ihre Familien, die aus dem Libanon und Osteuropa stammen, wird in Uelzen viel erzählt. Von illegalen Wetten, Menschenschmuggel, Raub ist die Rede. Was stimmt, und was ist Verleumdung? Wer als Journalist mit den Familien sprechen will, dringt nicht zu ihnen durch.

Die Polizei bestätigt, dass Ismael N. und Robert K. zur sogenannten Douglas-Bande gehören. Die zehn Männer zwischen 17 und 21 Jahren kamen zu ihrem Namen, weil sie sich oft vor einer Douglas-Filiale in der Innenstadt trafen. Mehr als 100 Straftaten sollen sie verübt haben: Beleidigung, Diebstahl, Erpressung, Körperverletzung. Die Hälfte der Bande sitzt jetzt in Untersuchungshaft. Die fünf anderen, sagt Redakteur Mitzlaff, hätten gemeinsam mit dem Vater eines der Angeklagten Journalisten und Zeugen bedroht. Im Gerichtsgebäude habe ein junger Mann ein Messer gezogen und ihm, Mitzlaff, gesagt: "Wir sitzen hinter dir."

"Wir machen dich platt" In Uelzen werden Journalisten bedroht, die über einen Prozess mit
Migrationshintergrund berichten

An diesem Montagmorgen im Gericht geht es ebenfalls um Robert K.s Vater. Ein Polizist berichtet, "K. senior" habe einen Zeugen in einem Café getroffen und mit ihm über dessen Aussage vor Gericht gesprochen. Kurz zuvor seien zwei Reifen am Auto des Zeugen aufgeschlitzt worden.

Wollte der Vater den Zeugen beeinflussen? Thomas Mitzlaff sagt Ja. Der Zeuge habe mit dem Vater zusammen den Tathergang aufgeschrieben und die Aussage geändert, die er bei der Polizei gemacht hatte. Auch andere Zeugen soll der Vater angesprochen haben, mehrere hätten sich eingeschüchtert gefühlt.

"Das kann sich eine Stadt nicht gefallen lassen", sagt AZ- Chefredakteur Andreas Becker. Er hofft auf eine offene Diskussion. Bislang wird nur geraunt. Hinter vorgehaltener Hand heißt es, die Immigranten seien nicht im Rechtsstaat angekommen. Offiziell will sich niemand äußern. Die Stadt Uelzen beteuert, es gebe kein Kriminalitätsproblem. Wir konnten weder mit dem Bürgermeister noch mit einem Sozialarbeiter sprechen. Schriftlich teilte SPD-Bürgermeister Otto Lukat mit: "Trotz aller Vorfälle lege ich Wert auf die Feststellung, dass Uelzen eine sichere Stadt ist." Die Stadt, die mit ihrem Hundertwasser-Bahnhof wirbt, scheint sich mehr um ihren guten Ruf zu sorgen als um die Pressefreiheit.

Um die gehe es aber hier, findet der Deutsche Journalisten Verband. "Es ist absolut unerträglich, dass Kriminelle Jagd machen auf Journalisten. Uelzen ist nicht die Hauptstadt einer Bananenrepublik, sondern liegt mitten in der Bundesrepublik Deutschland", sagte der DJV-Vorsitzende Michael Konken bei einem Besuch der AZ-Redaktion. "Journalisten haben ein Anrecht auf Sicherheit, sonst ist die Pressefreiheit nichts wert."

Und was tun Staatsanwaltschaft und Polizei? Es seien "Schutzmaßnahmen eingeleitet" worden. Man habe die Redaktion beraten. Beamte fahren am Verlagsgebäude vorbei. Der Vater eines Angeklagten sei angesprochen worden. Bislang liege aber keine Straftat vor, Angst sei etwas Subjektives.

Inzwischen ging auch bei Gericht ein Drohanruf ein. Ein Vater aus dem Umfeld der Douglas-Bande nannte Mitzlaff "das größte Schwein", notierte ein Justizbeamter in einem Vermerk: "Ich werde euch alle überraschen, ich sage nicht, was ich mache, aber ich mache bald etwas."

Load-Date: March 1, 2012

Retter kritisiert Küstenwache vor Lampedusa; Ein Fischer wirft der Küstenwache verspätetes Eingreifen und Behinderung vor. Die Organisation weist das zurück.

ZEIT-online

Samstag 5. Oktober 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge; Ausg. 41

Length: 507 words

Body

Ein Boot der italienischen Küstenwache verlässt den Hafen von Lampedusa am Freitag.

© Luca Bruno/AP/dpa

Ein Fischer hat nach dem **Flüchtlingsdrama** vor Lampedusa schwere Vorwürfe gegen die Rettungskräfte erhoben. Die Küstenwache habe 45 Minuten gebraucht, bis sie den etwa 500 Meter vor der Küste gelegenen Unglücksort erreicht habe, sagte Marcello Nizza, der am frühen Donnerstagmorgen mit einem Fischerboot in der Nähe des gekenterten Schiffs unterwegs war. Zusammen mit seinen sieben Begleitern kam er den Opfern zur Hilfe.

Sie hätten um 6.30 Uhr damit begonnen, die Schiffbrüchigen auf ihr Boot zu ziehen und eine Viertelstunde später die Küstenwache alarmiert, sagte Nizza. Die Küstenwache wies dies zurück. Der erste Notruf sei um 7.00 Uhr eingegangen, 20 Minuten später seien die Retter vor Ort gewesen.

Nizza beschuldigte die Küstenwache auch, die Rettung weiterer Überlebender behindert zu haben. Mit 47 Überlebenden habe sein Boot den Hafen von Lampedusa erreicht. Er sei dann aber daran gehindert worden, wieder aufs Meer zu fahren, weil hierfür keine offizielle Erlaubnis vorgelegen habe. "Ich hätte mehr Menschen retten können", sagte Nizza. Ein Sprecher der Küstenwache widersprach dieser Darstellung. Eine offizielle Erlaubnis sei nicht nötig gewesen. Es sei aber die Aufgabe der Küstenwache, die Rettungsaktion zu koordinieren und ein Chaos zu verhindern.

Die Behörden vermuten, dass bei dem Unglück mehr als 300 Flüchtlinge ertranken. An Bord des gekenterten Schiffes sollen etwa 450 bis 500 afrikanische Flüchtlinge gewesen sein, die überwiegend aus Somalia und Eritrea stammten. Bislang wurden 111 Tote geborgen, 155 Menschen überlebten das Unglück.

Größere Kartenansicht

Der Gouverneur der Region Sizilien, Rosario Crocetta, zeigte sich fassungslos über die EU-Grenzschutz-Agentur Frontex. Es sei unverständlich, dass Frontex das Flüchtlingsschiff nicht bemerkt habe. "Wo war Frontex am Donnerstag morgen?" fragte er.

Retter kritisiert Küstenwache vor Lampedusa Ein Fischer wirft der Küstenwache verspätetes Eingreifen und Behinderung vor. Die Organisation weist das zurück.

Die Bürgermeisterin von Lampedusa, Giusi Nicolini, übte heftige Kritik an einem italienischen Gesetz, wonach Helfer für die Rettung illegaler Einwanderer bestraft werden können. Mehrere Fischerbote hätten daher abgedreht, ohne den Schiffbrüchigen zu helfen. "Die Regierung muss diese unmenschlichen Normen ändern", sagte Nicolini.

Die Rettungskräfte erwägen derzeit eine Bergung des Bootes. "Es gibt eine juristische und moralische Verpflichtung, alle Leichen zu bergen", sagte Zoll-Sprecher Leonardo Ricci der Nachrichtenagentur AFP. Hunderte Familien warteten auf Gewissheit. Eine Möglichkeit sei eine Bergung des in 40 Metern Tiefe liegenden Wracks. Die nächsten Einsätze der Taucher würden zeigen, wie das gehen könne.

Die Bergungsarbeiten waren am Samstag wegen heftigen Windes und hoher Wellen weiter unterbrochen. Der Taucher Rocco Canell berichtete von einer schrecklichen Szenerie an dem Wrack. "Es ist furchtbar da unten, Dutzende Leichen, vielleicht Hunderte", sagte Canell der italienischen Nachrichtenagentur Ansa. "Sie sind übereinander aufgetürmt. Glück hatten noch die, die zuerst ertrunken sind."

Load-Date: October 5, 2013

End of Document

Mindestens 180 Flüchtlinge starben an EU-Außengrenze; Erstmals hat die Bundesregierung Zahlen über Opfer an den EU-Außengrenzen genannt. Im vergangenen Jahr seien allein bei zwei Bootsunglücken 80 Menschen ertrunken.

ZEIT-online

Sonntag 10. Februar 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT ONLINE

Section: BUNDESTAGSANFRAGE; Ausg. 7

Length: 273 words

Body

Ein Boot mit **Flüchtlingen** aus Nordafrika nähert sich der süditalienischen Insel Lampedusa. (Archiv)

© Ettore Ferrari/dpa

Mindestens 180 Menschen sind im vergangenen Jahr laut einem Bericht beim Versuch gestorben, die EU zu erreichen. Das gehe aus einer Aufstellung des Innenministeriums hervor, berichtet NDR Info. Die Regierung habe damit auf eine Anfrage der Linken-Bundestagsfraktion geantwortet.

Es handele sich aber um keine amtlichen Zahlen, sondern nur gesammelte Einzelfälle, hieß es weiter. Beamte der Bundespolizei, die im Ausland für die EU-Grenzschutzagentur Frontex arbeiten, hätten sie zusammengetragen.

NDR Info berichtet von zwei Beispielen: Am 6. September vergangenen Jahres seien mehr als 60 Flüchtlinge gestorben, am 14. Dezember 21. Es habe sich um Flüchtlinge aus Syrien, dem Irak oder den Palästinensergebieten gehandelt. In beiden Fällen hätten sie versucht, auf Booten über das Mittelmeer die griechische Insel Lesbos zu erreichen. Sie seien dabei ertrunken.

Weit mehr Todesopfer vermutet

Die Linkspartei vermutet laut dem Sender, dass die Zahl der tatsächlichen Todesopfer deutlich höher sein muss. Darauf weise schon alleine die Tatsache hin, dass im Rahmen von Frontex-Operationen 2011 insgesamt 33.000 Personen aus Seenot gerettet worden seien.

"Diejenigen, die nicht gerettet wurden, finden in keiner Statistik Eingang. Es ist davon auszugehen, dass die Abschottung der Wohlstandsfestung EU jährlich Tausende Menschen das Leben kostet", sagte die Innenexpertin der Linken, Ulla Jelpke. Nach ihren Informationen hat die Bundesregierung erstmals entsprechende Angaben zu Todesopfern an den EU-Außengrenzen gemacht.

Load-Date: February 11, 2013

Mindestens 180 Flüchtlinge starben an EU-Außengrenze Erstmals hat die Bundesregierung Zahlen über Opfer an den EU-Außengrenzen genannt. Im vergangenen Jahr seien....

End of Document

Proteste gegen Flüchtlingspolitik des Senats; Der Hamburger Senat will den Flüchtlingen, die in einer Kirche übernachten, keine Unterkunft geben. Im Schanzenviertel ist es nun zu Kämpfen mit der Polizei gekommen.

ZEIT-online

Mittwoch 16. Oktober 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Hamburg; Ausg. 42

Length: 329 words

Body

Der afrikanische **Flüchtling** Andreas L. spricht am 7. Oktober in der St.-Pauli-Kirche in das Mikrofon des Altars.

© Axel Heimken/dpa

In Hamburg haben laut Polizei rund 1.000 Menschen gegen die Flüchtlingspolitik des Senates protestiert. Sie trafen sich am Dienstagabend am Veranstaltungszentrum Rote Flora und zogen zum S-Bahnhof Sternschanze. Dabei hätten sie Polizisten mit Flaschen, Feuerwerkskörpern und Steinen beworfen, erklärte die Polizei. Sechs Beamte seien verletzt worden. Die Polizisten hätten den nicht angemeldeten Zug gestoppt und zerstreut. Rund 1.100 Polizisten waren im Einsatz. Der Tenor der Proteste sei gewesen: "Ultimatum an den Hamburger Senat. Alle auf die Straße - Schluss mit der rassistischen Machtpolitik".

Polizei droht hier Presse von Spiegel Online und Taz mit Ingewahrsamnahme und drängt uns ab #weidenallee #lampedusahh

- Ole Reißmann (@oler) October 15, 2013

Kleingruppen seien in umliegende Straßen gezogen, erklärte die Polizei. Sie hätten dort immer wieder Pyrotechnik gezündet; Bauzäune und Paletten seien wurden auf die Straßen gezogen, Müllcontainer angezündet worden. Ein Streifenwagen sei auf dem Weg zu einem Einsatz aus einer Gruppe von 100 Personen angegriffen und beschädigt worden. Später hätten sich an der Sternschanze und im Stadtteil Eimsbüttel immer wieder Menschen versammelt. Teilweise seien Polizisten mit Holzlatten, Straßenschildern und zerbrochenen Gehweg-Platten beworfen worden.

Die Aktivisten kritisieren die Überprüfung und Registrierung von in Hamburg gestrandeten Lampedusa-Flüchtlingen durch Polizei und Ausländerbehörde.

80 Flüchtlinge wurden von der Evangelischen Kirche in der St.-Pauli-Kirche an der Elbe untergebracht, die dem Stadtteil den Namen gegeben hat und die sich am Ende der Hafenstraße befindet. Die Polizei kontrolliert seit vergangener Woche die Flüchtlinge im Viertel immer wieder. Der Senat weigert sich bislang der Forderung nachzugeben, ihnen Container-Unterkünfte für den Winter zu stellen.

Proteste gegen Flüchtlingspolitik des Senats Der Hamburger Senat will den Flüchtlingen, die in einer Kirche übernachten, keine Unterkunft geben. Im Schanzenvier....

Load-Date: October 16, 2013

End of Document

Der Mann ist kein Flüchtling; Protokoll: "Wir klemmten uns unter die Waggon" ZEIT NR. 43

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

31. Oktober 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: LESERBRIEFE; Der Mann ist kein Flüchtling; S. 87; Ausg. 45

Length: 215 words

Body

Sie nennen Fares einen **Flüchtling**. Ein solcher Sprachgebrauch ist ein Schlag ins Gesicht für jeden, der wirklich ein **Flüchtling** war oder ist. Auch heute sind es Tausende. Fares aber ist offensichtlich keiner. Er konnte sein Land ganz legal verlassen. Er wurde weder festgehalten noch verfolgt. Er stieg einfach in ein Flugzeug nach Istanbul. Und das Ticket war bezahlt. Von bitterer Armut kann da wohl keine Rede sein. Außerdem fleht ihn seine Mutter an, zurückzukehren. Da droht ihm zu Hause also weder Gefängnis noch Folter. Der einzige Grund, ihre Bitte nicht zu erfüllen, lautet: "Dann würde ja jeder sehen, dass ich es nicht geschafft habe." Da erübrigt sich jeder Kommentar.

Mich verstört die totale Amoralität dieses Menschen, für den Sie Sympathie zu erwecken suchen. Er und sein Kumpel haben sich "immer kleine Märkte ausgesucht, in denen ein Verkäufer alleine stand. Einer von uns hat ihn in ein Gespräch verwickelt, der andere hat den Rucksack gefüllt." Und das "jeden Tag". Was sie damit dem Verkäufer antaten, ist ihm offensichtlich vollkommen egal. Sein Ehrbegriff verbietet ihm, nach Hause zurückzukehren, ohne es in Europa "geschafft zu haben", nicht aber, zu stehlen und damit einem Menschen zu schaden, der gewiss zu den kleinen Leuten gehört.

Thelma von Freymann, per E-Mail

Load-Date: October 31, 2013

Neue Heimat gesucht; Aus Afrika kam die Familie Aluko nach Europa. Hier suchten die Eltern jahrelang nach einem Ort, an dem sie mit den Kindern leben dürfen. Ein Besuch bei der Flüchtlingsfamilie

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

14. November 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: KINDERZEIT; Neue Heimat gesucht; S. 43; Ausg. 47

Length: 908 words

Byline: Hauke Friederichs

Body

Das Meer ist stürmisch, als Paula, Collins und Victoria an den Strand kommen. Es regnet, und große Wellen bauen sich vor den drei Geschwistern auf. Ihre Mutter Rashida steht neben ihnen und blickt auf das unruhige Wasser. Irgendwo in der Ferne liegt das Land, aus dem die Familie Aluko geflohen ist.

Sieben Jahre ist es her, seit Paula und ihre Eltern an dieser Stelle auf Malta ankamen, einem Inselstaat im Mittelmeer. Paula war ein Baby, ihre Geschwister Collins und Victoria waren noch nicht geboren. Ihre Eltern hatten ihre Heimat Nigeria im Westen Afrikas verlassen, weil dort Gewalt wie in einem Bürgerkrieg herrschte und sie Angst um ihr Leben hatten. Sie waren durch die Wüste Sahara nach Libyen im Norden Afrikas gereist. Von dort aus brachen sie mit anderen **Flüchtlingen** in einem Boot in Richtung Europa auf. Die Familie hoffte auf ein besseres Leben in Europa. Doch hier suchen sie bis heute einen Ort, an dem sie bleiben können.

So wie die Familie Aluko versuchen jedes Jahr Tausende von Flüchtlingen, von Afrika aus nach Europa zu gelangen. Die Fahrt übers Meer ist gefährlich. Mutter Rashida erinnert sich, dass unterwegs Wasser ins Boot schwappte. Sie schöpften es mit den Händen heraus. Immer wieder kippen solche Flüchtlingsboote aber auch einfach um und gehen unter. In den vergangenen Wochen gab es zwei schlimme Bootsunglücke. Nur wenige Flüchtlinge konnten gerettet werden, mehr als 400 Menschen ertranken.

Rashida Aluko kann bis heute nicht schwimmen, und sie erzählt, dass keine Rettungswesten an Bord waren. Doch das Boot hielt, und nach vier Tagen entdeckten sie Land. Vor ihnen lag Malta.

Angekommen war die Familie damit aber längst noch nicht. Denn in Europa sind Flüchtlinge wie Rashida und ihr Mann nicht automatisch willkommen. Ob jemand das Recht hat zu bleiben, wird ausführlich geprüft. Kaum waren die Menschen aus dem Boot an Land, nahm die Polizei sie alle fest und brachte sie in ein Gefängnis. Weil die Alukos die kleine Paula dabei hatten, wurden sie jedoch schon nach wenigen Tagen in ein Flüchtlingslager verlegt.

Paula, die heute sieben Jahre alt ist, ihr fünfjähriger Bruder Collins und die vierjährige Schwester Victoria sind in verschiedenen Flüchtlingslagern aufgewachsen. Seit sie denken können, teilen sie sich einen Raum mit vier

Neue Heimat gesucht Aus Afrika kam die Familie Aluko nach Europa. Hier suchten die Eltern jahrelang nach einem Ort, an dem sie mit den Kindern leben dürfen. Ein....

Betten. Paula hat gelernt, mit wenig Platz auszukommen. Ihre Hausaufgaben macht sie an einem kleinen Klappstisch oder auf den Knien. Mit ihren Geschwistern spielt sie meistens draußen, wo mehr Platz ist.

In einem Flüchtlingslager haben die Menschen wenig zu tun, die meisten finden keine Arbeit. Sie können nur abwarten, bis entschieden ist, ob sie zurückmüssen oder bleiben dürfen. Die Alukos wollten lieber selbst etwas unternehmen. Der Vater brach nach Italien auf, um Arbeit zu suchen - auch wenn das eigentlich verboten ist.

Auch Mutter Rashida wollte nicht einfach auf Malta bleiben und warten. Sie machte sich zusammen mit ihren Kindern auf den Weg durch Europa, um eine neue Heimat zu suchen. An den verschiedenen Geburtsorten der Kinder kann man die Route der Familie verfolgen: Paula ist in Libyen zur Welt gekommen, Collins auf Malta, Victoria in Norwegen.

Von Malta aus reiste Rashida mit Paula und Collins zunächst nach Schweden. »In Schweden nehmen sie jeden«, erzählten sich die Leute im Flüchtlingslager. Weil die Kinder noch klein waren, bekam die Familie eine Urlaubsgenehmigung. Rashida kaufte Tickets, und sie flogen los. Doch die Schweden waren strenger als erwartet. Die Alukos bekamen keine Aufenthaltserlaubnis.

So reisten sie sofort nach Norwegen weiter. Dort durften sie erst einmal bleiben, bis Victoria auf der Welt war. Dann erklärten die Norweger ihnen, dass Malta, das Land, in dem sie angekommen waren, für sie zuständig sei. Dorthin mussten sie zurück. So schreiben es die Regeln der Europäischen Union vor. Die Länder, in denen besonders viele Flüchtlinge ankommen, also Malta, Italien und Griechenland, wollen zwar, dass die Flüchtlinge fair auf alle Länder verteilt werden. Andere Länder, auch Deutschland, sind aber dagegen.

In Norwegen war Paula in der Vorschule und Collins im Kindergarten. Jetzt, zurück auf Malta, spielen die beiden Schwestern gern, dass sie in einem nördlichen Land leben. Sie hüllen sich in Decken und rufen: »Es ist so kalt, ich friere!« Collins muss dann immer ganz doll lachen. Denn auf Malta ist es nie richtig kalt. Die Mädchen erinnern sich gern an Norwegen, wo sie dicke Pullover und warme Jacken tragen mussten.

Paula spricht noch ein paar Sätze Norwegisch. Meistens unterhalten sich die Geschwister mit ihrer Mutter aber auf Englisch. Rashida Aluko will, dass ihre Kinder sich überall auf der Welt verständigen können. Paula lernt in der Schule und von Freunden auch Maltesisch.

Die Familie will nun auf Malta bleiben. Vor einigen Wochen hat die Mutter eine Arbeit gefunden: Sie hilft einer Familie im Haushalt. So verdient sie ein bisschen Geld und kann den Kindern ab und zu Spielzeug und Süßigkeiten kaufen. Außerdem hoffen sie, dass sie sich bald eine eigene Wohnung leisten können. Am meisten wünschen sich die Kinder aber, dass ihr Vater zu ihnen zurückkehrt. Victoria hat ihn bisher nur auf Fotos gesehen.

VON HAUKE FRIEDERICH

Paula (ganz links), Victoria und Collins stehen mit ihrer Mutter an einem Hafen auf Malta

Lange Reise: Der Weg der Familie Aluko von Afrika durch Europa

Load-Date: March 25, 2022

Tausende in Birma fliehen vor Gewalt; Gewaltausbrüche zwischen Rohingya-Muslimen und Buddhisten zwingen Tausende Menschen in Birma zur Flucht gen Westen. Dort sind die Flüchtlingslager überfüllt.

ZEIT-online

Samstag 27. Oktober 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: ETHNISCHE UNRUHEN; Ausg. 44

Length: 313 words

Body

Muslime der Rohingya-Volksgruppe in einem **Flüchtlingslager** in West-Birma

© AFP/GettyImages

Nach ethnischen Unruhen in Birma sind nach Angaben der Vereinten Nationen Tausende Menschen auf der Flucht. Die jüngsten Gefechte zwischen Buddhisten und Muslimen hätten mehr als 5.500 Menschen dazu veranlasst, in **Flüchtlingslager** im Westen des Landes zu fliehen, teilte das UN-**Flüchtlingshilfswerk** UNHCR mit.

Die Flüchtlingslager seien demnach bereits völlig überfüllt. Bei den Flüchtlingen handle es sich vorwiegend um Angehörige der muslimischen Volksgruppe der Rohingya, teilten lokale Behörden mit.

Proteste gegen unzureichende Lebensmittelhilfen

Ausgebrochen waren die Unruhen zwischen Buddhisten und Angehörigen der muslimischen Rohingyas vor vier Tagen. Auslöser der neuen Eskalation sollen Proteste der Muslime gegen unzureichende Lebensmittelhilfen gewesen sein.

Seit Beginn der Unruhen wurden nach Angaben der Behörden bislang mindestens 67 Menschen getötet, die meisten davon Muslime. In der überwiegend von Rohingya bewohnten Küstenstadt Kyauk Pyu sollen mehr als 800 Häuser zerstört worden sein, berichtete die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch.

Zuletzt war es im Juni zu Auseinandersetzungen in der Grenzregion zu Bangladesch gekommen. Nach offiziellen Angaben wurden damals mehr als 100 Menschen getötet. Die Gewalt entlud sich, als rund 300 Buddhisten einen Bus angriffen und zehn Muslime töteten. Anlass war die Vergewaltigung und Ermordung einer Frau, für die drei muslimische Männer verantwortlich gemacht wurden.

Die Bevölkerung in Birma ist zu 89 Prozent buddhistisch, es gibt rund vier Prozent Muslime. Die Muslime in Rakhine gehören zur Volksgruppe der Rohingya, die nicht die birmanische Staatsangehörigkeit besitzen und in ihren Rechten erheblich eingeschränkt sind. Die UN sieht die Rohingya als eine der am stärksten verfolgten Minderheiten der Welt an.

Tausende in Birma fliehen vor Gewalt Gewaltausbrüche zwischen Rohingya-Muslimen und Buddhisten
zwingen Tausende Menschen in Birma zur Flucht gen Westen. Dort si....

Load-Date: October 28, 2012

End of Document

Hilfe, die glauben!; Ob Vorhaut, Kopftuch oder Kruzifix - unserer Gesellschaft macht das Religiöse immer mehr Angst

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

19. Juli 2012

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: BESCHNEIDUNGSVERBOT; S. 1; Ausg. 30

Length: 897 words

Byline: Jan Roß

Body

Es geht nicht um die Vorhaut, nicht um irgendwelche exotischen Sondervorschriften im Islam und im Judentum - es geht um etwas, das viel weiter reicht und die ganze Gesellschaft interessieren muss: um die Religion insgesamt. Für die Beschneidung wird in Deutschland rechtliche Sicherheit geschaffen werden; wahrscheinlich durch ein neues Gesetz. Das ist gut so. Aber der eigentliche Grund der Debatte liegt tiefer - in einem starken, manchmal geradezu panischen Unbehagen an intensiver, sichtbarer, selbstbewusster Religiosität. Und das ist nicht gut so.

Der Beschneidungsstreit hat das Problem so deutlich illustriert, weil er nicht bloß *eine* Glaubensrichtung betrifft. Ginge es nur um Muslime, dann wäre die Diskussion sofort auf banale Weise politisiert worden. Die Islamgegner hätten das Verbot einer landfremden Migrantensitte verlangt, die Multikulturalisten wären für die Rechte einer diskriminierten Minderheit eingetreten. Dass die Sache in diesem Fall Juden und Muslime zusammen angeht, hat die bequeme Lagerlogik durcheinandergebracht. So zeigt sich: Es ist nicht einfach ein spezieller, unwillkommener Glaube, der mit der modernen Gesellschaft in Konflikt gerät; das Reibungspotenzial steckt im Glauben und im Glaubensleben überhaupt.

Mit religiösen Gefühlen sollten wir möglichst schonend umgehen

Die Gefahr ist, dass man damit nicht souverän umgeht, sondern angstvoll und engherzig. Das Christentum, die traditionelle Mehrheitsreligion in Deutschland, kann dabei nicht weniger ins Visier der Unduldsamkeit geraten als der zugewanderte Islam. Begonnen hat die neuere religionspolitische Debatte in der Bundesrepublik 1995 mit dem "Kruzifix-Urteil" des Bundesverfassungsgerichts, das sich gegen die regelmäßige Anbringung von Kreuzen in den Klassenzimmern bayerischer Schulen wandte. Es folgte der "Kopftuchstreit" über die Frage, ob muslimische Lehrerinnen, die ihr Haar verhüllen, unterrichten dürfen und verbeamtet werden sollen. Nun also die Beschneidungsdiskussion, ausgelöst von einem Gerichtsurteil, das in dieser biblisch begründeten Sitte eine unzumutbare Körperverletzung erkennt.

In allen drei Fällen lässt sich beobachten, dass bei den religionskritischen Maßregeln der Geist des Misstrauens und des Verdachts am Werk ist. Statt das Kreuz als Zeichen einer reichen, zum Nachdenken anregenden Überlieferung zu verstehen, sahen die Verfassungsrichter darin ein Missions- und Propagandawerkzeug, das auf andersgläubige Schüler geistigen Druck ausübt. Das Kopftuch ist für die Kopftuchgegner kein Ausdruck einer

Hilfe, die glauben! Ob Vorhaut, Kopftuch oder Kruzifix - unserer Gesellschaft macht das Religiöse immer mehr Angst

persönlichen Lebensentscheidung, sondern das quasi-politische Symbol einer freiheitsfeindlichen Ideologie. Und die Beschneidung, die man auch als physisch harmlosen Eingriff von großer ritueller Ehrwürdigkeit betrachten könnte, erscheint aus der Verbotsperspektive als Quälerei, die einem Wehrlosen angetan wird. Stets wird die Selbstdeutung des Glaubens beiseitegeschoben und durch eine unfreundliche, sich für objektiv haltende Außensicht ersetzt. Was das Kreuz, das Kopftuch oder die Beschneidung "eigentlich" sind, abgesehen von den Hirngespinnsten der Frommen, darüber entscheidet ein religiös desinteressiertes, wenn nicht religiös analphabetisches Alltagsbewusstsein. Das ist eine bedenkliche Fehlentwicklung.

Natürlich gilt umgekehrt auch die Innensicht des Glaubens nicht absolut. Religionsfreiheit heißt keineswegs, dass religiöse Menschen oder Religionsautoritäten alles dürfen, ebenso wenig, dass alles erlaubt ist, was die Aufschrift "Religion" trägt. Witwenverbrennung würden wir nicht dulden, selbst wenn ein hinduistischer Theologe noch so eindringlich darlegen sollte, dass es sich um einen göttlich sanktionierten Brauch handelt. Die Klitorisbeschneidung bei Mädchen ist eine brutale Verstümmelung, geeignet und darauf berechnet, das weibliche Lustempfinden zu zerstören; auch wenn sie in irgendeinem Glauben religiös begründet wäre (was sie nicht ist), dürfte ein Rechtsstaat sie nicht tolerieren. Was gegen die Menschenwürde verstößt, gehört verboten und verhindert.

Nur gibt es auch die Menschenwürde der Gläubigen. Was eine religiös tendenziell unmusikalische Gesellschaft leicht vergisst, wofür ihr oft einfach der Sinn fehlt, ist die Tiefe der Verletzung, die mit Eingriffen in die Religionsfreiheit verbunden ist. Der katholische Priester, der das Beichtgeheimnis auch dann noch bewahren will, wenn er damit die Festnahme eines Kriminellen erschwert, und deswegen Ärger mit der Polizei bekommt, der muslimische Junge, der gegen Schulleitung und Schulverwaltung um das Recht auf seine Gebete kämpft - für sie geht es um Gewissensfragen, um etwas Kostbares und vielleicht Unersetzliches, um den Kern ihrer Person. Zu einer zivilisierten Gesellschaft gehört, dass sie darauf so sorgfältig und großzügig wie nur irgend möglich Rücksicht nimmt.

Auf nicht mehr und nicht weniger haben die Gläubigen, egal welchen Glaubens, in Deutschland Anspruch. Niemand muss religiös sein oder Religion für eine gute Sache halten; wenn man an die Verheerungen denkt, die der Fanatismus über Jahrhunderte angerichtet hat und auch heute noch anrichtet, ist die verbreitete Religionsskepsis gut zu verstehen. Aber dass mit dem, was Menschen heilig ist, schonend umgegangen wird, das ist ein gemeinsames Interesse aller. Denn jeder hat eine Zone innerster Überzeugungen, einen Gewissensbereich, für den er auf Schutz und Achtung angewiesen ist. Hoffentlich.

Load-Date: July 19, 2012

Mut ins Programm!; ARD und ZDF haben es selbst in der Hand, aus der Defensive zu kommen: Sie müssen endlich Risiken eingehen

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

23. Mai 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: S. 1; Ausg. 22

Length: 928 words

Byline: Giovanni di Lorenzo

Body

VON GIOVANNI DI LORENZO

Vor Kurzem wurde ein erfolgreicher Migrant bei einer Diskussion im Hamburger Thalia Theater gefragt, was für ihn, der als junger Mann aus der Türkei hierherkam, heute Heimat sei. Der Unternehmer erzählte, bei einem Besuch in seinem Geburtsland habe er plötzlich gemerkt, wie viel Deutsches er dort doch vermisse. Als Erstes nannte er keine Stadt, nichts Berufliches und auch nicht Freunde in Hamburg. Als Erstes nannte er - die *Tagesschau*.

Vielleicht gehört unser Fernsehen tatsächlich zu den vielen guten Einrichtungen, an die wir uns so sehr gewöhnt haben, dass ihr Wert nur noch jenen auffällt, die sie neu kennenlernen oder entbehren müssen. Dieses Land leistet sich das aufwendigste öffentlich-rechtliche Fernsehen der Welt. Auf seinen mehr als 20 Kanälen bietet es eine große Vielfalt und jede Menge guter Sendungen. Einige Informationsprogramme gehören zu den besten ihrer Art, sie gestalten den öffentlichen Diskurs mit, sie ordnen und erklären die Nachrichtenflut. Das Problem ist nur: Das will offenbar keiner so richtig sehen.

Denn das öffentlich-rechtliche Fernsehen ist in eine Schieflage geraten. Spätestens seit der Umwandlung der ohnehin ungeliebten Rundfunkgebühr in einen Rundfunkbeitrag zu Beginn dieses Jahres ist es in eine Legitimationskrise gerutscht. Es muss sich der Frage erwehren, ob eine Zwangsgebühr noch zeitgemäß ist - und ob der Apparat nicht zu umständlich geworden ist für die digitalen Herausforderungen und sich wandelnde Sehgewohnheiten. Gleichzeitig hagelt es wegen des als eintönig und anspruchslos empfundenen Programms besonders bei den Flaggschiffen ARD und ZDF Kritik in den Feuilletons, die von einer wachsenden Zahl von Zuschauern offenbar geteilt wird: Sie verweigern sich dem Fernsehen oder nutzen es gezielt über das Internet, unabhängig vom Programmschema. Diese Haltung trifft die Verantwortlichen unvorbereitet, verunsichert sie und wird von ihnen als ungerecht empfunden, weil jede noch so gelungene Anstrengung, sei es ein Themenabend über das Leid von Heimkindern oder das aufwühlende Kriegsepos *Unsere Mütter, unsere Väter*, nur als Ausnahme von der Regel wahrgenommen wird.

Aber es hilft nichts, aus der Defensive werden die Öffentlich-Rechtlichen nur herauskommen, wenn sie sich dieser Kritik stellen, sich der Gesellschaft, die sie bezahlt, weiter öffnen und lustvoll selbst eine Debatte darüber anzetteln,

Mut ins Programm! ARD und ZDF haben es selbst in der Hand, aus der Defensive zu kommen: Sie müssen endlich Risiken eingehen

was sie eigentlich sein wollen und heute noch sein können. Die Fakten sind: 30 Jahre nach Einführung des Privatfernsehens haben die kommerziellen Anbieter zusammen mehr Zuschauer als die öffentlich-rechtlichen. Die treuen Nutzer von ARD und ZDF sind im Durchschnitt über 60 Jahre alt. Die Zuschauer bei den Privaten sind jünger, viele von ihnen sind eher bildungsfern. Das setzt das gebührenfinanzierte System doppelt unter Druck. Zum einen ist es natürlich für alle Zuschauer da; zum anderen herrscht die große Furcht, mit abnehmenden Marktanteilen auch die Begründung dafür zu verlieren, weiter in der bisherigen Form finanziert zu werden. So versucht das Öffentlich-Rechtliche einen anstrengenden Spagat: Den Mainstream will man vornehmlich in ARD, ZDF und den Dritten abbilden, den Rest mit Spartenkanälen erreichen, von Kika bis Arte. Das Risiko dabei ist: Am Ende fühlt sich keiner mehr richtig bedient.

Denn besonders bei den Massenprogrammen in ARD und ZDF ist ein manischer Quotendruck entstanden. Zwar kann man im Ernst auch keinem beitragsfinanzierten Veranstalter zumuten, möglichst wenig Zuschauer in Kauf zu nehmen und dies auch noch für einen Ausweis besonderer Qualität zu halten. Doch inzwischen wird fast jede Sendung, die nicht wenigstens zehn Prozent erreicht - teilweise sogar schon in den dritten Programmen - als gescheitert angesehen, sie drückt ja den Quotenschnitt der Sender. Bei den Informationssendungen führt das dazu, dass schon das Übersetzen eines fremdsprachigen Gastes Angst auslöst, es könnten Zuschauer wegzappen. Eine Talksendung über das Morden in Syrien, vor zwei Wochen von Anne Will moderiert, kommt da schon einer Mutprobe gleich (sie hatte auch prompt eine einstellige Quote). Im fiktionalen Bereich sind die Folgen noch drastischer: immer gleiche Plots, Dialoge wie aus der Stanze und der Dauereinsatz von Publikumsliebblingen, von denen man sich inzwischen regelrecht verfolgt fühlt. Risikovermeidung, wo es nur geht.

Womöglich sind aber die Zuschauer inzwischen weit neugieriger, als die Fernsehgewaltigen glauben. Vielleicht wissen auch Politik und gesellschaftliche Gruppen, die das Fernsehen kontrollieren, um den Wert von Qualität. Die jetzigen Quoten werden ohnehin nicht zu halten sein, weil weitere Anbieter auf den Markt drängen und neue Nutzungsgewohnheiten jede Programmplanung über den Haufen werfen. Aber das ist auch eine Chance zur Reform der öffentlich-rechtlichen Anstalten, die sich durch Kooperationen der Sender verkleinern müssen, wenn sie überleben wollen. Das frei werdende Geld muss ins Programm fließen, nicht in den Apparat. Es gibt einen riesigen Bedarf an neuen Ideen, auch den Privaten ist lange nichts Neues eingefallen. Und schließlich müssen die Maßstäbe für Erfolg neu definiert werden. Jeder Sender müsste sich zum Beispiel regelmäßig der Prüfung stellen: Wo haben wir ein Format erfunden, wo ein Moderationstalent aufgebaut?

Wir brauchen das öffentlich-rechtliche Fernsehen, es ist vielen zu einer Heimat geworden. Es wäre gut, wenn es sich änderte, bevor es verändert wird - damit es unser Fernsehen bleibt.

Der Autor moderiert die öffentlich-rechtliche Talkshow "3 nach 9" von Radio Bremen

Load-Date: May 23, 2013

Im Schlamm warten sie auf Frieden in Syrien; Mehr als 180.000 syrische Flüchtlinge leben in jordanischen Camps. Der Gewalt sind sie entkommen, doch mancher sagt, hier sei es schlimmer als zu Hause. Von Th. Breuer

ZEIT-online

Dienstag 15. Januar 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: JORDANIEN; Ausg. 3

Length: 798 words

Byline: Theresa Breuer

Body

Im jordanischen Camp Zaatari versuchen die **Flüchtlinge** nach dem jüngsten Dauerregen, ihre Zelte notdürftig zu reparieren.

© Khalil Mazraawi/Getty Images

Irgendwann hielten die Zelte nicht mehr stand. Der Sturm fegte mit einer solchen Gewalt über das Lager, bis zu 60 Kilometer in der Stunde, dass die Verankerungen einfach aus dem Boden rissen. Innerhalb weniger Stunden bildeten sich Pfützen teilweise so groß wie Fußballfelder. Und plötzlich wurde der Frust unerträglich. Mit Stöcken und Steinen griffen syrische **Flüchtlinge** die Mitarbeiter des Camps an, sieben jordanische Helfer wurden verletzt, sagt die Polizei.

Der Vorfall ereignete sich vergangene Woche in Zaatari, einem **Flüchtlingslager** im Norden Jordaniens, knapp 25 Kilometer von der syrischen Grenze entfernt. Ghazi Sarhan, Sprecher der Jordan Hashemite Charity Organization, bittet um Verständnis für die **Flüchtlinge**: "Die Bedingungen im Camp sind hart, in solchen Situationen kann es schon mal zu Aufständen kommen." Sarhans Organisation leitet das Camp gemeinsam mit der UNHCR, der **Flüchtlingsorganisation** der Vereinten Nationen.

Mehr als 180.000 Syrer sind seit Beginn des Aufstands gegen Baschar al-Assad im März 2011 nach Jordanien geflohen. Im Juli 2012 hat das Camp in Zaatari aufgemacht. Inzwischen leben 57.000 Menschen hier.

Die weißen Flüchtlingszelte mit dem UNHCR-Aufdruck erstrecken sich so weit das Auge reicht. Viel mehr als ein Dach über dem Kopf bieten sie ihren Bewohnern nicht. Auf dem Boden liegen Matratzen, in der Ecke steht ein Gaskocher. Bis zu sieben Leute teilen sich ein Zelt. Die Leiter des Camps versuchen, keine Fremden miteinander unterzubringen. Doch das ist schwierig, denn jeden Tag kommen 500 bis 1.000 neue Flüchtlinge hinzu. Wie viele Menschen sich eine Waschgelegenheit teilen, wissen die Verantwortlichen schon gar nicht mehr. Das Technische Hilfswerk baut derzeit neue Sanitärräume für die Flüchtlinge.

Nichtstun reibt die Flüchtlinge auf

Im Schlamm warten sie auf Frieden in Syrien Mehr als 180.000 syrische Flüchtlinge leben in jordanischen Camps. Der Gewalt sind sie entkommen, doch mancher sagt,....

Nun haben drei Tage Dauerregen das Lager in einen schlammigen Sumpf verwandelt, viele Zelte stehen unter Wasser. Nachts sinken die Temperaturen unter den Gefrierpunkt. Solch extremes Wetter ist in der Region eine Ausnahme und überfordert Campleitung und Flüchtlinge gleichermaßen. Einige Bewohner haben Mauern aus Schlamm um ihre Behausungen gebaut, um sich vor Überschwemmung zu schützen. Kinder spielen in den Pfützen, während Erwachsene Hilfspakete des Welternährungsprogramms zu ihren Zelten tragen. Einige haben Plastiktüten über ihre Schuhe gezogen, als Ersatz für Gummistiefel.

Viele leben hier seit Monaten unter diesen kargen Bedingungen. Manche von ihnen sagen, die Situation im Lager sei schlimmer als in Syrien.

Frustrierend ist vor allem das Nichtstun, das Warten auf Frieden, auf die Rückkehr nach Hause, auf Arbeit und Alltag. Nur wenige Syrer haben eine Beschäftigung, die etwas Geld einbringt. Zwar gibt es Arbeitsprogramme, doch die Hilfsorganisationen haben schon Schwierigkeiten, einige Hundert Menschen zu versorgen, von mehreren Tausend ganz zu schweigen.

Einige Campbewohner sind deshalb selbst aktiv geworden. An der Hauptstraße des Flüchtlingslagers haben sie kleine Stände aufgebaut. Es gibt karge Cafés, in denen Männer Wasserpfeife rauchen, provisorische Friseursalons, Menschen verkaufen Süßigkeiten und Kosmetikartikel.

Mohammed al-Khays, 26, und sein älterer Bruder Ibrahim bieten hier Falafel an. Ibrahim formt aus den pürierten Kichererbsen kleine Bällchen und wirft sie in das heiße Fett, Mohammed löffelt sie wenige Minuten später wieder heraus. Von morgens früh um sieben bis abends um neun. Tagein, tagaus. Mohammed hasst es. Er hat BWL studiert, auch programmieren könne er. "Und jetzt sieh mich an", sagt er. "Jetzt mache ich Falafel."

Vor zwei Monaten sind sie zu Fuß aus Daraa gekommen, der Stadt, in der 2011 der Aufstand gegen das syrische Regime begonnen hat. 15 Kilometer waren es bis zur Grenze. Sie erzählen, dass Assads Truppen ihr Haus zerstört haben. Einer ihrer Brüder ist dabei ums Leben gekommen, danach sind sie geflohen.

Naive Hoffnung auf schnelle Rückkehr

Wie es ihrer Familie geht, wissen die Brüder nicht. Sie können ihre Eltern nicht erreichen, die Leitungen sind tot. Mohammed macht sich Sorgen, andererseits will er nicht, dass sie hierher kommen, denn auch seine eigene Lage findet er kaum auszuhalten. "Wir haben nicht genug Wasser, und wir frieren", sagt er. Am liebsten wolle er zurück nach Syrien - aber erst, wenn die Kämpfe aufgehört haben. "Vielleicht in zwei Monaten oder so."

Eine naive Hoffnung, findet Camp-Sprecher Sarhan. Seit zwei Jahren dauern die Kämpfe in Syrien an, mehr als 60.000 Menschen sind in dem Bürgerkrieg bisher gestorben. Eine Aussicht auf Frieden gibt es nicht. "Dort drüben", sagt Sarhan und deutet in die Ferne, "sollen bald ein paar Tausend neue Zelte entstehen".

Load-Date: January 16, 2013

Aktivisten blockieren SPD-Zentrale Hamburg; In der Hansestadt hat eine Initiative die Parteizentrale der Sozialdemokraten okkupiert. Sie entrollten Transparente. Polizei rückte an.

ZEIT-online

Donnerstag 7. November 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlingspolitik; Ausg. 46

Length: 213 words

Body

Aus Protest gegen den Umgang mit **Flüchtlings** haben in Hamburg Aktivisten das Kurt-Schumacher-Haus blockiert. Sie fordern ein "Bleiberecht für alle" und riefen Sympathisanten zur Unterstützung auf.

Sie entrollten auf dem Dach des Gebäudes ein Transparent. Vor dem Portal sammelten sich Demonstranten mit weiteren Schildern. Gegen Mittag zogen die etwa 65 Besetzer wieder ab, die Polizei beendete ihren Einsatz, wie ein Augenzeuge schilderte.

Anlass des Protestes waren offenbar weitere "rassistische Kontrollen" am Bahnhof der Stadt, wie die Initiative Blockupy Hamburg mitteilte. Die Blockade der SPD-Landeszentrale sei "die Antwort auf die neuerlichen rassistischen Kontrollen".

Direkte Antwort auf die erneuten rassistischen Kontrollen der #Lampedusahh: #SPD-Zentrale in #Hamburg blockiert! pic.twitter.com/LoA02vEzO4

- Mietenwahnsinn.de (@wohnraum_hh) November 7, 2013

Seit Wochen protestieren Kritiker der Flüchtlingspolitik in Hamburg gegen den ihrer Ansicht nach unzumutbaren Umgang mit Menschen, die meist über die Mittelmeerinseln Lampedusa oder Malta aus Afrika nach Europa kommen.

80 Flüchtlinge hatte die Evangelische St.-Pauli-Gemeinde aufgenommen. Der Senat weigert sich bislang der Forderung nachzugeben, den Flüchtlingen Container-Unterkünfte für den Winter zu stellen.

Load-Date: November 7, 2013

Die Jungen zahlen für die Alten; Nicolas Stemanns Politrevue "Der demografische Faktor" am Schauspielhaus Köln

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

22. März 2012

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: S. 63; Ausg. 13

Length: 928 words

Byline: Gerhard Jörder

Body

Es ist am Ende dann doch schiefgegangen. Ein Abend, der den gewaltigen Themenkomplex "Überalterung, Geburtenrückgang, Kollaps der Sozialsysteme und Migration" auf die Bühne holen will, im Unterhaltungsformat, ohne den gebotenen Ernst, ohne die übliche Political Correctness - das muss keine schlechte Idee sein. Ein Abend, der sehr lässig, sehr entspannt als Regiegespräch und Werkstattplauderei zu dritt an der Pinnwand beginnt: ziemlich kokett, aber strategisch gewitzt. Ein Abend, der in seinen besten Momenten zeigt, wie eine politische Lehrstunde, gemengt aus Expertenbefragung, Video-Vorlesung, Statistiken und Lektüretipps, mit privaten Bekenntnissen, anekdotischen Kalauern und szenischen Querschlägern pfiffig und giftig anzureichern ist: immerhin. Ein Abend schließlich, der musikalische Stildiktate fröhlich ignoriert und eine kesse Melange aus Schmalz und Schrammel, dröhnendem Rock und Trauerlitaneien anrührt - kann nerven, aber auch reizvoll sein.

Es gab also gute Vorsätze, richtige Ansätze - und die drei von der Pinnwand, die zusammen mit dem Dramaturgen Benjamin von Blomberg für das Projekt Der demografische Faktor die Texte und Lieder erfunden haben, sind ohnehin ein bewährtes Team: Der Regisseur Nicolas Stemann und die beiden Musiker Thomas Kürstner und Sebastian Vogel kennen sich seit Wiener Studientagen, seit einem Jahrzehnt arbeiten sie zusammen, sie haben viele starke Stücke auf die Bühne gehievt, mehrere kolossale Jelinek-Uraufführungen, diverse große Klassiker-Unternehmungen, zuletzt den achtstündigen Salzburger Doppel - Faust, mit dem sie einmal mehr zum Berliner Theatertreffen eingeladen sind. Dieses Trio tritt nun im Schauspiel Köln als Band auf, es spielt, singt, doziert, plaudert, juxt - und floppt.

Die Aufführung verröchelt nach zwei länglichen Stunden an einer komplizierten Form innerer Verpuffung. Erdrückt von disparaten Effekten. Erstickt an theatralischem Bombast. Ertränkt in diffusem Lamento. Spätestens im zäh sich hinziehenden Finale, als Stemanns Dreierbande, sekundiert von einem kleinen Ensemble von Schauspielern und einem Laienchor, noch einmal die unterschiedlichsten Genres aufeinanderhetzt, Musical und Tragödie, Sitcom und Kasperliade, Trash und Endzeit-Vision - spätestens da kommt es zur Implosion.

Ein Knaller dementiert den anderen: Die Regie will mit der Ununterscheidbarkeit von Ernst und Quatsch nach eigenen Worten "verstören", aber sie ermüdet nur noch. Im Einzelnen heißt das: Auf die Blödeleien der fiktiven TV-Mord-am-Rentner-Serie Rolf und seine Freunde folgt das schier endlose Verzweiflungs-, Wut- und Schrei-Solo der

Die Jungen zahlen für die Alten Nicolas Stemanns Politrevue "Der demografische Faktor" am Schauspielhaus Köln

Schauspielerinnen Myriam Schröder, die das Parkett aus dem Schlaf aufwecken will ("Wir sterben aus, aber dabei wollen wir nicht gestört werden!"), folgt ein Video-Cocktail von Talkshowfetzen und Politiker-Gerede, folgt die Monster-und-Roboter-Groteskshow der Puppenspielertruppe Helmi, folgt aus dem Off die bengalisch illuminierte Erscheinung eines unsichtbaren Sprücheklopfers namens Gott, folgt der Revueauftritt des Seniorenchors Spätlese der Rheinischen Musikschule, folgt das Gewimmer eines einsamen Babys, folgt das Gutenachtlied der drei Spielleute: "Alles wird gut, la, la, la..." Nichts wird gut - und diese Aufzählung, sorry, ist noch unvollständig.

Alles zu viel, alles zu laut, alles zu amorph. Doch halt, seien wir fair, es gibt an diesem Abend doch zwei, drei starke Theaterbilder - und ausgerechnet ein Kind ist für das stärkste verantwortlich. Ein Bild, in dem das fürchterliche Dilemma der demografischen Katastrophe - die Masse alter und kranker Menschen muss von einer schwindenden Zahl junger Menschen finanziert und betreut werden - schlagartig sichtbar wird. Ein kleines Mädchen steht vorn auf dem Laufsteg im Parkett, ganz allein, es liest den Bericht vom drohenden Untergang dieser Gesellschaft im Ton eines alten Märchens. Hinten aber, als graue Front, hat sich der Chor der Senioren formiert und rückt bedrohlich näher - ein beklemmender Kontrast. Doch voller Zuversicht die kindliche Botschaft an die Alten: "Ich mach das schon, ich zahl für euch!" Kurz darauf der Schock, das Kind kapituliert: "Tut mir leid, ich schaff das nicht allein!", ruft es - und rennt davon in die Bühnennacht.

Vielleicht wird Stemanns Kölner Projekt aber doch im Gedächtnis bleiben. Vielleicht markiert es den Beginn einer Nähe von Bühne und Internet - weit über die heute schon von den Theatern genutzte Werbe- und Marketingfunktion hinaus. Auf einem eigens eingerichteten Blog ließ sich seit Wochen der Probenprozess zu *Der demografische Faktor* mitverfolgen - in Interviews, Videos, Texten, Notaten. Seit Langem sucht Stemann nach den "neuen, offenen, improvisierten Formen" im Theater - sein Netz-Tagebuch will die bisher strikt abgeschirmten, intimen Vorgänge des Suchens, Findens und Verwerfens öffentlich machen. Theater nicht als Arkanum - und nicht erst mit "fertigen" Ergebnissen publikationsbereit, sondern jederzeit digital zugänglich. Eine "Grenzverwischung", die Stemann auch über die Premiere hinaus fortsetzen will.

Das birgt fürs Theater Chancen und Risiken. Einerseits könnten die oft braven, schulaufsatzmäßigen Vortragsformate, die von Dramaturgen als "Einführung" angeboten werden, bald als überholt gelten. Andererseits müssen die Bühnen sich vorsehen, dass sie ihr - in seiner Haltbarkeit ohnehin oft überschätztes, fast schon sakralisiertes - Alleinstellungsmerkmal "Wir sind live" nicht noch selber sabotieren: Szenen, die man zuvor schon im Blog gesehen hat, können auf der Bühne ganz schön alt aussehen. Wie in Köln.

Load-Date: March 22, 2012

Klimaflüchtling scheitert vor neuseeländischem Gericht; Kann ein Mensch aus umweltbedingten Gründen zum Flüchtling werden? Nein, urteilten die Richter und wiesen damit eine Klage des weltweit ersten Klimaflüchtlings ab.

ZEIT-online

Dienstag 26. November 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Kiribati; Ausg. 48

Length: 256 words

Body

Der Inselstaat Kiribati liegt im Pazifik

© David Gray/Reuters

Ein Mann aus dem Pazifik-Inselstaat Kiribati ist mit dem Versuch gescheitert, seine Abschiebung mit dem Argument zu verhindern, er sei ein Klimaflüchtling. Ein Gericht in Neuseeland urteilte, dass die von Ioane Teitiota vorgebrachten Argumente "nicht überzeugend" seien.

Das Visum von Teitiota ist nach Angaben seiner Anwälte seit geraumer Zeit abgelaufen. Er wehrte sich aber wegen der klimatischen Bedingungen, die in seiner Heimat herrschen, gegen eine Abschiebung. Einige Regionen von Kiribati seien bereits unbewohnbar, argumentierten die Anwälte des 37-Jährigen. Ernten würden zerstört und das Trinkwasser verseucht. Da sauberes Trinkwasser ein Menschenrecht sei, müsse Teitiota Anspruch auf den Flüchtlingsstatus haben.

Dieser Argumentation folgte das Gericht nicht. Der zuständige Richter räumte in der Urteilsbegründung zwar ein, dass Kiribati unter dem Klimawandel leide. Kriterium für eine Anerkennung als Flüchtling sei laut UN-Konvention aber, dass die Antragsteller in ihrem Heimatland Verfolgung fürchten müssten. Dies sei bei Teitiota nicht der Fall.

Kiribati besteht aus rund 30 Korallenatollen, die zum Teil nur wenige Meter aus dem Wasser ragen. Die Regierung des Inselstaats denkt wegen der Gefahren durch den Klimawandel und dem damit verbundenen Anstieg des Meeresspiegels bereits darüber nach, wie die Bevölkerung im Ernstfall umgesiedelt werden kann. Eine Möglichkeit wäre die Aufschüttung künstlicher Inseln.

Load-Date: November 26, 2013

Geduldet, aber nicht mehr willkommen; Hunderttausende Syrer sind in den Libanon geflüchtet. Mit den Einheimischen konkurrieren sie um Wohnraum und Arbeit. Das gegenseitige Misstrauen ist groß.

ZEIT-online

Montag 30. September 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Syrer im Libanon; Ausg. 38

Length: 1011 words

Byline: Andrea Backhaus

Body

Syrisches Mädchen im Libanon

© Kaveh Kazemi/Getty Images

"Wir wollen hier weg", sagt Walid, ein schmal gebauter Mann um die 30, und senkt die Stimme. "Am Anfang haben uns die Libanesen Möbel geschenkt und Essen gebracht. Jetzt wollen sie uns aus dem Land haben." Seit einem Jahr sind Walid und seine Frau Aisha schon in Tripoli, der zweitgrößten Stadt im Libanon. Sie sind geflohen vor dem Terror im benachbarten Syrien, vor "Assads Schlächtern", wie Walid sagt, die sein Haus in Homs geplündert und seine Nachbarn per Herzschuss exekutiert hätten. Seither sind sie heimatlos. "Nach Syrien können wir nicht mehr", sagt Walid. "Im Libanon sind wir nicht mehr willkommen."

Es ist halb neun. Erst seit einer halben Stunde haben die Containerbüros auf dem Schotterplatz geöffnet. Doch die blauen Sitzreihen in der Wartehalle sind schon fast alle belegt. Seit August 2012 betreibt das UN-**Flüchtlingshilfswerk** UNHCR die Registrierungsstelle vor dem Ortseingang von Tripoli, die einzige in ganz Nordlibanon. Die **Flüchtlinge** aus Syrien erhalten hier neben einem Zertifikat auch kostenlos Impfungen und Beratungen, etwa zu Visa- oder Gesundheitsfragen.

Dabei kommen die Angestellten langsam an ihre Grenzen: Tausend Menschen passieren täglich die Schleusen, seit Inbetriebnahme wurden mehr als 210.000 Flüchtlinge erfasst - nur ein Teil derjenigen, die bisher ins Land kamen. Das Ausmaß der Syrien-Krise schockiert selbst Experten: Laut jüngsten UN-Angaben sind seit Beginn des Bürgerkriegs mehr als zwei Millionen Syrer auf der Flucht. Der kleine Libanon mit seinen rund vier Millionen Einwohnern hat offiziell mehr als 746.000 Flüchtlinge aufgenommen. Die tatsächliche Zahl dürfte doppelt so hoch sein.

"Wie kommen wir nach Deutschland?"

Das multireligiöse Land ist angesichts des Bürgerkriegs in der Nachbarschaft ohnehin in einer schwierigen Lage. Der Konflikt zwischen der schiitischen Hisbollah-Miliz, die das syrische Militär unterstützt, und den libanesischen

Geduldet, aber nicht mehr willkommen Hunderttausende Syrer sind in den Libanon geflüchtet. Mit den Einheimischen konkurrieren sie um Wohnraum und Arbeit. Das ge....

Sunniten, die auf Seiten der Rebellen stehen, verschärft sich zusehends - immer wieder kommt es zu Gewalt. Dazu steckt der Libanon in einer tiefen Wirtschaftskrise, die Flüchtlinge sehen viele als zusätzliche Belastung. Sie werden nicht nur für den Anstieg von Armut und Kriminalität verantwortlich gemacht; Spannungen zwischen Einheimischen und Flüchtlingen löst auch die Konkurrenz um Jobs und Wohnraum aus. Noch immer erteilt der Libanon den Syrern keine Arbeitsgenehmigungen, viele arbeiten schwarz und werden deutlich unter Tarif bezahlt. Für die Arbeitgeber ist das attraktiv - mancher Libanese verliert so seine Stelle.

Doch die Möglichkeiten der Flüchtlinge sind begrenzt. Walids Frau Aisha ist ausgebildete Physiotherapeutin. "Dass ich nicht arbeiten kann, ist eine Katastrophe", sagt sie. Als Maler verdiene ihr Mann gerade genug, um die Miete zu bezahlen: 350 Dollar pro Monat für einen leerstehenden Laden, den sie mieten mussten, weil es in Tripoli keine bezahlbaren Wohnungen mehr gibt. Deshalb und weil die "Libanesen misstrauischer geworden sind", warten sie heute vor der Registrierungsstelle. "Wir wollen wissen: Wie kommen wir nach Deutschland?"

Den politischen Entscheidungsträgern im Libanon wäre das wahrscheinlich nur recht. Sie fürchten, die Syrer könnten sich dauerhaft niederlassen, wie einst die Palästinenser. Anders als in Jordanien oder der Türkei gibt es hier keine größeren Lager für die Flüchtlinge. Und das heißt: Wer in den Libanon kommt, muss sich allein durchkämpfen. Wer sich keine eigene Wohnung leisten kann und nicht bei Bekannten oder in einem der privat organisierten Lager entlang der Grenze unterkommt, zieht in die Palästinenserlager Schatila und Sabra im Süden Beiruts. Dort vermieten etliche Palästinenser ihre Wohnungen zu überhöhten Preisen an die Syrer. Die Ärmere ziehen bettelnd und oft mit wenigen Plastiktüten bestückt durch die vom Verkehr verstopften Straßen von Beirut und Tripoli.

Im *Forum of the Handicapped Association* in Al Minah, einer Küstenstadt fünf Kilometer östlich von Tripoli, kennen sie die Probleme. Eigentlich trainieren dort behinderte Libanesen unter Anleitung ihre Muskeln oder studieren Theaterstücke ein. Jetzt belegen in dem Gemeindezentrum Syrer Englischklassen und Computerkurse, oder bekommen - so wie heute - Tipps fürs Haarstyling. 250 Flüchtlinge aus Tripoli und Umgebung kommen derzeit regelmäßig in den rot getünchten Flachbau. Für die meisten sind die Stunden dort die einzige Abwechslung. "Oft verkaufe ich Kuchen auf der Straße. Manchmal aber ziehe ich von Haus zu Haus und sammle Geld", sagt Habiba, eine Frau um die vierzig. "Der Libanon ist zu teuer für uns, die einfachsten Dingen sind unbezahlbar." Mit einem Fön bewaffnet steht sie in dem schmucklosen Raum, das Stimmengewirr ist ohrenbetäubend. Mädchen und ältere Frauen, viele mit Lockenwicklern, scharen sich um sie. "Wenigstens hier mache ich etwas Sinnvolles. Das gibt mir Halt."

Der Mann in Syrien, Frau und Kinder im Libanon

Trotz der prekären Lage vieler Syrer sehen manche Libanesen die umfassenden Hilfsprogramme mit Misstrauen. Wer sich registrieren lässt, erhält immerhin eine Grundversorgung: Essensgutscheine und einen Zuschuss zur Miete. Größter Geldgeber für die Syrien-Hilfe ist die EU: Mehr als 1,3 Milliarden Euro haben die Mitgliedstaaten bisher zur Verfügung gestellt, allein 153 Millionen gab die EU-Kommission für den Libanon frei. Geld, das auch der Stärkung libanesischer Aufnahmeorganisationen dient. Dennoch: Die Syrer bekämen viel Aufmerksamkeit, hört man in den Beiruter Cafés. Oder auch: Wie es den Libanesen mit den Syrern gehe, interessiere niemanden.

"Ich muss überlegen, wo wir bleiben können", sagt Habiba und wirft sich ihren Rucksack über die Schultern. Sie muss los, ihre Kinder von der Freundin abholen, zwei Jungen, zwei Mädchen. Ihr Mann arbeite noch immer als Lackierer in Damaskus, um die Familie zu ernähren. "Er verdient das Geld in Syrien, ich ziehe im Libanon die Kinder groß." Wird er dem Krieg je entkommen? Habiba zuckt mit den Schultern. Dann verschwindet sie in den Nachmittag.

Load-Date: September 30, 2013

In Afrika warten Millionen; »Die andere Heimat«; »Worum es wirklich geht«
ZEIT NR. 43

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

31. Oktober 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: LESERBRIEFE; In Afrika warten Millionen; S. 87; Ausg. 45

Length: 318 words

Body

Sicher kann Europa **Flüchtlinge** aus humanitären Gründen aufnehmen. Das würde aber bedeuten, dass diese nur für die Zeit des Konflikts hier aufgenommen würden. Eine Lösung der Konflikte in weiten Teilen Afrikas ist aber nicht absehbar, und es macht auch wenig Sinn, wenn die Menschen aus ihren Heimatländern fliehen, um nie mehr zurückzukehren. Wer soll denn dann Afrika verändern? Sollen wir zurück zum Kolonialismus?

Es ist richtig, dass Europa seine Einwanderungspolitik neu organisieren muss. Das ist derzeit sicher schwierig umzusetzen. Es kann aber nicht sein, dass Humanität erzwungen wird, indem man mit einer Nusschale durch das Mittelmeer treibt. Auch Afrika besteht nicht mehr nur aus Not, Elend und Chaos. Und Flüchtlingshilfe kann überall auf der Welt organisiert werden.

Ich bin deshalb weiterhin dafür, mit den nordafrikanischen Staaten Vereinbarungen zur Flüchtlingshilfe zu treffen.

Dr. David Wolff, per E-Mail

In Afrika warten vermutlich einige Millionen auf die Chance auf ein besseres Leben, wobei die Ärmsten es nicht bis zu den Booten am Südrand des Mittelmeers schaffen. Es ist illusorisch, anzunehmen, diesen allen durch Aufnahme in Europa helfen zu können. Hilfe muss vor Ort erfolgen, und dies wird ein Prozess von weiteren Jahrzehnten sein.

Bernd Müller, Berlin

Ich finde, dass Sie bei der Frage, ob Flüchtlinge den Deutschen Jobs wegnehmen, den Arbeitsmarkt zu statisch betrachten. Denn Menschen suchen nicht nur nach Arbeit, sondern sie sind auch Verbraucher. Kommen also mehr Menschen ins Land, dann werden auch mehr Produkte und Dienstleistungen benötigt. Wo mehr Menschen leben, braucht es auch mehr Bäcker und Ärzte. Immigranten wollen also arbeiten, führen aber gleichzeitig zu einem größeren Angebot an Jobs. Mir scheint daher, dass wir uns mit der Frage nach den Arbeitsplätzen zu sehr ins Bockshorn jagen lassen.

Reiner Krause, per E-Mail

In Afrika warten Millionen »Die andere Heimat«; »Worum es wirklich geht« ZEIT NR. 43

Load-Date: March 25, 2022

End of Document

Glaube, Liebe, Freiheit; Die türkische Jugend wehrt sich auch gegen eine autoritäre Religionspolitik. Sie kämpft um Platz für den liberalen Islam. Wir alle müssen sie dabei unterstützen

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

13. Juni 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: S. 62; Ausg. 25

Length: 1837 words

Byline: Seyran Ates

Body

VON SEYRAN ATES

Wenn ich in diesen Tagen die Bilder aus Istanbul sehe, dann geht ein Ruck durch mein Herz, durch meinen ganzen Körper. Ich höre junge Menschen Dinge sagen, die ich lange erwartet und für die Türkei erhofft habe. Gleichzeitig fällt mir ein Satz ein: "Demokratie ist ein Zug, auf den wir aufspringen - bis wir am Ziel sind." So heißt es in einem Gedicht von Recep Tayyip Erdogan. Wir sollen also wieder abspringen, wenn wir erreicht haben, was wir wollen?

Wie oft habe ich den Satz schon zitiert, wenn man mir den türkischen Ministerpräsidenten als Demokraten und Liberalen verkaufen wollte, obwohl er doch offensichtlich angetreten ist, um die Türkei zu islamisieren und das Kalifat neu auszurufen, die höchste Herrscherinstanz für alle Muslime. Wie oft musste ich mir von Deutschen mit und ohne Migrationsgeschichte anhören, dass er diesen Satz zu seinen radikalen Zeiten gesagt habe. Inzwischen habe er die Türkei reformiert, das Militär in die Schranken gewiesen, einen Demokratieprozess in Gang gesetzt und das Kurdenproblem gelöst.

Klingt alles schön, wenn man dabei die gleichzeitige schleichende Islamisierung der Politik und den Verkauf des Landes an die Bauwirtschaft als geringes Übel ansieht. Jeder, der Augen hat, sieht, was in den letzten zehn Jahren passiert ist, wie sich Istanbul verändert hat, wie sich der Rest des Landes ebenso verändert. Zum Alkohol mag man stehen, wie man will. Aber diese Regierung hat aus religiösen Gründen dem Alkohol den Kampf angesagt in einem Land, zu dessen alter Kultur nicht nur der Weinbau gehört, sondern wo auch der Anisschnaps Rak erfunden wurde. Hinzu kommt die Sache mit dem Kopftuch. Kein anderes öffentliches Symbol verdeutlicht die zunehmende Islamisierung so sehr. Nicht nur in dem für seine konservative Bevölkerung bekannten Istanbuler Bezirk Fatih, sondern in der ganzen Stadt sieht man immer mehr Kopftücher. In Kairo soll es ähnlich angefangen haben. Heute laufen die Frauen dort mehrheitlich verschleiert auf der Straße herum.

Atatürk hatte aus gutem Grund den Schleier abgeschafft, denn er symbolisierte Geschlechterapartheid. Sie verschärft sich, seit Erdogan im Amt ist, der auch forderte, dass jede Frau mindestens drei Kinder gebären solle.

Glaube, Liebe, Freiheit Die türkische Jugend wehrt sich auch gegen eine autoritäre Religionspolitik. Sie kämpft um Platz für den liberalen Islam. Wir alle müsse....

Da ist es nicht verwunderlich, wenn türkische Frauen immer häufiger sexuellen Belästigungen und Diskriminierungen am Arbeitsplatz oder in öffentlichen Verkehrsmitteln ausgesetzt sind. Sexuelle Belästigungen sind in der gesamten islamischen Welt eine Strategie, Frauen in die Häuser zu drängen.

Erdogans Reformen verblassen, wenn man genau hinschaut und an jeder Ecke eine neue Moschee entdeckt. Der Westen hat sich Erdogan schöngeredet und tut es leider immer noch, wie einst bei Hosni Mubarak, Saddam Hussein und Ben Ali. Die demokratisch gewählten Volksvertreter waren am Ende eben keine Demokraten, keine Volksvertreter, sondern Volksunterdrücker. So auch Erdogan. Die jungen Menschen in der Türkei schreien es nicht ohne Grund heraus, dass er das Volk autoritär beherrschen will. Ja, er wurde demokratisch gewählt, und zwar von rund fünfzig Prozent der Wähler. Doch berauscht vom Erfolg, gebärdet er sich als Sultan Tayyip, der vom großen Osmanischen Reich träumt, als Recep der Große, der die Scharia wieder einführen will. Alles in allem liefert sein Regierungsstil mehr Belege für ein Kalifat als für eine Demokratie.

Machen Wahlen die Demokratie? Oft heißt es, wie jetzt im Falle der Türkei, bei Unruhen in der islamischen Welt lapidar, diese oder jene Partei sei "aus demokratischen Wahlen als Sieger hervorgegangen", also verkörpere sie den Willen des Volkes. So einfach ist es nun weiß Gott nicht.

In den vergangenen Tagen habe ich in viele irritierte Gesichter geschaut, vor allem von Deutschen, die Erdogan bisher als guten Bündnispartner und Hoffnungsträger für die islamische Welt sahen. Sie wirken nun ratlos. Ich warte darauf, dass jemand zugibt, dass er Erdogan und die Lage in der Türkei bisher falsch eingeschätzt hat. Aber nein, die meisten Erdogan-Fans befinden sich noch in Schockstarre und hoffen, dass er Abstand von der Gewalt nimmt. Denn jetzt wird offenbar, wie wenig Rücksicht seine Partei AKP auf die Belange der Bevölkerung nimmt. Die Türkei macht einen Demokratietest, und Erdogans Partei dürfte ihn nicht bestehen.

Als ich in den achtziger Jahren in Berlin und Westdeutschland demonstrierte, wusste ich, dass der Staat Wasserwerfer und Tränengas gegen uns Demonstranten einsetzen durfte, und natürlich ist das passiert. Ich wusste aber auch, dass wir wieder und wieder auf die Straße gehen konnten. Dass wir nicht mit Gewalt daran gehindert würden. Die Polizei war jedes Mal dabei, und sie würde stets dabei sein, um für die öffentliche Ordnung zu sorgen. Sie machte mir keine große Angst. Uns stand und steht das Versammlungsrecht zu sowie die Meinungsfreiheit. Mit dieser Gewissheit ging ich auf Demonstrationen, ohne Angst, dass ich getötet werden könnte von einem Organ der Staatsmacht. Denn ich lebte und lebe in einem demokratischen Land. Dessen Kanzler träumte nicht von einem großdeutschen Reich, dessen Kanzlerin will sich nicht zur Königin erheben. Deutschland hat das Autoritäre überwunden.

Ich versetze mich nun in die Lage der jungen Leute in Istanbul und auch der jungen Leute in Deutschland, die einen türkischen und muslimischen Hintergrund haben. Ich versuche zu verstehen, was sie bewegt, was sie brauchen. Sie wachsen in einer Zeit auf, in der ihre ursprüngliche Religion, ihre Kultur und ihr Land schlecht dastehen im internationalen Vergleich, was die Menschenrechte anbelangt. Ihre Religion scheint mit Demokratie unvereinbar, manche Kritiker nennen sie mittelalterlich. Welchem jungen Menschen kann das gefallen? Welcher junge Mensch ist reif genug, auch auf pauschale Kritik gelassen und differenziert zu reagieren?

Die jungen Menschen auf dem Taksim-Platz. Sie zeigen deutlich, dass sie eine eigene Meinung haben, dass sie selbstbewusst und kämpferisch genug sind, einer autoritären Regierung die Stirn zu bieten. Sie wollen keine islamistische Türkei. Sie sind in der Moderne angekommen. Doch was tun ihre Gegner? Wer vor zehn Jahren prophezeite, dass Erdogan die Türkei zu einem zweiten Iran machen wolle, der wurde belächelt. Heute sind die Anzeichen dafür nicht mehr zu leugnen. Doch gleichzeitig ist eine Generation herangewachsen, die keinen türkischen Gottesstaat wünscht.

Während sie in Istanbul demonstrieren, begegne ich in Berlin einem jungen Deutschtürken von fünfzehn Jahren. Wir reden über die Islamisierung der Türkei und die zunehmende Islamisierung der türkischen Jugend in Deutschland und über Hassprediger. Wir reden über Salafisten und die radikale Fethullah-Gülen-Bewegung. Die Salafisten, die sich die Einführung einer Paralleljustiz, sogenannter Schariagerichte, wünschen, lehnen unsere Verfassung ab. Sie wollen keine Gleichberechtigung der Geschlechter, keine Homosexualität und keine

Glaube, Liebe, Freiheit Die türkische Jugend wehrt sich auch gegen eine autoritäre Religionspolitik. Sie kämpft um Platz für den liberalen Islam. Wir alle müsse....

Religionsfreiheit. Atheisten verdienen nach ihrer Auffassung die Todesstrafe. Doch der junge Mann fragte mich, was daran so schlimm sei, dass die Leute den Koran verteilen. Die Medien machten nur den Islam schlecht. Und Erdogan sei gar kein echter Muslim.

Mein Versuch, mit dem Jungen zu diskutieren, endete damit, dass er sagte, er werde sich nicht von seiner Meinung abbringen lassen. Aber er sei natürlich kein Islamist. - Ja, junge Menschen neigen zu starken Meinungen und lieben einfache Wahrheiten. Sein Wissen hatte der junge Mann aus dem Internet und von dem arabischen Freund seiner Schwester. Um alle drei Jugendlichen müssen wir uns Sorgen machen. Wir könnten sie an Fundamentalisten verlieren, wenn sie sich zum Beispiel in ihrem Land nicht geliebt fühlen. Islamistische Organisationen funktionieren nicht anders als rechtsextreme Gruppen. Sie bieten eine Heimat, sie vermitteln ein Gefühl von Zugehörigkeit, sie umarmen junge Menschen, die wenig Liebe und Verständnis in ihren Familien und ihrem sozialen Umfeld erleben.

Unser aller Aufgabe ist es, dagegen anzugehen. Unsere Kinder zur freien Meinungsäußerung zu ermuntern und sie über Unfreiheit aufzuklären. Ich finde es besorgniserregend, wenn immer mehr Mädchen das Kopftuch anlegen. Angeblich freiwillig. So einfach ist das aber nicht. Werden diese Mädchen dazu angehalten, einen freien Willen zu entwickeln? Oder wird ihnen gesagt, was sie wollen sollen?

Ein freier Wille ist nicht angeboren, und Demokratie heißt, die freie Meinungsbildung zu fördern. Sowohl in der Türkei als auch unter Deutschen mit einem türkischen oder kurdischen Migrationshintergrund sehe ich vermehrt junge Menschen, die von Freiheit sprechen, aber gefangen sind in einem freiheitsfeindlichen Denken, das ihnen radikale Imame predigen. Dagegen hilft nur vertrauensvolle Ansprache und ehrliche Politik.

Die Jungen sind unsere Zukunft, sie haben ein Recht darauf, sich als freie Bürger zu fühlen. Dieses Gefühl wird ihnen von Politikern wie Erdogan eben nicht vermittelt. Er fürchtet die Freiheit. Ein selbstbestimmtes Leben ist in seinem reaktionären Parteiprogramm nicht vorgesehen. Deshalb hat Erdogan seine Polizei auf die Protestierenden gehetzt. Nur mit Gewalt kann das neue Freiheitsstreben unterdrückt werden. Die jungen Türken auf dem Taksim-Platz protestieren aber, wie die jungen Ägypter 2011 auf dem Tahrir-Platz, nicht gegen den Islam, nicht gegen die Religion an sich, sondern gegen die Vermischung von Religion und Politik. Sie wollen einen säkularen, demokratischen Rechtsstaat.

Warum dauert es so lange, bis Menschen sich gegen ideologische Bevormundung erheben, gegen eine freiheitsfeindliche Politik im Namen der Religion? Weil viele froh sind, wenn sie auf schwierige Fragen in ihrem Leben einfache Antworten bekommen. Am besten von Gott, einer unumstößlichen Autorität. Doch viele andere wollen das nicht mehr. Sie wollen nicht, dass die Religion ihr ganzes Leben bestimmt. In einer pluralistischen Gesellschaft darf die Religion nicht über der Politik stehen. Deshalb sind unsere moralischen Werte und unser Menschenbild in einer freiheitlichen Verfassung verankert. Warum das richtig ist, müssen wir der Jugend vermitteln. Dann kann endlich ein liberaler Islam in Europa Raum gewinnen. Ein Islam, der mit Demokratie vereinbar ist. Ja, es gibt ihn! Er wird von den Protestierenden auf dem Taksim-Platz vorgelebt und verteidigt. Können sie gegen den reaktionären Islam gewinnen?

Es schien zunächst so. Als Erdogan verkündete, dass er sich mit Vertretern der Gezi-Park-Initiative treffen wolle, da hörte ich die Worte wohl, allein, mir fehlte der Glaube. Als er dann aber doch den Gezi-Platz brutal räumen ließ, da kam sein wahres, undemokratisches Gesicht zum Vorschein. Ich hoffe und bete, dass die Demonstranten trotzdem nicht aufgeben.

Seyran Ates Die Anwältin, Autorin und Menschenrechtlerin ist türkisch-kurdischer Herkunft, lebt in Berlin und war Mitglied der Deutschen Islam Konferenz. Sie kämpft gegen Kopftuchzwang, Zwangsheirat und Ehrenmorde. Eben erschien im Ullstein-Verlag ihr neues Buch "Wahlheimat. Warum ich Deutschland lieben möchte"

Glaube, Liebe, Freiheit Die türkische Jugend wehrt sich auch gegen eine autoritäre Religionspolitik. Sie kämpft um Platz für den liberalen Islam. Wir alle müsse....

Graphic

Demonstranten am Gezi-Park schwenken die türkische Fahne. Sie sind nicht gegen den Staat, sondern gegen Tayyip Erdogan

Load-Date: June 13, 2013

End of Document

Linke will Snowden per Parlamentsbeschluss holen; Edward Snowden könnte durch einen Parlamentsbeschluss geholt werden, sagt Linken-Vorsitzender Riexinger. Die CDU sperrt sich gegen eine Aussage in Deutschland.

ZEIT-online

Montag 4. November 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Edward Snowden; Ausg. 44

Length: 259 words

Body

Edward Snowden

© Ewen MacAskill/The Guardian/Reuters

Linkspartei-Vorsitzender Bernd Riexinger möchte die Bundesregierung per Bundestagsbeschluss auffordern, dem Whistleblower Edward Snowden in Deutschland Asyl zu gewähren. "Es gibt einen gangbaren juristischen Weg, um Snowden sicher nach Deutschland zu holen und ihn vor einer Auslieferung an die Amerikaner zu schützen", sagte Riexinger der Online-Ausgabe der *Mitteldeutschen Zeitung*.

Im Bundestag seien drei von vier Parteien für eine Aufnahme Snowdens. Deshalb müsse das Parlament die Regierung "per Beschluss dazu zwingen, Snowden Asyl und Gelegenheit zu einer Zeugenaussage zu geben", sagte Riexinger. Der stellvertretende CDU-Vorsitzende Thomas Strobl sprach sich jedoch gegen eine Aussage des Geheimdienstenthüllers Edward Snowden in Deutschland aus. "Das muss ja nicht hier sein. Das kann ja auch an seinem derzeitigen Aufenthaltsort sein", sagte Strobl.

Edward Snowden möchte nicht in Moskau aussagen

Snowden hatte in der vergangenen Woche bei einem Treffen mit dem Grünen-Abgeordneten Hans-Christian Ströbele in Moskau seine Bereitschaft erklärt, zur Aufklärung in der Späh-Affäre beizutragen. Laut Ströbele möchte der US-Informant aber in Deutschland und nicht in Russland mit deutschen Vertretern sprechen. Aus den von ihm enthüllten Dokumenten war zuletzt auch bekannt geworden, dass das Handy von Bundeskanzlerin Angela Merkel womöglich über Jahre vom US-Geheimdienst NSA ausgespäht wurde.

Der Bundestag wird sich am 18. November in einer Sondersitzung mit der NSA-Affäre beschäftigen.

Load-Date: November 4, 2013

Linke will Snowden per Parlamentsbeschluss holen Edward Snowden könnte durch einen Parlamentsbeschluss geholt werden, sagt Linken-Vorsitzender Riexinger. Die CD....

End of Document

Das lange Warten auf den Frieden; Mario Rizzi hat 7 Wochen mit syrischen Flüchtlingen in Jordanien verbracht. Sein Film "Al Intithar" hat auf der Berlinale Premiere. Igal Avidan sprach mit dem Regisseur.

ZEIT-online

Montag 11. Februar 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: SYRIEN-KONFLIKT; Ausg. 7

Length: 721 words

Byline: Igal Avidan

Body

Ekhlas, die Protagonistin aus "Al Intithar"

© Berlinale

ZEIT ONLINE: Herr Rizzi, warum haben Sie für Ihren Dokumentarfilm ausgerechnet ein **Flüchtlingscamp** in Jordanien ausgewählt?

Mario Rizzi: Ich wollte die Situation syrischer **Flüchtlinge**, die in einem arabischen Land leben, thematisieren. Zudem ist dieses Lager nur 13 Kilometer von der syrischen Grenze entfernt. Fast alle **Flüchtlinge** stammen aus den Dörfern um die Stadt Dar'a, wo im März 2011 die Revolution in Syrien begann, und aus der Region Homs, zum Beispiel die Hauptfigur.

ZEIT ONLINE: Wer ist Ihre Hauptfigur?

Rizzi: Ekhlas ist 29 und alleinerziehende Mutter von drei Kindern. Mir gefiel, dass sie eine starke Frau ist, die nach vorne schaut, praktische Lösungen findet, obwohl sie ein Opfer der Revolution ist: Ihr Mann wurde von Assads Truppen erschossen und ihr älterer Sohn Abdo kam für vier Monate in Haft.

ZEIT ONLINE: Ekhlas 13-jähriger Sohn Hammouda arbeitete in einer Bäckerei im Lager.

Rizzi: Im vergangenen Oktober, als klar wurde, dass der Bürgerkrieg lange dauern könnte, erlaubten die jordanischen Behörden den Flüchtlingen, Geschäfte zu eröffnen. Damit sollten sie ihr eigenes Geld verdienen, sodass ein Stück Normalität einkehrte und die Jugendlichen eine Beschäftigung hatten. Aus Metallschrott bastelten sie einen Ofen und verkauften Fladenbrot. Die Behörden bauten große Küchen für jeweils elf Familien. Die Frauen konnten frisches Gemüse kaufen und ihre eigenen Speisen zubereiten.

ZEIT ONLINE: Woher kamen das Obst und Gemüse ins Camp?

Das lange Warten auf den Frieden Mario Rizzi hat 7 Wochen mit syrischen Flüchtlingen in Jordanien verbracht. Sein Film "Al Intithar" hat auf der Berlinale Premi....

Rizzi: Viele Syrer dort, die ja aus dem Grenzgebiet stammen, haben Verwandte in Jordanien, die ihnen Essen und manche Waren verkauften. Diejenigen Syrer, die die Bürgerschaft eines Jordaniers erhielten, Ekhlas Bruder zum Beispiel, durften das Lager verlassen und arbeiteten für Jordanier als billige Arbeitskräfte auf Baustellen bis zu 14 Stunden pro Tag.

ZEIT ONLINE: Man sieht im Film Militärfahrzeuge am Rande des Lagers. Werden die Flüchtlinge bewacht?

Rizzi: Sie dürfen das Camp nicht verlassen, im offiziellen Jargon zu ihrem eigenen Schutz. Sie sind in einem UNHCR-Lager und haben keinen jordanischen Flüchtlingsstatus. Jordanische Panzer umzingeln das Lager, das Militär darf es jedoch nicht. Als ich da war, mussten die Soldaten mehrfach randalierende Jugendliche am Zaun mit Tränengas auseinandertreiben, die keine Versorgung erhielten. Sie verdächtigten daher die Jordanier, diese würden die internationale Hilfe für sich behalten. Die militärische Kontrolle wurde verstärkt, um einen Übergriff der revolutionären Ideen nach Jordanien zu verhindern, wo die politische Lage instabil ist.

ZEIT ONLINE: Wie frei konnten Sie sich in diesem Camp bewegen?

Rizzi: Journalisten dürfen lediglich dreimal für jeweils drei Stunden hinein. Da ich im Camp auch Hilfe leistete, konnte ich mich dort tagsüber frei aufhalten. Ich verbrachte dort insgesamt sieben Wochen. In der arabischen Gesellschaft genießen Künstler mehr Prestige als im Westen. Ich war oft inoffizieller Vermittler zwischen den Jordaniern und den Syrern, die mir sehr vertrauten. Die Syrer wollten zum Beispiel keine jordanischen Lehrer in der neuen Schule, denn es gab schon 85 Lehrer im Camp. Jordanien ist aber ein sehr armes Land. Viele Lehrer in der Region sind arbeitslos, und das Regime wollte soziale Unruhen verhindern. Beide Seiten akzeptierten daher meinen Kompromiss: ein jordanischer und ein syrischer Lehrer in jeder Klasse.

ZEIT ONLINE: Die meisten Flüchtlinge im Camp sind Frauen ?

Rizzi: Drei Viertel der 65.000 Insassen sind Frauen und Kinder. Viele der Männer kämpfen in Syrien. Das Lager ist erfolgreich dank der Frauen. Sie regieren die Familien. Als ich den Lehrern vorschlug, den Schulleiter wählen zu lassen, akzeptierten sie die Idee und bestimmten eine Doppelführung: einen Mann und eine Frau.

ZEIT ONLINE: Ihr Film heißt *Al Intithar* , das Warten. Worauf warten die syrischen Flüchtlinge?

Rizzi: Dass der syrische Präsident Assad geht, auf kleine Ereignisse, die ihnen Hoffnung oder eine kleine Freude verleihen, das Lächeln ihres Kindes zum Beispiel. Aber das wichtigste Warten ist auf einen Wandel, auf Frieden. Vor allem die Frauen sitzen am Eingang ihres Zeltes und schauen nach draußen in der Hoffnung, dass etwas passiert, das ihrer Existenz im Camp einen Sinn verleiht.

Load-Date: February 12, 2013

Asyl für Snowden!; Nach dem Ströbele-Coup: Die Bundesregierung sollte Edward Snowden dauerhaften Schutz gewähren, damit er in Deutschland über die US-Spionageoperationen aussagen kann.

ZEIT-online

Freitag 1. November 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: NSA-Affäre; Ausg. 44

Length: 684 words

Byline: Ludwig Greven

Body

Edward Snowden in Moskau

© dpa

Hans-Christian Ströbele ist ein alter Fuchs. Während in Berlin noch emsig gerätselt wurde, ob und wie Edward Snowden zu dem amerikanischen Lauschangriff auf die Kanzlerin und Millionen Deutsche befragt werden könnte, machte der linke Grünen-Abgeordnete das, was offenbar keinem anderen Parlamentarier eingefallen war: Er besuchte den früheren Mitarbeiter des US-Geheimdienstes einfach mal in Moskau.

Ströbele brachte von dort die Bereitschaft des Whistleblowers mit, vor dem geplanten Untersuchungsausschuss des Bundestags Auskunft über seine Kenntnisse und Dokumente zu den Aktivitäten der NSA zu geben, ebenso wie den deutschen Behörden und dem Generalbundesanwalt.

Damit zeigte Ströbele nicht nur eindrücklich, was Abgeordnete tun können, wenn sie es wollen. Er setzt darüber hinaus im Alleingang Angela Merkel und die amtierende Bundesregierung gehörig unter Druck. Denn nach dem harschen Protest der Kanzlerin bei US-Präsident Barak Obama wegen des Abhörens ihres Handys kann sie Snowdens Angebot nicht einfach ausschlagen, wenn sie nicht erneut den Eindruck erwecken will, an einer Aufklärung nicht interessiert zu sein.

Vor einer möglichen Aussage Snowdens in Deutschland stehen allerdings hohe juristische Hürden. Denn wenn er sein vorläufiges Asyl in Russland verläßt, könnte er dorthin nicht zurück und müsste befürchten, an die USA ausgeliefert zu werden. Er wird deshalb nur kommen, wie Ströbele aus seinem Gespräch mit Snowden berichtete, wenn Deutschland oder ein anderes Land ihm dauerhaft Schutz bietet.

Der einzige Zeuge

Alles andere wäre ihm nicht zuzumuten. Schließlich hat er sich einem großen persönlichen Risiko ausgesetzt, als er die von ihm gesammelten Dokumente über die weltweite Daten-Observation der US-Nachrichtendienste Medien

Asyl für Snowden! Nach dem Ströbele-Coup: Die Bundesregierung sollte Edward Snowden dauerhaften Schutz gewähren, damit er in Deutschland über die US -Spionageop....

zuspielte. Und er hat dafür gesorgt, dass das Ausspionieren der Kanzlerin und anderer Regierungschefs und Politiker bekannt wurde.

Für dieses historische Verdienst gebührt ihm nicht nur Dank. Die Bundesregierung ist vielmehr geradezu in der moralischen Pflicht, ihn vor Strafverfolgung durch die amerikanische Justiz zu bewahren. Denn Snowden ist mutmaßlich der einzige unmittelbare, zudem offensichtlich bestens informierte Zeuge, der über die Machenschaften der US-Geheimdienste Auskunft geben wird.

Zeichen deutschen Selbstbewusstseins

Merkel könnte Obama damit demonstrieren, dass Deutschland anders als die USA die Bürgerrechte und das Grundrecht auf informationelle Selbstvermittlung achtet. Das wäre nach ihrer persönlichen Demütigung als US-Spionageopfer kein Racheakt, sondern ein Zeichen rechtsstaatlichen deutschen Selbstbewusstseins.

Die USA haben vorsorglich bereits ein Auslieferungsersuchen an Deutschland gerichtet. Wenn die Bundesregierung tatsächlich zur Aufklärung der US-Spähaktionen beitragen will, müsste Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) daher Snowden mehr als freies Geleit zusichern, nämlich einen sicheren Aufenthalt in Deutschland. Nach dem Ausländerrecht ist dies aus "übergeordneten außenpolitischen Gründen" auch ohne Asylantrag möglich.

Drohender Konflikt mit den USA

Das setzt allerdings einen starken politischen Willen der Regierung voraus - auch gegenüber Obama. Ohne vorherige Vereinbarung mit der US-Regierung wird das nicht gehen, wenn Deutschland nicht einen offenen transatlantischen Konflikt riskieren will.

Die Alternative, Snowden in Moskau zu vernehmen, scheidet praktisch aus. Denn das ginge nur mit Zustimmung der russischen Behörden. Präsident Wladimir Putin, selber ein Mann des Geheimdienstes, hat aber das auf ein Jahr befristete Asyl an die Bedingung geknüpft, dass Snowden von Russland aus keine Geheimnisse enthüllt. Schließlich möchte er es sich mit Obama nicht gänzlich verderben.

Am liebsten, berichtete Ströbele, würde Snowden vor dem US-Kongress aussagen, um die Spähoperationen aufzudecken und zu stoppen. Das ist aber noch viel unwahrscheinlicher. Immerhin könnte seine Aussage vor dem Bundestag auch in den USA etwas bewirken - wenn dort die Erkenntnis durchsetzt, dass der globale Angriff auf die Informationsfreiheit Amerika weit mehr schadet als nutzt.

Load-Date: November 1, 2013

Westerwelle fordert Taten statt Worte von Assad; Deutschlands Außenminister reagiert skeptisch auf die vermeintlichen Zugeständnisse Syriens. Er plädiert außerdem dafür, mehr Flüchtlinge aufzunehmen.

ZEIT-online

Dienstag 10. September 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: Chemiewaffen-Kontrolle; Ausg. 37

Length: 485 words

Body

Außenminister Guido Westerwelle (FDP)

© Michael Kappeler/dpa

Außenminister Guido Westerwelle hat den syrischen Diktator Baschar al-Assad aufgefordert, im Streit um die Chemiewaffen des Landes jetzt zu handeln. Nach der Zustimmung zur internationalen Kontrolle seines Arsenalns gehe es darum, "glaubwürdige Taten folgen" zu lassen, sagte Westerwelle im ZEIT-Gespräch zur Wahl, das N24 am Dienstag um 18.30 Uhr sendet. Der Vorschlag des Syrien-Verbündeten Russland dürfe "nicht nur mit Worten (...) aufgenommen werden".

Russland hatte am Montag überraschend vorgeschlagen, dass Syrien seine Chemiewaffen unter internationale Kontrolle stellt und vernichtet. Hintergrund ist ein Angriff mit Giftgas, bei dem am 21. August nahe Damaskus mehr als 1.400 Menschen starben. Regime und Rebellen beschuldigen sich gegenseitig dieses Massakers, die USA sind aufgrund eigener Erkenntnisse von der Schuld Assads überzeugt. Die Ergebnisse einer UN-Untersuchung stehen noch aus.

Assad hatte positiv auf den Vorschlag Russlands reagiert, die syrische Opposition dagegen ist skeptisch und verlangt weiter einen internationalen Militärschlag gegen das Regime. Für diese Intervention suchen die USA derzeit nach Verbündeten, um Syrien militärisch für den Einsatz der geächteten Waffen zu bestrafen.

Westerwelle sagte, wenn Assad und seine Regierung es mit der Abgabe der chemischen Waffen wirklich ernst meinen, "dann sollten Sie jetzt einen ersten echten, praktischen Schritt gehen und das internationale Chemiewaffen-Übereinkommen unterzeichnen." Der von den meisten Staaten unterzeichnete Vertrag von 1993 verbietet die Entwicklung, Herstellung, Lagerung und den Einsatz von Chemiewaffen. Syrien ist neben Nordkorea eines der wenigen Länder, die das Abkommen nie unterschrieben haben.

Täglich 5.000 weitere Flüchtlinge

Westerwelle machte sich parallel für eine strafrechtliche Aufarbeitung des Angriffs stark. Er bekräftigte seine Forderung, die UN sollten den Internationalen Strafgerichtshof auffordern, den Giftgaseinsatz vom August nahe

Westerwelle fordert Taten statt Worte von Assad Deutschlands Außenminister reagiert skeptisch auf die vermeintlichen Zugeständnisse Syriens. Er plädiert außerde....

Damaskus zu untersuchen. Das wäre "ein wichtiger Beitrag" und die Voraussetzung dafür, dass der Gerichtshof "die Vorgänge in Syrien neutral untersucht und auch die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen kann".

Westerwelle sprach sich dafür aus, dass Deutschland mehr Flüchtlinge aus dem Bürgerkriegsland aufnimmt. "Ich finde, dass das wirklich notwendig ist", sagte er. Sein Ressortkollege, Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU), hatte das bisher abgelehnt und eine europäische Flüchtlingskonferenz angeregt.

Derzeit sind nach UN-Angaben etwa zwei Millionen Menschen ins Ausland geflohen, täglich folgen 5.000 weitere. Westerwelle forderte die europäischen Staaten auf, Flüchtlinge aus Syrien aufzunehmen. Deutschland habe dies bereits für 5.000 Vertriebene zugesagt, sagte Westerwelle. Er glaube, "dass das wichtig ist, dass sich ganz Europa in diese Solidarität begibt".

Load-Date: September 10, 2013

End of Document

Die heikle Suche nach der NSU-Mordwaffe; Das Bundeskriminalamt hat die Angeklagten im NSU-Prozess Waffen identifizieren lassen. Dabei könnten die Ermittler Fehler gemacht haben.

ZEIT-online

Donnerstag 4. Juli 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: NSU-PROZESS; Ausg. 28

Length: 865 words

Byline: Tom Sundermann

Body

Die Pistole Ceska 83, 7,65 Browning mit Schalldämpfer war in neun der zehn NSU-Morde die Tatwaffe (Archiv).

© Alex Grimm/Getty Images

Woher kamen die Waffen, die der NSU besaß und durch die zehn Menschen starben? Die Frage bestimmt den 19. Tag im Münchner NSU-Prozess. Zwar hatte der Mitangeklagte Carsten S. bereits eingeräumt, dem Trio eine Waffe überbracht zu haben - dass es sich dabei jedoch um die Tatwaffe Ceska 83 handelte, benutzt bei neun Morden an Migranten, konnte er nicht versichern. Also ließen ihn die Ermittler bei zwei Vernehmungen aus mehreren Alternativen die Waffe identifizieren, die er überbracht haben soll. Eine Methode, die alle Zweifel ausräumen kann? Das muss das Gericht an diesem Tag klären.

S. erzählt, wie die Ermittler mit ihm arbeiteten: Die erste Befragung fand in Karlsruhe statt. Was er zu sehen bekam, waren nach seiner Aussage allerdings extrem schlecht kopierte Fotos, auf denen die Waffen kaum zu erkennen waren. "Ganz gruslige Kopien" hätten vor ihm gelegen. Die Bilder zeigten Stücke aus der sogenannten Waffenvergleichssammlung des Bundeskriminalamts. Die geborgenen Stücke aus der Zwickauer Brandruine, wo das NSU-Trio zuletzt gelebt hatte, sind teilweise zerstört.

Richter Manfred Götzl zeigt S. schließlich Farbfotos. Der Angeklagte sagt, solche Bilder habe er noch nie gesehen. Bei einem weiteren Verhör in Köln habe er die Waffenmuster schließlich direkt in Augenschein nehmen können. Etwa zehn Stück hätten auf dem Tisch gelegen, drei davon mit Schalldämpfer. Er sei sich zwar nicht absolut sicher gewesen, habe aber aus der Länge des aufgeschraubten Schalldämpfers auf das Exemplar geschlossen, das er überbracht haben könnte. Damit zeigte er auf eine Ceska 83.

Waffenvorlagen dieser Art sind ähnlich wie Gegenüberstellungen juristisch heikel. Im Wesen entsprechen sie einer Suggestivfrage, also einer Frage, die bereits die Antwort beinhaltet. Schließlich legt die Auswahl einer Handvoll Pistolen nahe, eine darunter sei die Tatwaffe. Wer wie die Angeklagten S. und G. kein ausgewiesener Waffenexperte ist, dürfte Schwierigkeiten haben, wenn er entscheiden muss: Welche der Pistolen könnte ich in der Hand gehabt haben - oder war es gar keine davon?

Die heikle Suche nach der NSU-Mordwaffe Das Bundeskriminalamt hat die Angeklagten im NSU-Prozess Waffen identifizieren lassen. Dabei könnten die Ermittler Fehle....

S. erinnert sich an weitere Details wie besondere Kanten an der Waffe und das Gewinde für den Schalldämpfer am Lauf - ansonsten scheint er nicht sehr sicher: "Die Waffengröße hat so hingehauen", beschreibt er den Auswahlprozess.

Noch unsicherer war sich Holger G., als er zur Identifizierung gebeten wurde. G. ist der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung angeklagt. Er hat bereits eingeräumt, dem NSU-Trio mehrere Ausweise auf seinen Namen überlassen zu haben. Zudem gab er zu, ihnen im Auftrag des Mitangeklagten Ralf Wohlleben eine weitere Pistole überbracht zu haben. Mit dieser wurde jedoch offenbar niemand getötet. Der Waffentransport ist verjährt, dient der Bundesanwaltschaft jedoch zur Beweisführung.

Der BKA-Kommissar Andreas V. legte G. neun Modelle vor. Sie entsprachen denen, die Polizisten aus der abgebrannten Wohnung geholt hatten. Das Gericht hat den Ermittler als Zeugen geladen, um sich ein Bild von der Verhörsituation zu machen. Schnell wird klar, dass kein ausgewiesener Ballistiker G. die Waffen zeigte. V. sagt, dass er nicht weiß, wie die präsentierten Exemplare heißen, er ließ sie sich damals ebenfalls aus der Vergleichswaffensammlung liefern.

Dieselbe Auswahl präsentiert er nun dem Gericht: Neun Pistolen holt V. aus einer Kiste und legt sie auf einen Tisch vor Richter Götzl. Zwei davon sind große Maschinenpistolen. G. konnte sich damals nicht auf eine Pistole festlegen. Die Verteidiger der Angeklagten wittern allerdings rasch Schwachstellen in der Identifizierung: Beate Zschäpes Anwalt Wolfgang Stahl will wissen, wie V. die Waffen ausgewählt hat. Der antwortet, er habe sie anhand von G.s Erinnerung zusammenstellen lassen. Der Beschuldigte hatte zuvor ausgesagt, die Pistole sei "klein und schwarz" gewesen. Wieso habe V. dann Maschinenpistolen vorgelegt? "Der Vollständigkeit halber", antwortet der. Waffen, die nichts mit dem NSU zu tun hatten, ließ der Ermittler jedoch außen vor, statt sie als Vergleichsgruppe zu präsentieren.

Schließlich gibt der Ermittler zu Protokoll, dass die Waffensammlung sieben Exemplare der Ceska 83 vorhalte. Er könne nun nicht mehr sagen, welches davon zur Vernehmung nach Köln geliefert worden sei. Auch, ob die Pistolen, die er dem Gericht mitgebracht hat, dieselben sind, weiß er nicht.

Da wird S.' Anwalt Johannes Pausch hellhörig: Was denn unter einer baugleichen Waffe zu verstehen sei - ob sich das auch auf die Farbe beziehe? Auch ein verchromtes und ein schwarzes Exemplar würden als baugleich gelten. Die Modelle, die S. und G. im Vernehmungszimmer vorgelegt bekommen haben, könnten also durchaus anders ausgesehen haben als jene, die sie vor mehr als zehn Jahren in der Hand hatten.

Die Anklage will die Kritik der Anwälte nicht gelten lassen: Ob die Pistolen im Verhör identisch gewesen seien, sei egal, erklärt Oberstaatsanwalt Jochen Weingarten. "Die Vorlage von Vergleichswaffen ist hinreichend, ausreichend und sicher dokumentiert." Ob sich das Gericht auch so sicher ist, wird sich erst später zeigen.

Load-Date: July 4, 2013

Förderung

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

25. April 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: ZEIT CHANCEN SCHULE, TIPPS UND TERMINE; Förderung; S. 70; Ausg. 18

Length: 163 words

Body

Das Forum Young **Migrant** Talents bietet in Hamburg weitere 80 Plätze zur Entwicklung schulischer Potenziale. Neben Fachseminaren und Exkursionen ist der Verein Anlaufstelle für Fragen rund um schulische Aufgaben, etwa Referate, Präsentationen; und für Bewerbungen für Praktika und Gespräche über Ausbildung und Studium. Das Forum Young **Migrant** Talents fördert derzeit 250 Stipendiaten in Hamburg, Stuttgart und Berlin. www.young-migrant-talents.org

Wettbewerb

Beim Google Wissenschaftswettbewerb treten junge Forscher im Alter zwischen 13 und 18 Jahren aus der ganzen Welt online gegeneinander an. Die Projekte können in zehn Kategorien eingereicht werden, die reichen von der Computer- bis zur Ernährungswissenschaft. Es wird außerdem ein Sonderpreis »Wissenschaft in Aktion« vergeben. Zu gewinnen gibt's unter anderem Stipendien und eine Expedition zu den Galapagosinseln. Anmeldeschluss ist der 30. April. Weitere Informationen unter www.googlesciencefair.com

Load-Date: March 25, 2022

Volksheld wider Willen; Auf seiner Vietnamreise glauben alle zu wissen, wer Philipp Rösler ist. Und er selbst?

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

20. September 2012

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: S. 2; Ausg. 39

Length: 869 words

Byline: Khue Pham

Body

Obwohl Philipp Rösler niemandem auffiel, als er am Morgen nach seiner Ankunft um den Hoan-Kiem-See in Hanoi joggte, obwohl er schwarze Haare hat wie jeder hier und diesen typisch schmalen Körper, ist er nicht so vietnamesisch, wie er erst mal wirkt. Wenn er neben anderen vietnamesischen Männern steht, überragt er sie. Seine Haut ist heller und glatter als ihre, und wenn er spricht, kommen ziemlich deutsche Politikerworte aus seinem Mund: Vietnam, das ist für ihn ein Investitionsstandort, eine dynamische Bevölkerung, ein strategischer Partner. Und natürlich vergisst Rösler nicht, die Demokratie und die Menschenrechte anzumahlen. Das ist die Sicht des deutschen Wirtschaftsministers auf dieses Land.

Obwohl Philipp Rösler als neun Monate alter Waisenjunge aus Vietnam adoptiert wurde, obwohl er Udo Jürgens liebt und seine Heimat Niedersachsen, ist er nicht so deutsch, wie er gern wäre. Während er mit den Geschäftsleuten und Journalisten seiner Wirtschaftsdelegation von Montag bis Mittwoch durch das Land reist, schauen sie ihn stets mit diesem erwartungsvollen Blick an: Wann wird er endlich zugeben, dass seine Wurzeln hier liegen? Seine andere Seite, seine besondere Geschichte machen ihn, den FDP-Chef in der Krise, interessant. Das ist die Sicht der Deutschen auf ihren Minister mit **Migrationshintergrund**.

Und es gibt eine dritte Sicht auf Philipp Rösler auf dieser Reise. Sie spiegelt sich in den ehrfurchtsvollen Gesichtern der vietnamesischen Minister, die ihn mit großen Blumensträußen empfangen. Sie drückt sich aus in dem Juchzen der Souvenirverkäuferin im Literaturtempel, die den deutschen Minister aus dem Fernsehen kennt. In dem Wir-sind-Vizekanzler-Denken, das er bei so vielen Vietnamesen hervorruft, weil sie ihn als einen von ihnen ansehen. Die Vietnamesen denken in Familien, in Abstammung, und Rösler, das ehemalige Waisenkind, verkörpert für sie einen Traum: dass jeder Vietnameser alles erreichen kann, wenn er nur die Möglichkeiten für seine Selbstentfaltung bekommt. Sie sprechen ihn mit "Herr Vizekanzler, Minister für Wirtschaft und Technologie und Vorsitzender der FDP", an, sie kennen seine Biografie genau.

"Vietnam hat stolz jeden Erfolg von Philipp Rösler verfolgt", sagt der Rektor der Wirtschaftsuniversität von Hanoi, als er ihm die Ehrendoktorwürde für seine Verdienste um die deutsch-vietnamesischen Beziehungen verleiht. Dabei hat sich Rösler bis zu dieser Reise gar nicht für Vietnam engagiert, und auch in seiner Dankesrede spricht er ausdrücklich von "meinem Heimatland Deutschland". Er referiert außerdem über Ludwig Erhard, Otto Graf

Volksheld wider Willen Auf seiner Vietnamreise glauben alle zu wissen, wer Philipp Rösler ist. Und er selbst?

Lambsdorff und die Prinzipien der freien Marktwirtschaft, so als sei er auf einem FDP-Parteitag und nicht in einem sozialistischen Land. Rösler versucht, sich zu wehren, er will kein vietnamesischer Volksheld sein. Als er nach der Zeremonie mit Talar und Hut ins Freie tritt, atmet er tief durch.

Rösler hat die Frage nach seiner Herkunft oft gehört, und vielleicht hat er irgendwann angefangen, seine Antworten zu glauben. Nein, er wolle seine leiblichen Eltern nicht kennenlernen, er habe schon welche. Nein, er habe kein Bedürfnis, sein altes Waisenhaus zu besuchen, bei seinem letzten Besuch vor sechs Jahren nicht und jetzt auch nicht. Nein, ihm fehle nichts, schon gar nicht irgendwelche Wurzeln in Vietnam. Es muss anstrengend sein, die Herkunft, die er selbst nicht kennt, immer wieder erklären zu müssen. Vielleicht macht er deshalb manchmal diese Witze über Schlitzaugen oder Asiaten, die von zu viel Alkohol rot werden. Vielleicht will er sich dagegen wehren, dass jeder in ihm etwas sieht, was er selbst nicht fühlt.

Es ist schwer für Rösler, auf dieser Reise den Bildern der anderen zu entgehen, die sie auf ihn projizieren. Der Vorstellung der Vietnamesen, er kehre zurück in seine Heimat. Der Vorstellung der Deutschen, er suche nach seinen Wurzeln. Seiner eigenen Vorstellung, er könne seine Abstammung einsetzen wie einen Joker, den er mal zückt und mal versteckt. "Um das Motto des deutschen Mittelstandes zu zitieren", sagt er bei einem Empfang der deutschen Botschafterin in Hanoi: "Es ist egal, wo du herkommst. Entscheidend ist, wo du hinwillst." Was das mit dem deutschen Mittelstand zu tun hat, bleibt unklar. Aber die Botschaft ist eindeutig.

Was ihn berührt, kann man sehen, als er ein Dorf mit behinderten Kindern besucht. Es sind Enkel von Menschen, die im Vietnamkrieg dort lebten, wo das Giftgas Dioxin versprüht wurde, Agent Orange. Manche von ihnen können nicht sprechen, andere haben deformierte Körper. Rösler hat sie gesehen und an sein eigenes Schicksal gedacht, an das Glück, mitten im Krieg herausgekommen zu sein aus diesem Land. Betroffen läuft er durch die ärmlichen Häuser, in denen die Kinder schlafen, Krankengymnastik machen und sticken. Er denkt an seine Adoption und sagt: "Man stellt sich schon die Frage, was gewesen wäre, wenn sich meine Eltern nicht dazu entschieden hätten."

"Man", sagt er und meint sich selbst. Er redet in dieser unpersönlichen dritten Person, er versucht, das von sich fernzuhalten, was ihm nahegeht. Vielleicht geht es nicht anders, vielleicht will er nicht anders. Deutsche und Vietnamesen meinen zu wissen, wer er sei. Aber kann er das nicht selbst entscheiden?

Graphic

In Hanoi erhält Rösler die Ehrendoktorwürde, mit Übersetzung

Load-Date: September 20, 2012

Europa verweigert Schutz und Hilfe; Die Abwehr von Flüchtlingen mit ihren katastrophalen Folgen wie jetzt vor Lampedusa ist die zynische Konsequenz daraus, dass die EU außenpolitisch versagt. Ein Kommentar

ZEIT-online

Dienstag 8. Oktober 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: Flüchtlinge; Ausg. 41

Length: 697 words

Byline: Ludwig Greven

Body

Flüchtlinge vor Lampedusa

© dpa

In den 1990er Jahren gehörte Deutschland zu den ersten Ländern, die die Unabhängigkeit Kroatiens und der anderen ehemaligen jugoslawischen Teilrepubliken anerkannten. In die danach ausbrechenden Kriege mit Serbien griff es jedoch wie die übrige EU nicht ein. Infolge der jahrelangen Kämpfe und ethnischer Vertreibungen flohen alleine in und aus Bosnien mehr als zwei Millionen Menschen, Zehntausende davon auch nach Deutschland.

Als sich wenige Jahre später eine ähnliche humanitäre Katastrophe im Kosovo abzeichnete, war Deutschland deshalb eines der Länder, das sich diesmal massiv für ein militärisches Eingreifen der Nato einsetzte. Neuerliche Vertreibungen und erneute Flüchtlingsbewegungen nach Europa wollte man vermeiden.

Trotz aller Mahnungen und Beteuerungen hat die EU bis heute aus beiden Fällen nichts gelernt. Weder betreibt die europäische Staatengemeinschaft eine wirkungsvolle gemeinsame Außenpolitik, um Konflikte an ihren Außengrenzen einzudämmen und damit Flucht und Vertreibung zu verhindern, noch hat sie eine gemeinsame Haltung zu militärischen Interventionen, und vor allem: ihren Folgen, gefunden.

In Libyen griffen Franzosen und Briten im Alleingang mit den USA zugunsten der Rebellen ein; Deutschland enthielt sich im Sicherheitsrat. Im Bürgerkrieg in Syrien beschlossen Frankreich und Großbritannien im Frühjahr, ebenfalls gegen den Rest der EU, Waffen an die Aufständischen zu liefern, und sie schlossen sich anfangs auch der jüngsten Interventionsdrohung Washingtons gegen Präsident Assad an. Deutschland stand erneut dagegen. Vereint sind die EU-Länder nur in ihrer Reaktion auf die zwangsläufigen Folgen beider Kriege: Um die hunderttausendfache Flucht kümmern sie sich kaum.

Die Flüchtlinge aus Syrien, Libyen und andere Notleidende aus Afrika, Asien und den arabischen Ländern stoßen auf das Bollwerk, das die EU um sich gezogen hat - so ziemlich das einzig Gemeinsame, das die Union im Verhältnis zu ihrer Außenwelt aufbringt. Doch selbst dieses Bollwerk hat Risse: Alle hochgerüsteten Kontrollen und Abwehrmaßnahmen können nicht verhindern, dass sich jeden Tag Hunderte, wenn nicht Tausende auf den Weg

Europa verweigert Schutz und Hilfe Die Abwehr von Flüchtlingen mit ihren katastrophalen Folgen wie jetzt vor Lampedusa ist die zynische Konsequenz daraus, dass

machen, um in eines der Länder der EU zu gelangen. Sie sorgen allerdings dafür, dass Unzählige, die über das Mittelmeer ans rettende europäische Ufer streben, ihr Leben lassen.

Sicherheitspolitisch und humanitär uneins

Wenn wieder einmal viele zugleich ertrinken, wie jetzt beim Untergang eines Flüchtlingsschiffs vor Lampedusa, ist der Aufschrei jedes Mal groß. Doch er bleibt folgenlos. Denn die zynische Politik gegenüber denjenigen, die vor Krieg, Unterdrückung und Not fliehen, ist die logische Konsequenz des außenpolitischen Versagens der EU und damit auch Deutschlands.

Genauso uneins ist sie, was die Aufnahme der Flüchtlinge betrifft. Deutschland und die anderen Länder im Norden überlassen sie gerne den Mittelmeeraanrainerstaaten und verlangen eine konsequente Abschiebung. Mit den katastrophalen Folgen wollen sie jedoch nichts zu tun haben, genauso wenig wie mit der Überlastung Süditaliens, Griechenlands oder Maltas. So weigert sich die Bundesregierung auch jetzt, trotz der Tragödie von Lampedusa, vermehrt Flüchtlinge aufzunehmen.

Dabei tragen die Hauptlast der weltweiten Fluchtbewegungen ohnehin andere, weit ärmere Länder. Nämlich die unmittelbaren Nachbarstaaten, im Fall Syriens der Libanon, Jordanien und die Türkei. Deutschland hat bislang gerade einmal 10.000 Vertriebene aus Syrien aufgenommen.

Ein Armutszeugnis

Dennoch beklagen sich hierzulande Politiker und Kommunen lieber über "Armutsflüchtlinge" - auch aus den EU-Mitgliedsstaaten Rumänien oder Bulgarien. Dabei hat die EU-Kommission gerade festgestellt, dass es das Problem in der Form gar nicht gibt.

Ein Armutszeugnis ist vielmehr die inhumane deutsche und europäische Politik gegenüber Kriegsopfern und Notleidenden, die nichts anderes wollen als Schutz und Hilfe, wie es die UN- und die europäische Flüchtlingskonvention verlangen. Hilfe, die ihnen Berlin und Brüssel doppelt verwehren: in den Konflikten in ihrer Heimat **und** an den eigenen Grenzen. Bis sich daran etwas ändern, werden noch viele, viele Menschen sterben müssen.

Load-Date: October 8, 2013

Einsicht ist bei der MPU die halbe Miete; Jedes Jahr müssen rund 100.000 Autofahrer nach Führerscheinentzug zur MPU. Mit guter Vorbereitung verliert der gefürchtete Test seinen Schrecken.

ZEIT-online

Mittwoch 2. Mai 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: FAHREIGNUNG; Ausg. 18

Length: 1035 words

Byline: Susanne Kilimann

Body

Alkoholtest bei einer Polizeikontrolle (Archivbild)

© Uli Deck/dpa

Ein kleines Grüppchen hat in der Sitzzecke Platz genommen und schaut schweigend vor sich auf die Flipchart: zwei unauffällige Jeansträger zwischen 40 und 50, ein üppig tätowierter Lederjackenträger mit aschblondem Ziegenbärtchen, eine burschikose junge Frau mit Kurzhaarschnitt und ein Mittzwanziger, smarter Typ mit **Migrationshintergrund**. Am dreibeinigen Ständer ist ein dicker Block eingeklemmt. Er enthält die wichtigsten Informationen zum Thema an diesem Abend im fünften Stock eines Hochhauses am Berliner Alexanderplatz: die Medizinisch-Psychologische Untersuchung, kurz MPU - im Volksmund häufig auch abfällig "Idiotentest" genannt.

Der Gesetzgeber verpflichtet all diejenigen dazu, die ihre Fahrerlaubnis verloren haben und den Führerschein wiedererlangen möchten: sei es wegen schweren Alkoholmissbrauchs, Drogenkonsums oder nach Anhäufung von 18 Punkten auf dem Konto im Flensburger Verkehrszentralregister - für Taxifahrer und andere professionelle Chauffeure bereits nach neun Punkten. Wurde der Führerschein für länger als zwei Jahre entzogen, kann neben der MPU auch eine erneute Führerscheinprüfung angeordnet werden. Außerdem gibt es diejenigen, die bislang noch gar keinen Führerschein hatten, aber ein Drogendelikt im Vorstrafenregister haben und nur nach erfolgreicher MPU zur Führerscheinprüfung zugelassen werden. Ziel ist es, die Fahreignung festzustellen.

"Es ist begrüßenswert, dass Sie Ihre Freizeit für diese Veranstaltung geopfert haben", versucht Sylvia Marzai die angespannten Teilnehmer des Info-Abends mit einer positiven Botschaft aufzumuntern. Die Psychologin arbeitet für die Gesellschaft für Angewandte Betriebspsychologie und Verkehrssicherheit (ABV), eine der größeren Institutionen in Deutschland, die im Auftrag der Bundesanstalt für Straßenwesen die MPU durchführt. Eine Untersuchung dauert in der Regel vier Stunden und besteht aus drei Teilen. Marzai blättert am Flipchart zum nächsten Tafelbild um, das die drei Etappen nennt: die medizinische Untersuchung, das psychologische Gespräch und einen Reaktionstest.

Oft psychologische Hilfe nötig

Einsicht ist bei der MPU die halbe Miete Jedes Jahr müssen rund 100.000 Autofahrer nach Führerscheinentzug zur MPU. Mit guter Vorbereitung verliert der gefürcht....

Im medizinischen Teil fragt ein Arzt nach eventuellen Erkrankungen. Er will zudem wissen, ob regelmäßig Medikamente eingenommen werden. Waren Alkohol oder Rauschmittel Ursache für den Führerscheinentzug, werden umfangreichere Blut- und Urinuntersuchungen gemacht, und auch für die Gamma-GT-Werte, die sogenannten Leberwerte, wird sich der Arzt bei diesen Kandidaten interessieren. Beim Reaktionstest am Computer werden die Konzentrations- und die Wahrnehmungsfähigkeit geprüft. PC-Kenntnisse seien dafür nicht erforderlich, sagt Marzai und beruhigt ihre Zuhörer: "Die Anforderungen sind wirklich nicht besonders hoch. Schließlich wollen Sie ja keinen Flugschein für den A380 erwerben."

Am stärksten hängt das weitere Führerscheinschicksal von dem Vier-Augen-Gespräch mit einem Psychologen ab. Dabei gebe es keine richtigen und keine falschen Antworten, betont Marzai. Sie nimmt den Mann mit den bunten Tattoos ins Visier und fügt hinzu: "Sie müssen nur glaubhaft rüberbringen, dass Sie sich mit den Ursachen für Ihr Fehlverhalten auseinandergesetzt und wirksame Gegenmaßnahmen ergriffen haben." Daher sollte man die Fehler, die zum Verlust des Führerscheins geführt haben, auf keinen Fall herunterspielen oder versuchen, anderen die Schuld daran zu geben.

Psychologische Hilfe und eine Suchttherapie seien für einen Großteil der MPU-Kandidaten unerlässlich, sagt die Geschäftsführerin der ABV, Karin Müller. Sie macht das am Thema Alkoholfahrten deutlich. Zur MPU muss man antreten, wenn man mit 1,6 Promille oder mehr am Steuer erwischt wurde. Solche Werte seien ein deutliches Zeichen dafür, dass jemand nicht nur mal aus Versehen über die Stränge geschlagen habe, sagt Müller. Hier bestehe ein ernstes Alkoholproblem.

"Um auf einen solchen Wert zu kommen, müsste eine schlanke, etwa 1,74 Meter große Frau innerhalb kurzer Zeit drei Flaschen Wein trinken", erläutert Müller. "In diesem Zustand können nur Menschen, die an starken Alkoholkonsum gewöhnt sind, überhaupt noch ein Fahrzeug starten und auf die Straße bringen", sagt die Geschäftsführerin, die selbst jahrelange Erfahrung als Gutachterin hat.

Von rund 100.000 Menschen, die bundesweit pro Jahr die MPU absolvieren, kommen laut Statistik zwei Drittel wegen einer Fahrt im Alkoholausgang, 20 Prozent treten nach Drogen- oder Medikamentenmissbrauch an. Die übrigen 14 Prozent sind Punktesünder. Dabei sind extremes Fahrverhalten im Straßenverkehr und als Konsequenz die MPU beinahe ein reines Männerproblem. Der Anteil der Frauen, die zur Untersuchung vorgeladen werden, liegt gerade einmal bei fünf Prozent.

Karin Müller ergänzt die Statistik um einen weiteren Wert: Rund 40 Prozent der Kandidaten nähmen die Hürde beim ersten Mal, sagt sie. Wer es nicht geschafft habe, könne im Prinzip beliebig oft antreten, bis es irgendwann mit dem positiven Gutachten klappt. Allerdings ist Untersuchung mit erheblichen Kosten verbunden. Sie unterscheiden sich je nach Anlass: Für die "Punkte-MPU" werden nach aktueller Gebührenordnung 357 Euro berechnet, für die "Alkohol-MPU" fallen 412 Euro und für die "Drogen-MPU" 569 Euro an.

Vorbereitungskurse, in denen die Klienten auf die Fragestellungen der Gutachter vorbereitet werden, können eine sinnvolle Hilfe sein, sagt Psychologin Müller. "Dabei sollten Interessenten darauf achten, dass es sich um zertifizierte Anbieter handelt, deren Gruppen- oder Einzelmaßnahmen auf evaluierten Programmen basieren." Ziel der Kurse sei es, dass die Betroffenen im Gespräch mit den Psychologen ein Problembewusstsein entwickeln, das ihnen bei der nachhaltigen Veränderung ihres Verhaltens hilft.

Rund 600 bis 2.000 Euro müssen Interessenten in so ein Psycho-Coaching investieren. Von oft 5.000 Euro teuren Crashkursen mit "Erfolgsgarantie" hält die promovierte Psychologin nichts: "Solche Drei-Tages-Programme können gar nicht wirksam sein", meint Müller. "Das ist nichts weiter als ein bisschen Schauspielunterricht."

Der Text wurde korrigiert. Eine erneute Führerscheinprüfung kann nach längerem Entzug der Fahrerlaubnis angeordnet werden, ist aber nicht mehr automatisch Pflicht.

Einsicht ist bei der MPU die halbe Miete Jedes Jahr müssen rund 100.000 Autofahrer nach Führerscheinentzug zur MPU. Mit guter Vorbereitung verliert der gefürcht....

End of Document

Nazis auf Entzug; Sächsische Neonazis handeln mit Drogen und begehen unter dem Einfluss von Crystal Meth Straftaten. Dabei will die NPD osteuropäischen Drogendealern den Kampf ansagen.

ZEIT-online

Mittwoch 12. Dezember 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: DROGENKONSUM; Ausg. 50

Length: 946 words

Byline: Thomas Trappe

Body

Prag nenne man inzwischen das "Amsterdam des Ostens", unkte der NPD-Vorsitzende Holger Apfel im Frühjahr in einer Kleinen Anfrage im sächsischen Landtag. Synthetische und im Nachbarland hergestellte Drogen gefährdeten die Menschen im Freistaat. Wie viele Drogenhändler mit Migrationshintergrund es in Sachsen gebe, wollte Apfel vom Innenminister wissen. Was Apfel nicht fragte, war, wie viele deutsche Drogenhändler einen rechtsextremen Hintergrund haben. Das fragen sich nun andere - unter anderem das sächsische Innenministerium.

"Nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes sind Rechtsextremisten vereinzelt in Drogengeschäfte involviert", erklärte das Ministerium auf Anfrage von ZEIT ONLINE. Zwar könnten die Beamten noch keine systematische Überschneidung zwischen Drogenhändler- und Nazi-Szene feststellen. Allerdings, so Sprecher Frank Wend, seien "diese Einzelerkenntnisse Anlass dafür, genauer hinzuschauen". Besonders "personelle und organisatorische Verbindungen und Überschneidungen zwischen Rockerbanden und Rechtsextremisten" sollen genauer untersucht werden.

Doch die "Einzelfälle" werden immer mehr. Ende November wurde in Hoyerswerda Ralf A. festgenommen, weil ihm Drogenhandel vorgeworfen wird. Ralf A. war Frontsänger der Band Bollwerk, die vom sächsischen Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft wird. Kurz zuvor, Mitte September, erwischte es gleich eine ganze Gruppe von Drogenhändlern im nordsächsischen Delitzsch. Bei drei Verdächtigen wurde Crystal Meth im Wert von 40.000 Euro sichergestellt. Einer von ihnen, Lars S., kandidierte 2009 für einen NPD-Stadtratsposten in Delitzsch. Und in Thüringen wurde im Oktober bekannt, dass der Geschäftsführer des Neonazi-Modelabels Ansgar Aryan in Oberhof eine einschlägige Drogenkarriere hinter sich hatte und wegen Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz zu viereinhalb Jahren Haft verurteilt wurde.

Meistens geht es in den in Sachsen bekannt gewordenen Fällen um die euphorisierende, schnell süchtig machende und billige Droge Crystal. Nach Angaben des sächsischen Gesundheitsministeriums gab es 2008 noch rund 1.300 Klienten in den Suchtberatungsstellen des Freistaats, die Crystal Meth konsumierten, 2011 waren es schon nahezu doppelt so viele. Auch für 2012 sei ein "massiver Anstieg" absehbar, sagt der Ministeriumssprecher Ralph Schreiber. Im Vergleich zu anderen Bundesländern sei Crystal in Sachsen überdurchschnittlich verbreitet. Wie sehr

Nazis auf Entzug Sächsische Neonazis handeln mit Drogen und begehen unter dem Einfluss von Crystal Meth Straftaten. Dabei will die NPD osteuropäischen Drogendea....

das "Hitler-Speed" - so wird die Droge wegen ihrer Vergangenheit als Aufputzmittel von Wehrmachtssoldaten auch bezeichnet - unter den neuen Nazis eingenommen wird, darüber wird weder bei Gesundheits- noch beim Innenministerium Statistik geführt.

Einer dieser Fälle erregt große Aufmerksamkeit. Vor dem Leipziger Landgericht findet noch bis zum Januar der Prozess um den Tod eines Obdachlosen im mittelsächsischen Oschatz statt. André K., 50 Jahre alt, starb im Mai 2011, nachdem er brutal zusammengeschlagen wurde. Fünf Männer sind wegen Totschlags angeklagt, ein weiterer wegen unterlassener Hilfeleistung. Mindestens einer der Angeklagten wird der rechtsextremen Szene zugerechnet. Im Prozess machte nun ein anderer der mutmaßlichen Täter, der jedoch auch als szenezugehörig gilt, mildernde Umstände geltend: Er habe während des Vorfalls unter Crystal-Meth-Einfluss gestanden.

Undine Weyers, Nebenklägerin und Anwältin der Tochter des Getöteten, glaubt zwar, dass der Drogeneinfluss vorgeschoben ist, aber dass der Angeklagte in der Vergangenheit Crystal nahm, sei unstrittig. Für Weyers, die regelmäßig in Prozessen mit rechtsextremen Schlägern zu tun hat, eine neue Erfahrung. "Sonst geht es eigentlich immer um Alkohol", sagt sie. Einen weiteren Einzelfall gab es in Hoyerswerda: Dort wurde vor zwei Wochen ein 30-Jähriger verurteilt, weil er mehrfach den Hitlergruß gezeigt hatte. Laut einer lokalen Zeitung versuchte der Anwalt des Täters, dies mit massiven Crystal-Konsum zu rechtfertigen.

Illegaler Drogenhandel ist eines der Kernthemen des NPD-Programms. Im sächsischen Landtag stellte die Partei in der vergangenen Legislatur den größten Teil der Kleinen Anfragen zum Thema - meist mit dem Grundtenor, osteuropäische Banden würden den Freistaat vergiften. Tatsächlich ist unstrittig, dass Crystal Meth seinen Weg aus Tschechien und Polen nach Sachsen findet. Umso peinlicher, wenn Neonazis die Drogen abnehmen und weiterverkaufen.

Entsprechend hektisch reagiert die NPD in Sachsen. Maik Scheffler, stellvertretender Landesparteivorsitzender, sagte zum aufgefolgerten Drogenhändlerring in Delitzsch, dass Lars S. 2011 aus der Partei ausgetreten sei und kommentierte: "Lars S. hat sich aus einer Gemeinschaft herausgelöst, für die ein klarer Geist und ein gesunder Körper zu den Grundwerten ihrer Weltanschauung gehören." Im vergangenen Jahr dementierte Scheffler auch jede Verbindung zu den Schlägern aus Oschatz. Und Jürgen Gansel, NPD-Fraktionsvorstand im Landtag, erklärte, dass der "offenbar drogendealende Skinhead-Sänger aus Hoyerswerda nie etwas mit der NPD zu tun hatte". Auch er argumentierte mit gewohnt völkischer Rhetorik: "Eine nationale Gesinnung verbietet jede Form der Drogenverbreitung, weil ebendiese zur Vergiftung des eigenen Volkes beiträgt."

Es gebe noch kein Gesamtbild über die rechte Drogenszene, lässt die Linken-Landtagsabgeordnete Kerstin Köditz ZEIT ONLINE erklären. Gerade stellte sie eine kleine Anfrage im Landtag, schon die Überschrift ist eine Provokation für die NPD: "Drogengelder für die Naziszene?" Auch die Thüringer Linken-Abgeordnete Katharina König, die mit einer Anfrage den dealenden Ansgar-Aryan-Chef aufdeckte, fordert weitere Untersuchungen. Sie spricht nicht von Einzelfällen - sondern von "Zufallsfunden".

Load-Date: December 13, 2012

Der Mann ist kein Flüchtling; Protokoll: »Wir klemmten uns unter die Waggon« ZEIT NR. 43

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

31. Oktober 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: LESERBRIEFE; Der Mann ist kein Flüchtling; S. 87; Ausg. 45

Length: 220 words

Body

Sie nennen Fares einen **Flüchtling**. Ein solcher Sprachgebrauch ist ein Schlag ins Gesicht für jeden, der wirklich ein **Flüchtling** war oder ist. Auch heute sind es Tausende. Fares aber ist offensichtlich keiner. Er konnte sein Land ganz legal verlassen. Er wurde weder festgehalten noch verfolgt. Er stieg einfach in ein Flugzeug nach Istanbul. Und das Ticket war bezahlt. Von bitterer Armut kann da wohl keine Rede sein. Außerdem fleht ihn seine Mutter an, zurückzukehren. Da droht ihm zu Hause also weder Gefängnis noch Folter. Der einzige Grund, ihre Bitte nicht zu erfüllen, lautet: »Dann würde ja jeder sehen, dass ich es nicht geschafft habe.« Da erübrigt sich jeder Kommentar.

Mich verstört die totale Amoralität dieses Menschen, für den Sie Sympathie zu erwecken suchen. Er und sein Kumpel haben sich »immer kleine Märkte ausgesucht, in denen ein Verkäufer alleine stand. Einer von uns hat ihn in ein Gespräch verwickelt, der andere hat den Rucksack gefüllt.« Und das »jeden Tag«. Was sie damit dem Verkäufer antaten, ist ihm offensichtlich vollkommen egal. Sein Ehrbegriff verbietet ihm, nach Hause zurückzukehren, ohne es in Europa »geschafft zu haben«, nicht aber, zu stehlen und damit einem Menschen zu schaden, der gewiss zu den kleinen Leuten gehört.

Thelma von Freymann, per E-Mail

Load-Date: March 25, 2022

**Wer bringt die Hoffnung?; Ein Gespräch mit Peter Balleis vom
Flüchtlingsdienst der Jesuiten**

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

21. November 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: GLAUBEN & ZWEIFELN; Wer bringt die Hoffnung?; S. 72; Ausg. 48

Length: 725 words

Byline: Evelyn Finger

Body

DIE ZEIT: Herr Balleis, Sie haben drei Jesuiten auf die Philippinen geschickt, um Nothilfe zu leisten. Bei allem Respekt: Was sollen die drei ausrichten?

Peter Balleis: Die drei Mitarbeiter unseres Flüchtlingsdienstes gehören zum technischen Personal. Sie arbeiten mit den philippinischen Jesuiten und schätzen die Katastrophe ein, damit wir gezielt helfen können.

ZEIT: Warum nutzen Sie nicht die Auskunft des Flüchtlingshilfswerks UNHCR bei den Vereinten Nationen?

Balleis: Weil wir neben der humanitären Nothilfe auch andere Aufgaben haben. Wir sind offizieller Partner des UNHCR, aber keine Essensverteiler, sondern Seelsorger und Tröster. Die großen Organisationen sichern das Überleben, aber wir wollen Menschen Mut machen. Wir stehen an der Seite der Verlierer, unterm Kreuz.

ZEIT: Auch in muslimischen Ländern?

Balleis: Als Christen helfen wir jedem. Nach dem Tsunami in Aceh haben wir Moscheen gebaut und Korane verteilt. Wir wollen die Opfer nicht missionieren, sondern ihnen beistehen. Die Liebe Gottes hilft, zu heilen und weiterzumachen.

ZEIT: Was sagen Sie einem Menschen, der alles verloren hat?

Balleis: Wir sagen erst einmal gar nichts, sondern hören zu. Geben ihm Gemeinschaft. Was geschehen ist, lässt sich nicht rückgängig machen. Aber wir hoffen, dass etwas Neues kommt. Unsere Devise ist: begleiten, dienen, Fürsprecher sein.

ZEIT: Und was bedeutet das konkret?

Balleis: Dass wir traumatisierten Kindern Schulunterricht erteilen. Dass wir als Friedensvermittler agieren.

ZEIT: Sie sind auch in Syrien präsent. Gibt es in diesem Kriegschaos etwas zu vermitteln?

Wer bringt die Hoffnung? Ein Gespräch mit Peter Balleis vom Flüchtlingsdienst der Jesuiten

Balleis: Ja. Im Nahen Osten sind wir Christen, wenn wir nicht gerade selber verfolgt werden, ein Puffer zwischen verfeindeten islamischen Gruppen. Sie kennen und vertrauen uns. Die Jesuiten sind ja seit 150 Jahren in Syrien. Während die UN derzeit nur auf der Regimeseite arbeiten dürfen, weil sie sonst aus dem Land fliegen, sind wir weniger eingegrenzt und helfen Menschen auf allen Seiten, ob in Homs, Damaskus oder Aleppo.

ZEIT: Was tun Sie dort?

Balleis: Ein halbes Dutzend syrische Jesuiten organisieren Lebensmittelverteilung, Winterhilfe und informellen Schulunterricht für 10 000 Kinder. In Syrien haben wir gemischte Teams aus Muslimen und Christen.

ZEIT: Papst Franziskus, ein Jesuit wie Sie, hat 500 000 Euro für Taifunopfer gegeben.

Balleis: Auch Papst Benedikt hat im letzten Jahr in der Syrienkrise eine Million Euro für Nahost gespendet.

ZEIT: Der Jesuitenflüchtlingsdienst hat seit dem letzten Jahr seine Gesamteinnahmen von 30 auf 50 Millionen Euro fast verdoppelt. Was tun Sie mit dem Geld?

Balleis: Noch besser Barmherzigkeit üben. Ich will weder den Jesuitenorden finanzieren noch dem Wachstumsdenken verfallen. Wir haben schon genug humanitäre Industrie, die Katastrophen braucht, um ihren Laden am Laufen zu halten. Deshalb ist für mich als Direktor einer weltweiten christlichen Organisation wichtig, dass ich das Armutsgelübde der Jesuiten einhalte, also vom Orden zwar gepflegt und beherbergt werde, aber nur ein Taschengeld von 60 Euro im Monat habe. Wir wollen ein Beispiel geben.

ZEIT: Sie reisen ständig in Länder wie Afghanistan, Kongo, Libyen, Syrien ... Welcher Moment hat Sie als Seelsorger geprägt?

Balleis: Als ich in einem Flüchtlingslager in Ruanda kurz nach dem Genozid die Messe las. Danach kamen viele Männer zur Beichte, deren Sprache ich nicht verstand, aber ich wusste, es sind wohl auch Mörder darunter. Trotzdem habe ich ihnen die Vergebung Gottes gespendet, weil Gott allein der Richter ist. Und ich habe gehofft, dass sie bereuen.

ZEIT: Der Jesuitenflüchtlingsdienst ist nach dem Genozid fast zwanzig Jahre lang in Ruanda geblieben. Warum?

Balleis: Wir sind meist nicht die Ersten, die den Überlebenden einer Katastrophe zu Hilfe eilen, aber oft die Letzten, die gehen. Das ist unser Auftrag: bei den Opfern bleiben.

Die Fragen stellte EVELYN FINGER

Siehe www.jesuitenmission.de; Spenden an: Jesuitenmission, Konto 5115582, Liga Bank, Bankleitzahl 75090300, Verwendungszweck JRS International

Pater Peter Balleis ist internationaler Direktor des Flüchtlingsdienstes der Jesuiten. Der JRS hat seinen Hauptsitz in Rom

Load-Date: March 25, 2022

**Wer bringt die Hoffnung?; Ein Gespräch mit Peter Balleis vom
Flüchtlingsdienst der Jesuiten**

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

21. November 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: GLAUBEN UND ZWEIFELN; Wer bringt die Hoffnung?; S. 72; Ausg. 48

Length: 695 words

Byline: Evelyn Finger

Body

DIE ZEIT: Herr Balleis, Sie haben drei Jesuiten auf die Philippinen geschickt, um Nothilfe zu leisten. Bei allem Respekt: Was sollen die drei ausrichten?

Peter Balleis: Die drei Mitarbeiter unseres Flüchtlingsdienstes gehören zum technischen Personal. Sie arbeiten mit den philippinischen Jesuiten und schätzen die Katastrophe ein, damit wir gezielt helfen können.

ZEIT: Warum nutzen Sie nicht die Auskunft des Flüchtlingshilfswerks UNHCR bei den Vereinten Nationen?

Balleis: Weil wir neben der humanitären Nothilfe auch andere Aufgaben haben. Wir sind offizieller Partner des UNHCR, aber keine Essensverteiler, sondern Seelsorger und Tröster. Die großen Organisationen sichern das Überleben, aber wir wollen Menschen Mut machen. Wir stehen an der Seite der Verlierer, unterm Kreuz.

ZEIT: Auch in muslimischen Ländern?

Balleis: Als Christen helfen wir jedem. Nach dem Tsunami in Aceh haben wir Moscheen gebaut und Korane verteilt. Wir wollen die Opfer nicht missionieren, sondern ihnen beistehen. Die Liebe Gottes hilft, zu heilen und weiterzumachen.

ZEIT: Was sagen Sie einem Menschen, der alles verloren hat?

Balleis: Wir sagen erst einmal gar nichts, sondern hören zu. Geben ihm Gemeinschaft. Was geschehen ist, lässt sich nicht rückgängig machen. Aber wir hoffen, dass etwas Neues kommt. Unsere Devise ist: begleiten, dienen, Fürsprecher sein.

ZEIT: Und was bedeutet das konkret?

Balleis: Dass wir traumatisierten Kindern Schulunterricht erteilen. Dass wir als Friedensvermittler agieren.

ZEIT: Sie sind auch in Syrien präsent. Gibt es in diesem Kriegschaos etwas zu vermitteln?

Wer bringt die Hoffnung? Ein Gespräch mit Peter Balleis vom Flüchtlingsdienst der Jesuiten

Balleis: Ja. Im Nahen Osten sind wir Christen, wenn wir nicht gerade selber verfolgt werden, ein Puffer zwischen verfeindeten islamischen Gruppen. Sie kennen und vertrauen uns. Die Jesuiten sind ja seit 150 Jahren in Syrien. Während die UN derzeit nur auf der Regimeseite arbeiten dürfen, weil sie sonst aus dem Land fliegen, sind wir weniger eingegrenzt und helfen Menschen auf allen Seiten, ob in Homs, Damaskus oder Aleppo.

ZEIT: Was tun Sie dort?

Balleis: Ein halbes Dutzend syrische Jesuiten organisieren Lebensmittelverteilung, Winterhilfe und informellen Schulunterricht für 10 000 Kinder. In Syrien haben wir gemischte Teams aus Muslimen und Christen.

ZEIT: Papst Franziskus, ein Jesuit wie Sie, hat 500 000 Euro für Taifunopfer gegeben.

Balleis: Auch Papst Benedikt hat im letzten Jahr in der Syrienkrise eine Million Euro für Nahost gespendet.

ZEIT: Der Jesuitenflüchtlingsdienst hat seit dem letzten Jahr seine Gesamteinnahmen von 30 auf 50 Millionen Euro fast verdoppelt. Was tun Sie mit dem Geld?

Balleis: Noch besser Barmherzigkeit üben. Ich will weder den Jesuitenorden finanzieren noch dem Wachstumsdenken verfallen. Wir haben schon genug humanitäre Industrie, die Katastrophen braucht, um ihren Laden am Laufen zu halten. Deshalb ist für mich als Direktor einer weltweiten christlichen Organisation wichtig, dass ich das Armutsgelübde der Jesuiten einhalte, also vom Orden zwar verpflegt und beherbergt werde, aber nur ein Taschengeld von 60 Euro im Monat habe. Wir wollen ein Beispiel geben.

ZEIT: Sie reisen ständig in Länder wie Afghanistan, Kongo, Libyen, Syrien ... Welcher Moment hat Sie als Seelsorger geprägt?

Balleis: Als ich in einem Flüchtlingslager in Ruanda kurz nach dem Genozid die Messe las. Danach kamen viele Männer zur Beichte, deren Sprache ich nicht verstand, aber ich wusste, es sind wohl auch Mörder darunter. Trotzdem habe ich ihnen die Vergebung Gottes gespendet, weil Gott allein der Richter ist. Und ich habe gehofft, dass sie bereuen.

ZEIT: Der Jesuitenflüchtlingsdienst ist nach dem Genozid fast zwanzig Jahre lang in Ruanda geblieben. Warum?

Balleis: Wir sind meist nicht die Ersten, die den Überlebenden einer Katastrophe zu Hilfe eilen, aber oft die Letzten, die gehen. Das ist unser Auftrag: bei den Opfern bleiben.

Die Fragen stellte EVELYN FINGER

Siehe www.jesuitenmission.de; Spenden an: Jesuitenmission, Konto 5115582, Liga Bank, Bankleitzahl 75090300, Verwendungszweck JRS International

Graphic

Pater Peter Balleis ist internationaler Direktor des Flüchtlingsdienstes der Jesuiten. Der JRS hat seinen Hauptsitz in Rom

Load-Date: November 21, 2013

Wer bringt die Hoffnung? Ein Gespräch mit Peter Balleis vom Flüchtlingsdienst der Jesuiten

End of Document

Mut ins Programm!; ARD und ZDF haben es selbst in der Hand, aus der Defensive zu kommen: Sie müssen endlich Risiken eingehen

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

23. Mai 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK, LEITARTIKEL; Mut ins Programm!; S. 1; Ausg. 22

Length: 951 words

Byline: Giovanni di Lorenzo

Body

VON GIOVANNI DI LORENZO

Vor Kurzem wurde ein erfolgreicher ***Migrant*** bei einer Diskussion im Hamburger Thalia Theater gefragt, was für ihn, der als junger Mann aus der Türkei hierherkam, heute Heimat sei. Der Unternehmer erzählte, bei einem Besuch in seinem Geburtsland habe er plötzlich gemerkt, wie viel Deutsches er dort doch vermisste. Als Erstes nannte er keine Stadt, nichts Berufliches und auch nicht Freunde in Hamburg. Als Erstes nannte er - die *Tagesschau*.

Vielleicht gehört unser Fernsehen tatsächlich zu den vielen guten Einrichtungen, an die wir uns so sehr gewöhnt haben, dass ihr Wert nur noch jenen auffällt, die sie neu kennenlernen oder entbehren müssen. Dieses Land leistet sich das aufwendigste öffentlich-rechtliche Fernsehen der Welt. Auf seinen mehr als 20 Kanälen bietet es eine große Vielfalt und jede Menge guter Sendungen. Einige Informationsprogramme gehören zu den besten ihrer Art, sie gestalten den öffentlichen Diskurs mit, sie ordnen und erklären die Nachrichtenflut. Das Problem ist nur: Das will offenbar keiner so richtig sehen.

Denn das öffentlich-rechtliche Fernsehen ist in eine Schieflage geraten. Spätestens seit der Umwandlung der ohnehin ungeliebten Rundfunkgebühr in einen Rundfunkbeitrag zu Beginn dieses Jahres ist es in eine Legitimationskrise gerutscht. Es muss sich der Frage erwehren, ob eine Zwangsgebühr noch zeitgemäß ist - und ob der Apparat nicht zu umständlich geworden ist für die digitalen Herausforderungen und sich wandelnde Sehgewohnheiten. Gleichzeitig hagelt es wegen des als eintönig und anspruchslos empfundenen Programms besonders bei den Flaggschiffen ARD und ZDF Kritik in den Feuilletons, die von einer wachsenden Zahl von Zuschauern offenbar geteilt wird: Sie verweigern sich dem Fernsehen oder nutzen es gezielt über das Internet, unabhängig vom Programmschema. Diese Haltung trifft die Verantwortlichen unvorbereitet, verunsichert sie und wird von ihnen als ungerecht empfunden, weil jede noch so gelungene Anstrengung, sei es ein Themenabend über das Leid von Heimkindern oder das aufwühlende Kriegsepos *Unsere Mütter, unsere Väter*, nur als Ausnahme von der Regel wahrgenommen wird.

Aber es hilft nichts, aus der Defensive werden die Öffentlich-Rechtlichen nur herauskommen, wenn sie sich dieser Kritik stellen, sich der Gesellschaft, die sie bezahlt, weiter öffnen und lustvoll selbst eine Debatte darüber

Mut ins Programm! ARD und ZDF haben es selbst in der Hand, aus der Defensive zu kommen: Sie müssen endlich Risiken eingehen

anzetteln, was sie eigentlich sein wollen und heute noch sein können. Die Fakten sind: 30 Jahre nach Einführung des Privatfernsehens haben die kommerziellen Anbieter zusammen mehr Zuschauer als die öffentlich-rechtlichen. Die treuen Nutzer von ARD und ZDF sind im Durchschnitt über 60 Jahre alt. Die Zuschauer bei den Privaten sind jünger, viele von ihnen sind eher bildungsfern. Das setzt das gebührenfinanzierte System doppelt unter Druck. Zum einen ist es natürlich für alle Zuschauer da; zum anderen herrscht die große Furcht, mit abnehmenden Marktanteilen auch die Begründung dafür zu verlieren, weiter in der bisherigen Form finanziert zu werden. So versucht das Öffentlich-Rechtliche einen anstrengenden Spagat: Den Mainstream will man vornehmlich in ARD, ZDF und den Dritten abbilden, den Rest mit Spartenkanälen erreichen, von Kika bis Arte. Das Risiko dabei ist: Am Ende fühlt sich keiner mehr richtig bedient.

Denn besonders bei den Massenprogrammen in ARD und ZDF ist ein manischer Quotendruck entstanden. Zwar kann man im Ernst auch keinem beitragsfinanzierten Veranstalter zumuten, möglichst wenig Zuschauer in Kauf zu nehmen und dies auch noch für einen Ausweis besonderer Qualität zu halten. Doch inzwischen wird fast jede Sendung, die nicht wenigstens zehn Prozent erreicht - teilweise sogar schon in den dritten Programmen - als gescheitert angesehen, sie drückt ja den Quotenschnitt der Sender. Bei den Informationssendungen führt das dazu, dass schon das Übersetzen eines fremdsprachigen Gastes Angst auslöst, es könnten Zuschauer wegzappen. Eine Talksendung über das Morden in Syrien, vor zwei Wochen von Anne Will moderiert, kommt da schon einer Mutprobe gleich (sie hatte auch prompt eine einstellige Quote). Im fiktionalen Bereich sind die Folgen noch drastischer: immer gleiche Plots, Dialoge wie aus der Stanze und der Dauereinsatz von Publikumsbeliebten, von denen man sich inzwischen regelrecht verfolgt fühlt. Risikovermeidung, wo es nur geht.

Womöglich sind aber die Zuschauer inzwischen weit neugieriger, als die Fernsehgewaltigen glauben. Vielleicht wissen auch Politik und gesellschaftliche Gruppen, die das Fernsehen kontrollieren, um den Wert von Qualität. Die jetzigen Quoten werden ohnehin nicht zu halten sein, weil weitere Anbieter auf den Markt drängen und neue Nutzungsgewohnheiten jede Programmplanung über den Haufen werfen. Aber das ist auch eine Chance zur Reform der öffentlich-rechtlichen Anstalten, die sich durch Kooperationen der Sender verkleinern müssen, wenn sie überleben wollen. Das frei werdende Geld muss ins Programm fließen, nicht in den Apparat. Es gibt einen riesigen Bedarf an neuen Ideen, auch den Privaten ist lange nichts Neues eingefallen. Und schließlich müssen die Maßstäbe für Erfolg neu definiert werden. Jeder Sender müsste sich zum Beispiel regelmäßig der Prüfung stellen: Wo haben wir ein Format erfunden, wo ein Moderationstalent aufgebaut?

Wir brauchen das öffentlich-rechtliche Fernsehen, es ist vielen zu einer Heimat geworden. Es wäre gut, wenn es sich änderte, bevor es verändert wird - damit es unser Fernsehen bleibt.

Der Autor moderiert die öffentlich-rechtliche Talkshow »3 nach 9« von Radio Bremen

Load-Date: March 25, 2022

London droht wegen Assange mit Stürmung der Botschaft Ecuadors; Es wäre ein Affront sondergleichen. Doch gesetzlich wäre Großbritannien berechtigt, WikiLeaks-Gründer Assange mit Polizeigewalt aus der Botschaft Ecuadors zu holen.

ZEIT-online

Donnerstag 16. August 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: WIKILEAKS-GRÜNDER; Ausg. 34

Length: 538 words

Body

Am Portal der Botschaft Ecuadors in London

© Will Oliver/AFP/GettyImages

An der Botschaft Ecuadors in London verschärft sich die Lage. Augenzeugen schildern via Twitter, Polizeibeamte hätten einen Fluchtweg besetzt und seien im Foyer des Gebäudes. Hintergrund ist ein Antrag von WikiLeaks-Gründer Julian Assange auf Asyl in Ecuador. Der Australier hatte sich im Juli in die Botschaft geflüchtet und soll noch immer dort sein.

Am heutigen Donnerstag will die Regierung in Quito ihre Entscheidung über den Antrag bekannt geben. Anhänger Assanges sammelten sich aus diesem Anlass auf der Straße vor dem Botschaftsgebäude, befestigten Transparente an einer Absperrung. Über Facebook riefen sie auf, die Botschaft zu besetzen. Polizisten sicherten das Portal am Vormittag mit Zäunen. Beamte in Schutzwesten kontrollieren von der Treppe her die Situation auf dem Gelände.

Die schwedische Justiz hat Großbritannien gebeten, den Gründer der Internet-Enthüllungsplattform an Schweden auszuliefern. Dort soll ihm wegen Sexualdelikten der Prozess gemacht werden. Großbritannien will dem Gesuch nachkommen.

Assange befürchtet jedoch, dass er von Schweden in die USA überstellt werden könnte, wo er ein Verfahren wegen Geheimnisverrat fürchtet. Denn seine Plattform hatte Tausende geheimer Dokumente publiziert, die die Rolle der USA in verschiedenen internationalen Konflikten, unter anderem in Afghanistan und im Irak, offenlegten.

Mehr Polizei als sonst

Die britische Polizei versucht, Assange festzunehmen. Dafür könnte unter anderem der exterritoriale Status der Botschaft in London aufgehoben werden, um einen Polizeieinsatz zu ermöglichen. Ein Eindringen in die ecuadorianische Botschaft lasse sich mit einem Gesetz aus dem Jahr 1987 rechtfertigen, hieß es aus dem

London droht wegen Assange mit Stürmung der Botschaft Ecuadors Es wäre ein Affront sondergleichen. Doch gesetzlich wäre Großbritannien berechtigt, WikiLeaks-Grü....

Außenministerium. Wie Augenzeugen berichten, haben in der Nacht rund um das Botschaftsgelände mehr Polizisten als sonst Position bezogen.

Der Konflikt hat auch eine diplomatische Komponente: Die Regierung Ecuadors beschuldigte Großbritannien, mit einem Eindringen in die Botschaft gedroht zu haben. Außenminister Ricardo Patiño sagte, die britische Regierung habe "ausdrücklich und schriftlich" mit einem Überfall gedroht, falls die Botschaft Assange nicht herausgebe, wie die Zeitung *El Telégrafo* berichtete.

Die Haltung der britischen Vertreter bei den laufenden Gesprächen sei "sowohl politisch als auch juristisch unannehmbar", sagte Patiño. Ein Eindringen wäre ein "unverhohlener Verstoß" gegen die Wiener Konvention zu diplomatischen Missionen.

Assanges Mutter ist sauer

WikiLeaks verurteilte die Drohung als "unangemessen" und sprach von einem "beispiellosen Angriff auf die Rechte von Asyl suchenden".

Assanges Mutter Christine reagierte erbost auf die britische Drohung. Sie warf der Regierung vor, auf Geheiß Washingtons zu handeln. "Was die USA wollen, bekommen die USA von ihren Verbündeten, unabhängig davon, ob es legal ist oder ethisch zu vertreten oder ein Verstoß gegen Rechte", sagte sie australischen Journalisten.

Sollte Ecuador Assange Asyl gewähren, wäre allerdings unklar, ob er überhaupt dorthin ausreisen kann. Großbritannien hatte angekündigt, ihn beim Verlassen des Botschaftsgebäudes wegen Verstoßes gegen seine Bewährungsauflagen festzunehmen.

Load-Date: August 17, 2012

Kurnaz-Affäre begleitet neuen Geheimdienstchef ins Amt; Hans-Georg Maaßen soll den Verfassungsschutz neu aufstellen. Die Opposition erinnert an die Kurnaz-Affäre, in der er eine umstrittene Entscheidung fällte. Von L. Caspari

ZEIT-online

Dienstag 17. Juli 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT ONLINE

Section: HANS-GEORG MAASSEN; Ausg. 29

Length: 1063 words

Byline: Lisa Caspari

Body

Der Verfassungsschutzchef in spe, Hans-Georg Maaßen

© Wolfgang Kumm/dpa

Viel ist nicht bekannt über Hans-Georg Maaßen. So gibt es erst seit Dienstag einen Wikipedia-Eintrag zu dem vermutlich neuen Vorsitzenden des Bundesverfassungsschutzes. Bisher ist der 1962 geborene Mönchengladbacher öffentlich kaum in Erscheinung getreten. Er ist einer der vielen unsichtbaren Köpfe des Regierungsapparats: Seit 21 Jahren arbeitet Maaßen als leitender Beamter im Bundesinnenministerium, wird von allen Seiten anerkennend als "Spitzenkraft" bezeichnet. Im Ministerium überlebte er drei Dienstherrn unterschiedlicher politischer Couleur, was auch von seinen Kritikern als Beleg für seine inhaltliche Kompetenz angeführt wird.

Die Personalie soll in der Sitzung des Bundeskabinetts am Mittwoch offiziell beschlossen werden. Maaßen wird dann dem über die NSU-Affäre gestürzten Heinz Fromm nachfolgen. Ein personeller Neuanfang soll es sein. Seit Ende 2011 bekannt wurde, dass drei Rechtsterroristen jahrelang unbescholten **Migranten** ermorden konnten, ist auch das Vertrauen der Deutschen in den Inlandsgeheimdienst erschüttert. Er versagte bei der Fahndung nach den untergetauchten Neonazis.

Einem Guantanamo-Häftling das Aufenthaltsrecht entzogen

Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) versprach daher eine Reform des Verfassungsschutzes, frischen Wind in der Behörde. Ermöglichen soll dies nun der fleißige Beamte Maaßen. Doch es gibt eine Episode aus dessen jahrelanger Arbeit im Bundesinnenministerium, die nicht nur heutige Oppositionspolitiker zweifeln lässt, ob er der richtige Mann für einen Neuanfang ist.

Maaßen war unter SPD-Bundesinnenminister Otto Schily im Herbst 2002 mit dem Fall des im US-Gefangenenlager Guantanamo festgehaltenen Murat Kurnaz betraut. Damals berieten die Regierungsspitzen der rot-grünen Koalition

Kurnaz-Affäre begleitet neuen Geheimdienstchef ins Amt Hans-Georg Maaßen soll den Verfassungsschutz neu aufstellen. Die Opposition erinnert an die Kurnaz-Affäre....

darüber, ob sie sich für eine Rückkehr von Kurnaz nach Deutschland einsetzen sollten. Dies wurde schnell verneint. Warum, darüber gibt es zwei Versionen. Die eine besagt, dass es bei den Regierungsverantwortlichen trotz anderslautender Geheimdienstberichte massive Sicherheitsbedenken gab. Die andere, dass es politisch nicht gewollt war, einen mutmaßlichen Islamisten einreisen zu lassen, obwohl dieser von der CIA und offenbar auch von zwei BND-Agenten zu diesem Zeitpunkt schon als harmlos eingestuft wurde. Angeblich soll dabei auch die Außenwahrnehmung eine Rolle gespielt haben: Einige Medien bezeichneten Kurnaz konsequent und alarmistisch als "Bremer Taliban" und in der deutschen Bevölkerung saß der Schock nach dem islamistischen Anschlägen von 2001 noch immer tief.

Sechs Monate außer Landes gewesen

In jedem Fall wurde Maaßen, damals Leiter des Referats Ausländerrecht, angewiesen zu prüfen, ob es möglich sei, eine Einreiseverweigerung juristisch zu begründen. Maaßen bejahte dies: Der 20-jährige Kurnaz war türkischer Staatsbürger, hatte aber ein unbegrenztes Aufenthaltsrecht in Deutschland. Formaljuristisch verfällt dieses, wenn der Betreffende mehr als sechs Monate außer Landes ist und sich nicht bei den zuständigen Behörden meldet. Und Kurnaz wurde von den US-Amerikanern seit gut einem Jahr im kubanischen Guantanamo festgehalten - ohne sich zu melden.

Als der BND-Untersuchungsausschuss des Bundestages 2007 das Schicksal des insgesamt fünf Jahre unter Folterbedingungen unschuldig inhaftierten Kurnaz untersuchte, musste sich Maaßen vor dem Gremium für diese Entscheidung rechtfertigen. "Es handelt sich um ein Erlöschen kraft Gesetzes", sagte er laut einem Protokoll des Ausschusses: "Nicht entscheidend ist, ob der Auslandsaufenthalt freiwillig erfolgt." Eine zweifellos schwierige Einschätzung, die auch das Verwaltungsgericht Bremen schon zwei Jahre zuvor nicht gelten gelassen hatte.

Zwei Sicherheitspolitiker der Grünen und der Linken erheben daher nun schwere Vorwürfe gegen den Geheimdienstchef in spe. Maaßen sei "mindestens mitverantwortlich" dafür, dass Kurnaz nach 2002 noch weitere drei Jahre in Folterhaft saß, sagt der grüne Sicherheitspolitiker Hans-Christian Ströbele ZEIT ONLINE. Ströbele war 2007 für die Grünen im BND-Ausschuss. Er erinnert sich, dass Maaßen bei seiner Vernehmung im Ausschuss "nicht einsichtig gewesen" sei. Tatsächlich beteuerte der Referatsleiter, ihm hätten 2002 zahlreiche "Tatsachen" vorgelegen, dass Kurnaz gefährlich sei.

Wolfgang Neskovic, Sicherheitspolitiker der Linkspartei und damals ebenfalls im BND-Ausschuss dabei, bezeichnet Maaßen wegen des Vorfalls als "empathielosen Technokraten". Auf seiner Homepage schreibt Neskovic: "Die Tatsache, dass Kurnaz in dieser Zeit von den Amerikanern gewaltsam nach Guantanamo verbracht und dort gefoltert wurde, spielte für Maaßen keine Rolle." Eine Reform des Verfassungsschutzes könne kaum gelingen, wenn "diese Unkultur des Abwiegeln und der trotztigen Rechtfertigung" nicht aufgebrochen werde. Auch Ströbele betont gegenüber ZEIT ONLINE: Maaßen sei nicht der Richtige für einen Neubeginn, gerade auch, weil der Geheimdienst so viel Vertrauen in der Bevölkerung eingebüßt habe.

Der innenpolitische Sprecher der damals mitregierenden SPD, Michael Hartmann, widerspricht: Als Referatsleiter sei Maaßen 2002 weisungsabhängig von seinen Dienstherren gewesen, betont Hartmann gegenüber ZEIT ONLINE. Er sei eben ein "in hohem Maße loyaler Beamter" und habe eine "juristisch korrekte Einschätzung vorgenommen, die politisch heute vielleicht anders zu bewerten wäre. Aber im Nachhinein alles besser zu wissen, ist leicht." Die Fehlentscheidung im Fall Kurnaz sei weniger ihm als den damals "politisch Verantwortlichen" zuzuordnen, fügt Hartmann noch hinzu - ohne Namen zu nennen. Politisch verantwortlich waren neben Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) der sozialdemokratische Innenminister Schily, das von Frank-Walter Steinmeier geführte Kanzleramt und der grüne Außenminister Joschka Fischer.

Doch auch die heute mitregierende FDP hat vom loyalen Beamten Maaßen nicht den allerbesten Eindruck zurückbehalten, selbst wenn sie das inzwischen nicht mehr so gerne offen sagt. In einem Sondervotum zum Abschlussbericht des BND-Ausschusses kritisieren die Liberalen, dass die Bundesregierung Kurnaz mit allen Mitteln aus Deutschland fern halten wollte "obwohl Kurnaz unschuldig, völkerrechtswidrig und

Kurnaz-Affäre begleitet neuen Geheimdienstchef ins Amt Hans-Georg Maaßen soll den Verfassungsschutz neu aufstellen. Die Opposition erinnert an die Kurnaz-Affäre....

menschenrechtswidrig in Guantanamo festgehalten wurde." Und Maaßen, das wissen auch die Liberalen, hat daran mitgewirkt. Wenn vielleicht auch nur aus Loyalität.

Load-Date: July 18, 2012

End of Document

Verteidiger für die Zeugen; Im NSU-Prozess beginnt die Zeit der Zeugen, die sich womöglich selbst die Finger schmutzig gemacht haben. Sie sollen nun Anwälte bekommen. Wurde falsch geplant?

ZEIT-online

Mittwoch 13. November 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: NSU-Prozess; Ausg. 46

Length: 950 words

Byline: Tom Sundermann

Body

Beate Zschäpe im Gerichtssaal des Oberlandesgerichts in München neben ihren Anwälten Anja Sturm und Wolfgang Heer.

© Marc Müller/dpa

Andreas Sch. ist noch einmal verschont worden. Eigentlich hätte er an diesem Tag als Zeuge im NSU-Prozess aussagen müssen, wäre konfrontiert worden mit unangenehmen Fragen. Zum Beispiel, wieso er im Jahr 1999 oder 2000 eine Pistole mit Schalldämpfer kaufte und weiterverkaufte - eine Waffe, mit der deutschlandweit neun **Migranten** erschossen wurden, die Ceska 83 des NSU.

Der 40-Jährige mit der Halbglatze und dem Stiernacken ist laut Anklage ein wichtiges Zwischenglied beim Transport der Pistole an die mutmaßlichen Terroristen. Er arbeitete früher als Verkäufer im Madley, einem Geschäft für rechte Musik und Klamotten in Jena. Dort soll er die Ceska samt Schalldämpfer an Carsten S. übergeben haben, der heute auf der Anklagebank sitzt, weil er sie dem NSU zur Verfügung stellte. Sch. ist für seine Handlung nicht angeklagt worden. Noch nicht.

Vor Gericht beginnt die Zeit der Zeugen, die sich womöglich selbst die Finger schmutzig gemacht haben. An bislang 55 Prozesstagen hat sich der Strafsenat immer näher an den Ursprung des NSU herangetastet - und ist immer tiefer in die rechte Szene Thüringens eingetaucht, aus der die Terrorzelle Mitte der neunziger Jahre entsprang. Damit wird die Arbeit der Richter schwerer. Denn je näher einer der früheren Kameraden dem Umfeld von Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt stand, desto weniger verrät er im Gerichtssaal.

Verteidiger verunsichert Zeugen

Vieles spricht dafür, dass das auch für den Fall von Sch. gilt: Weil der Generalbundesanwalt den Zeugen später zur Verantwortung ziehen könnte, belehrt ihn Richter Manfred Götzl: Er müsse keine Antworten geben, mit denen er sich selbst zum Ziel der Strafverfolger machen würde. Doch so einfach, wie sich das Gericht die Vernehmung vorgestellt hat, läuft es nicht. Und damit hätten die Richter rechnen müssen.

Verteidiger für die Zeugen Im NSU-Prozess beginnt die Zeit der Zeugen, die sich womöglich selbst die Finger schmutzig gemacht haben. Sie sollen nun Anwälte beko....

Bevor Sch. das erste Wort gesagt hat, grätscht Olaf Klemke dazwischen, der Verteidiger des Mitangeklagten Ralf Wohlleben. Klemke hält den Zeugen für schlecht beraten: Er dürfe nicht nur in einzelnen Fragen die Auskunft verweigern, sondern komplett schweigen, weil er "ohne Gefahr der Strafverfolgung" gar nichts sagen könne. Spätestens an diesem Punkt müsste es Klemke gelungen sein, Sch. gehörig zu verunsichern.

Sieg für Wohllebens Verteidigung

Der Zeuge wird hinausgeschickt, der Anwalt argumentiert weiter: Im Verhör hatte Sch. bereits zugegeben, die Waffe zur Verfügung gestellt zu haben - damit könnte er sich der Beihilfe zum Mord schuldig gemacht haben, auch wenn die Bundesanwaltschaft das bislang noch nicht so sieht. Für Klemke ist Sch. hingegen hochverdächtig: Ein Mann, der im Madley gearbeitet hatte, das "nicht der Eine-Welt-Laden von Jena war" und der zudem noch wusste, dass sein Mandant Ralf Wohlleben Beziehungen zum untergetauchten Trio unterhielt.

Die fünf Richter diskutieren mehr als eine Stunde über den Antrag. Schließlich entscheiden sie: Klemke hat Erfolg, Götzl muss den Zeugen über ein umfassendes Aussageverweigerungsrecht aufklären. Ein Sieg für Wohllebens Verteidigung.

Die Vertreter der Nebenklage sind von Klemkes Eifer genervt: Es überrasche, "dass Sie sich gemüßigt fühlen, dem Gesinnungsgenossen Ihres Mandanten beizuspringen", tadelt Anwalt Thomas Bliwier den Kollegen. Edith Lunnebach erinnert daran, "dass das Häufchen Unglück in der Lage war, eine scharfe Waffe zu besorgen".

Der Erfolg genügt Klemke jedoch noch nicht: "Auf mich hat er den Eindruck gemacht wie ein Häufchen Unglück", sagt er über Sch. Daher fordert er, dass dieser auch noch über das Recht auf einen Anwalt belehrt werden müsse. Ein solcher Beistand soll verdächtigen Zeugen helfen, die durch ihre Aussage allein dem Justizsystem ausgesetzt wären.

Die Richter stehen vor neuen Problemen: Müssen sie nun jedes Mal abklären, ob ein Zeuge gleich noch einen Anwalt mit ins Gericht bringen muss? Vergangene Woche war bereits die Vernehmung von Jürgen L. geplatzt, ebenfalls ein Glied in der Kette des Waffentransports. Auch in L.s Fall kündigte Götzl an, das Gericht werde die Beordnung eines Anwalts prüfen.

So ging Zeit verloren, die Aufklärung geriet ins Stocken. Zeitgleich verschlechterte sich die Stimmung im Gerichtssaal - Anwälte schrien sich an, ein Nebenklagevertreter kritisierte gar Götzls Fragestil. Aus der gereizten Atmosphäre war die Ungeduld der Prozessbeteiligten abzulesen.

Unkluge Planung des Gerichts

Tatsächlich hat das Gericht nicht sonderlich klug geplant: Dass ein Schlüsselzeuge wie Sch. einen Beistand brauchen wird, damit war zu rechnen. Ein ganzer Tag war für seine Befragung eingeplant - so sagt an diesem Tag niemand aus.

Das Szenario könnte sich an den nächsten Prozesstagen wiederholen. In der kommenden Woche ist André K. geladen. Er war eine wichtige Figur in den Reihen der rechtsextremen Organisation Thüringer Heimatschutz. Nebenklage-Anwältin Gül Pinar regt an, das Thema Zeugenbeistand in seinem Fall rechtzeitig zu prüfen, sie verstehe ohnehin nicht, "warum er nicht auf der Anklagebank sitzt".

Staatsanwalt Jochen Weingarten erläutert, die Bundesanwaltschaft halte das Ermittlungsverfahren gegen ihn "materiell für einstellungsreif". Fraglich ist nur, ob K. deswegen auch gelöster aussagt - nichts spricht dafür, dass er plant, umfangreich Zeugnis über seine früheren Kameraden abzulegen.

Schließlich ist es an Andreas Sch., zu entscheiden, ob er zur Waffenübergabe im Madley aussagen möchte. Das Gezänk vor Gericht könnte er mit einer Einlassung schlicht beiseitewischen. Doch natürlich will er sich vorher mit einem Anwalt unterhalten, den müsse er sich noch suchen - "bevor ich mich selber reinreite".

Verteidiger für die Zeugen Im NSU-Prozess beginnt die Zeit der Zeugen, die sich womöglich selbst die Finger schmutzig gemacht haben. Sie sollen nun Anwälte beko....

Load-Date: November 13, 2013

End of Document

Glaube, Liebe, Freiheit; Die türkische Jugend wehrt sich auch gegen eine autoritäre Religionspolitik. Sie kämpft um Platz für den liberalen Islam. Wir alle müssen sie dabei unterstützen

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

13. Juni 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: GLAUBEN & ZWEIFELN; Glaube, Liebe, Freiheit; S. 62; Ausg. 25

Length: 1925 words

Byline: Seyran Ates

Body

VON SEYRAN ATEŞ

Wenn ich in diesen Tagen die Bilder aus Istanbul sehe, dann geht ein Ruck durch mein Herz, durch meinen ganzen Körper. Ich höre junge Menschen Dinge sagen, die ich lange erwartet und für die Türkei erhofft habe. Gleichzeitig fällt mir ein Satz ein: »Demokratie ist ein Zug, auf den wir aufspringen - bis wir am Ziel sind.« So heißt es in einem Gedicht von Recep Tayyip Erdoğan. Wir sollen also wieder abspringen, wenn wir erreicht haben, was wir wollen?

Wie oft habe ich den Satz schon zitiert, wenn man mir den türkischen Ministerpräsidenten als Demokraten und Liberalen verkaufen wollte, obwohl er doch offensichtlich angetreten ist, um die Türkei zu islamisieren und das Kalifat neu auszurufen, die höchste Herrscherinstanz für alle Muslime. Wie oft musste ich mir von Deutschen mit und ohne Migrationsgeschichte anhören, dass er diesen Satz zu seinen radikalen Zeiten gesagt habe. Inzwischen habe er die Türkei reformiert, das Militär in die Schranken gewiesen, einen Demokratieprozess in Gang gesetzt und das Kurdenproblem gelöst.

Klingt alles schön, wenn man dabei die gleichzeitige schleichende Islamisierung der Politik und den Verkauf des Landes an die Bauwirtschaft als geringes Übel ansieht. Jeder, der Augen hat, sieht, was in den letzten zehn Jahren passiert ist, wie sich Istanbul verändert hat, wie sich der Rest des Landes ebenso verändert. Zum Alkohol mag man stehen, wie man will. Aber diese Regierung hat aus religiösen Gründen dem Alkohol den Kampf angesagt in einem Land, zu dessen alter Kultur nicht nur der Weinbau gehörte, sondern wo auch der Anisschnaps Rak erfunden wurde. Hinzu kommt die Sache mit dem Kopftuch. Kein anderes öffentliches Symbol verdeutlicht die zunehmende Islamisierung so sehr. Nicht nur in dem für seine konservative Bevölkerung bekannten Istanbuler Bezirk Fatih, sondern in der ganzen Stadt sieht man immer mehr Kopftücher. In Kairo soll es ähnlich angefangen haben. Heute laufen die Frauen dort mehrheitlich verschleiert auf der Straße herum.

Atatürk hatte aus gutem Grund den Schleier abgeschafft, denn er symbolisierte Geschlechterapartheid. Sie verschärft sich, seit Erdoğan im Amt ist, der auch forderte, dass jede Frau mindestens drei Kinder gebären

Glaube, Liebe, Freiheit Die türkische Jugend wehrt sich auch gegen eine autoritäre Religionspolitik. Sie kämpft um Platz für den liberalen Islam. Wir alle m....

solle. Da ist es nicht verwunderlich, wenn türkische Frauen immer häufiger sexuellen Belästigungen und Diskriminierungen am Arbeitsplatz oder in öffentlichen Verkehrsmitteln ausgesetzt sind. Sexuelle Belästigungen sind in der gesamten islamischen Welt eine Strategie, Frauen in die Häuser zu drängen.

Erdoğans Reformen verblassen, wenn man genau hinschaut und an jeder Ecke eine neue Moschee entdeckt. Der Westen hat sich Erdoğan schmeichelt und tut es leider immer noch, wie einst bei Hosni Mubarak, Saddam Hussein und Ben Ali. Die demokratisch gewählten Volksvertreter waren am Ende eben keine Demokraten, keine Volksvertreter, sondern Volksunterdrücker. So auch Erdoğan. Die jungen Menschen in der Türkei schreien es nicht ohne Grund heraus, dass er das Volk autoritär beherrschen will. Ja, er wurde demokratisch gewählt, und zwar von rund fünfzig Prozent der Wähler. Doch berauscht vom Erfolg, gebietet er sich als Sultan Tayyip, der vom großen Osmanischen Reich träumt, als Recep der Große, der die Scharia wieder einführen will. Alles in allem liefert sein Regierungsstil mehr Belege für ein Kalifat als für eine Demokratie.

Machen Wahlen die Demokratie? Oft heißt es, wie jetzt im Falle der Türkei, bei Unruhen in der islamischen Welt lapidar, diese oder jene Partei sei »aus demokratischen Wahlen als Sieger hervorgegangen«, also verkörpere sie den Willen des Volkes. So einfach ist es nun weiß Gott nicht.

In den vergangenen Tagen habe ich in viele irritierte Gesichter geschaut, vor allem von Deutschen, die Erdoğan bisher als guten Bündnispartner und Hoffnungsträger für die islamische Welt sahen. Sie wirken nun ratlos. Ich warte darauf, dass jemand zugibt, dass er Erdoğan und die Lage in der Türkei bisher falsch eingeschätzt hat. Aber nein, die meisten Erdoğan-Fans befinden sich noch in Schockstarre und hoffen, dass er Abstand von der Gewalt nimmt. Denn jetzt wird offenbar, wie wenig Rücksicht seine Partei AKP auf die Belange der Bevölkerung nimmt. Die Türkei macht einen Demokratietest, und Erdoğans Partei dürfte ihn nicht bestehen.

Als ich in den achtziger Jahren in Berlin und Westdeutschland demonstrierte, wusste ich, dass der Staat Wasserwerfer und Tränengas gegen uns Demonstranten einsetzen durfte, und natürlich ist das passiert. Ich wusste aber auch, dass wir wieder und wieder auf die Straße gehen konnten. Dass wir nicht mit Gewalt daran gehindert würden. Die Polizei war jedes Mal dabei, und sie würde stets dabei sein, um für die öffentliche Ordnung zu sorgen. Sie machte mir keine große Angst. Uns stand und steht das Versammlungsrecht zu sowie die Meinungsfreiheit. Mit dieser Gewissheit ging ich auf Demonstrationen, ohne Angst, dass ich getötet werden könnte von einem Organ der Staatsmacht. Denn ich lebte und lebe in einem demokratischen Land. Dessen Kanzler träumte nicht von einem großen deutschen Reich, dessen Kanzlerin will sich nicht zur Königin erheben. Deutschland hat das Autoritäre überwinden.

Ich versetze mich nun in die Lage der jungen Leute in Istanbul und auch der jungen Leute in Deutschland, die einen türkischen und muslimischen Hintergrund haben. Ich versuche zu verstehen, was sie bewegt, was sie brauchen. Sie wachsen in einer Zeit auf, in der ihre ursprüngliche Religion, ihre Kultur und ihr Land schlecht dastehen im internationalen Vergleich, was die Menschenrechte angeht. Ihre Religion scheint mit Demokratie unvereinbar, manche Kritiker nennen sie mittelalterlich. Welchem jungen Menschen kann das gefallen? Welcher junge Mensch ist reif genug, auch auf pauschale Kritik gelassen und differenziert zu reagieren?

Die jungen Menschen auf dem Taksim-Platz. Sie zeigen deutlich, dass sie eine eigene Meinung haben, dass sie selbstbewusst und kämpferisch genug sind, einer autoritären Regierung die Stirn zu bieten. Sie wollen keine islamistische Türkei. Sie sind in der Moderne angekommen. Doch was tun ihre Gegner? Wer vor zehn Jahren prophezeite, dass Erdoğan die Türkei zu einem zweiten Iran machen wolle, der wurde belächelt. Heute sind die Anzeichen dafür nicht mehr zu leugnen. Doch gleichzeitig ist eine Generation herangewachsen, die keinen türkischen Gottesstaat wünscht.

Während sie in Istanbul demonstrieren, begegne ich in Berlin einem jungen Deutschen von fünfzehn Jahren. Wir reden über die Islamisierung der Türkei und die zunehmende Islamisierung der türkischen Jugend in Deutschland und über Hassprediger. Wir reden über Salafisten und die radikale Fethullah-

Glaube, Liebe, Freiheit Die türkische Jugend wehrt sich auch gegen eine autoritäre Religionspolitik. Sie kämpft um Platz für den liberalen Islam. Wir alle m....

Gülen-Bewegung. Die Salafisten, die sich die Einführung einer Paralleljustiz, sogenannter Schiagerichte, wünschen, lehnen unsere Verfassung ab. Sie wollen keine Gleichberechtigung der Geschlechter, keine Homosexualität und keine Religionsfreiheit. Atheisten verdienen nach ihrer Auffassung die Todesstrafe. Doch der junge Mann fragte mich, was daran so schlimm sei, dass die Leute den Koran verteilen. Die Medien machten nur den Islam schlecht. Und Erdoğan sei gar kein echter Muslim.

Mein Versuch, mit dem Jungen zu diskutieren, endete damit, dass er sagte, er werde sich nicht von seiner Meinung abbringen lassen. Aber er sei natürlich kein Islamist. - Ja, junge Menschen neigen zu starken Meinungen und lieben einfache Wahrheiten. Sein Wissen hatte der junge Mann aus dem Internet und von dem arabischen Freund seiner Schwester. Um alle drei Jugendlichen müssen wir uns Sorgen machen. Wir könnten sie an Fundamentalisten verlieren, wenn sie sich zum Beispiel in ihrem Land nicht geliebt fühlen. Islamistische Organisationen funktionieren nicht anders als rechtsextreme Gruppen. Sie bieten eine Heimat, sie vermitteln ein Gefühl von Zugehörigkeit, sie umarmen junge Menschen, die wenig Liebe und Verständnis in ihren Familien und ihrem sozialen Umfeld erleben.

Unser aller Aufgabe ist es, dagegen anzugehen. Unsere Kinder zur freien Meinungsäußerung zu ermuntern und sie über Unfreiheit aufzuklären. Ich finde es besorgniserregend, wenn immer mehr Mädchen das Kopftuch anlegen. Angeblich freiwillig. So einfach ist das aber nicht. Werden diese Mädchen dazu angehalten, einen freien Willen zu entwickeln? Oder wird ihnen gesagt, was sie wollen sollen?

Ein freier Wille ist nicht angeboren, und Demokratie heißt, die freie Meinungsbildung zu fördern. Sowohl in der Türkei als auch unter Deutschen mit einem türkischen oder kurdischen Migrationshintergrund sehe ich vermehrt junge Menschen, die von Freiheit sprechen, aber gefangen sind in einem freiheitsfeindlichen Denken, das ihnen radikale Imame predigen. Dagegen hilft nur vertrauensvolle Ansprache und ehrliche Politik.

Die Jungen sind unsere Zukunft, sie haben ein Recht darauf, sich als freie Bürger zu fühlen. Dieses Gefühl wird ihnen von Politikern wie Erdoğan eben nicht vermittelt. Er fördert die Freiheit. Ein selbstbestimmtes Leben ist in seinem reaktionären Parteiprogramm nicht vorgesehen. Deshalb hat Erdoğan seine Polizei auf die Protestierenden gehetzt. Nur mit Gewalt kann das neue Freiheitsstreben unterdrückt werden. Die jungen Türken auf dem Taksim-Platz protestieren aber, wie die jungen Ägypter 2011 auf dem Tahrir-Platz, nicht gegen den Islam, nicht gegen die Religion an sich, sondern gegen die Vermischung von Religion und Politik. Sie wollen einen säkularen, demokratischen Rechtsstaat.

Warum dauert es so lange, bis Menschen sich gegen ideologische Bevormundung erheben, gegen eine freiheitsfeindliche Politik im Namen der Religion? Weil viele froh sind, wenn sie auf schwierige Fragen in ihrem Leben einfache Antworten bekommen. Am besten von Gott, einer unumstößlichen Autorität. Doch viele andere wollen das nicht mehr. Sie wollen nicht, dass die Religion ihr ganzes Leben bestimmt. In einer pluralistischen Gesellschaft darf die Religion nicht über der Politik stehen. Deshalb sind unsere moralischen Werte und unser Menschenbild in einer freiheitlichen Verfassung verankert. Warum das richtig ist, müssen wir der Jugend vermitteln. Dann kann endlich ein liberaler Islam in Europa Raum gewinnen. Ein Islam, der mit Demokratie vereinbar ist. Ja, es gibt ihn! Er wird von den Protestierenden auf dem Taksim-Platz vorgelebt und verteidigt. Können sie gegen den reaktionären Islam gewinnen?

Es schien zunächst so. Als Erdoğan verkündete, dass er sich mit Vertretern der Gezi-Park-Initiative treffen wolle, da hörte ich die Worte wohl, allein, mir fehlte der Glaube. Als er dann aber doch den Gezi-Platz brutal räumen ließ, da kam sein wahres, undemokratisches Gesicht zum Vorschein. Ich hoffe und bete, dass die Demonstranten trotzdem nicht aufgeben.

Seyran Ateş Die Anwältin, Autorin und Menschenrechtlerin ist türkisch-kurdischer Herkunft, lebt in Berlin und war Mitglied der Deutschen Islam Konferenz. Sie kämpft gegen Kopftuchzwang, Zwangsheirat und Ehrenmorde. Eben erschien im Ullstein-Verlag ihr neues Buch »Wahlheimat. Warum ich Deutschland lieben möchte«

Glaube, Liebe, Freiheit Die türkische Jugend wehrt sich auch gegen eine autoritäre Religionspolitik. Sie kämpft um Platz für den liberalen Islam. Wir alle m....

Demonstranten am Gezi-Park schwenken die türkische Fahne. Sie sind nicht gegen den Staat, sondern gegen Tayyip Erdoğan

Load-Date: March 25, 2022

End of Document

Gestorben in Abschiebehaft; Deutschland muss endlich handeln, wenn Oppositionelle in Russland bedroht werden

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

14. Februar 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: S. 15; Ausg. 8

Length: 1191 words

Byline: Werner Schulz

Body

Der Russe Alexander Dolmatow nahm sich am 17. Januar in der Abschiebehaft in den Niederlanden das Leben. Ein bedauerlicher Tod, der nichts mit seinem abgelehnten Asylantrag zu tun habe, beeilten sich die Behörden zu erklären. Dolmatow war Ingenieur für Lasertechnik im Raketenbau. Und er war Mitglied der Putin-kritischen Partei "Anderes Russland". Immer wieder nahm der 35-Jährige an Protestaktionen gegen die Regierung teil. Er war auch bei der Demonstration am 6. Mai 2012 auf dem Bolotnaja-Platz in Moskau dabei, als es zu schweren Auseinandersetzungen mit den aggressiv auftretenden Sicherheitskräften kam und er festgenommen wurde.

In einem Abschiedsbrief an seine Mutter hatte er seine Flucht aus Russland bitter bereut und sein Versagen gegenüber Freunden und seiner Heimat beklagt. Das nahm man in Russland zum Anlass, Dolmatow als tragisches Opfer der westlichen Bürokratie darzustellen. Abgeordnete der Staatsduma forderten, dass die Todesumstände des russischen Staatsbürgers umfassend aufgeklärt würden und sein Leichnam in die Heimat überführt werde.

Einige der im Mai festgenommenen Demonstranten wurden wegen Anstiftung zu Massenunruhen zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt, nach anderen wird gefahndet. Dolmatows Wohnung wurde durchsucht, er flüchtete aus Russland, weil er eine lange Gefängnisstrafe befürchtete. In seinem Asylverfahren zeigte sich, dass die niederländischen Behörden nichts über die massive Verfolgung russischer Oppositioneller wussten und sich auch nicht bemühten, den konkreten Fall zu recherchieren. Nur so ist zu erklären, dass sie zu dem Schluss kamen, Dolmatow drohe in Russland lediglich eine Ordnungsstrafe von 16,50 Euro.

Dolmatow war kein gewaltbereiter Chaot. Er gehörte zu einer wachsenden Gruppe aktiver Oppositioneller, und sein Tod hätte vermutlich verhindert werden können. Seine Freunde glauben nicht an Selbstmord. Der Abschiedsbrief gibt Rätsel auf und klingt wie eine typische Selbstbezeichnung aus schlimmsten Sowjetzeiten.

Oleg Kaschin, ein bekannter russischer Journalist und Blogger, hat in der *New York Times* die Europäische Union heftig kritisiert. Sie verschließe die Augen vor den Zuständen in Russland, um die wirtschaftlichen Beziehungen nicht zu gefährden. Kaschin wurde vor etwa zwei Jahren selbst Opfer eines brutalen Schlägerangriffs, weil er kritische Artikel geschrieben hatte. Er zählt eine ganze Reihe von Fällen auf, in denen Zivilgesellschaftsaktivisten, Menschenrechtler und Journalisten von EU-Staaten, auch Deutschland, abgewiesen wurden, obwohl ihnen in ihrer Heimat Verfolgung und Haftstrafen drohten.

Gestorben in Abschiebehaft Deutschland muss endlich handeln, wenn Oppositionelle in Russland bedroht werden

Mag sein, dass Kaschin überzieht. Schließlich mangelt es nicht an verbaler Kritik im Westen an Russland. Doch den Worten folgen keine Taten. Behörden verschließen Augen und Ohren, wenn es um Asylsuchende aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion geht, weil diese sich ja schließlich als Mitglied des Europarates zu den gemeinsamen Grundwerten und den Menschenrechten verpflichtet haben. Auch das Innenministerium in Berlin ignoriert die heikle Lage der Zivilgesellschaft in Russland.

Dabei hat sich das politische Klima für die Opposition seit der Wiederwahl Wladimir Putins im vergangenen Jahr massiv verschlechtert. Neue Gesetze sollen Kritik und Protest klein halten. Das Versammlungsrecht wurde eingeschränkt, die Internetüberwachung verschärft und ein weitreichendes Extremismusgesetz eingeführt, das gegen alle Aktivitäten von politischen Organisationen bis hin zu religiösen Minderheiten missbraucht werden kann. Nichtregierungsorganisationen können kaum ausländische Finanzhilfen annehmen, da sie Gefahr laufen, als "ausländische Agenten" verdächtigt zu werden. Ein neues Gesetz gegen Hochverrat und Verleumdung macht es möglich, Kontakte zum Westen oder offene Kritik an Politikern schnell als kriminell zu verfolgen.

EU-Staaten wie Deutschland, die Niederlande und Österreich aber schließen nicht nur die Augen, sie machen auch die Grenzen dicht vor Hilfe suchenden Aktivisten. So behauptet der deutsche Innenminister, dass die Menschenrechtslage in Tschetschenien unter dem brutalen Despoten Ramsan Kadyrow so gut sei, dass es keinen Grund mehr gebe, politisches Asyl zu gewähren. Dabei flammen die Kämpfe im gesamten Nordkaukasus immer wieder neu auf. Menschenrechtsorganisationen berichten über Entführungen, Folter und Erschießungen, auch vonseiten der Staatsorgane. Russland wird deshalb regelmäßig vom Europäischen Menschenrechtsgerichtshof verurteilt.

Auch die deutsche Visapolitik bleibt seltsam widersprüchlich. Einerseits verzögert das Innenministerium gemeinsam mit Österreich und den Niederlanden die schnelle Abschaffung der Visumpflicht zwischen Russland und der EU, die nicht nur die Ausreise von Aktivisten vereinfachen würde, sondern auch ein sichtbares Zeichen an die russische Bevölkerung wäre, dass für sie Europas Tore offen stehen. Andererseits will die deutsche Regierung jetzt die Einreise von 20000 russischen Beamten erleichtern. Während die russische Bevölkerung weiter vor den Konsulaten Schlange stehen muss, sollen ausgerechnet vermögende oder gar korrupte Beamte demnächst problemlos in die EU reisen dürfen, um ihre Kinder während des Studiums in London zu besuchen oder die Familie beim Einkaufen in München zu begleiten.

Als wäre das nicht schon schlimm genug, blockiert unter anderem Deutschland im Europäischen Rat in Brüssel die Ratifizierung der sogenannten Magnitski-Liste. Diese sieht Einreiseverbote und Kontensperrungen für 60 kriminelle russische Beamte vor, die nachweislich in die Ermordung des russischen Anwaltes Sergej Magnitski verwickelt sind. Dieser hatte aufgedeckt, dass russische Beamte rund 230 Millionen Dollar veruntreut haben sollen. Magnitski wurde verhaftet und starb im Gefängnis, offenbar infolge von Misshandlungen und weil ihm eine medizinische Behandlung verweigert worden war.

Da die russischen Behörden nach wie vor untätig sind, haben die USA die Magnitski-Liste als Gesetz verabschiedet. Auch zahlreiche europäische Parlamente und das Europaparlament fordern EU-weite Einreiseverbote für die Beschuldigten und das Einfrieren ihrer Vermögen - was die Schweiz zum Teil bereits umgesetzt hat.

Doch statt Dissidenten aufzunehmen und Kriminalität abzuwehren, verschärft Deutschland die Lage in Europa. Das niederländische Innenministerium hat inzwischen eine gründliche Untersuchung im Fall Dolmatow angekündigt, Königin Beatrix hat ihr Bedauern geäußert; nun sprechen alle von einem Missverständnis. Doch wie lange braucht es noch, bis deutsche Behörden endlich die reale Situation in Russland sehen?

Bundesinnenministerium und Auswärtiges Amt müssen besser zusammenarbeiten und bei Asylentscheidungen eine realistische Einschätzung der Situation im jeweiligen Land vornehmen. Politische Aktivisten müssen vor Verfolgung und Gefängnis geschützt werden. Deutschland könnte zudem ein symbolisches Zeichen gegen Korruption und Willkür setzen, indem es endlich die Magnitski-Liste umsetzt. Die russische Bevölkerung würde es uns danken.

Gestorben in Abschiebehaft Deutschland muss endlich handeln, wenn Oppositionelle in Russland bedroht werden

Werner Schulz, früherer Bürgerrechtler, sitzt für die Grünen im Europaparlament und ist dort Mitglied des Auswärtigen Ausschusses

Load-Date: February 14, 2013

End of Document

Achse des Ärgers; Lustvoll nehmen Moskau und Peking die Gelegenheit wahr, Washington die Grenzen seiner Macht zu zeigen. Und ein paar Kleinere machen gern mit

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

27. Juni 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK TITELGESCHICHTE; Achse des Ärgers; S. 2; Ausg. 27

Length: 1522 words

Byline: Angela Köckritz

Camilo Jimenez

Jan Ross

Johannes Voswinkel

Body

Jan Ross

Drei Großmächte hat dieser 30-Jährige schon in eine diplomatische Krise verwickelt; auf einen weiteren halben Erdteil, Lateinamerika, strahlt sie aus. Die Geschichte um Edward Snowden, seine Geheimnispreisgabe und seine Flucht, ist nicht nur ein Krimi, ein Modellversuch in Sachen Kontrolle und Transparenz im 21. Jahrhundert, ein Rechts- und Moraldrama: Held oder Verräter, gut oder böse? Sie ist auch ein Machtspiel im großen Stil, ein Stück Welt- und Geopolitik.

Der Großmachtkonflikt spielt zwischen den USA auf der einen Seite und China und Russland auf der anderen. Beide Länder hat Washington ungewöhnlich deutlich als Helfer eines amerikanischen Staatsfeindes beschuldigt und ihnen mit Konsequenzen gedroht. In Ecuador hat Snowden Asyl beantragt. Auch das ist eine politisch explosive Wahl. Nicht nur haben die Vereinigten Staaten Lateinamerika zwei Jahrhunderte lang als ihren Hinterhof betrachtet. Sondern Ecuador ist auch, wie Venezuela und Kuba, Teil einer linken, »antiimperialistischen« Allianz, die sich der amerikanischen Hegemonie widersetzt. Die Snowden-Affäre wird zum Testfall dafür, wie stark die Supermacht USA (noch) ist - und wie sehr ihre Gegenspieler auf Konfrontationskurs gehen.

Wer Schutz vor dem Zugriff der Vereinigten Staaten sucht, wird sich logischerweise an ihre Rivalen und Feinde wenden. Für einen Idealisten stellen Snowdens internationale Unterstützer allerdings eine zweifelhafte Gesellschaft dar. China ist eine lupenreine Diktatur und Russland ein mindestens halb autoritärer Staat; beide treten Bürgerrechte und Informationsfreiheit routinemäßig mit Füßen. Ecuador besitzt größere demokratische

Achse des Ärgers Lustvoll nehmen Moskau und Peking die Gelegenheit wahr, Washington die Grenzen seiner Macht zu zeigen. Und ein paar Kleinere machen gern mit

Glaubwürdigkeit; allerdings schikaniert die Regierung die Presse und lässt in Radio und Fernsehen kritische Stimmen kaum zu Wort kommen. Wird Snowdens Zweckbündnis mit solchen Partnern seine moralische Autorität und damit auch seine politische Wirksamkeit beschädigen? Linksliberale in den USA, die einen David-gegen-Goliath-Kampf mit dem Überwachungsstaat eigentlich mit Sympathie betrachten, reagieren auf die China- und Russland-Connection jedenfalls allergisch. (Wobei die Vereinigten Staaten bei der Wahl ihrer Verbündeten im Kampf für die gute Sache auch nicht immer wählerisch waren.)

Nun bestreiten Peking und Moskau, dass es eine solche Connection überhaupt gibt. Die Chinesen wollen mit Snowdens Abreise aus Hongkong (obwohl ein amerikanisches Auslieferungsbegehren vorlag) nichts zu tun gehabt haben. Die Russen erklärten noch am Dienstag, dass Snowden (weil im Transitbereich eines Moskauer Flughafens) sich gar nicht wirklich auf ihrem Territorium befinde. Aber das sind natürlich Ausreden. Beide Länder sind sich der Gelegenheit voll bewusst, den Amerikanern die Grenzen ihrer Macht vorzuführen - und finden es vorteilhaft, diese Gelegenheit wahrzunehmen.

China hat dabei besonderes Glück gehabt - und besonderes Geschick gezeigt. Seit Monaten wird das Land aus den USA wegen Cyber-Attacken auf amerikanische Einrichtungen angeprangert. Dank Edward Snowdens Enthüllungen steht jetzt Amerika selbst als Internet-Schurkenstaat da. Gleichzeitig haben die Chinesen Snowdens heiklen Hongkong-Aufenthalt in einer genau dosierten Mischung von Provokation und Besonnenheit gehandhabt. Den Flüchtling auszuliefern wäre ein unerwünschter Kotau vor Washington und bei der Bevölkerung in Hongkong wahrscheinlich unpopulär gewesen. Aber ihn dazubehalten und ihm womöglich Schutz zu gewähren hätte die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten übermäßig belastet. Mit der Ausreise nach Moskau wurde man ihn los und hatte die USA trotzdem gequält - ideal.

Russland folgt stärker noch als China der Tendenz, amerikanische Pläne und Absichten fast schon reflexhaft zu durchkreuzen, den Vereinigten Staaten das Spiel zu verderben; das ist gewissermaßen Moskaus außenpolitischer genetischer Code. Syrien ist im Augenblick das ernsteste, dramatischste Beispiel. Oft freilich geht es dabei mindestens so sehr um Symbolik wie um reale Interessengegensätze. So hat ein führender Abgeordneter der Duma, des russischen Parlaments, erklärt, dass man den Fall Snowden aus Gründen der »politischen Zweckmäßigkeit« nutzen müsse. Er dachte dabei weniger an konkreten Gewinn (wie die Abschöpfung von Informationen) als an Prestigefragen: Russland soll sich als eigenständige Macht präsentieren, die den Amerikanern die Stirn bieten kann. Die Hilfe für Leute, die Praktiken westlicher Geheimdienste publik machen, hat dabei in Moskau Tradition. So konnte 2001 das Buch *The Big Breach* des ehemaligen britischen Agenten Richard Tomlinson im Schutz sorgfältig gewahrter Diskretion in Russland erscheinen.

China, Russland, dazu sozialpopulistische Linksregierungen wie in Ecuador, dessen Präsident Rafael Correa die USA regelmäßig als »imperialistischen Feind« bezeichnet und der vielleicht das politische Erbe des im März gestorbenen charismatischen venezolanischen Staatschefs Hugo Chávez antreten will - ist das nur ein zufälliges Zusammenspiel in der Causa Snowden? Oder ist es mehr? Auch der frühere iranische Präsident Ahmadinedschad bewegte sich gern in diesem internationalen Milieu. Während er im Westen geächtet war, galt er in Moskau und Peking immerhin als akzeptabel, und der Venezolaner Chávez kultivierte ihn geradezu als festen Freund und Partner. Zeigt sich in solchen Konstellationen so etwas wie eine antiamerikanische Internationale, eine Art Feindeslager in einem neuen Kalten Krieg gegen Washington?

Sicher nicht, wenn man darunter gemeinsame Ideologie und strategische Handlungsfähigkeit versteht. China und Russland treiben keine Weltanschauungspolitik mehr, und mindestens in Peking würde man sich hüten, die Gegensätze zu den USA ins Prinzipielle zu treiben. Gerade der Fall Snowden demonstriert ja den völligen Pragmatismus, um nicht zu sagen: Zynismus der Gegenspieler Amerikas. »Prinzipiell«, ihrer erklärten politischen Philosophie nach, sind diese Mächte strikte Verfechter der staatlichen Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder. Sie verbitten sich regelmäßig Kritik an Menschenrechtsverletzungen und suchen humanitäre Interventionen zu blockieren. Jetzt aber helfen sie einem Mann, der die Gesetze seines Heimatlandes bricht, weil er höhere, universale Freiheits- und Menschenrechte verletzt sieht.

Achse des Ärgers Lustvoll nehmen Moskau und Peking die Gelegenheit wahr, Washington die Grenzen seiner Macht zu zeigen. Und ein paar Kleinere machen gern mit

Im Widerstand gegen den amerikanischen Macht- und Ordnungsanspruch zeigt sich also kein alternativer weltpolitischer Entwurf. Für die Vereinigten Staaten freilich macht das die Sache kaum besser. Sie stehen nicht, wie in den Jahren nach 1945, einem »Block« gegenüber, dessen »System« in den Augen der meisten Zeitgenossen dann doch weniger attraktiv war als das westliche, was immer man über die Fehler und Sünden der USA dachte. Sondern die Konkurrenten der Vereinigten Staaten bewegen sich heute frei und flexibel auf der ganzen politischen Skala zwischen Kooperation und Konfrontation - und wenn sie auf Konfrontation schalten, können sie in einer vorwiegend amerikakritischen Weltöffentlichkeit in hohem Maße auf Sympathie rechnen. Sehr entspannt hat Ecuadors Präsident Correa am Dienstag getwittert: »Hallo, Land und Welt. Zur Abwechslung noch mal eine komplizierte Woche. Ihr könnt sicher sein, dass wir den Fall Snowden mit großer Verantwortung analysieren werden. Und dass wir in absoluter Souveränität die Entscheidung treffen werden, die wir für angebracht halten. Grüße an alle und eine schöne Woche noch.«

Es sind nicht allein die Schwierigkeiten beim Versuch, einen flüchtigen Staatsfeind einzufangen, die alle Stimmen aus Washington im Augenblick so hilflos klingen lassen. Es ist das Gefühl, in einer weltpolitischen Gegenstromanlage zu schwimmen.

VON JAN ROSS

Mitarbeit: CAMILO JIMÉNEZ, ANGELA KÖCKRITZ, JOHANNES VOSWINKEL

Snowdens Odyssee Wohin will er? Der Amerikaner floh Ende Mai nach Hongkong, wo er Journalisten am 1. Juni seine geheimen Dokumente übergab. Eine Woche später wurde der IT-Experte durch ein Videointerview weltberühmt. Nachdem die USA einen Auslieferungsantrag gestellt hatten, flog er am vergangenen Sonntag nach Moskau. Bis zum Redaktionsschluss am Dienstag hielt er sich im Transitbereich des Flughafens auf. Er hat in Ecuador Asyl beantragt. Woher kam er? Geboren 1983, hatte er die Schule abgebrochen und war danach für kurze Zeit in der Armee. Anschließend war er IT-Experte der CIA, die ihn in Genf stationierte. Er arbeitete 15 Monate für die NSA in Japan und Hawaii, zuletzt als Angestellter der Sicherheitsberatungsfirma Booz Allen Hamilton. Wer hilft ihm? In Hongkong beriet ihn der Anwalt Albert Ho, früher Chef der Demokratischen Partei. Den Kontakt zu Ecuador vermittelte ihm WikiLeaks. Der Journalist Glenn Greenwald verteidigt Snowden gegen dessen Kritiker in den USA.

Einkaufszentrum in Hongkong, 23. Juni: Edward Snowden verkündet, er habe Hongkong verlassen

Auf diesem Fensterplatz sollte er eigentlich weiter von Moskau nach Kuba fliegen. Doch der Sitz blieb leer

Load-Date: March 25, 2022

Die Enge der Provinz; Eine beklemmende Deutung von Leos Janáček's Oper "Jenufa" in Berlin

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

8. März 2012

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: S. 58; Ausg. 11

Length: 924 words

Byline: Volker Hagedorn

Body

Goldene Weizenfelder, Telegrafmasten, weiter Himmel über Osteuropa. Man könnte glauben, vor einem zuckrigen Diorama zu stehen, einem Schaukasten für eine Heimatkundeoper aus dem schönen Mähren. Aber der Weizen glüht so golden, dass er ebenso wenig wahr sein kann wie die Telegrafmasten, denen die Drähte fehlen. So sieht die Heimat aus, die eine Eingesperrte sich vorstellt, entrückt und schmerzhaft plastisch. Die Babymörderin sitzt in geräumiger Zelle, an deren weißen Wänden der Blick abrutscht, bis der Rückblick einsetzt, ein Rechteck sich öffnet und vorm Weizenfeld sich nach und nach das Personal einer Katastrophe versammelt.

Immer zwischen den Zellenwänden. Denn nur hier, bei der Ausgestoßenen, die nichts so fürchtete wie das Ausgestoßensein, bleibt das Schreckliche in aller Schärfe so präsent wie der Traum vom Glück inmitten der Weizenfelder. Und in der Musik, die einsetzt, als laufe sie schon seit Jahr und Tag, die Obsession der Erinnerung. Zwölf Achtel Xylophon pro Takt, 23 Takte lang, treibende Zupftöne im Bass, dazu schieben sich Linien eng zusammen, migränige Mäander, und sie schieben auch die Frau in die Zelle. An der Deutschen Oper Berlin hat Leos Janáček's Oper *Jenufa* begonnen, und man ahnt, dass Jenufa's Ziehmutter, die Mörderin, ebenso wichtig sein wird wie die Titelheldin.

Regisseur Christof Loy hat den tschechischen Originaltitel ernst genommen, den der Komponist seinem Durchbruchwerk eigentlich gab, nämlich Ihre Ziehtochter, was nicht sehr griffig klingt, aber in der Verschränkung zweier Gestalten zum Kern des Werkes führt. Und damit vielleicht auch zu dem, was wachsendes Interesse an *Jenufa* beziehungsweise Její Pastorkyna auslöst. Seit Längerem vergeht kaum ein Jahr, in dem nicht ein größeres Haus sich diese Oper vornimmt. Erstmals hatte Barbara Beyer 2002 in Hannover aufgeräumt mit der mährischen Heimatkunde, in der vor klappernder Mühle die enge Moral der Provinz ausgestellt wird, und an einem schmutzigen Unort eine sehr gegenwärtige Verzweiflung realisiert.

Denn was vor gut hundert Jahren noch realistisch den Nerv traf, ist in westlichen Gesellschaften eigentlich kein Thema mehr. Dass ein verwöhnter Schnösel einer Frau ein Kind macht und sie sitzen lässt, das schon, doch das erzwänge weder die Hochzeit mit dem nächstbesten Bewunderer noch auch den Mord an einem Baby aus Angst vor der "Schande". Heute spricht man von "sozialer Indikation" und bricht beizeiten die Schwangerschaft ab. Solche Aktualität lässt sich in Loys Regie mitlesen, ohne dass er sie vorführte. In den unreal sauberen Räumen von Dirk

Die Enge der Provinz Eine beklemmende Deutung von Leos Janáček's Oper "Jenufa" in Berlin

Becker, in den durchaus heutigen, nur ganz dezent ins "Andere" gerückten Kostümen von Judith Weihrauch erlebt man die kaum steuerbare Eigendynamik eines Konflikts, von dem die Musik mehr weiß als das Libretto.

Da ist Jennifer Larmore als Küsterin, Ziehmutter und Mörderin eine dunkle Wucht, fokussiert und undurchdringlich zugleich, Furcht wie Mitleid auslösend in ihrer angstgetränkten Destruktivität. Ihr gegenüber ist die Jenufa von Michaela Kaune ein ganz rosiges, liebes Mädchen mit fast zu gesundem Sopran für eine so Bedrängte. Und da ist jene Szene im zweiten Akt, in der sich diese fast scherenschnittartigen Profile zu ergänzen scheinen, als zeigten sie eigentlich zwei Seiten einer Frau, die nicht mehr ein und aus weiß. Während die eine beim Baby schlummert (das man auch bei Janáček nie sieht), ist die andere allein, schwarz, vor gleißendem Winterweiß, und beschließt den Mord.

Warum, das weiß die Partitur, die Donald Runnicles von Anfang an mit jenem Drang realisiert, der Details hervorbringt anstatt überfährt. Da ist die Zärtlichkeit der harten für die weiche Frau, von der uns innig verbunden Horn und Englischhorn in sanften Bögen erzählen, weil sie es selbst nicht kann. Klar wie selten hört man, wie ein Fagottsolo spöttisch den Kindsvater Lügen straft, wenn er seine Treue beteuert - Joseph Kaiser gibt diesem Steva die Kraft und die Tapsigkeit des ewigen großen Jungen. Dass er sich von der herrlich stöckelnden Karikatur einer Schnepfe aus besseren Kreisen (Martina Welschenbach) längst zum braven Verlobten abrichten lässt, wirkt fast naturgesetzlich folgerichtig.

Seinen Dialog mit der Küsterin treibt das Orchester mit Rotationen zwischen Anton Bruckner und Steve Reich vor sich her bis zum Schrei des Entsetzens, in dem Küsterin und Jenufa eine Figur werden. Die eine hat gerade Stevas finale Absage kassiert, die andere schreit im Traum: "Ein Stein fällt auf mich herunter!" In solchen Momenten schaut keiner mehr auf die Übertitel. Wenn Jenufa dann im leeren Haus nach ihrem Baby sucht, wissen die Wellen der Bratschen und Celli so gut wie sie, wie eisig das Wasser draußen ist und warum sie betet. Und warum sie nie fragen wird, wo denn das Kind begraben ist, von dem ihr gesagt wird, es sei gestorben, während sie im Fieber delirierte.

Die Töne öffnen uns die Augen, weil der Dirigent ebenso an der Geschichte mitschreibt, wie der Regisseur sie komponiert. Denn stets sind die Beziehungen für die Musik geöffnet. Inmitten dieser Transparenz wirken ein paar Aktionen eher wie Kunstgriffe alten Stils, wenn etwa ein Fenster klappernd aufspringt und Schnee hereinweht, wenn der Hand Jenufas demonstrativ die Blumen entfallen, die ihr Bräutigam Laca mitbringt. Sehr nah kommt einem Will Hartmanns Laca, der ewige Zweite, der am Ende mit Jenufa in die Zukunft schreitet. Die Rückwand hebt sich, da ist nur Nacht, und beide gehen hinein. Vielleicht nur in den Gedanken einer Frau in der Zelle, aber es ist eine Hoffnung.

Load-Date: March 8, 2012

Gestorben in Abschiebehaft; Deutschland muss endlich handeln, wenn Oppositionelle in Russland bedroht werden

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

14. Februar 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK, MEINUNG; Gestorben in Abschiebehaft; S. 15; Ausg. 8

Length: 1215 words

Byline: Werner Schulz

Body

Der Russe Alexander Dolmatow nahm sich am 17. Januar in der Abschiebehaft in den Niederlanden das Leben. Ein bedauerlicher Tod, der nichts mit seinem abgelehnten Asylantrag zu tun habe, beeilten sich die Behörden zu erklären. Dolmatow war Ingenieur für Lasertechnik im Raketenbau. Und er war Mitglied der Putin-kritischen Partei »Anderes Russland«. Immer wieder nahm der 35-Jährige an Protestaktionen gegen die Regierung teil. Er war auch bei der Demonstration am 6. Mai 2012 auf dem Bolotnaja-Platz in Moskau dabei, als es zu schweren Auseinandersetzungen mit den aggressiv auftretenden Sicherheitskräften kam und er festgenommen wurde.

In einem Abschiedsbrief an seine Mutter hatte er seine Flucht aus Russland bitter bereut und sein Versagen gegenüber Freunden und seiner Heimat beklagt. Das nahm man in Russland zum Anlass, Dolmatow als tragisches Opfer der westlichen Bürokratie darzustellen. Abgeordnete der Staatsduma forderten, dass die Todesumstände des russischen Staatsbürgers umfassend aufgeklärt würden und sein Leichnam in die Heimat überführt werde.

Einige der im Mai festgenommenen Demonstranten wurden wegen Anstiftung zu Massenunruhen zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt, nach anderen wird gefahndet. Dolmatows Wohnung wurde durchsucht, er flüchtete aus Russland, weil er eine lange Gefängnisstrafe befürchtete. In seinem Asylverfahren zeigte sich, dass die niederländischen Behörden nichts über die massive Verfolgung russischer Oppositioneller wussten und sich auch nicht bemühten, den konkreten Fall zu recherchieren. Nur so ist zu erklären, dass sie zu dem Schluss kamen, Dolmatow drohe in Russland lediglich eine Ordnungsstrafe von 16,50 Euro.

Dolmatow war kein gewaltbereiter Chaot. Er gehörte zu einer wachsenden Gruppe aktiver Oppositioneller, und sein Tod hätte vermutlich verhindert werden können. Seine Freunde glauben nicht an Selbstmord. Der Abschiedsbrief gibt Rätsel auf und klingt wie eine typische Selbstbezeichnung aus schlimmsten Sowjetzeiten.

Oleg Kaschin, ein bekannter russischer Journalist und Blogger, hat in der *New York Times* die Europäische Union heftig kritisiert. Sie verschließe die Augen vor den Zuständen in Russland, um die wirtschaftlichen Beziehungen nicht zu gefährden. Kaschin wurde vor etwa zwei Jahren selbst Opfer eines brutalen Schlägerangriffs, weil er kritische Artikel geschrieben hatte. Er zählt eine ganze Reihe von Fällen auf, in denen

Gestorben in Abschiebehaft Deutschland muss endlich handeln, wenn Oppositionelle in Russland bedroht werden

Zivilgesellschaftsaktivisten, Menschenrechtler und Journalisten von EU-Staaten, auch Deutschland, abgewiesen wurden, obwohl ihnen in ihrer Heimat Verfolgung und Haftstrafen drohten.

Mag sein, dass Kaschin überzieht. Schließlich mangelt es nicht an verbaler Kritik im Westen an Russland. Doch den Worten folgen keine Taten. Behörden verschließen Augen und Ohren, wenn es um Asylsuchende aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion geht, weil diese sich ja schließlich als Mitglied des Europarates zu den gemeinsamen Grundwerten und den Menschenrechten verpflichtet haben. Auch das Innenministerium in Berlin ignoriert die heikle Lage der Zivilgesellschaft in Russland.

Dabei hat sich das politische Klima für die Opposition seit der Wiederwahl Wladimir Putins im vergangenen Jahr massiv verschlechtert. Neue Gesetze sollen Kritik und Protest klein halten. Das Versammlungsrecht wurde eingeschränkt, die Internetüberwachung verschärft und ein weitreichendes Extremismusgesetz eingeführt, das gegen alle Aktivitäten von politischen Organisationen bis hin zu religiösen Minderheiten missbraucht werden kann. Nichtregierungsorganisationen können kaum ausländische Finanzhilfen annehmen, da sie Gefahr laufen, als »ausländische Agenten« verdächtigt zu werden. Ein neues Gesetz gegen Hochverrat und Verleumdung macht es möglich, Kontakte zum Westen oder offene Kritik an Politikern schnell als kriminell zu verfolgen.

EU-Staaten wie Deutschland, die Niederlande und Österreich aber schließen nicht nur die Augen, sie machen auch die Grenzen dicht vor Hilfe suchenden Aktivisten. So behauptet der deutsche Innenminister, dass die Menschenrechtslage in Tschetschenien unter dem brutalen Despoten Ramsan Kadyrow so gut sei, dass es keinen Grund mehr gebe, politisches Asyl zu gewähren. Dabei flammen die Kämpfe im gesamten Nordkaukasus immer wieder neu auf. Menschenrechtsorganisationen berichten über Entführungen, Folter und Erschießungen, auch vonseiten der Staatsorgane. Russland wird deshalb regelmäßig vom Europäischen Menschenrechtsgerichtshof verurteilt.

Auch die deutsche Visapolitik bleibt seltsam widersprüchlich. Einerseits verzögert das Innenministerium gemeinsam mit Österreich und den Niederlanden die schnelle Abschaffung der Visumpflicht zwischen Russland und der EU, die nicht nur die Ausreise von Aktivisten vereinfachen würde, sondern auch ein sichtbares Zeichen an die russische Bevölkerung wäre, dass für sie Europas Tore offen stehen. Andererseits will die deutsche Regierung jetzt die Einreise von 20000 russischen Beamten erleichtern. Während die russische Bevölkerung weiter vor den Konsulaten Schlange stehen muss, sollen ausgerechnet vermögende oder gar korrupte Beamte demnächst problemlos in die EU reisen dürfen, um ihre Kinder während des Studiums in London zu besuchen oder die Familie beim Einkaufen in München zu begleiten.

Als wäre das nicht schon schlimm genug, blockiert unter anderem Deutschland im Europäischen Rat in Brüssel die Ratifizierung der sogenannten Magnitski-Liste. Diese sieht Einreiseverbote und Kontensperrungen für 60 kriminelle russische Beamte vor, die nachweislich in die Ermordung des russischen Anwaltes Sergej Magnitski verwickelt sind. Dieser hatte aufgedeckt, dass russische Beamte rund 230 Millionen Dollar veruntreut haben sollen. Magnitski wurde verhaftet und starb im Gefängnis, offenbar infolge von Misshandlungen und weil ihm eine medizinische Behandlung verweigert worden war.

Da die russischen Behörden nach wie vor untätig sind, haben die USA die Magnitski-Liste als Gesetz verabschiedet. Auch zahlreiche europäische Parlamente und das Europaparlament fordern EU-weite Einreiseverbote für die Beschuldigten und das Einfrieren ihrer Vermögen - was die Schweiz zum Teil bereits umgesetzt hat.

Doch statt Dissidenten aufzunehmen und Kriminalität abzuwehren, verschärft Deutschland die Lage in Europa. Das niederländische Innenministerium hat inzwischen eine gründliche Untersuchung im Fall Dolmatow angekündigt, Königin Beatrix hat ihr Bedauern geäußert; nun sprechen alle von einem Missverständnis. Doch wie lange braucht es noch, bis deutsche Behörden endlich die reale Situation in Russland sehen?

Bundesinnenministerium und Auswärtiges Amt müssen besser zusammenarbeiten und bei Asylentscheidungen eine realistische Einschätzung der Situation im jeweiligen Land vornehmen. Politische Aktivisten müssen vor Verfolgung und Gefängnis geschützt werden. Deutschland könnte zudem ein symbolisches Zeichen gegen

Gestorben in Abschiebehaft Deutschland muss endlich handeln, wenn Oppositionelle in Russland bedroht werden

Korruption und Willkür setzen, indem es endlich die Magnitski-Liste umsetzt. Die russische Bevölkerung würde es uns danken.

Werner Schulz, früherer Bürgerrechtler, sitzt für die Grünen im Europaparlament und ist dort Mitglied des Auswärtigen Ausschusses

Load-Date: March 25, 2022

End of Document

Vorsicht, Brennpunkt!; Viele Eltern aus Berlin-Neukölln schulen ihre Kinder lieber in anderen Vierteln ein. Eine Initiative versucht nun, dagegen anzukämpfen

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

22. August 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: ZEIT CHANCEN, SCHWERPUNKT: BILDUNG UND INTEGRATION; Vorsicht, Brennpunkt!; S. 58; Ausg. 35

Length: 2237 words

Byline: Nicola Meier

Body

»Ich glaube, es ist nicht sinnvoll, Kinder zu benutzen, um Schulen stärker zu durchmischen« (Lilia Kleemann, Mutter von Liou)

Lange hatte sich Ylva Lafrenz auf diesen Moment gefreut. Mit ihrer Schultüte im Arm stand die Fünfjährige vor ein paar Tagen auf dem Schulhof der Karl-Weise-Schule in Berlin inmitten vieler unbekannter Kinder. Nur wenige waren so blond wie sie. Es war Ylvas erster Schultag.

Gerade mal fünf Minuten braucht die Erstklässlerin von ihrem Zuhause bis in die neue Schule. Viel näher kann man es in einer Großstadt wie Berlin nicht haben. Dass Ylva nun direkt um die Ecke eingeschult wurde, ist alles andere als selbstverständlich, denn sie wohnt in Neukölln. In der Karl-Weise-Schule lernen 285 Schüler, die meisten kommen aus türkischen und arabischen Familien. Insgesamt haben 80 Prozent der Kinder einen **Migrationshintergrund**, an anderen Grundschulen im Bezirk sind die Zahlen ähnlich hoch.

Spätestens seitdem im Jahr 2006 die Lehrer der Rütli-Schule öffentlich um Hilfe riefen und ihre Schule so deutschlandweit in die Schlagzeilen brachten, steht der Stadtteil Neukölln für ein Umfeld, in dem Eltern sich ihr Kind lieber nicht vorstellen möchten. Das Schlagwort, das ihre Ängste konzentriert, lautet: Brennpunktschule.

Nun stehen viele dieser Brennpunktschulen ausgerechnet dort, wo junge Eltern mittlerweile gerne wohnen. Dieses Dilemma gibt es in den meisten Großstädten, aber nirgendwo ist es so ausgeprägt wie in Berlin. Kreuzberg ist so ein Viertel, aber auch Neukölln, ein Stadtteil im Süden Berlins, so groß wie Bielefeld, als Problembezirk bekannt und lange als Ausländerhochburg und Hartz-IV-Ghetto verschrien. Dann zogen die niedrigen Mieten immer mehr Künstler und Studenten an, Galerien und Bars wurden eröffnet, und plötzlich war Neukölln ein hippestes Multikulti-Viertel, in dem man gerne wohnt. Bis das erste Kind in die Schule kommt.

Vorsicht, Brennpunkt! Viele Eltern aus Berlin-Neukölln schulen ihre Kinder lieber in anderen Vierteln ein. Eine Initiative versucht nun, dagegen anzukämpfen

Lilia Kleemann, 33 Jahre alt, Designerin, entschied sich gegen die Schule vor der Haustür. Es ist viertel vor acht, als sie mit ihrem sechsjährigen Sohn Liou an der U-Bahn-Haltestelle ankommt, wo schon andere Mütter und Väter stehen. Großes Hallo, Umarmungen. Dann läuft Kleemann mit sechs Kindern zur Rolltreppe, die anderen Eltern eilen zurück zu ihren Autos und Fahrrädern. Sie wohnen in Kreuzberg und Neukölln, aber ihre Kinder gehen in Tempelhof auf eine Privatschule. Zwei U-Bahn-Stationen mit der U6, umsteigen, sieben Stationen mit der U7, noch mal fünf Minuten Fußweg. Gute 40 Minuten Schulweg, morgens hin, nachmittags zurück. Die Eltern haben eine Fahrgemeinschaft gegründet, jeder ist einmal die Woche mit Hinbringen und Abholen dran.

Es gebe Schulen in Berlin, in denen kein einziges deutsches Kind aus dem Einzugsgebiet komme, schimpft Neuköllns Bürgermeister Heinz Buschkowsky in seinem Buch *Neukölln ist überall*. Schulflucht nennt er es, wenn Eltern ihre Kinder außerhalb ihrer Wohnbezirke einschulen, und kritisiert das scharf. Wer gerne in einer günstigen Gründerzeitwohnung in Neukölln lebe, der möge doch bitte auch sein Kind dort in die Schule schicken. So wie Buschkowsky denkt auch Petra Lafrenz, die Mutter der Erstklässlerin Ylva, obwohl sie Buschkowskys Buch nie gelesen hat. »Eltern, die ihre Kinder außerhalb einschulen, verhindern die Integration«, sagt sie. Ihre Tochter Ylva geht deshalb nun in die Karl-Weise-Schule gleich um die Ecke. Zusammen mit anderen Eltern hat Lafrenz die Initiative »Kiezschule für alle« gegründet, eine Art Gegenprogramm zur Schulflucht.

Lafrenz wohnt schon seit 30 Jahren in Neukölln, sie hat erlebt, wie Jugendgangs durch die Straßen zogen und auf Spielplätzen die Geräte brannten. Dort, wo sie wohnt, sieht Neukölln auch heute noch aus wie sein Klischee: Call-Shops neben Ein-Euro-Läden, auf den Straßen sind mehr Frauen mit Kopftüchern unterwegs als Hipster mit Röhrenjeans und Jutebeutel. Lafrenz, eine späte Mutter, ist Informatikerin, aber je länger man mit ihr redet, desto eher hält man sie für eine Sozialpädagogin, gutgläubig und immer auf der Seite derer, die im Nachteil sind. Schon vor Ylvas Geburt beteiligte sie sich an der Quartiersarbeit im Viertel, gab Töpferkurse an der Schule, in die jetzt ihre Tochter geht. Dass so viele Menschen in Neukölln von Sozialhilfe leben müssen, bedauert sie, schließlich könnten sie aufgrund ihrer fehlenden Ausbildung keinen Job finden. Dass manche das auch gar nicht wollen, das mag Lafrenz sich nicht so recht vorstellen. Und wenn schon: »Deren Kinder muss man mitziehen, damit sie später auf eigenen Füßen stehen!« Mitziehen, das sagt Lafrenz gerne.

Ihre Kiezschulen-Initiative setzt sich dafür ein, dass bald auch die sogenannten bildungsnahen Eltern ihre Kinder im Viertel einschulen, anstatt sie in andere Bezirke zu fahren oder gar wegzuziehen. »Viele Eltern gucken sich die Schulen in ihrem Viertel nicht mal an.« Lafrenz wirbt deshalb für die Schule vor ihrer Haustür. An den Tagen der offenen Tür verteilt sie dort Flyer, genauso wie in Kitas und Bars. Einmal im Monat gibt es ein Info-Treffen für interessierte Eltern, nicht immer kommt jemand. Aber davon lässt sich Lafrenz nicht aufhalten, sie spricht auch mal Eltern mit Kind auf der Straße an, sie hat jetzt eine Mission.

In der Karl-Weise-Schule wird jahrgangsübergreifend gelernt, Erzieher unterstützen die Lehrer bei der Betreuung, es gibt AGs, in denen die Schüler kochen, gärtnern oder Theater spielen. Die Schule beteiligt sich am Kiezfest, um ihre Arbeit vorzustellen, interessierte Eltern können mit ihren Kindern stundenweise am Unterricht teilnehmen. Bisher vergeblich. Es gebe noch keinen Zuwachs bei den Anmeldungen deutscher Eltern, sagt Andrea Schwenn, die Leiterin der Karl-Weise-Schule. »Aber zum Tag der offenen Tür kommen mittlerweile schon mehr deutsche Eltern als früher.«

Petra Lafrenz hat den Schulbeginn ihrer Tochter sorgfältig vorbereitet. Sie hospitierte mit Ylva im Unterricht, damit sich die Tochter schon einmal an die Schule gewöhnen konnte. Eine friedliche Yogastunde hat Lafrenz damals im Bewegungsraum der Schule erlebt. 20 Schüler hockten im Schneidersitz auf blauen Yogamatten und hielten ihre Hände vor der Brust zusammen. »Herzlich willkommen«, sagte die Lehrerin, »Namaste«. Nichts erinnerte an das Angstbild einer Brennpunktschule, in der sich die Schüler gegenseitig beschimpfen und verprügeln. Nur im Klassenzimmer nebenan wurde es nach kurzer Zeit laut: »Geh auf deinen Platz!«, schrie ein Lehrer gut hörbar durch die Wand in die Entspannungsübungen. »Auf deinen Platz!«

Die Liste der Probleme, die es an Brennpunktschulen gibt und vor denen Eltern sich fürchten, ist lang. Für manch eine Mutter ist es schon schwer genug auszuhalten, wenn ihr sechsjähriges Kind mittags nach Hause kommt und »du Hure« sagt. Wenn aber der Unterricht nicht stattfinden kann, weil Kinder kein Wort Deutsch sprechen, wenn

Vorsicht, Brennpunkt! Viele Eltern aus Berlin-Neukölln schulen ihre Kinder lieber in anderen Vierteln ein. Eine Initiative versucht nun, dagegen anzukämpfen

Kinder im Unterricht überhaupt nicht mehr mitkommen, weil sich zu Hause niemand um ihre Hausaufgaben kümmert oder darum, wann sie ins Bett gehen, wenn Kinder aggressiv oder gar gewalttätig sind, weil sie es nicht anders kennen aus ihrer Familie, dann ist die Schmerzgrenze besorgter Eltern meistens erreicht - und der klassische Konflikt perfekt. Denn natürlich sind sich gerade die aufgeklärten Akademikereltern darüber im Klaren, dass die Problemkinder nichts für das Umfeld können, aus dem sie kommen, und natürlich ist es richtig und hört sich gut an, wenn Petra Lafrenz sagt, dass man gerade solche Kinder mitziehen müsse. Weil sie noch schlechtere Bildungschancen haben würden, wenn sämtliche deutschen Eltern ihre Kinder an sorgfältig ausgewählten Schulen einschulen ließen. Davor warnen nicht nur Politiker wie Buschkowsky, sondern auch Bildungsexperten, die in Vierteln wie Neukölln längst von Segregation sprechen, einer Entmischung. Sie sehen die Eltern in der Pflicht, dafür zu sorgen, ein noch stärkeres Auseinanderdriften der Gesellschaft zu stoppen.

Es ist eine jener Debatten, in denen es leichtfällt, auf der richtigen Seite zu stehen - solange man nicht selber betroffen ist.

Lilia Kleemann, die ihren Sohn außerhalb eingeschult hat, kann Kritik an ihrer Entscheidung zwar verstehen. »Aber ich finde es aufgesetzt, zu sagen, dass ich mein Kind extra in eine Brennpunktschule schicke, damit sich dort etwas ändert.« Sie wolle nun einmal das Beste für ihr Kind. »Und dazu gehört das räumliche und soziale Umfeld, in dem es lernt.« Auch Kleemann weiß, dass das Beste fürs Kind nicht unbedingt das Beste für die Gesellschaft ist. Aber muss Integration über das eigene Kind stattfinden? »Ich denke nicht«, sagt Kleemann. »Ich glaube, es ist sinnvoller, als Erwachsener in die Politik zu gehen, als das Kind zu benutzen, um Schulen stärker zu durchmischen.«

Sie habe sich vor einem Jahr viele Schulen in Neukölln angesehen. Als das Amt den Bescheid für die Einzugschule schickte, war klar, dass sie Liou nicht dorthin schicken würde. Ihr hatte die Stimmung an der Schule nicht gefallen. »Ich denke, jeder sollte für sein Kind die richtige Schule suchen«, sagt sie. Dass Behörden darüber entscheiden, wo ihr Kind lernt, hält Kleemann für falsch. »Die Schulen sollten frei wählbar sein.« Wäre es so, glaubt sie, würden sich die Schulen vielleicht auch mehr anstrengen, ein Angebot zu schaffen, das Eltern wirklich überzeugt.

Beim Thema Schulflucht geht es längst um mehr als um die Angst deutscher Eltern vor der Brennpunktschule. Es geht um die Ansprüche einer neuen Generation von Müttern und Vätern, die so aufgewachsen sind, dass sie stets frei wählen konnten, egal, ob Partner, Beruf oder die Stadt, in der sie leben wollen. Mit den starren Strukturen des deutschen Bildungssystems haben sie gleichermaßen Probleme wie mit den Zuweisungen ihrer Kinder auf bestimmte Schulen in Wohnortnähe.

Es habe eine Schule in ihrem Viertel gegeben, auf die sie Liou sofort geschickt hätte, sagt Lilia Kleemann. Die habe auch ein schwieriges Einzugsgebiet. Vor allem habe sie aber ein Konzept, das sie überzeugt habe. Kleemann bewarb sich und versuchte alles, damit ihr Sohn dort hingehen könnte. Es hat aber nicht geklappt, die Schule war völlig überlaufen. Eltern lassen sich also durchaus überzeugen vom Konzept einer Schule, obwohl sie mitten im sozialen Brennpunkt liegt. Auch deshalb fordern die Eltern: Schafft mehr gute Angebote! Beeindruckt uns! Was sich mit mehr Engagement bewirken lässt, zeigt die Entwicklung der Rütli-Schule. Die Problemschule, deren Lehrer damals um Hilfe riefen, ist mit mehr Geld und Personal inzwischen quasi zu einer Vorzeigeschule geworden. Probleme mit mangelnden Anmeldungen deutscher Schüler gibt es dort jedenfalls nicht mehr.

Vom Einsatz der Schulleiter und Lehrer hänge eine Menge ab, sagt Petra Lafrenz. Die Leiterin der Karl-Weise-Schule sei unheimlich engagiert. Lafrenz gibt zu, dass sie auch ihretwegen glaube, dass ihre Tochter auf der Schule gut aufgehoben sei. Ob es ihre Initiative schafft, mehr deutsche Eltern dazu zu bewegen, ihre Kinder in Neukölln einschulen zu lassen, bleibt abzuwarten. Mittlerweile hat sie 40 Unterstützer. Aber die Kinder der meisten sind noch zu klein, um in die Schule zu gehen. Im Moment ist es also ein sehr theoretisches Gegenprogramm zur Schulflucht - selbst wenn es der Initiative gelänge, mehr deutsche Eltern davon zu überzeugen, sich die Schulen in ihrem Viertel zumindest mal anzusehen. Lafrenz glaubt, dass sich das Konzept und die Angebote einer Schule letztendlich auch durch die Anmeldezahlen deutscher Eltern verändern werden.

Vorsicht, Brennpunkt! Viele Eltern aus Berlin-Neukölln schulen ihre Kinder lieber in anderen Vierteln ein. Eine Initiative versucht nun, dagegen anzukämpfen

Bei all der Hysterie um das Segregationsverhalten deutscher Eltern wird schnell vergessen, dass es auch Familien ohne deutschen Pass gibt, die ganz ähnliche Vorstellungen von guten Schulen haben wie die Deutschen. »Ich habe überlegt umzuziehen«, sagt die Georgierin Tea Bliadze, deren Tochter Anna Maria in die Karl-Weise-Schule geht, in die Ylva gerade eingeschult wurde. Bliadze hörte die üblichen Geschichten von Neuköllner Schulen, von Prügeleien und Kindern, die kein Wort Deutsch sprächen. »Ich dachte, dass ich eine schlechte Mutter bin, wenn ich mein Kind hier zur Schule schicke.«

Vor sechs Jahren kam die 32-Jährige nach Deutschland und lebt seitdem in Neukölln. Weil ihr georgischer Studienabschluss in Deutschland nicht anerkannt ist, arbeitet die alleinerziehende Mutter als Altenpflegerin. Sie nimmt das hin und beschwert sich nicht. Auch nicht darüber, dass sie jeden Morgen um sechs Uhr anfangen muss zu arbeiten. Vor allem deshalb blieb ihr gar keine andere Wahl, als Anna Maria auf die Schule im Viertel zu schicken. »Wenn es nicht gegangen wäre, hätte ich nach einem halben Jahr neu überlegt«, sagt Bliadze. Aber ihrer Tochter gefällt es bestens. Ein Mädchen wie sie ist ein schöner Beweis dafür, dass ein hoher Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund nicht automatisch ein Grund zum Fürchten sein muss. Anna Marias Muttersprache ist Deutsch, und auf die Frage, was ihr in der Schule am besten gefalle, sagt sie: »alles«. Wer in ihrer Klasse das Problemkind ist, weiß man nach zehn Minuten Unterricht. Es ist eines der wenigen deutschen Kinder.

VON NICOLA MEIER

Petra Lafrenz (r.) wünscht sich mehr deutsche Kinder auf der Schule ihrer Tochter Ylva in Berlin-Neukölln

Load-Date: March 25, 2022